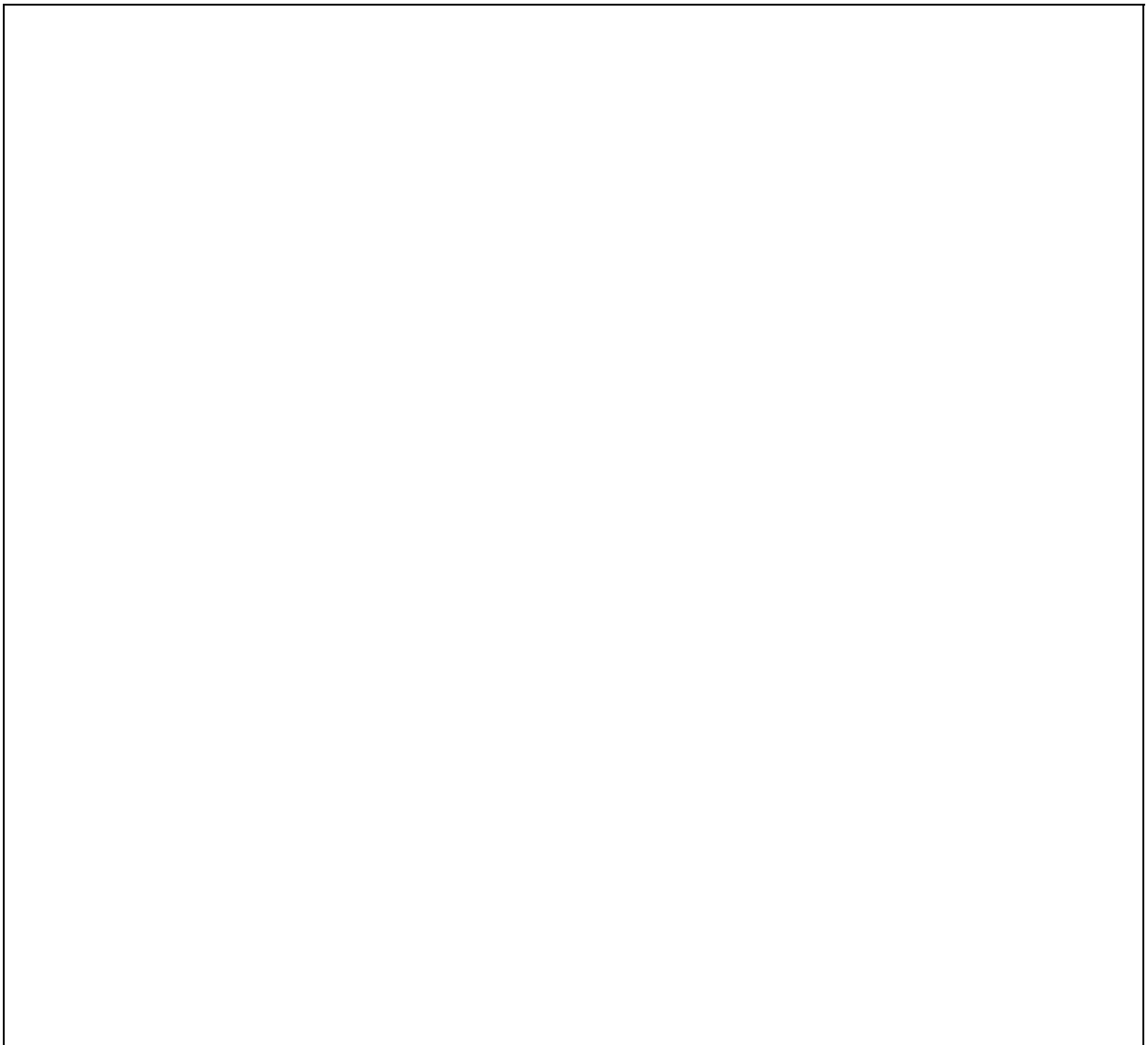


Prüfung der Rechnung

Schlussbericht 2006



Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Inhaltsverzeichnis	1
2.	Vorbemerkungen	3
2.1	Gesetzliche Aufgaben	3
2.2	Vom Rat übertragene Aufgaben	3
2.3	Wahrnehmung von Aufgaben für den Rechnungsprüfungsausschuss	4
2.3.1	Prüfungsunterlagen	5
2.3.2	Prüfungstätigkeit	5
3.	Zusammenstellung der Prüfungsbemerkungen	7
	Prüfung des Haushaltes und Formalprüfung der Jahresrechnung 2006	
4.	Haushalt	9
4.1	Haushaltssatzung	9
4.2	Rechnungslegung	10
4.3	Rechnungsergebnis	11
5.	Formalprüfung der Jahresrechnung	14
5.0	Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung	14
5.0.1	Verwaltungshaushalt	14
5.0.2	Vermögenshaushalt	42
5.1	Einzelplan 1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung	46
5.1.1	Verwaltungshaushalt	46
5.1.2	Vermögenshaushalt	50
5.2.	Einzelplan 2 - Schulen	53
5.2.1	Verwaltungshaushalt	53
5.2.2	Vermögenshaushalt	64
5.3	Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege	69
5.3.1	Verwaltungshaushalt	69
5.3.2	Vermögenshaushalt	79
5.4	Einzelplan 4 - Soziale Sicherung	83
5.4.1	Verwaltungshaushalt	83
5.4.2	Vermögenshaushalt	102

5.5	Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport, Erholung	106
5.5.1	Verwaltungshaushalt	106
5.5.2	Vermögenshaushalt	113
5.6	Einzelplan 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	117
5.6.1	Verwaltungshaushalt	117
5.6.2	Vermögenshaushalt	126
5.7	Einzelplan 7 - Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	133
5.7.1	Verwaltungshaushalt	133
5.7.2	Vermögenshaushalt	137
5.8	Einzelplan 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	140
5.8.1	Verwaltungshaushalt	140
5.8.2	Vermögenshaushalt	145
5.9	Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft	152
5.9.1	Verwaltungshaushalt	152
5.9.2	Vermögenshaushalt	161
5.10	Sonderhaushalt	165
5.11	Betätigungsprüfung	167
6.	Mitarbeit in Projekten	169
6.1	Neues Kommunales Finanzmanagement	169
6.2	Planung und Einführung eines Service-Centers bei der Stadt Wuppertal	171
6.3	Regionale 2006	171
6.4	Einführung einer CAFM - Software	172
7.	Schlussbemerkung und Entlastungsvorschlag	174
8.	Abkürzungsverzeichnis	175

Bericht über die Prüfung der Rechnung 2006

2. Vorbemerkungen

Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) gliedern sich in drei Gruppen:

- gesetzliche Aufgaben
- vom Rat übertragene Aufgaben
- Aufgaben, die für den Rechnungsprüfungsausschuss wahrgenommen werden.

2.1 Gesetzliche Aufgaben

Nach § 103 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW - alte Fassung* - (GO NRW a. F.) hat das Rechnungsprüfungsamt folgende Aufgaben:

- die Prüfung der Rechnung
- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresrechnung
- die dauernde Überwachung der Kassen der Gemeinde und ihrer Sondervermögen sowie Vornahme der Kassenprüfungen
- bei Automation im Bereich der Haushaltswirtschaft der Gemeinde und ihrer Sondervermögen die Prüfung der Programme vor ihrer Anwendung (§ 92 Abs. 2 GO NRW a. F.)
- die Prüfung der Finanzvorfälle gem. § 56 Abs. 3 des Haushaltsgrundsatzgesetzes und gem. § 100 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung
- die Prüfung von Vergaben.

2.2 Vom Rat übertragene Aufgaben

Nach § 103 Abs. 2 GO NRW a. F. kann der Rat der Stadt dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen. Durch die vom Rat beschlossene Rechnungsprüfungsordnung (RPO) wurde dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit übertragen, insbesondere

- die Prüfung von Anordnungen vor ihrer Zuleitung an die Kasse bei Teilschluss- und Schlussrechnungen (im technischen Bereich) - Visakontrolle -

* Gemäß § 9 NKFEFG NRW findet die GO in der bis zum 31.12.2004 gültigen Fassung Anwendung

- gutachtliche Stellungnahmen zur Verfahrensregelung im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und zu wesentlichen Änderungen organisatorischer, finanz- und betriebswirtschaftlicher Art sowie zum Einsatz technikunterstützter Informationsverarbeitung
- die technisch-wirtschaftliche Prüfung von Plänen und Kostenberechnungen gem. § 10 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW – alte Fassung - * (GemHVO NRW a. F.)
- die Prüfung von Bauausführungen und Bauabrechnungen
- die Prüfung der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens der Sondervermögen, wobei auf die Jahresabschlussprüfung nach § 106 GO NRW a. F. mit abzustellen ist
- die gemeindliche Betätigungsprüfung (Beteiligungsverwaltung)
- die Prüfung bei mittelbaren Geschäftsgründungen (Tochtergesellschaften bzw. Untergesellschaften)
- Prüfungen bei den Gesellschaften
- die Prüfung der Innenrevisionen
- die Prüfung der Kassen-, Buch- und Betriebsführung, die sich die Stadt bei einer Beteiligung, bei Hingabe eines Darlehens oder sonst vorbehalten hat (sog. Gefährdungsprüfung)
- die Prüfung der Kostenrechnung
- die Prüfung der technikunterstützten Informationsverarbeitung.

Nach § 4 der Rechnungsprüfungsordnung können der Rat der Stadt, der Rechnungsprüfungsausschuss im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben sowie der Oberbürgermeister (vgl. § 104 Abs. 1 Satz 2 GO NRW a. F.) dem Rechnungsprüfungsamt Prüfaufträge erteilen.

2.3 Wahrnehmung von Aufgaben für den Rechnungsprüfungsausschuss

Nach § 101 GO NRW a. F. hat der Rechnungsprüfungsausschuss die Rechnung mit allen Unterlagen daraufhin zu prüfen, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,

* Gemäß § 9 NKFEF NRW findet die GemHVO in der bis zum 31.12.2004 gültigen Fassung Anwendung

3. bei den Einnahmen und Ausgaben nach den geltenden Vorschriften verfahren ist,
4. die Vorschriften über Verwaltung und Nachweis des Vermögens und der Schulden eingehalten sind.

In die Prüfung der Rechnung sind die Entscheidungen und Verwaltungsvorgänge aus delegierten Sozialhilfearbeiten auch dann einzubeziehen, wenn die Zahlungsvorgänge selbst durch den Träger der Sozialhilfe vorgenommen werden (§ 101 Abs. 1 Satz 2 GO NRW a. F.).

Zur Durchführung dieser Arbeiten bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss des Rechnungsprüfungsamtes (§ 101 Abs. 6 GO NRW a. F.).

2.3.1 Prüfungsunterlagen

Zur Prüfung der Jahresrechnung standen dem Rechnungsprüfungsamt folgende Unterlagen zur Verfügung:

- die vom Rat der Stadt für die Haushaltsjahre 2006/2007 beschlossene Haushaltssatzung mit ihren Anlagen. Das von der Stadt aufgestellte Haushaltssicherungskonzept (§ 75 Abs. 4 GO NRW a. F.) ist von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden. Deshalb durfte die Haushaltssatzung von der Stadt nicht bekannt gemacht werden (§ 79 Abs. 5 S. 5 GO NRW a. F.).
- die Haushaltsrechnung für den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt
- die zu den vorstehend aufgeführten Rechnungen und Abschlüssen gehörenden Bücher, Buchungsnachweise, Belege und Kassenanordnungen aus dem Bereich der Stadtkasse
- Geschäfts- und Abschlussberichte der städtischen Beteiligungsunternehmen, soweit ihre Ergebnisse die Haushaltsrechnung berühren, und der Betriebe gewerblicher Art (BgA) sowie die Betriebsabrechnungen der kostenrechnenden Einrichtungen
- alle weiteren zweckdienlichen Aktenvorgänge und sonstigen Unterlagen der Ressorts und Stadtbetriebe.

2.3.2 Prüfungstätigkeit

Im Berichtsjahr waren die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung (§§ 81, 75 Abs. 7 und 8 GO NRW a. F.) weiterhin zu beachten.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung im gesamten Jahr 2006 weitestgehend von den Leistungseinheiten eingehalten wurden.

Während des Berichtsjahres wurde die Prüfung der Jahresrechnung durch laufende Prüfungen der Kassenvorgänge und -belege vorbereitet. Kassenanordnungen für Teilschluss- und Schlussrechnungen (im technischen Bereich) unterlagen der Visakontrolle (Prüfung vor der Zuleitung an die Kasse). Andere Anordnungen sind nach der Ausführung in Stichproben geprüft worden.

Die Prüfung wurde auf frühere Jahre und bis zum Prüfungszeitpunkt ausgedehnt, soweit dies zur Vervollständigung des Sachverhalts notwendig erschien oder aus Gründen einer zeitnahen Prüfung für erforderlich gehalten wurde.

Im Rahmen der gesetzlichen und übertragenen Aufgaben sowie der personellen Möglichkeiten sind im Berichtsjahr die in den Prüfplänen vorgesehenen Bereiche geprüft worden. Die geprüften Stellen sind - soweit erforderlich - über die Ergebnisse dieser Prüfung unterrichtet und ggf. um Stellungnahme gebeten worden. Die daraufhin getroffenen Maßnahmen führten im allgemeinen zur ordnungsgemäßen Weiterbehandlung der angesprochenen Fälle.

Definition der Prüfungsbemerkungen:

H	Hinweis
A	Anregung, Vorschlag
B	Beanstandung
B/W	Wiederholungsbeanstandung

Im Übrigen ist das Rechnungsprüfungsamt durch den Rechnungsprüfungsausschuss beauftragt, zeitnah über abgeschlossene Prüfungen zu berichten. Dies wird regelmäßig über die Halbjahresberichte sichergestellt.

Auch in diesem Berichtsjahr hat das RPA die Verwaltung bei zahlreichen Projekten beraten und seine begleitenden Prüftätigkeiten intensiviert (siehe Punkt 6 „Mitarbeit in Projekten“ - Seite 179 bis Seite 183).

3. Zusammenstellung der Prüfungsbemerkungen

Prüfung des Haushaltes und Formalprüfung der Jahresrechnung 2006

Haushalt		Seite
H	Der Höchstbetrag für Kassenkredite wurde überschritten	10
B/1 W	Die gesetzliche Frist zur Vorlage der Jahresrechnung wurde nicht eingehalten	10
EP 0	Allgemeine Verwaltung	
H	Kasseneinnahmereste werden im Rechnungsergebnis der EP 0 und 9 nicht verursachungsgerecht wiedergegeben	17
H	Die Sicherheitsleistung eines Unternehmens wurde entgegen den Regelungen in der GemHVO als Einnahme bei der Haushaltsstelle 0230-150.0000 „vermischte Einnahmen“ und nicht auf einem Verwahrkonto gebucht	28
H	Die Höhe der aus Vorjahren übernommenen KER bei der Haushaltsstelle 0230-155.0000 „Ersatz von Rechtsstreitkosten“ ist um einen Betrag in Höhe von 4 T-Euro zu niedrig ausgewiesen	28
H	Bei der Verbuchung von Kostenbeteiligungen wurde das in § 7 Abs. 2 GemHVO verankerte Bruttoprinzip nicht beachtet	33
EP 4	Soziale Sicherung	
B/2 W	Die Fachdienststelle verfolgt ausstehende Gebührenforderungen nicht ordnungsgemäß	93
B/3	Das Rechnungsergebnis ist nicht ausgeglichen	94

EP 6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	
B/4 W	Das RPA muss weiterhin beanstanden, dass Kennzahlen zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit des Gebäudemanagements insgesamt noch nicht vorhanden sind	119
B/5	Bei der Verausgabung der Mittel aus der Finanzposition 6110-658.0300 „Aktualisierung Liegenschaftskarte/ Deutsche Grundkarte“ wurde das Gebot der Wirtschaftlichkeit nicht beachtet	121
EP 8	Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	
H	Die Verkaufserlöse für Grundstücke liegen im Mittel auf dem niedrigsten Niveau registrierter Preise	150

4. Haushalt (002.104; R 403)

4.1 Haushaltssatzung

Es musste infolge des weiterhin nicht ausgeglichenen Haushaltes erneut ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) gemäß § 75 Abs. 4 GO NRW erstellt werden.

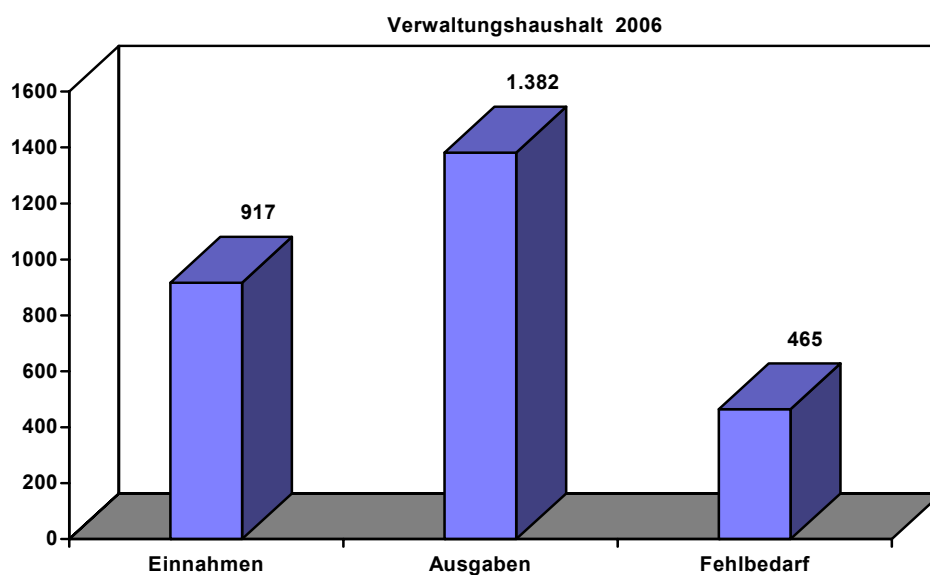
Die Haushaltssatzung konnte nicht entsprechend der Vorschrift des § 79 Abs. 5, S. 5 GO NRW - nach der Versagung der Genehmigung des HSK durch die Aufsichtsbehörde - öffentlich bekannt gemacht werden.

Aufgrund dessen sind bis zum Inkrafttreten des nächsten genehmigten Haushaltes die haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen des § 81 Abs. 1 der GO NRW zu beachten.

Bei der Haushaltsplanung wurden die Instrumente der dezentralen Ressourcenverantwortung und Budgetierung eingesetzt. Die Fachbereiche bewirtschaften somit die ihnen zugewiesenen Mittel eigenverantwortlich.

Die Haushaltssatzung enthielt für 2006 folgende Ansätze:

Verwaltungshaushalt	Einnahmen	916.886.180 €
	Ausgaben	1.382.497.450 €
Vermögenshaushalt	Einnahmen	120.674.380 €
	Ausgaben	120.674.380 €



Der Verwaltungshaushalt wies somit einen Fehlbedarf von rd. 465 Mio. € aus. Darin enthalten war gemäß § 23 GemHVO der Fehlbedarf aus 2004 in Höhe von rd. 310 Mio. €.

H Der Höchstbetrag für Kassenkredite wurde überschritten

Gem. § 77 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW enthält die Haushaltssatzung die Festsetzung der Höchstbeträge der Kassenkredite. Diese wurden in der Haushaltssatzung auf 1 Mrd. € festgelegt.

Die Satzung und die Haushaltspläne 2006 und 2007 wurden im Rat am 19.12.2005 beschlossen.

Durch Verfügung der Bezirksregierung vom 16.05.2006 wurde die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes versagt.

Entsprechend § 79 GO NRW bedarf die Haushaltssatzung für ihre Wirksamkeit der Bekanntmachung. Diese hat nicht stattgefunden. Somit gelten die Regelungen der letzten bekannt gemachten Haushaltssatzung fort.

Es ist verständlich und nachvollziehbar, dass die festgesetzten Grenzen überschritten wurden. Hier wird umso mehr deutlich, dass die vorläufige Haushaltsführung mit ihren restriktiven Regelungen nur für kurze Übergangszeiten geschaffen wurde.

Dennoch handelt es sich um einen Verstoß gegen geltendes Recht.

In seiner Stellungnahme weist R 403 darauf hin, dass die Kommunalaufsicht die vom Rat beschlossene neue Höchstgrenze für zulässig hält. R 403 schließt sich, wie in den Vorjahren, dieser Auffassung an.

4.2 Rechnungslegung

Die Jahresrechnung umfasst nach § 39 Abs. 1 GemHVO den kassenmäßigen Abschluss und die Haushaltsrechnung.

Der Jahresrechnung sind gemäß § 39 Abs. 2 GemHVO beizufügen:

1. eine Vermögensübersicht,
2. eine Übersicht über die Schulden und die Rücklagen,
3. ein Rechnungsquerschnitt und eine Gruppierungsübersicht,
4. ein Rechenschaftsbericht.

B/1 W Die gesetzliche Frist zur Vorlage der Jahresrechnung wurde nicht eingehalten

Gemäß § 93 GO NRW muss die Jahresrechnung dem Rat innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres zugeleitet werden.

Der kassenmäßige Abschluss für den Haushalt 2006 wurde am 08.05.2007 aufgestellt und trägt den Sichtvermerk des Kämmerers vom 08.05.2007. Gleiches gilt für den Abschluss der Auftrags- und Sonderhaushalte.

Die Haushaltsrechnung wurde durch den Stadtkämmerer am 07.05.2007 aufgestellt und vom Oberbürgermeister am 08.05.2007 festgestellt.

Die Feststellung des Ergebnisses erfolgte in etwa zum gleichen Zeitpunkt wie im Vorjahr, dennoch wurde die gesetzliche Frist nicht eingehalten.

Die verspätete Rechnungslegung muss vom RPA zum wiederholten Male beanstandet werden.

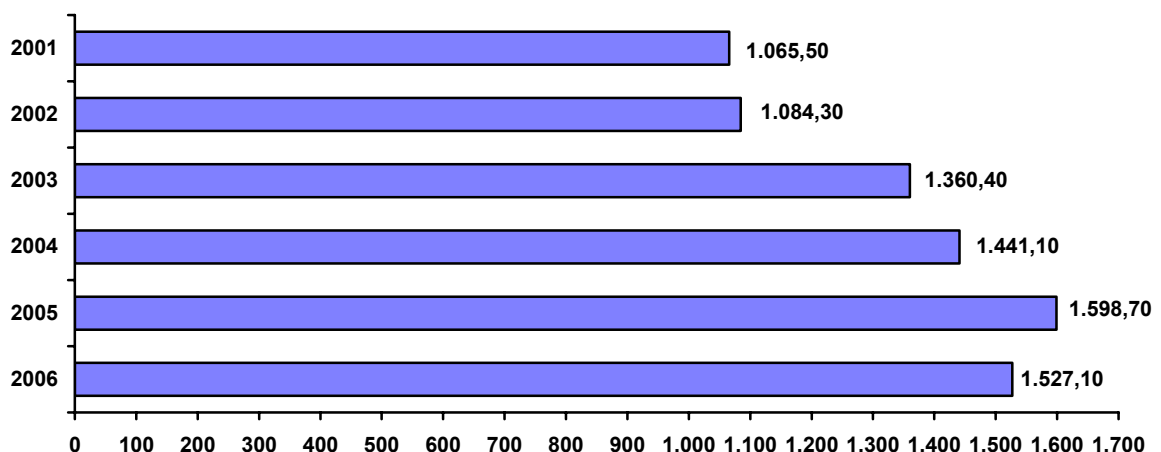
Die Beanstandung wird durch R 403 akzeptiert. Aufgrund hoher Arbeitsbelastungen zur Umstellung der Buchführung auf das NKF war eine fristgerechte Vorlage der Jahresrechnung nicht möglich.

4.3 Rechnungsergebnis

	Einnahmen	% des Gesamthaushaltes	Ausgaben	% des Gesamthaushaltes
Verwaltungshaushalt	934,7 Mio. €	90,1 %	1.394,8 Mio. €	91,3 %
Vermögenshaushalt	132,3 Mio. €	9,9 %	132,3 Mio. €	8,7 %
Gesamthaushalt	1.067,0 Mio. €	100 %	1.527,1 Mio. €	100 %

Die Ausgabeentwicklung des Gesamthaushaltes der letzten 6 Jahre stellt nachfolgende Grafik dar:

Ausgabeentwicklung der letzten 6 Jahre in Mio. €



Das Ausgabevolumen des Gesamthaushaltes 2006 ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 4,5 % gesunken. Damit konnte erstmals seit dem Haushalt 1998 eine Senkung der Ausgaben im Vergleich zu den Vorjahren verzeichnet werden.

Trotz der Senkung der Ausgaben ist dennoch eine Überschreitung des Ansatzes in der Jahresrechnung 2006 von ca. 24 Mio. € festzustellen.

Die Überschreitung schlägt sich zu gleichen Teilen mit jeweils 12 Mio. € im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt nieder.

Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben auf die Einzelpläne**Verwaltungshaushalt 2006**

Einzelplan	Einnahmen €	Ausgaben €
0	35.067.226	71.989.938
1	24.205.434	51.818.051
2	6.712.133	75.020.096
3	9.606.795	55.111.972
4	86.165.299	340.824.140
5	7.431.339	51.826.713
6	26.437.212	130.420.174
7	129.783.144	139.101.516
8	24.971.443	9.675.392
9	584.340.750	469.045.588
Summe	934.720.775	1.394.833.580

Die Planung für den Verwaltungshaushalt 2006 ging von einem Fehlbedarf von rd. 465,0 Mio. € aus. Die Haushaltsrechnung weist ein Defizit von rd. 460,1 Mio. € aus und erreicht damit annähernd das gleiche Ergebnis wie in der Jahresrechnung 2005.

Die entstandenen Mehrausgaben von 12,5 Mio. € im Vergleich zum Haushaltsansatz werden durch Mehreinnahmen von ca. 17,9 Mio. € gedeckt

Mehreinnahmen entstanden im Wesentlichen bei folgenden Einnahmegruppen:

- Benutzungsgebühren rd. 7,7 Mio. €
- Konzessionsentgelte rd. 3,4 Mio. €

Mindereinnahmen entstanden:

- bei der Gewerbesteuer 18,5 Mio. €
- beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 10,5 Mio. €

Vermögenshaushalt 2006

Einzelplan	Einnahmen €	Ausgaben €
0	30.500	2.924.402
1	947.254	3.435.391
2	11.435.183	14.398.467
3	2.316.212	2.709.694
4	958.124	2.593.634
5	341.073	2.576.583
6	13.620.531	33.483.183
7	3.456.497	11.287.991
8	6.505.852	4.663.386
9	92.734.913	54.273.408
Summe	132.346.139	132.346.139

Der Vermögenshaushalt 2006 schließt auf der Einnahmen- und Ausgabenseite mit jeweils rd. 132,3 Mio. € ab. Die Höhe der Kreditaufnahme betrug rd. 21,4 Mio. €. Die Einnahme- und Ausgabeerwartungen der Haushaltsplanung für 2006 lagen bei jeweils rd. 121,0 Mio. €. Der Kreditbedarf sollte 25,5 Mio. € betragen.

Die Mehreinnahmen im Vermögenshaushalt betragen somit gegenüber dem Haushaltsplan rd. 11 Mio. €.

Die betragsmäßig größten Abweichungen haben sich bei folgenden Einnahme- und Ausgabegruppen ergeben:

Mehreinnahmen:

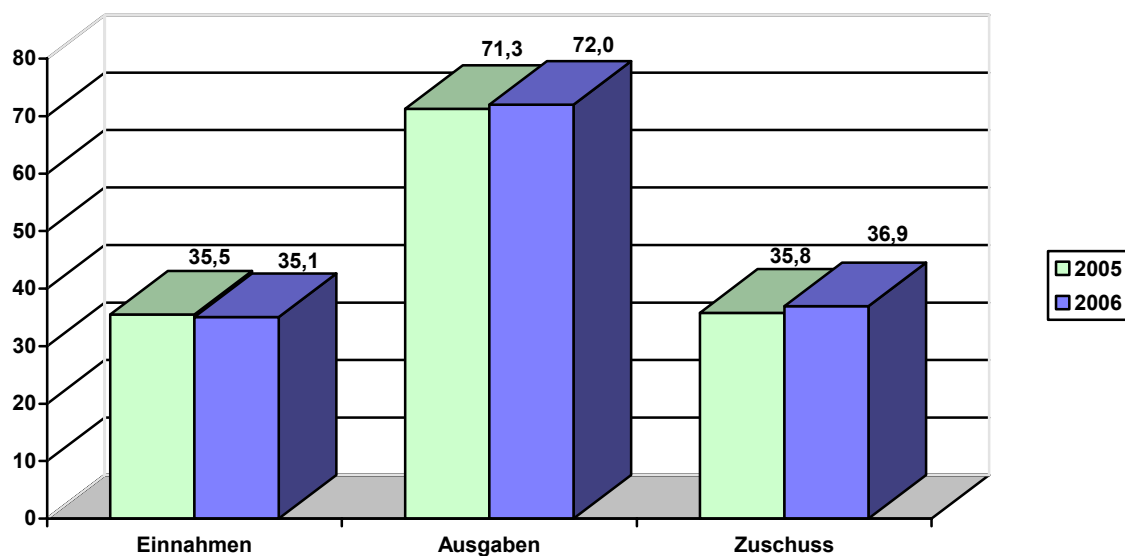
- Darlehnstilgung Delphin Vermögensverwaltung 2 Mio. €
- Erlös aus dem Verkauf von RWE Aktien 4,4 Mio. €

5. Formalprüfung der Jahresrechnung

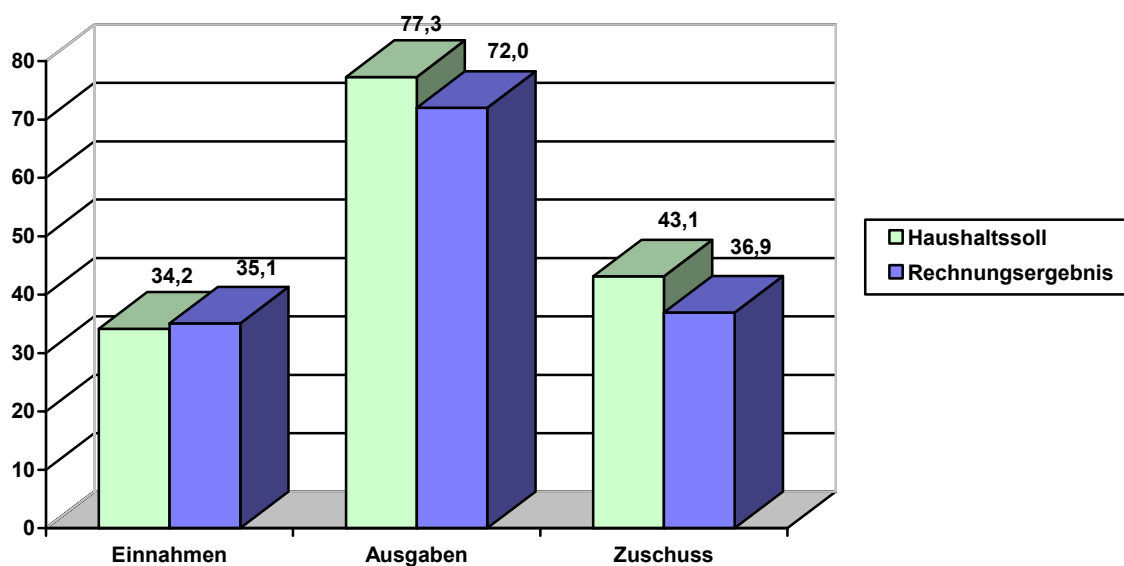
5.0 Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung

5.0.1 Verwaltungshaushalt (002.100)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)

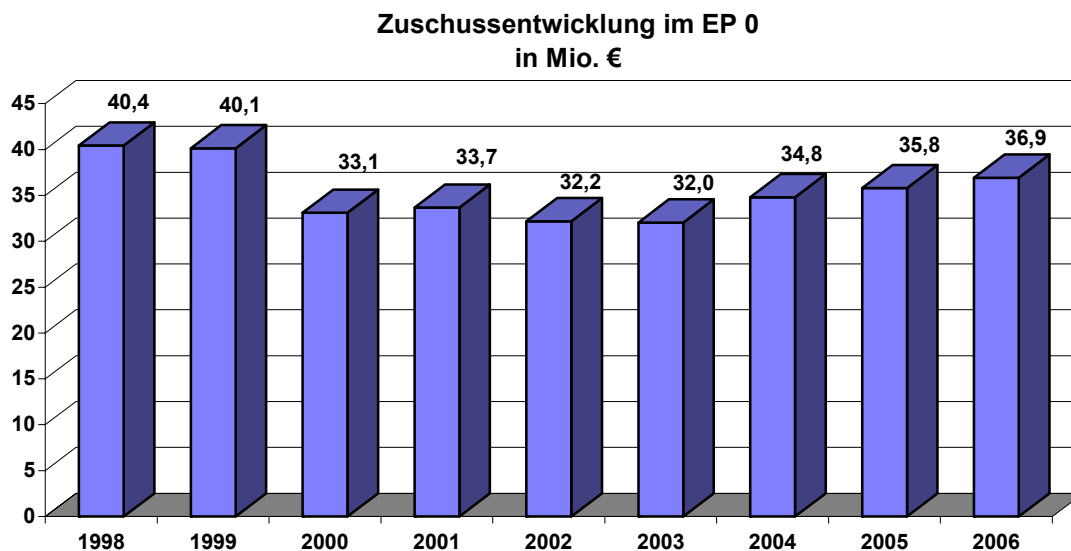


Vergleich des Haushaltssolls 2006 mit dem Rechnungsergebnis 2006 (in Mio. €)



Allgemeine Vorbemerkungen zum EP 0

Zuschussentwicklung



Im dritten Jahr nacheinander hat sich der Zuschussbedarf im EP 0 erhöht. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis ist eine Steigerung um 1,1 Mio. € bzw. 3,1 % zu verzeichnen. Einerseits gingen im Vorjahresvergleich die Einnahmen um 0,4 Mio. € bzw. annähernd 1,2 % zurück, andererseits erhöhten sich die Ausgaben um 0,7 Mio. € bzw. 1,0 %.

Im Verhältnis zur Einnahmeerwartung weist das RE hingegen eine Verbesserung um 1,7 Mio. € auf. Von den Ausgabeermächtigungen im Verwaltungshaushalt des EP 0 in Höhe von 77,3 Mio. € wurden 72,0 Mio. € in Anspruch genommen und mithin eine Verbesserung um 5,3 Mio. € erzielt.

Steuerungsumlagen

Von den Einnahmen des EP 0 in Höhe von etwa 35,1 Mio. € stammen insgesamt 11,9 Mio. € aus den von anderen Leistungseinheiten aufzubringenden Steuerungsumlagen. Darin enthalten ist ein Beitrag der Eigenbetriebe in Höhe von 269 T-Euro.

Die Ausgaben der folgenden UA im EP 0 werden anteilig oder in Gänze durch die Steuerungsumlagen finanziert:

- UA 0000 Rat und Gremien,
- UA 0001 Geschäftsführung,
- UA 0090 Fraktionen,
- UA 0100 Rechnungsprüfungsamt,
- UA 0150 Antikorruptionsstelle,
- UA 0203 Schlüsselprojekte der Verwaltung,
- UA 0240 Presse- und Informationswesen,
- UA 0250 Gleichstellungsstelle,

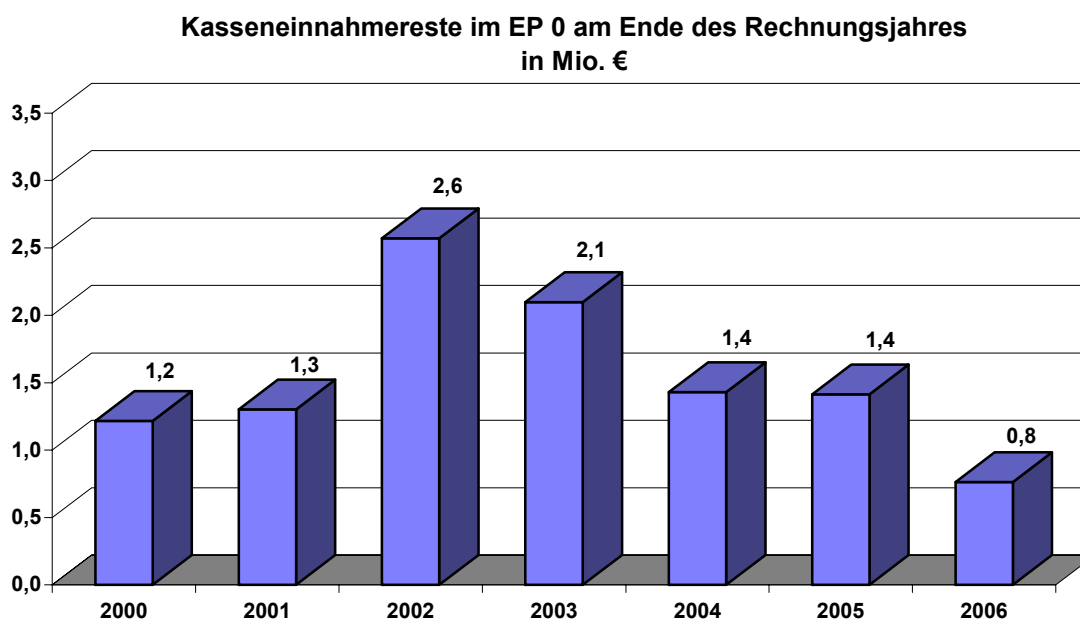
- UA 0270 Regionalbüro,
- UA 0300 Kämmerei,
- UA 0510 Statistik und Wahlen (Anteil Statistik),
- UA 0820 Personalvertretung.

Außerhalb des EP 0 wird der UA 7900 „Stadtmarketing und Stadtwerbung“ (EP 7) teilweise aus Steuerungsumlagen finanziert.

Von den Eigenbetrieben tragen die Einrichtungen mit gemeinnütziger Ausrichtung nicht mehr zum Aufkommen der Steuerungsumlage bei. Sowohl beim Eigenbetrieb Alten- und Pflegeheime (APH) als auch beim Eigenbetrieb Kinder- und Jugendwohngruppen (KIJU) wurde von einer Einbeziehung in das Umlageverfahren abgesehen. Steuerrechtlich besteht das Risiko, dass die Abführung einer allgemeinen Steuerungsumlage als verdeckte Gewinnabführung gewertet werden könnte mit der Folge einer Gefährdung des steuerlichen Prädikats der Gemeinnützigkeit. Aus diesem Grund fallen bei den o.a. Unterabschnitten die Einnahmen geringer aus als ursprünglich veranschlagt.

Kasseneinnahmereste

Im Verwaltungshaushalt des EP 0 bestanden am Ende des Rechnungsjahres 2006 (neue) Kasseneinnahmereste (KER) in Höhe von insgesamt 763 T-Euro.



Nennenswerte neue KER mussten zum einen im UA 0210 Personalverwaltung in Höhe von 257 T-Euro gebildet werden. Die den Eigenbetrieben in Rechnung gestellten Entgelte für die Nutzung des Personalabrechnungssystems Paisy und für die Personalsachbearbeitung gingen im Berichtsjahr nicht ein. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (29.06.2007) wurden die Forderungen der Personalverwaltung bis auf einen Betrag in Höhe von 27 T-Euro ausgeglichen. Zum anderen ergaben sich neue KER vor allem im UA 0620 Nachrichtentechnik in Höhe von 408 T-Euro, wobei

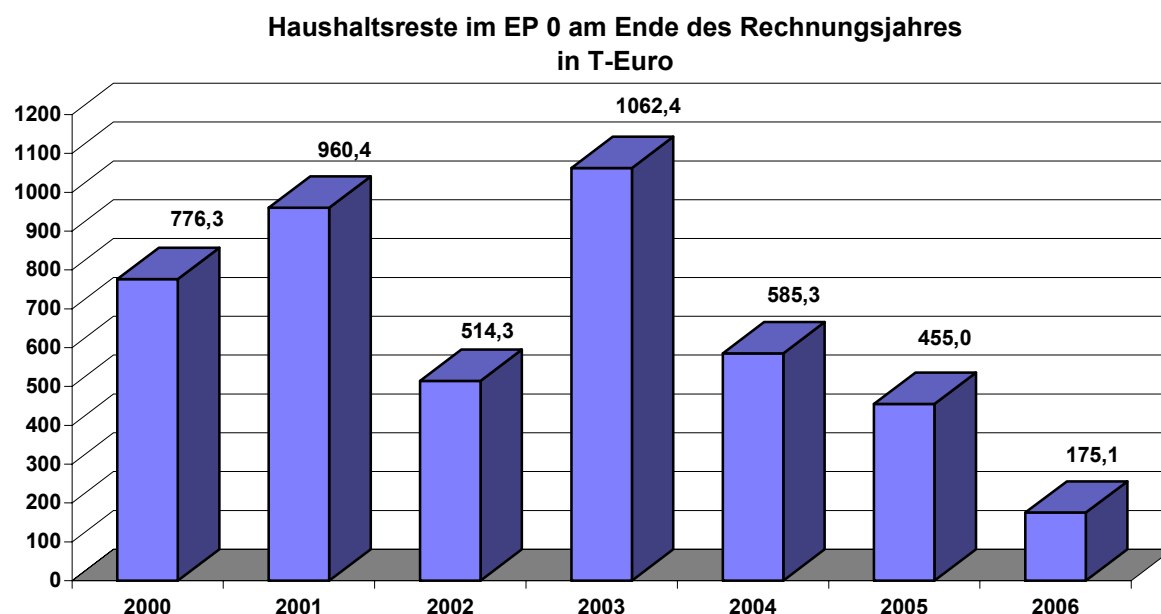
jedoch im Vorjahresvergleich eine Verringerung der Reste um 230 T-Euro zu registrieren ist.

Bei der Interpretation der grafischen Darstellung ist zu berücksichtigen, dass die KER-Summe 2005 einen doppelt zum Soll gestellten Betrag in Höhe von 287 T-Euro beinhaltet, der im Jahr 2006 abgesetzt worden ist. Ohne diese doppelte Buchung hätten im Jahr 2005 die KER einen Betrag von ca. 1,1 Mio. € ausgemacht. Andererseits wären die KER am Ende des Jahres 2006 ohne diese Absetzung um 287 T-Euro höher gewesen.

H Kasseneinnahmereste werden im Rechnungsergebnis der EP 0 und 9 nicht verursachungsgerecht wiedergegeben

Im Übrigen werden bei der Einnahmehaushaltsstelle 0340-261.0000 „Zinsen für gestundete und verrentete öffentliche Abgaben“ auch Absetzungen verbucht, die eigentlich in den EP 9, Haushaltsstelle 9000-265.0000 „Verzinsung von Steuernachforderungen“, gehören, jedoch nach Auskunft der Stadtkasse, bedingt durch das SAP-Verfahren, dort nicht dargestellt werden können. Diese KER-Absetzungen betragen im Berichtsjahr annähernd 0,5 Mio. € (zum Vergleich 2005: 208 T-Euro). Die KER im EP 0 sind eigentlich um diesen Betrag zu niedrig ausgewiesen. Insoweit werden die Rechnungsergebnisse in den Einzelplänen 0 und 9 nicht verursachungsgerecht abgebildet.

Haushaltsreste



Zum Ende des Rechnungsjahres 2006 wurden im Verwaltungshaushalt des EP 0 Haushaltsausgabereste in Höhe von 175 T-Euro genehmigt. Im Vorjahr betrug die Höhe der Haushaltsreste 455 T-Euro, wovon während des Haushaltsjahres 2006 zusammen 374 T-Euro zum Soll gestellt, 50 T-Euro abgesetzt und - gemäß dem aus-

gedruckten Rechnungsergebnis - 31 T-Euro übertragen worden sind. Allerdings handelt es sich beim letztgenannten Betrag nicht um eine gegen § 19 Abs. 2 GemHVO NRW a.F. verstößende erneute Übertragung von Haushaltsausgaberesten, sondern um ein SAP-Darstellungsproblem.

Von den in das Haushaltsjahr 2007 übertragenen Resten entfielen 147 T-Euro auf die den Bezirksvertretungen zustehenden Verfügungsmittel (UA 0260), über deren Verwendungszweck diese gemäß § 37 Abs. 3 GO NRW allein entscheiden können, und 28 T-Euro auf zweckgebundene Mittel des Regionalbüros (UA 0270). Ein Restbetrag in Höhe von 600,- € wurde im UA 0820 „Personalvertretung“ in das Jahr 2007 übertragen.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 0000 Rat und Gremien (002.100; R 000)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.650.800	1.626.122	-1,5	1.522.039	6,8
Ausgaben	1.957.664	1.713.375	-12,5	1.767.757	-3,1
Differenz	-306.864	-87.254		-245.718	

Ein Plus bei den Einnahmen zum einen und geringere Ausgaben zum anderen bewirkten einen niedrigeren Zuschussbedarf als 2005 und im Vergleich zur Planung.

Die Einnahmen dieses UA stammen zum größten Teil aus den Steuerungsumlagen der Verwaltungsdienststellen und der Eigenbetriebe.

Bei einem Vorjahresvergleich der Ausgaben gilt es zu berücksichtigen, dass das RE 2005 eigentlich um ca. 80 T-Euro zu niedrig ausgewiesen ist. Die den Ratsmitgliedern, Bezirksvertretern/-innen und sachkundigen Bürgern/-innen zustehenden Aufwandsentschädigungen für den Monat Januar 2005 wurden bereits im Dezember 2004 überwiesen und sind mithin im RE 2004 enthalten.

Gegenüber dem Haushaltsansatz (Ausgabeermächtigung) ergab sich ein geringeres RE vor allem bei der Haushaltsstelle 0000-400.0000 „Aufwands-/Verdienstausfallentschädigung usw. für Ratsmitglieder u.a.“ (ca. 100 T-Euro weniger als ursprünglich veranschlagt). Gegenüber den Rechnungsergebnissen des Jahres 2005 haben sich die Personalausgaben (ohne Honorare u.a.) um ca. 55 T-Euro verringert, was auf eine geänderte Zuordnung von Mitarbeitern/-innen zu Unterabschnitten zurückzuführen ist (vgl. UA 0001). Einsparungen im Vorjahresvergleich gab es auch beim Mietaufwand, bei den Betriebskosten sowie insgesamt bei den übrigen Sachausgaben.

Die bei der Position 0000-573.0300 „Städtepartnerschaft mit Matagalpa“ veranschlagten 10 T-Euro wurden nicht verausgabt, da das Land NRW keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt hat. Die Betreuung erfolgte im Rahmen der üblichen Städtepartnerschaft.

UA 0001 Geschäftsführung (002.100; R 001)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	793.200	780.679	-1,6	940.901	-17,0
Ausgaben	1.019.154	977.141	-4,1	923.392	5,8
Differenz	-225.954	-196.462		17.509	

Die Einnahmen stammen in Gänze aus den Steuerungsumlagen der Verwaltung und der Eigenbetriebe. Bei den Ausgaben handelt es sich vor allem um Personalausgaben, die im Vergleich zum RE 2005 um rund 47 T-Euro höher lagen. Dafür ausschlaggebend war eine andere Zuordnung von Mitarbeitern/-innen zu Unterabschnitten (vgl. UA 0000).

Wie im Vorjahr wurden die Verfügungsmittel des Oberbürgermeisters (Ausgabermächtigung 2 T-Euro) nicht in voller Höhe ausgegeben.

Das Rechnungsergebnis beim Zuschuss lag niedriger als der prognostizierte Fehlbedarf.

UA 0090 Fraktionen (002.100; R 001)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.416.900	1.394.528	-1,6	1.060.648	31,5
Ausgaben	1.544.413	1.535.669	-0,6	1.676.751	-8,4
Differenz	-127.513	-141.140		-616.103	

Die Finanzierung erfolgt ausschließlich durch Steuerungsumlagen. Die Ausgaben setzen sich aus den an den Eigenbetrieb GMW zu leistenden Mieten und Betriebskosten, die in etwa auf Vorjahresniveau verblieben, den im Vorjahresvergleich um ca. 2 T-Euro niedrigeren Ausgaben für Nachrichtentechnik und den Fraktionszuschüssen zusammen. An die Fraktionen im Rat der Stadt und in den Bezirksvertretungen wurden im Berichtsjahr 1.485 T-Euro überwiesen. Beim Vorjahresvergleich gilt es zu berücksichtigen, dass das RE 2005 bei den Fraktionszuwendungen in Höhe von 1.624 T-Euro zusätzlich die für den Monat Januar 2006 vorgesehene Zuwendung enthält.

Das RPA hatte die vorgezogene Überweisung der für den Monat Januar 2006 vorgesehenen Fraktionszuwendungen im Schlussbericht über die Prüfung der Rechnung 2005 beanstandet. Obwohl das Büro OB die RPA-Beanstandung aufgegriffen und die Auszahlungsanordnung mit Terminvorgabe auf den vorletzten Werktag des Monats Dezember ausgefertigt hatte, wurde die Fraktionszuwendung für Januar 2007 in Höhe von etwa 123 T-Euro von der Stadtkasse bereits am 14. Dezember 2006 - und damit erneut zu früh - überwiesen. Lt. Mitteilung der Stadtkasse wurde das Fälligkeitsdatum in diesem Einzelfall leider übersehen und nicht im SAP-Verfahren berücksichtigt.

UA 0100 Rechnungsprüfungsamt (002.100; R 002)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.687.400	1.619.505	-4,0	1.551.365	4,4
Ausgaben	1.912.649	1.838.680	-3,9	1.822.234	0,9
Differenz	-225.249	-219.174		-270.869	

Bis auf 675 €, die für die Wahrnehmung besonderer Prüfaufgaben erlöst wurden, erfolgte die Finanzierung des RPA ausschließlich durch die Steuerungsumlagen. Den weitaus größten Teil der Ausgaben bildeten die Personalaufwendungen, die wie im Vorjahr 1,7 Mio. € betragen. Die Ausgabeerhöhungen im Vergleich zum Vorjahr lassen sich im Wesentlichen auf gestiegene Kosten für ADV- und Druckleistungen zurückführen (ca. 24 T-Euro mehr als 2005), die nicht vollständig durch Einsparungen bei den anderen Sachausgaben aufgefangen werden konnten. Insgesamt blieben die Ausgaben unter dem Ansatz.

UA 0150 Antikorruptionsstelle (002.100; R 002)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	280.100	275.675	-1,6	266.982	3,3
Ausgaben	310.840	274.472	-11,7	302.200	-9,2
Differenz	-30.740	1.203		-35.217	

Die Einnahmen werden durch die Steuerungsumlagen gebildet, die Ausgaben bestehen weitgehend aus Personalaufwendungen, die aufgrund der vorzeitigen Pensionierung eines Mitarbeiters um 23 T-Euro unter dem Vorjahresniveau lagen.

UA 0200 Infrastruktur (002.100; R 401)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	200.150	211.871	5,9	266.078	-20,4
Ausgaben	2.538.062	2.455.730	-3,2	2.349.156	4,5
Differenz	-2.337.912	-2.243.859		-2.083.078	

Im Wesentlichen setzen sich die Einnahmen aus den Beträgen zusammen, die Eigenbetriebe, städtische Gesellschaften und städtische Dienststellen (in der Regel kostenrechnende Einrichtungen) für Leistungen der zentralen Dienste an den UA 0200 abführen. Im Vergleich zur Planung nutzten Eigenbetriebe und Gesellschaften vermehrt diese Dienste (Telefonzentrale, Poststelle, Zentraleinkauf usw.). Der Rückgang gegenüber den Vorjahreseinnahmen beruht auf einer geringeren Inanspruchnahme durch die städtischen Dienststellen.

Bei den Ausgaben ergeben sich im Verhältnis zur Ausgabeermächtigung Einsparungen. Im Vorjahresvergleich liegen die Ausgaben indessen um ca. 100 T-Euro höher, wobei die Personalausgaben in etwa gleich geblieben sind. Ursächlich für die Steigerung waren vor allem die erstmalig angefallenen Umzugskosten im Rahmen der strategischen Raumplanung (44 T-Euro), höhere E-Procurementgebühren und eine höhere Steuerungsumlage (jeweils 20 T-Euro mehr als 2005).

Einzelaspekte:**xxxx-650.0900****Bürobedarf**

Über den zum Bereich Infrastruktur zählenden Zentraleinkauf können die Leistungseinheiten (LE) seit Ende 2003 ihren Bürobedarf online selbst bestellen. Insgesamt wandten die Ressorts und Stadtbetriebe im Berichtsjahr über ihre Haushaltsstelle xxxx-650.0900 für Bürobedarf 82 T-Euro auf, mithin rund 3 T-Euro weniger als im Jahr 2005. Anhand einer Zeitreihe wird deutlich, dass offenbar das elektronische Bestellverfahren durch die Leistungseinheiten zu Kosteneinsparungen geführt hat:

Jahr 2003: 153 T-Euro
 Jahr 2004: 94 T-Euro
 Jahr 2005: 85 T-Euro
 Jahr 2006: 82 T-Euro.

xxxx-651.0900**Vordrucke, Druckereibedarf**

Die Addition der von den LE bei dieser Haushaltsstelle verausgabten Mittel ergibt für das Berichtsjahr einen Betrag in Höhe von 147 T-Euro. Im Vergleich zum RE des Vorjahres gingen die Ausgaben um rund 19 T-Euro zurück.

xxxx-652.0900

Porto (9340-652.0900)

Von der zentralen Poststelle wurden die Budgets der Ressorts und Stadtbetriebe mit Portokosten in Höhe von zusammen 1.374 T-Euro belastet (ohne erstattete Portokosten von Eigenbetrieben, städtischen Gesellschaften und anderen Nutzern der zentralen Poststelle). Im Vorjahresvergleich sind die verwaltungsintern umgelegten Portokosten mithin um 137 T-Euro bzw. 9,1 % zurückgegangen. Auffällig ist der starke Rückgang der Portoausgaben im Bereich der Ordnungsaufgaben. Wurde der UA 1100 im Jahr 2005 noch mit 708 T-Euro belastet, so fielen im Berichtsjahr 542 T-Euro an, mithin ca. 165 T-Euro weniger. Sowohl die geringeren Portokosten im Allgemeinen als auch besonders im Bereich der Ordnungsverwaltung wurden maßgeblich beeinflusst durch geringere Gebühren für Postzustellungsaufträge. Im Übrigen konnten Minderausgaben durch die zunehmende Auftragserteilung an private Zustellungsunternehmen erzielt werden.

UA 0201 Geschäftsbereichsleitung 4 Zentrale Dienstleistungen (002.100)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	2.000	/
Ausgaben	489.397	455.171	-7,0	429.494	6,0
Differenz	-489.397	-455.171		-427.494	

Der UA bildet die Personal- und Sachkosten des Geschäftsbereichsleiters nebst Büroassistenz ab. Für die im Vorjahresvergleich höheren Ausgaben waren in erster Linie Kostensteigerungen im Bereich ADV/Druck (+ 17 T-Euro), bei der Steuerungsumlage (+ 5 T-Euro) und für Einrückungsgebühren im Rahmen von Stellenausschreibungen im GB 4 verantwortlich. Die Ausgabeermächtigung wurde indessen nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

UA 0202 Customer Competence Center (002.100; 400)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	168.000	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	2.219.057	1.925.577	-13,2	1.900.085	1,3
Differenz	-2.051.057	-1.925.577		-1.900.085	

Das CCC ist für die fachliche Betreuung des SAP-Verfahrens zuständig. Die Einnahmeerwartung bestand aus einer ursprünglich beabsichtigten inneren Verrechnung von Personalkosten mit dem UA 0208. Diese Verrechnung wurde nicht durchgeführt.

Die Ausgabenermächtigung wurde nicht vollständig in Anspruch genommen. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Personalausgaben im Zuge von personellen Maßnahmen und Verschiebungen von Personalkostenbudgets um ca. 90 T-Euro vermindert. Höhere Aufwendungen fielen bei der Betriebskostenpauschale für das externe Rechenzentrum (80 T-Euro mehr als 2005) sowie für die Softwarewartung und -pflege an (+ 35 T-Euro); die entsprechenden Ansätze bei den entsprechenden Haushaltsstellen wurden jedoch nicht überschritten.

UA 0203 Schlüsselprojekte der Verwaltung (002.100; 400)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	582.700	573.497	-1,6	494.212	16,0
Ausgaben	664.382	597.177	-10,1	679.305	-12,1
Differenz	-81.682	-23.680		-185.092	

In diesem UA dargestellt wird die haushaltsmäßige Abwicklung von Schlüsselprojekten der Verwaltung, die sich im Jahr 2006 hauptsächlich auf die beiden Projekte „Prozessoptimierung“ bzw. „Service-Center“ und „Internet“ beschränkten, die etliche gemeinsame Anknüpfungspunkte aufweisen. Die Einnahmen dieses UA stammen aus den Steuerungsumlagen, die gegenüber dem Vorjahr im Volumen umfangreicher ausgefallen sind.

Die Ausgaben fielen niedriger aus als geplant und im Vergleich zum Vorjahr. Gegenüber dem RE 2005 erhöhten sich zwar die Personalausgaben um etwa 58 T-Euro, was auf zusätzliche Kräfte in den Teams „Organisationsentwicklung“ und „Internet“ zurückzuführen ist. Dagegen wurden sowohl gegenüber der Ausgabeermächtigung (etwa 82 T-Euro weniger als veranschlagt) als auch im Vorjahresvergleich (- 32 T-Euro gegenüber dem RE 2005) weniger Sachausgaben für die Projekte „Prozessoptimierung/Service-Center“ und „Internet“ geleistet.

Beim Projekt „Planung und Einführung eines Service-Centers bei der Stadt Wuppertal“ war das RPA im Rahmen der begleitenden Prüfung eingebunden. Mit der Einrichtung eines zentralen Service-Centers sollen u.a. die telefonische Erreichbarkeit der Stadtverwaltung verbessert, der Vollzug standardisierter Verwaltungstätigkeiten optimiert und ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erreicht werden. Für die Beauftragung externer Beratungsunternehmen wurden im Jahr 2006 ca. 12 T-Euro verausgabt, um ein technisches Pflichtenheft zu erstellen und Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit eines Service-Centers durchzuführen.

UA 0208 Einführung Neues Kommunales Finanzmanagement (002.100; 400)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	2.419.610	1.694.852	-30,0	482.024	251,6
Differenz	-2.419.610	-1.694.852		-482.024	

Dieser UA wurde im April 2005 zur Abwicklung der Finanzierung des Einführungsprozesses des gesetzlich vorgeschriebenen neuen kommunalen Haushaltsmanagements (NKF) eingerichtet. Vorjahresvergleiche der RE sind daher nicht aussagekräftig.

Gegenüber den insgesamt für 2006 bereitgestellten Mitteln wurden rund 725 T-Euro nicht ausgegeben. Minderausgaben waren vor allem bei den externen Beratungskosten (586 T-Euro weniger als geplant) und beim Schulungsaufwand (- 58 T-Euro) zu verzeichnen. Hingegen fielen höhere Personalausgaben als vorgesehen an (165 T-Euro mehr). Hier gilt es in Rechnung zu stellen, dass die Ansätze maßgeblich auf dem Organisations- und Finanzierungskonzept zur NKF-Einführung aus dem Jahr 2005 beruhen. Bei der praktischen Umsetzung dieses Großprojektes sind Abweichungen gegenüber der Planung eingetreten.

UA 0210 Personal und Organisation (002.100; R 404)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.505.290	2.439.188	-2,6	3.031.462	-19,5
Ausgaben	5.640.821	5.272.304	-6,5	5.627.781	-6,3
Differenz	-3.135.531	-2.833.116		-2.596.318	

Bei den Einnahmen lag das RE um 66 T-Euro niedriger als erwartet. Einerseits wurde den Eigenbetrieben für die Bereitstellung von Personaldienstleistungen und des Personalabrechnungsverfahrens Paisy ca. 47 T-Euro mehr in Rechnung gestellt als ursprünglich kalkuliert. Andererseits konnten bei den folgenden Positionen die erwarteten Erlöse nicht realisiert werden: Bedingt durch den Rückgang der Leistungsempfänger/-innen aufgrund von Sterbefällen sind die vom Land NRW an die Stadt geleisteten Anteile an der Versorgung ehemaliger Beamter und Polizeibeamter bzw. deren Hinterbliebenen um rund 69 T-Euro geringer als veranschlagt eingegangen. Ferner wurden die eingeplanten Einnahmen bei den von den Ressorts und Stadtbetrieben für Personalnebenkosten (darunter fallen z.B. Beiträge an den Gemeindeunfallversicherungsverband, Aufwendungen für Dienstjubiläen) sowie bei den von den kostenrechnenden Einrichtungen für zentrale Leistungen der Personalverwaltung zu zahlenden Umlagen um zusammen 51 T-Euro unterschritten. Der auffällige Rückgang gegenüber dem RE des Jahres 2005 beruht im Wesentlichen auf einer niedri-

geren Summe der umzulegenden Personalnebenkosten (168 T-Euro weniger als 2005) und geringeren Umlagen, mit denen die kostenrechnenden Einrichtungen belastet worden sind (377 T-Euro weniger als 2005).

Die Ausgaben fielen niedriger als geplant und auch niedriger als im Vorjahr aus. Auf die folgenden Veränderungen gegenüber dem RE 2005 soll hingewiesen werden: Die Haushaltsstellen 0210-562.0000 „Für Ausbildung und Umschulungen“ (Ausgabeermächtigung 2006: rund 170 T-Euro) und 0210-718.0000 „Umlage an das Bergische Studieninstitut“ (Ausgabeermächtigung 2006: 14 T-Euro) werden nunmehr im UA 0211 geführt. Geringere RE als 2005 wurden vor allem bei den Personalausgaben (etwa 73 T-Euro weniger als im Vorjahr) und den Positionen „Übernahme anteiliger Versorgungsbezüge“ (- 44 T-Euro), „Dienstunfall- und Sachschadenabgeltung“ (- 22 T-Euro) und „Leistungen der Nachrichtentechnik“ (- 30 T-Euro) verzeichnet.

Ausgewählte Personalausgaben in der Gesamtverwaltung lt. Gruppierungsübersicht

RE ausgewählter Personalausgaben in Mio. €

Merkmal (Gruppierungs-Nr.)	2004 Mio. €	2005 Mio. €	2006			
			Mio. €	Ansatz 1) Mio. €	Differenz RE/Ansatz 1)	
					Mio. €	%
410 Bezüge Beamte	43,529	43,787	43,543	46,173	-2,630	-5,7
411 Pensionsrückstell.	0,343	0,348	0,350	0,366	-0,017	-4,5
414 Angestelltenvergüt.	92,941	95,066	x	x	x	x
415 Arbeiterlöhne	13,663	13,508	x	x	x	x
414/415 Tarifbeschäftigte	106,604	108,574	106,212	108,904	-2,692	-2,5
434 Versorg. Angest.	5,322	6,686	x	x	x	x
435 Versorg. Arbeiter	0,793	0,965	x	x	x	x
434/435 Tarifbeschäftigte	6,116	7,651	7,601	7,873	-0,272	-3,4
444 Sozialversich. Ang.	19,067	19,299	x	x	x	x
445 Sozialversich. Arb.	2,819	2,765	x	x	x	x
444/445 Tarifbeschäftigte	21,887	22,064	21,600	22,311	-0,711	-3,2

1) Originalbudget

- Allgemeines zu den Werten der o.a. Übersichtstabelle

Für die städtischen Kräfte, die im Bereich der ARGE frühere Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) wahrnehmen, erstattet der Bund die Personalkosten (vgl. Einnahmepositionen 4051-163.0000 und 4051-163.0100). Da andererseits Mitarbeiter/-innen der BA städtische Aufgaben ausführen, werden diese Kostenanteile aus der Haushaltsstelle 4051-673.0100 erstattet.

Des Weiteren hat sich bei den Personalausgaben die Gründung der Wuppertal Marketing GmbH (WMG, selbstständig seit September 2005) - wenn auch vergleichsweise geringfügig - ausgewirkt. Die für den Zeitraum September bis Dezember 2005 und die im Jahr 2006 angefallenen Personalkosten mindern zwar die RE bei den Untergruppen der Personalausgaben. Andererseits sind diese Beträge in den städtischen Zuschüssen an die Gesellschaft enthalten (s. UA 7900).

- Dienstbezüge für Beamte einschl. Pensionsrückstellungen (Untergruppen 410 und 411)

An Dienstbezügen für Beamte und Beamtinnen mussten im Berichtsjahr insgesamt 43,5 Mio. € aufgewendet werden, ca. 244 T-Euro bzw. 0,6 % weniger als im Vorjahr. Gegenüber den im Haushaltsplan veranschlagten Dienstbezügen konnten 2,63 Mio. € bzw. 5,7 % eingespart werden. Hierbei haben sich einerseits u.a. die Streichung des Urlaubsgeldes, die (weitere) Absenkung des Weihnachtsgeldes (Sonderzuwendung) und das Ausbleiben einer Besoldungserhöhung ausgewirkt. Andererseits führten die von der Bezirksregierung als Ausnahme zu § 81 GO NRW genehmigten Beförderungen von ca. 130 Beamtinnen und Beamten zu höheren Kosten. Die nach § 12 Abs. 3 i.V.m. § 5 des Gesetzes zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (Versorgungsfondsgesetz - EFoG -) für im Dienst befindliche Beamtinnen und Beamte vorgeschriebene Zuführung an die Sonderrücklage „Pensionsrückstellungen“ betrug 350 T-Euro. Bei der Ermittlung der Zuführungssumme wurde der auf den UA 7900 entfallene Betrag zur Vermeidung einer „Doppelbelastung“ herausgerechnet. Im UA 7900 werden seit Gründung der WMG keine Personalkosten mehr verbucht. Die WMG trägt seitdem mittels der üblichen 30 %ige Umlage zur Rücklagenbildung für künftige Versorgungsaufwendungen bei (zur Versorgungsrücklage siehe auch die Ausführungen beim UA 0810). Das von der Verwaltung gewählte Verfahren ist aus Sicht der Rechnungsprüfung vertretbar.

- Vergütungen für Tarifkräfte (Arbeiter/-innen und Angestellte) einschl. Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Untergruppen 414 und 444)

Die tariflich Beschäftigten erhielten im Berichtsjahr Vergütungen in Höhe von 106,2 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr gingen diese Ausgaben um 2,36 Mio. € bzw. 2,5 % zurück. Gegenüber den veranschlagten Ausgaben betrug der Rückgang 2,69 Mio. € bzw. 2,5 %. Tarifkräfte erhielten im Berichtsjahr zusätzlich zum Entgelt eine Einmalzahlung in Höhe von 300,- € (Auszubildende: 100,- €).

An Beiträgen für die gesetzliche Sozialversicherung wurden 21,6 Mio. € abgeführt, 464 T-Euro bzw. 2,1 % weniger als nach dem RE 2005 und 711 T-Euro bzw. 3,2 % weniger als eingeplant.

- Beiträge zu Versorgungskassen für Tarifkräfte (Untergruppe 434)

Für die Zusatzversorgungskasse (ZVK) waren 7,6 Mio. € aufzubringen, 50 T-Euro bzw. 0,6 % weniger als im Vorjahr und 272 T-Euro bzw. 3,4 % mehr als im Haushaltsplan vorgesehen. Es wirkte sich hier - wie im Vorjahr - die Erhöhung der Sanierungsgelder für die Zusatzversorgungseinrichtungen von früher 1 % auf nunmehr 2,5 % der ZVK-pflichtigen Entgelte aus.

Einzelaspekte:**xxxx-414.0000****Entgelte für tariflich Beschäftigte und andere**

Die Ausgaben nicht nur des UA 0210, sondern sämtlicher UA mit Personalausgaben für Tarifkräfte werden durch eine fehlerhafte Verbuchung der Dezembervergütungen beeinflusst. Wie in den Vorjahren wurden zur Bildung der RE nicht die Gehaltszahlungen für die Monate Januar bis Dezember, sondern die geleisteten Vergütungen im Zeitraum Dezember des Vorjahres bis November des Berichtsjahres aufgerechnet. Bezüglich der Einzelheiten dieser vom RPA beanstandeten Verfahrensweise und zu den unterschiedlichen Auffassungen von Rechnungsprüfung einerseits und Verwaltung andererseits wird auf die Schlussberichte der Jahre 2003 bis 2005 verwiesen.

xxxx-654.0900**Dienstfahrten**

Für aus den Haushaltsstellen xxxx-654.0900 finanzierte Dienstfahrten wurden in der Gesamtverwaltung 300 T-Euro verausgabt. Die Ausgabeermächtigungen in Höhe von zusammen 435 T-Euro wurden nur zu rund 70 % in Anspruch genommen. Gegenüber dem Vorjahr gingen die verwaltungsweiten Ausgaben für die aus der Untergruppe 654.0900 finanzierten Dienstfahrten um ca. 11 T-Euro bzw. 3,4 % zurück. Der für das Berichtsjahr kalkulierte Dienstfahrten-Mehraufwand durch Wegfall der Ticketbezuschung (Erwerb von 4er-Tickets für Fahrten innerhalb des Stadtgebietes, Haushaltsstelle 0210-654.0300) lag mit 24 T-Euro um 6 T-Euro über dem Vorjahreswert.

UA 0211 Ausbildung (002.100; R 404)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	2.064.360	1.922.335	-6,9	1.761.948	9,1
Differenz	-2.064.360	-1.922.335		-1.761.948	

In diesem UA werden die Personalkosten (einschließlich Dienstfahrten, Kosten der Nachrichtentechnik, Steuerungsumlage, Personalnebenkosten) für die Auszubildenden der Stadtverwaltung Wuppertal nachgewiesen. Im RE des Berichtsjahres sind erstmals u.a. die verausgabten Beträge der bis einschließlich 2005 beim UA 0210 geführten Haushaltsstellen 0211-562.0000 „Für Ausbildung und Umschulungen“ und 0211-718.0000 „Umlage an das Bergische Studieninstitut“ im Umfang von zusammen ca. 152 T-Euro enthalten. Dies gilt es beim Vorjahresvergleich der RE zu berücksichtigen. Die Ausgaben blieben um 142 T-Euro hinter der Ausgabeermächtigung zurück.

UA 0230 Servicebüro Recht (002.100; R 401)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	534.650	756.618	41,5	616.857	22,7
Ausgaben	2.608.088	2.482.917	-4,8	2.691.913	-7,8
Differenz	-2.073.438	-1.726.298		-2.075.056	

Das RE 2006 weist höhere Einnahmen sowohl in Bezug zur Planung als auch im Vorjahresvergleich auf. Es ist indessen zu berücksichtigen, dass das RE bei den Einnahmen um 76 T-Euro zu hoch ausgewiesen wird.

- H Die Sicherheitsleistung eines Unternehmens wurde entgegen den Regelungen in der GemHVO als Einnahme bei der Haushaltsstelle 0230-150.0000 „vermischte Einnahmen“ und nicht auf einem Verwahrkonto gebucht**

Eine Unternehmung hinterlegte zur Sicherheit einen Betrag in Höhe von 76 T-Euro. Diese Sicherheitsleistung wurde nicht auf einem Verwahrkonto gebucht, sondern als Einnahme angesehen, obwohl eine endgültige Buchung im Haushalt noch nicht möglich war (vgl. § 30 Abs. 2 GemHVO). Zudem dürfen gemäß § 7 Abs. 3 GemHVO im Verwaltungshaushalt nur geringfügige Beträge für verschiedene Zwecke als vermischte Einnahmen zusammengefasst werden. Ein Betrag in Höhe von 76 T-Euro ist nicht geringfügig. Nach Mitteilung der Leistungseinheit wurde dies in der Rechnungsstelle nicht erkannt.

- H Die Höhe der aus Vorjahren übernommenen KER bei der Haushaltsstelle 0230-155.0000 „Ersatz von Rechtsstreitkosten“ ist um einen Betrag in Höhe von 4 T-Euro zu niedrig ausgewiesen**

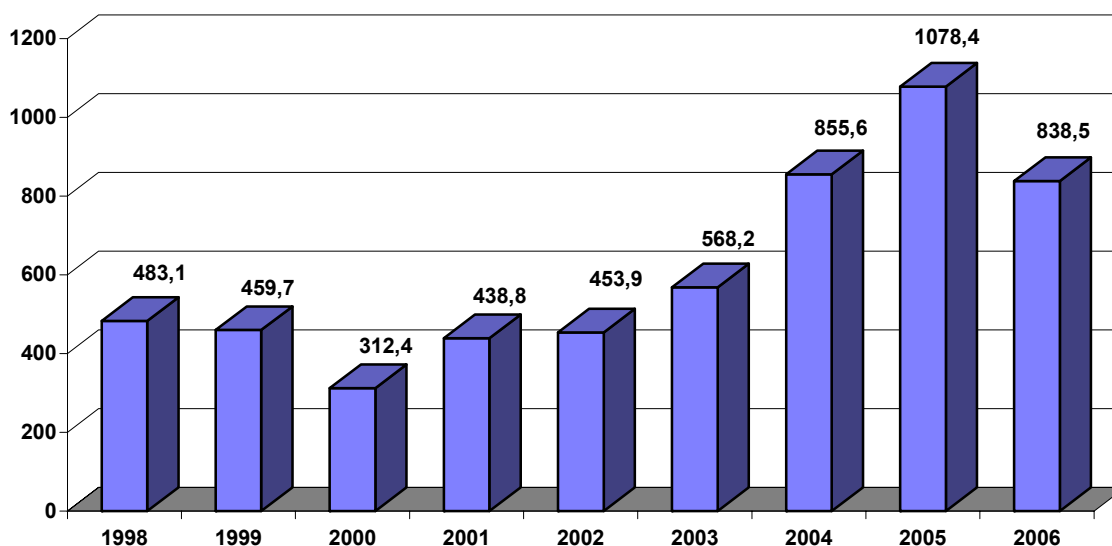
Lt. Rechnungsergebnis 2005 betrug am Jahresende 2005 die Höhe der KER bei der Haushaltsstelle 0230-155.0000 „Ersatz von Rechtsstreitkosten“ zusammen 78 T-Euro. Die Jahresrechnung 2006 weist jedoch als KER aus Vorjahren lediglich einen Betrag in Höhe von 74 T-Euro auf. Endbestand und Anfangsbestand müssen im Regelfall übereinstimmen. Nach Mitteilung der Stadtkasse ist im Rahmen der Abschlussbuchungen 2005 ein Buchungsfehler aufgetreten, der durch den zwischenzeitlich eingetretenen Jahreswechsel im SAP-Verfahren nicht mehr zu bereinigen war.

Im Übrigen beruht die Verbesserung der Einnahmen im Vorjahresvergleich u.a. auf einer höheren Inanspruchnahme der Rechtsabteilung durch die Eigenbetriebe (11 T-Euro mehr als 2005), realisierten Erstattungsansprüchen aus der Korruptionsaffäre im Umfang von 15 T-Euro und vor allem einem um 72 T-Euro besseren Ergebnis bei der Haushaltsstelle 0230-165.0900 „Erstattungen aus Haftpflicht- und Schadens-

fällen“, die vorwiegend die von anderen Organisationen zu tragenden Beitragsanteile für den kommunalen Schadenausgleich enthält.

Auf der Ausgabenseite fiel das RE um 209 T-Euro niedriger aus als im Vorjahr, die Ausgabeermächtigung wurde nicht ausgeschöpft. Im Vorjahresvergleich gingen insbesondere die Rechtsstreit- und Räumungskosten (15 T-Euro weniger als 2005) und die Ausgaben in der Haushaltsstelle 0230-643.0900 „Haftpflichtversicherung und Schadenabwicklung“ zurück (168 T-Euro weniger). Anhand der nachfolgenden Grafik können die nach Abzug der von den Eigenbetrieben, Einrichtungen und Gesellschaften gezahlten Erstattungen tatsächlich zu leistenden Ausgaben in den letzten Jahren abgelesen werden. Die Entwicklung wurde maßgeblich vom Ausscheiden des Klinikums aus dem Kreis der erstattungspflichtigen Organisationen mit Beginn des Jahres 2005 beeinflusst.

**Ausgaben für Haftpflichtversicherung und Schadenabwicklung (0230-643.0900)
nach Abzug der Erstattungen aus 0230-165.0900 in T-Euro**



UA 0240 Presse- und Informationswesen (002.100; R 001)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	732.900	721.328	-1,6	721.238	0,0
Ausgaben	967.860	858.314	-11,3	833.855	2,9
Differenz	-234.960	-136.986		-112.617	

Die Einnahmen werden über die Steuerungsumlagen erzielt, die im Berichtsjahr eine ähnliche Höhe wie in den beiden Vorjahren aufwiesen. Leicht verfehlt wurde die Einnahmeerwartung.

Die Ausgaben lagen zwar geringfügig über dem Vorjahresniveau, sie blieben indes deutlich unter dem Ansatz. Hier wirkten sich insbesondere folgende Faktoren aus: um 41 T-Euro geringere Personalkosten, der Ansatz für Sachmittel eines graphischen Arbeitsplatzes in Höhe von 16 T-Euro wurde nicht in Anspruch genommen und die Einrückungsgebühren fielen um 36 T-Euro geringer als eingeplant aus.

Im Vorjahresvergleich beruhen die höheren Ausgaben schwerpunktmäßig auf vermehrten Personalaufwendungen (+ 45 T-Euro) und höheren ADV/Druckereikosten (+ 8 T-Euro). Einsparungen im Vergleich zum RE 2005 konnten vor allem bei den Einrückungsgebühren (24 T-Euro weniger) erzielt werden.

UA 0250 Gleichstellungsstelle (002.100; 000)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	284.000	286.490	0,9	276.804	3,5
Ausgaben	326.747	270.365	-17,3	335.175	-19,3
Differenz	-42.747	16.124		-58.371	

Die Einnahmen bestehen überwiegend aus Steuerungsumlagen. Von Dritten konnten für Projekte der Frauengleichstellungsstelle im Berichtsjahr 7 T-Euro erlöst werden. Im Vorjahr betragen die eingeworbenen Drittmittel noch rund 17 T-Euro, was nicht zuletzt auf die Veranstaltungen zum 20-jährigen Bestehen der Gleichstellungsstelle im Jahr 2005 zurückgeführt werden kann.

Bei den Ausgaben fiel das RE besser als geplant und niedriger als im Vorjahr aus. Ursächlich waren hauptsächlich geringere Personalausgaben (54 T-Euro weniger als kalkuliert und 51 T-Euro weniger als 2005). Für Projekte der Gleichstellungsstelle wurden 45 T-Euro ausgegeben. Zum Vergleich: Im Jubiläumsjahr 2005 waren es etwa 55 T-Euro.

UA 0260 Stadtbüros, Geschäftsführung der Bezirksvertretungen (002.100; R 401)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.000	50.071	2403,5	18.000	178,2
Ausgaben	1.517.855	1.516.893	-0,1	1.386.396	9,4
Differenz	-1.515.855	-1.466.822		-1.368.395	

Im Unterabschnitt 0260 werden überwiegend Personalausgaben und Sachkosten der Stadtbüros bzw. BV-Geschäftsstellen sowie die Verfügungsmittel der Bezirksvertre-

tungen, die unmittelbar verausgabt oder im Verfahren der gegenseitigen Deckungsfähigkeit verwandt werden dürfen, nachgewiesen.

Die Einnahmeerhöhung beruht auf einer seit 2005 erfolgten Verfahrensänderung. Gebühreneinnahmen und Erlöse aus dem Verkauf von Informations- und Werbematerial wurden vor dem Jahr 2005 weitgehend im UA 0230 vereinnahmt. Die bei der Haushaltsstelle 0260-131.0000 „aus dem Verkauf von Informations- und Werbematerial“ erfassten Einnahmen wurden allerdings am Jahresende 2006 unter der Position 0260-570.0000 „Ankauf von Informations- und Werbematerial“ auf die sachlich zuständigen Ressorts und Stadtbetriebe verteilt. Entgegen der Bezeichnung handelte es sich im Wesentlichen um Verwaltungsgebühren.

Die Ausgaben hielten sich im erwarteten Rahmen. Der größere Teil entfällt auf die Personalausgaben, die im Rahmen des Budgets blieben und geringfügig unter denen des Vorjahres lagen. Das RE der in diesem UA veranschlagten Haushaltsmittel, über deren Verwendungszweck die 10 Bezirksvertretungen nach § 37 Abs. 3 GO NRW allein entscheiden können, lag mit 192 T-Euro rund 62 T-Euro über dem des Vorjahres. Außerdem wurden 67 T-Euro der BV-Verfügungsmittel auf Ausgabe-Haushaltsstellen von Fachdienststellen umgebucht (Vorjahr: 128 T-Euro). Während am Ende des Jahres 2005 zusammen 138 T-Euro als Haushalts-Ausgabereste in das Jahr 2006 übertragen wurden, betrug die Gesamtsumme der im Berichtsjahr nicht verausgabten BV-Verfügungsmittel zur Übertragung in das Jahr 2007 147 T-Euro - mithin eine Erhöhung um 11 T-Euro gegenüber dem Vorjahr.

UA 0270 Regionalbüro (002.100; 000)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	759.650	744.286	-2,0	604.749	23,1
Ausgaben	628.440	523.054	-16,8	589.646	-11,3
Differenz	131.210	221.232		15.103	

Im UA 0270 werden überwiegend projektbezogene Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen. Die Höhe der Einnahmen und Ausgaben hängt mithin zu einem erheblichen Teil vom finanziellen Volumen der Maßnahmen und vom jeweiligen Fortschritt bei den Projekten ab. Im Übrigen erfolgt die Finanzierung über Steuerungsumlagen, die im Berichtsjahr 483 T-Euro betragen und die Einnahmeverbesserung im Vergleich zum Vorjahr maßgeblich beeinflussten (Einnahmen aus Steuerungsumlagen 2005: 277 T-Euro).

Bei den Projekten „EQUAL“ der EU-Initiative TransSpuK und „Ökoprofit“ wurden in 2006 keine Einnahmen verzeichnet und lediglich Restmittel aus Vorjahren verausgabt. Für die neuen Projekte „U3“ (Finanzierung von Kinderbetreuungskosten, um eine vorzeitige Rückkehr von Eltern in den Beruf zu ermöglichen) und „Profit 2“ (bessere Koordinierung von unterschiedlichen Fördermaßnahmen und Aktivitäten in der Region) betragen die Ausgaben 23 T-Euro bzw. 8 T-Euro. Vor allem wegen dieser

vergleichsweise geringen Umsätze bei den aktuellen Projekten gingen die Ausgaben sowohl gegenüber der Veranschlagung als auch im Vorjahresvergleich zurück.

Zur geringeren Ausgabenhöhe beigetragen haben auch niedrige Personalkosten. Gegenüber der Veranschlagung wurden 48 T-Euro und im Vorjahresvergleich rund 33 T-Euro weniger benötigt. Die höheren Aufwendungen für ADV- und Druckleistungen (18 T-Euro mehr als 2005) konnten somit aufgefangen werden.

UA 0500 Standesamt (002.101; R 301)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	415.450	430.878	6,1	440.685	-2,2
Ausgaben	1.494.555	1.422.094	-4,8	1.462.748	-2,8
Differenz	-1.079.105	-981.409		-1.022.063	

Der Zuschussbedarf ist gegenüber dem Vorjahr um 40.000 € gesunken und liegt rd. 72.000 € unter dem prognostizierten Wert.

Gestiegene Personalkosten werden durch rückläufige Ausgaben für Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei kompensiert.

UA 0510 Statistik und Wahlen (002.100; R 401)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	618.950	659.588	6,6	1.128.797	-41,6
Ausgaben	1.262.180	924.715	-26,7	1.506.634	-38,6
Differenz	-643.230	-265.127		-377.837	

Wie schon in früheren Schlussberichten erwähnt, sind die Einnahmen und Ausgaben mit denen des Vorjahres und der Haushaltsansätze nicht vergleichbar, da die Rechnungsergebnisse wesentlich von den durchgeführten Wahlen und den damit verbundenen Kostenerstattungen von Bund und Land abhängen. Im Jahr 2006 fand keine allgemeine Wahl statt.

Die Mehreinnahmen im Vergleich zur Planung sind auf eine erst im Berichtsjahr eingegangene Restzahlung des Landes für die Durchführung der Bundestagswahl 2005 in Höhe von 52 T-Euro zurückzuführen.

Die gegenüber den Ansätzen um ca. 337 T-Euro niedrigeren Ausgaben beruhen auf geringeren Personalausgaben (etwa 103 T-Euro weniger als eingeplant) sowie weniger in Anspruch genommenen Leistungen der Nachrichtentechnik (- 25 T-Euro) und der Datenverarbeitung/Druckerei (- 146 T-Euro).

H Bei der Verbuchung von Kostenbeteiligungen wurde das in § 7 Abs. 2 GemHVO verankerte Bruttoprinzip nicht beachtet

Anlässlich der Anschaffung einer neuen Statistiksoftware fanden Schulungsveranstaltungen statt, an denen nicht nur Angehörige der Wuppertaler Stadtverwaltung, sondern auch Dienstkräfte anderer Städte teilnahmen. Die Schulungskosten wurden bei der Haushaltsstelle 0510-562.0500 verbucht. Entgegen dem Bruttoprinzip in § 7 Abs. 2 GemHVO, das grundsätzlich eine getrennte Behandlung von Ausgaben und Einnahmen verlangt, wurden auch die eingenommenen Kostenbeteiligungen der Kommunen hier mittels Ausgabe-Absetzungsanordnungen verbucht. Triftige Gründe für eine Ausnahme sind nicht ersichtlich.

UA 0610 Automatisierte Datenverarbeitung (002.202; SB 402 ohne 402.1)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	6.308.550	6.354.770	0,7	5.935.150	7,1
Ausgaben	7.108.883	6.565.852	-7,6	6.282.424	4,5
Differenz	-800.333	-211.082		-347.274	

Das Rechnungsergebnis 2006 entspricht auf der Einnahmeseite der Planung, bei den Ausgaben wurde der Ansatz um 543.031 € unterschritten.

Einzelaspekte:

0610-532.0000 Miete ADV-Anlage

Es wurden 228.421 € weniger ausgegeben als veranschlagt. Die Zahlen zur HH-Planung wurden im Jahr 2005 ermittelt. Zum Planungszeitpunkt war noch nicht absehbar, dass die Ausgabenreduktion durch den Technikwechsel im Rechenzentrum um ca. 180.000 € höher ausfiel als eingeplant. Weitere ca. 36.000 € sind durch den Abbau des Océ-Laserdruckers im Rechenzentrum zum 31.03.06 nicht verausgabt worden. Zusätzlich wurden 8.000 € durch den Technikwechsel bei der Feuerwehr eingespart, da die Wartungsentgelte für den dortigen Rechner entfallen sind.

0610-533.0100 Wartung und Pflege von TUI-Maßnahmen

Es wurden 94.830 € weniger ausgegeben als veranschlagt. Für diese Finanzposition wurde bei der Planung von einem höheren Bedarf ausgegangen. Der ursprüngliche Ansatz von 424.100 € wurde durch Budgetübertragung in Höhe von 41.330 € aus dem Haushaltsjahr 2005 aufgestockt. Die prognostizierte verstärkte Inanspruchnahme ist in 2006 allerdings nicht eingetreten.

0610-562.0000 Aus- und Fortbildung

Die Minderausgaben betragen 17.441 €.

Ohne die Übertragung der Haushaltsreste aus 2005 in Höhe von ca. 16.200 € wäre der Ansatz nahezu voll ausgeschöpft worden. Für das neue Personal aus der Restrukturierung der TUI-Betreuung wurden in 2006 zum Teil noch keine entsprechenden Aus- und Fortbildungsveranstaltungen beauftragt.

0610-583.0000 Betriebsbedarf

Die Minderausgaben betragen 14.814 €.

Gegenüber dem Haushaltsjahr 2005 wurde hingegen mit steigendem Bedarf für die Unterhaltung der TUI-Arbeitsplatzausstattungen gerechnet.

0610-651.0900 Vordrucke, Druckereibedarf

Die Ausgaben waren 41.609 € geringer als geplant.

Sie erreichten annähernd das Ergebnis des Vorjahres 2005. Der kalkulierte Mehrbedarf trat jedoch nicht ein.

0610-656.0900 Fernmeldegebühren

Es wurden 15.287 € weniger ausgegeben als veranschlagt.

Die Ansätze wurden in 2005 in Anlehnung an das Jahresergebnis 2004 gebildet. Die tatsächliche Inanspruchnahme fiel hingegen deutlich niedriger aus.

UA 0620 Nachrichtentechnik (002.202; SB 402.1)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	6.945.800	7.069.257	1,8	7.974.541	-11,4
Ausgaben	6.624.610	6.567.568	-0,9	6.702.520	-2,0
Differenz	321.190	501.689		1.272.021	

Das Rechnungsergebnis 2006 entspricht der Planung.

Einzelaspekte:**0620-654.0900 Dienstfahrten**

Vom Haushaltsansatz in Höhe von 10.750 € wurden 5.231 € nicht verausgabt, da aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung Ausgaben aus dieser Finanzposition nur im allernotwendigsten Rahmen erfolgten.

UA 0640 Zentrale Vergabestelle (002.100; 400)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	372.500	360.534	-3,2	374.318	-3,7
Ausgaben	420.933	377.803	-10,2	407.174	-7,2
Differenz	-48.433	-17.270		-32.856	

Die Einnahmen blieben geringfügig hinter dem kalkulierten Wert und gegenüber dem Vorjahresergebnis zurück. Dafür ausschlaggebend war zum einen eine etwas geringere Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Zentralen Vergabestelle durch die Eigenbetriebe und zum anderen eine geringere Summe bei der Leistungsverrechnung mit anderen (kostenrechnenden) Verwaltungsdienststellen.

Die Einsparungen bei den Ausgaben im Vorjahresvergleich beruhen in erster Linie auf geringeren Personalausgaben (32 T-Euro weniger als 2005). Die um 7 T-Euro höheren Aufwendungen für Leistungen der Datenverarbeitung im Rahmen der Kostenverrechnung 2006 konnten durch Minderausgaben bei den übrigen Sachkosten in etwa aufgefangen werden. Die Ausgabeermächtigung im UA 0640 wurde nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

UA 0800 Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit und betriebliche Suchtberatung (002.100; R 404)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	233.280	244.025	4,6	222.169	9,8
Ausgaben	616.845	543.675	-11,9	591.906	-8,1
Differenz	-383.565	-299.650		-369.737	

Die Einnahmen setzen sich vor allem aus Zahlungen der Eigenbetriebe und sonstigen Institutionen (u.a. APH Service GmbH, Wuppertaler Bühnen GmbH, Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH) sowie aus Verrechnungen mit kostenrechnenden Einrichtungen der Verwaltung zusammen. Vergütet werden die Leistungen des arbeitsmedizinischen Dienstes, der Arbeitssicherheit und der betrieblichen Sozialberatung.

Es gingen im Berichtsjahr 11 T-Euro mehr Einnahmen als kalkuliert ein, wobei vor allem die Eigenbetriebe in höheren Maße als geplant Leistungen in Anspruch nahmen. Im Vergleich zum Vorjahr nutzten in erster Linie die kostenrechnenden Einrichtungen (rd. 30 T-Euro mehr als 2005) und die freiwillige Feuerwehr, die erstmals zum Kreis der Zahlungspflichtigen rechnete, Dienste der Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit oder Suchtberatung. Der von der freiwilligen Feuerwehr an den UA 0800 abgeführte Betrag in Höhe von 12 T-Euro bezieht sich indessen auf das Jahr 2005, wurde aber erst zu Beginn des Jahres 2006 zum Soll gestellt.

Die geringeren Ausgaben im Vergleich zur Planung und im Verhältnis zum Vorjahr beruhen vor allem auf niedrigeren Personalausgaben (50 T-Euro weniger als 2005) im Bereich des arbeitsmedizinischen Dienstes.

UA 0810 Versorgungsleistungen und dergleichen (002.100; R 404)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	745.000	1.180.205	58,4	2.035.277	-42,0
Ausgaben	15.362.911	14.693.827	-4,4	14.471.812	1,5
Differenz	-14.617.911	-13.513.621		-12.436.536	

Bei den in diesem UA veranschlagten Personalkosten handelt es sich vor allem um Teile der Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte sowie um Teile der Beihilfeaufwendungen für Versorgungsempfänger/-innen. Ferner werden Zahlungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Altersteilzeitgesetzes und von Sozialversicherungsträgern erstattete Aufwendungen für Mutterschaft hier nachgewiesen. Darüber hinaus werden im UA 0810 an zentraler Stelle Mittel für Sonderfälle vorgehalten, z.B. für Rückkehrer/-innen aus Gesellschaften und Eigenbetrieben.

Die Verbesserung gegenüber der Einnahmeerwartung beruht auf den folgenden Faktoren: Die Bundesagentur für Arbeit trug mit 207 T-Euro (Ansatz 5 T-Euro) zur Finanzierung der Altersteilzeitfälle bei, von Sozialversicherungsträgern gingen außerplanmäßig 81 T-Euro zur Erstattung von Mutterschaftsaufwendungen ein und städtische Gesellschaften und Eigenbetriebe leisteten einen Beitrag in Höhe von 381 T-Euro für die Versorgungsrückstellung (Ansatz 240 T-Euro).

Außerdem gilt es bei einer Interpretation der Abweichungen zu berücksichtigen, dass durch die Absetzung eines Kasseneinnahmerestes in Höhe von 287 T-Euro für eine irrtümlich im Jahr 2005 doppelt zum Soll gestellte Leistung eines Eigenbetriebs das RE 2006 entsprechend belastet worden ist. Im Vorjahresvergleich fällt das RE bei den Einnahmen daher erheblich niedriger aus. Dies beruht im Wesentlichen auf der erwähnten „Fehlbuchung“ sowie auf im Jahr 2005 eingegangene Pensionsausgleichszahlungen für beamtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Eigenbetrieben, die zur Verwaltung zurückkehrten bzw. in den Ruhestand gingen. Im Berichtsjahr fehlten hingegen solche Sonderfälle.

Bei der Haushaltsstelle 0810-165.0300 „von Gesellschaften und Eigenbetrieben für die Versorgungsrückstellung“ wurden im Berichtsjahr 381 T-Euro verbucht (Erwartung: 240 T-Euro). Hierbei handelt es sich um pauschale Beiträge der städtischen Unternehmen an der Zuführung zur Versorgungsrücklage und um Pensionsausgleichszahlungen für beamtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die früher bei der Stadtverwaltung tätig waren und entweder pensioniert wurden oder zur Stadtverwaltung zurück wechselten. Im Vorjahr wurden wegen hoher Pensionsausgleichszahlungen von Eigenbetrieben 812 T-Euro vereinnahmt, im Berichtsjahr hingegen nur 381 T-Euro.

Die höheren Einnahmen für die Altersteilzeitfälle wurden in der gleichen Höhe an die Leistungsempfänger/-innen weitergeleitet und führten mithin auch zu entsprechend höheren Ausgaben im UA 0810. Der in diesem UA eingerichtete „Sondertopf“ im Umfang von 200 T-Euro für nicht einplanbare Berufsrückkehrer/-innen oder andere Sonderfälle (zeitlich befristeter Ersatz für Mitarbeiter/-innen in Lehrgängen usw.) wurde in Höhe von 135 T-Euro in Anspruch genommen (zum Vergleich RE 2005: 74 T-Euro).

Ausgewählte Versorgungsleistungen nach der Gruppierungsübersicht (Gesamtverwaltung)

RE ausgewählter Personalausgaben in Mio. €

Merkmal (Gruppierungs-Nr.)	2004 Mio. €	2005 Mio. €	2006			
			Mio. €	Ansatz 1) Mio. €	Differenz RE/Ansatz 1)	
					Mio. €	%
420 Versorgung Beamte	23,377	23,566	23,105	24,693	-1,588	-6,4
421 Pens.-rückst. Vers.	0,189	0,187	0,188	0,197	-0,009	-4,5
450 Beihilfen, Unterstütz.	7,380	7,038	7,801	7,421	0,380	5,1

1) Originalbudget

Anmerkung: Weitere ausgewählte Personalausgaben sind beim UA 0210 dargestellt.

- Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten (Untergruppe 420)

Für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten bzw. deren Hinterbliebene wurden im Berichtsjahr 23,1 Mio. € aufgewandt (Untergruppe 420), das waren 460 T-Euro weniger als 2005. Gegenüber der Haushaltsplanung ergab sich eine Einsparung in Höhe von 1,6 Mio. € bzw. 6,4 %. Im Bereich der Versorgungsleistungen für die ehemaligen beamteten Dienstkräfte der Stadt Wuppertal wird beim UA 0810 der „Restbetrag“ verbucht, der nach einer pauschalierten Verteilung (= 34 % der Dienstbezüge für Beamte bzw. Beamtinnen im aktiven Dienst) auf die einzelnen Unterabschnitte übrig bleibt. Dieser bei der Finanzposition 0810-420.0000 verbuchte Differenzbetrag lag im Berichtsjahr mit 8,1 Mio. € um ca. 609 T-Euro niedriger als das RE 2005 mit rund 8,7 Mio. € und um etwa 991 T-Euro unter der Ausgabeermächtigung.

- Pensionsrückstellungen auf Versorgungsbezüge (Untergruppe 421)

Für Pensionsrückstellungen auf Versorgungsbezüge gemäß der Regelung in § 12 i.V.m. § 5 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (EFoG) wurden 188 T-Euro abgeführt, in etwa soviel wie im Vorjahr, aber 4,5 % weniger als veranschlagt (vgl. auch Ausführungen zur Rücklagenbildung beim UA 0210). Von der Bildung der nach § 5 Abs. 3 EFoG vorgesehenen Rücklagenzuführung von 50 % der eingesparten Mittel, die aus den Kürzungen der Versorgungsbezüge durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 resultieren, hat die Verwaltung mit Hinweis auf die unklare Rechtslage und das außergewöhnlich komplizierte Berechnungsverfahren abgesehen.

In der Summe ergeben die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für die im Dienst befindlichen Beamtinnen und Beamte in Höhe von 350 T-Euro (s. UA 0210), für die Versorgungsempfänger/-innen in Höhe von 188 T-Euro und die von den Eigenbetrieben und städt. Gesellschaften geleisteten Zuführungen zur Versorgungsrückstellung in Höhe von 381 T-Euro einen Betrag in Höhe von 919 T-Euro. Dieser Betrag wurde der Sonderrücklage „Pensionsrückstellungen“ zugeführt und zugleich an den Rheinischen Versorgungsrücklage-Fonds überwiesen. Der Bestand der in diesem Fonds angelegten Versorgungsrücklage erhöhte sich dadurch auf ca. 5,2 Mio. € (= Nennwert) am Jahresende 2006.

Die Bildung von Pensionsrückstellungen ist derzeit von einer unübersichtlichen Rechtslage geprägt. Zum einen besteht eine bundesrechtliche Verpflichtung zur Rücklagenbildung nach § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG), zum anderen sind die die Gemeinden betreffenden EFoG-Regelungen durch das NKF-Gesetz des Landes NRW zum 01.01.2005 außer Kraft getreten. Außerdem wird mit Beginn der doppelten Buchführung in der Verwaltung ab 01.01.2008 durch § 36 GemHVO n.F. künftig eine neue Situation eintreten. Nach Auffassung des Innenministeriums NRW sind Kommunen bis zur vollständigen Umstellung auf NKF weiterhin in eigener Verantwortung verpflichtet, auf der Grundlage von § 14 a BBesG zur Sicherstellung ihrer Versorgungsleistungen eine Versorgungsrücklage zu bilden. Dieser Verpflichtung ist die Verwaltung bis auf den Vollzug von § 5 Abs. 3 EFoG nachgekommen (s. hierzu auch Schlussbericht 2005).

– Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (Untergruppe 450)

Für Beihilfen und Unterstützungen wurden lt. RE 2006 insgesamt 7,8 Mio. € benötigt (Untergruppe 450). Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Beihilfeleistungen um 763 T-Euro deutlich. Gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan waren 380 T-Euro bzw. 5,1 % mehr als eingeplant erforderlich. Bei der Haushaltsstelle 0810-450.0000 „Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen“ wird der Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der aus den einzelnen UA stammenden Umlagen (pauschal 2.000,- € für jede beamtete Vollzeitkraft) und dem Gesamtbetrag aller Beihilfezahlungen verbucht.

UA 0820 Personalvertretung (002.100)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.004.550	988.643	-1,6	953.124	3,7
Ausgaben	1.177.538	1.091.887	-7,3	1.060.261	3,0
Differenz	-172.988	-103.245		-107.137	

In diesem Unterabschnitt sind die Einnahmen und Ausgaben für den Gesamtpersonalrat, die Teilpersonalräte, die Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie für die Schwerbehindertenvertretungen dargestellt.

Auf der Einnahmeseite wurden ausschließlich Steuerungsumlagen verbucht. Die Aufwendungen entstehen zum weitaus überwiegenden Teil durch die Personalkosten der freigestellten Personalratsmitglieder nebst entsprechender Büroassistenten. Im Vorjahresvergleich erhöhten sich die Personalaufwendungen leicht um 8 T-Euro, für Mieten und Betriebskosten mussten zusammen rund 21 T-Euro mehr als 2005 aufgebracht werden, bei den ADV- und Druckdienstleistungen betrug der Anstieg gegenüber dem Vorjahr 8 T-Euro. Das RE der Ausgaben fiel insgesamt aber niedriger aus als kalkuliert.

UA 0830 Kantine (002.100; R 404)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	76.000	86.802	14,2	92.289	-5,9
Ausgaben	232.587	218.535	-6,0	215.463	1,4
Differenz	-156.587	-131.733		-123.175	

Der Zuschussbedarf für die von einem Fremdunternehmen bewirtschaftete Kantine ist gegenüber dem Vorjahr geringfügig gestiegen, wobei dieser jedoch niedriger als ursprünglich geplant ausfiel. Zwar wurden im Vergleich zum Vorjahr um 8 T-Euro höhere Einnahmen bei der Position „Bewirtung der Gremien“ erzielt. Um 14 T-Euro geringere Vorsteuererträge führten indessen insgesamt zu geringen Einnahmen als 2005.

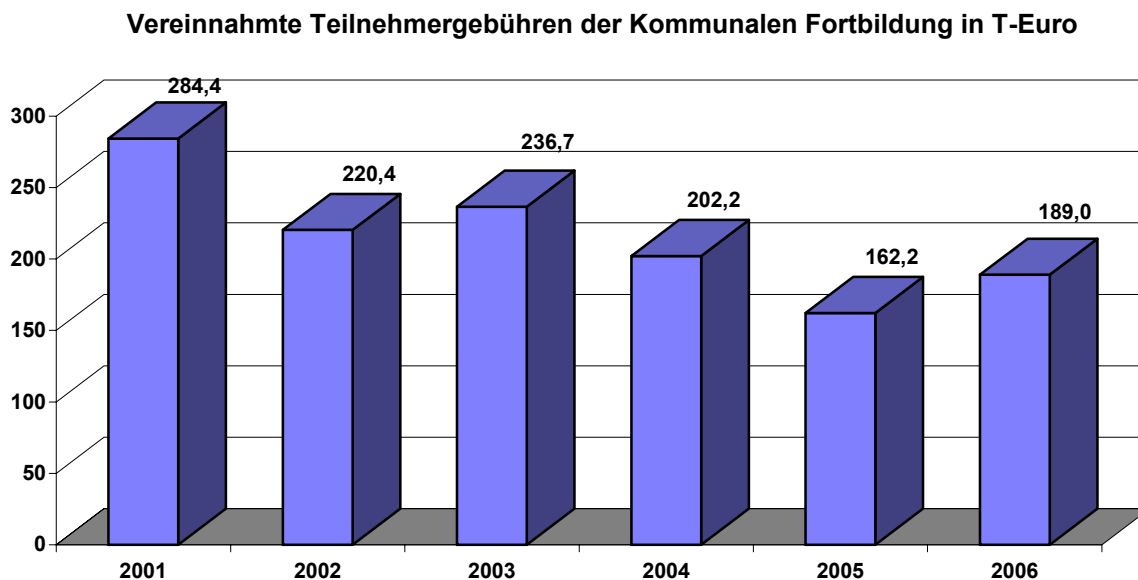
Die Ausgaben lagen auf Vorjahresniveau. Bei der Haushaltsstelle 0830-571.0000 „für die Bedienung der Gremien“ (Getränkesservice durch den Kantinenbetreiber) lagen die Ausgaben um rund 1 T-Euro unter dem Vorjahreswert. Für den Anstieg der Ausgaben im UA gegenüber dem Vorjahreswert waren in erster Linie um 4 T-Euro höhere Betriebskosten, die an den Eigenbetrieb GMW abgeführt wurden, ausschlaggebend.

UA 0840 Kommunale Fortbildung (002.100; 400/404)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	306.850	264.189	-13,9	162.228	62,9
Ausgaben	818.407	718.974	-12,1	621.006	15,8
Differenz	-511.557	-454.785		-458.778	

Die Einnahmen der kommunalen Fortbildung (KoFo) bestehen ausschließlich aus den Entgelten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die weitgehend der Stadtverwaltung, den Eigenbetrieben und den städtischen Gesellschaften angehören. Darin enthalten sind allerdings auch Einnahmen geringeren Umfangs aus der Durchführung

von Fortbildungsveranstaltungen für externe Dritte. Im Vorjahresvergleich sind die vereinnahmten Gebühren um 102 T-Euro gestiegen, wobei sich die ursprüngliche Einnahmeerwartung auf rund 307 T-Euro belief.



Nach einer überschlägigen Vergleichsrechnung stand den Leistungseinheiten der Stadtverwaltung im Jahr 2006 etwa 1 Mio. Euro (2005: 903 T-Euro) für Fortbildungszwecke zur Verfügung (Anmerkungen: Summe der Untergruppe 562, abzüglich der Haushaltsstellen 0211-562.0000 „für Ausbildung und Umschulungen“, in der die Ausgaben für die Auszubildenden der Stadt verbucht werden, und 0840-562.0500 „Fortbildung, gesamtstädtische Inhalte“. Weitere Finanzpositionen mit Fortbildungsbudget wurden nicht berücksichtigt, z.B. 0210-653.0000 „Schulung etc. ADV-Verfahren Personalinformationssystem“). Vom bereinigten Fortbildungsbudget wurden 710 T-Euro bzw. 70,8 % in Anspruch genommen (Vorjahr: 681 T-Euro bzw. 75,5 %). Von dieser Summe flossen 264 T-Euro bzw. 37,2 % an die Kommunale Fortbildung (KoFo). Im Vorjahresvergleich konnte die KoFo ihren Anteil am Fortbildungsbudget erhöhen. Es gilt indessen weiterhin zu beobachten, in welchem Umfang die LE ihre Fortbildungsmittel nicht für Angebote der KoFo, sondern für die anderer Einrichtungen verwenden.

Die gegenüber dem Vorjahr höhere Nachfrage nach kostenpflichtigen Angeboten der Kommunalen Fortbildung hatte auf der Ausgabenseite höhere Aufwendungen für die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen, vor allem für die Bezahlung der Dozenten honorare, zur Folge. Die Ausgaben erhöhten sich von 247 T-Euro im Jahr 2005 um 80 T-Euro auf 327 T-Euro gemäß dem RE 2006. Besonders ausgewirkt haben sich Weiterbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagements und die Bereitstellung einer Lernplattform für E-Learning (Outlook 2003).

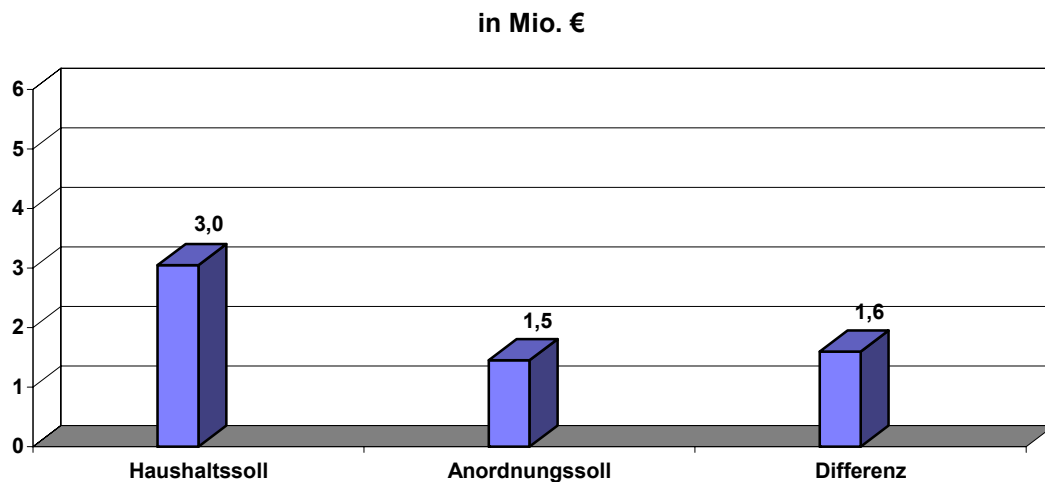
Bei der Interpretation der finanziellen Ergebnisse sollten die gebührenfreien Angebote der KoFo (Gesundheitsförderung bzw. projektbezogene Veranstaltungen) nicht vergessen werden.

Lt. Stellungnahme von 404 müssen bei der Auswertung der dezentralen Fortbildungsausgaben, die nicht der KoFo zugeflossen sind, unterschiedliche Aspekte berücksichtigt werden. Zum einen kann es sich um spezielle fachliche Fortbildungen, z.B. technischer oder rechtlicher Art, gehandelt haben, deren Durchführung durch die KoFo wegen der oftmals geringen Anzahl der Teilnehmer/-innen unwirtschaftlich wäre. Eine kostendeckende Durchführung und Abrechnung mit den LE würde nämlich zu deutlich höheren Teilnehmergebühren im Einzelfall führen. Dies würden die LE nicht akzeptieren. Die Folge wäre eine erneute Orientierung bei externen Anbietern. Zum anderen kann es sich aber auch um Fortbildungen gehandelt haben, zu denen die LE ihre Mitarbeiter/-innen bei einem externen Fortbildungsträger angemeldet haben, ohne die Möglichkeiten der Inhouse-Schulung mit der KoFo zu erörtern. Neben dem laufenden Qualifizierungsprogramm können durch die KoFo Auftragsveranstaltungen durchgeführt werden, die auf die spezifischen Anforderungen einer LE abgestimmt werden. Die KoFo möchte daher künftig noch stärker als bisher den Kontakt zu den LE suchen, um den Bereich der nachfrageorientierten Qualifizierung weiter zu intensivieren.

5.0.2 Vermögenshaushalt (002.100)

Grafik zur Tabelle 1:

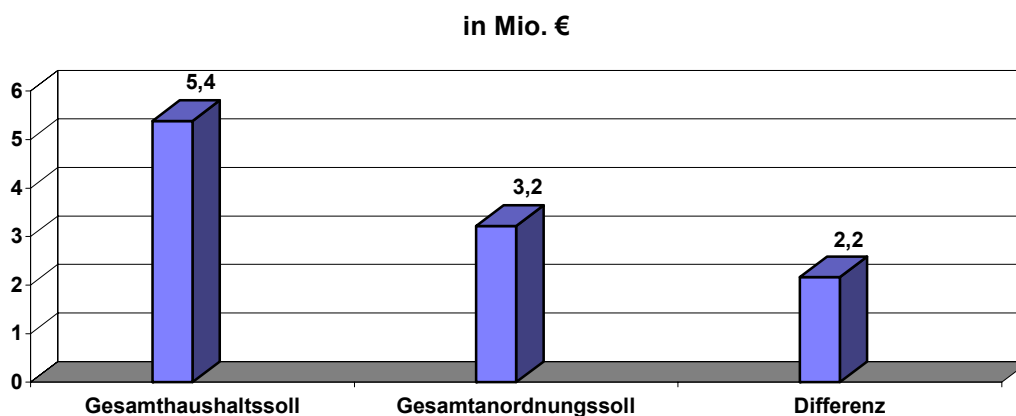
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 47,6 % (2005 = 45,5 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 67,0 % (2005 = 59,8 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
0000 Rat und Gremien	0	0	0	0,0
0200 Infrastruktur	220.000	116.969	103.031	53,2
0202 Customer Competence C.	119.000	118.020	980	99,2
0208 Einführung NKF	0	0	0	0,0
0211 Ausbildung	1.200	1.078	122	89,8
0240 Presse- u. Informationswes.	2.500	2.261	239	90,4
0300 Finanzen (Kämmerei)	0	0	0	0,0
0310 Finanzen (Stadtkasse)	0	0	0	0,0
0340 Finanzen (Steueramt)	5.500	0	5.500	0,0
0350 Grundstückswirtschaft	177.000	125.419	51.581	70,9
0500 Standesamt	0	0	0	0,0
0610 ADV und Druckerei	1.924.193	1.040.172	884.021	54,1
0620 Nachrichtentechnik	585.100	37.111	547.989	6,3
0800 Arbeitsmedizin u.a.	12.000	9.833	2.167	81,9
0830 Kantine	0	0	0	0,0
Summe EP 0	3.046.493	1.450.862	1.595.631	47,6

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
0000 Rat und Gremien	0	0	0	0,0
0200 Infrastruktur	247.500	166.969	107.880	67,5
0202 Customer Competence C.	119.000	118.020	980	99,2
0208 Einführung NKF	0	0	0	0,0
0211 Ausbildung	0	1.078	-1.078	/
0240 Presse- u. Informationswes.	0	2.261	-2.261	/
0300 Finanzen (Kämmerei)	0	0	0	0,0
0310 Finanzen (Stadtkasse)	0	0	0	0,0
0340 Finanzen (Steueramt)	5.500	0	5.500	0,0
0350 Grundstückswirtschaft	177.000	125.419	51.581	70,9
0500 Standesamt	1.170	0	1.170	0,0
0610 ADV und Druckerei	2.572.344	2.065.516	506.828	80,3
0620 Nachrichtentechnik	1.233.245	430.842	802.403	34,9
0800 Arbeitsmedizin u.a.	0	9.833	-9.833	/
0830 Kantine	0	0	0	0,0
Summe EP 0	4.355.759	2.919.937	1.463.171	67,0

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 0200 **Infrastruktur (002.100; R 401)**

Von der gegenüber dem Jahr 2005 um 25 T-Euro reduzierten Ausgabeermächtigung in Höhe von 200 T-Euro für die Beschaffung von Büroinventar (Haushaltsstelle 0200-935.0044) wurde im Berichtsjahr etwa die Hälfte ausgegeben. In das Jahr 2007 wurden Haushaltsreste in Höhe von 60 T-Euro übertragen, um Aufträge bezahlen zu können, bei denen die Rechnung nicht rechtzeitig vor dem Rechnungsschluss Ende 2006 vorlag. Von den für das Berichtsjahr bereitgestellten Mitteln konnte ein Betrag in Höhe von etwa 40 T-Euro eingespart werden.

UA 0610 **ADV und Druckerei (002.202; SB 402)**

Von den Haushaltsresten am Ende des Berichtsjahres in Höhe von rund 882 T-Euro entfallen 735 T-Euro auf zentrale Projekte der IuK-Strategie. Hiervon sind 375 T-Euro bereits durch Aufträge gebunden. Der Rest ist für Projekte vorgesehen, die im Jahr 2007 fortgeführt werden sollen, wie z.B. die Raumbezogene Informationsverarbeitung, die Ablösung des Programms „Recos“ im Ressort Soziales, der Einsatz der Software „GEDOK“ im Ressort Kinder, Jugend und Familie und der Releasewechsel von IPW (Integriertes Personalwesen) im Ressort Personal.

UA 0620 **Nachrichtentechnik (002.202; SB 402)**

Insgesamt wurden Haushaltsmittel in Höhe von 780 T-Euro in das Jahr 2007 übertragen.

Für die Beschaffung und Verlegung von Fernmeldekabeln wurde ein Haushaltsrest in Höhe von 267 T-Euro gebildet. Die gesamte Summe ist für bereits vergebene Aufträge erforderlich, wobei der größte Posten für die Abschlussrechnung der Baumaßnahme Bahnstraße/Benrather Straße/Gräfrather Straße übertragen wurde.

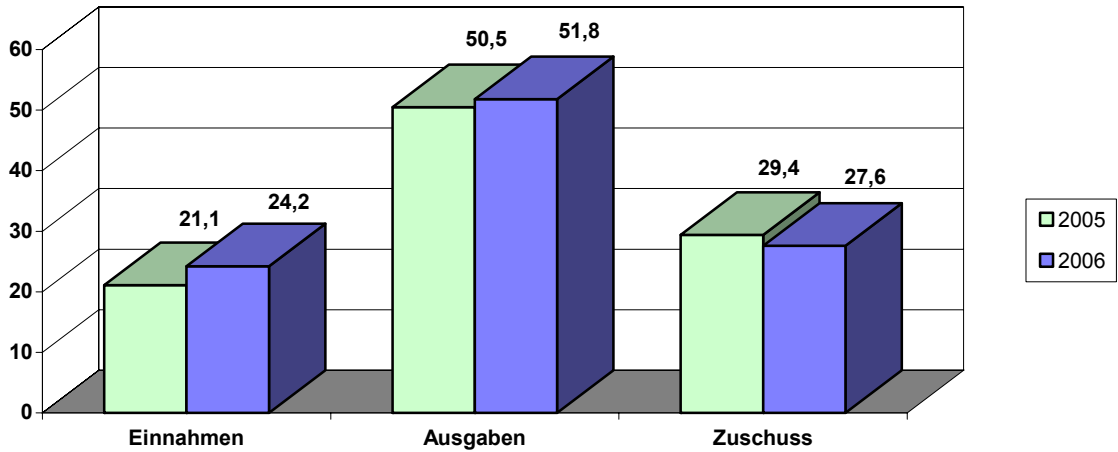
Bei der Finanzposition 0620-935.0089 „aktive Netzkomponenten/Infrastruktur“ wurden Mittel in Höhe von 250 T-Euro übertragen. Sie werden für die bereits laufenden Projekte „Redesign Firewall“ und „Redesign Telekommunikationsanlage“ benötigt.

Die übertragenen Mittel in Höhe von 225 T-Euro bei der Finanzposition 0620-960.0000 „Netzwerk-ReDesign“ sollen für die Umsetzung der 5. Stufe des Projektes „ReDesign Netz“ eingesetzt werden.

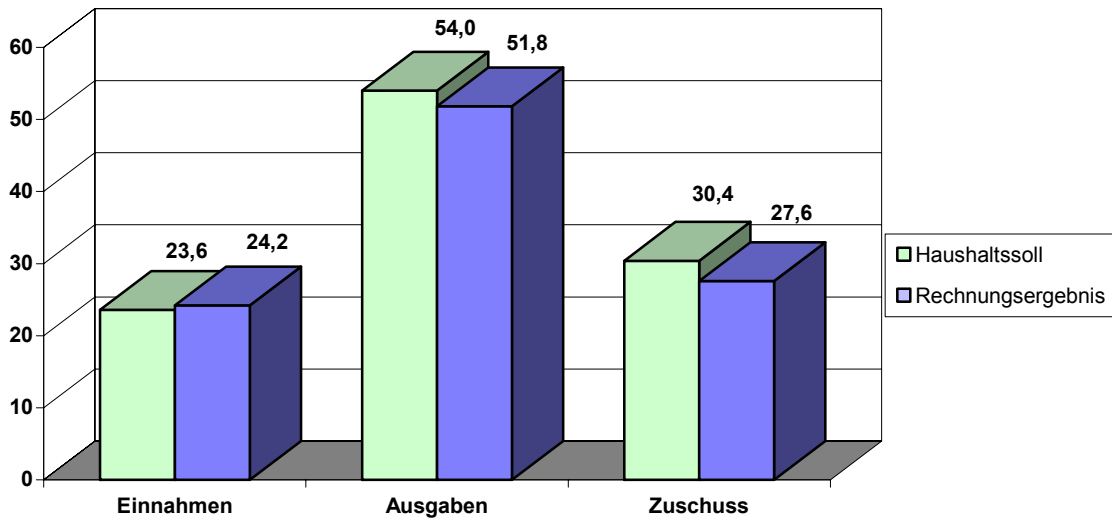
5.1 Einzelplan 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung

5.1.1 Verwaltungshaushalt (002.101)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2006 mit dem Rechnungsergebnis 2006 (in Mio. €)



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 1100 Ordnungsaufgaben (002.101; R 302)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	12.174.650	11.416.680	-6,2	11.737.103	-2,7
Ausgaben	11.628.412	11.179.975	-3,9	11.116.107	0,6
Differenz	546.238	236.705		620.996	

Der UA schließt mit einem positiven Rechnungsergebnis ab. Rückläufige Einnahmen sind im Wesentlichen durch einen allgemeinen Rückgang der Einnahmen aus Bußgeldern (Überwachung des ruhenden Straßenverkehrs ./ 270.000 €; Bußgelder der Polizei ./ 68.000 €; Geschwindigkeits- und Rotlichtkontrolle ./ 169.000 €) verursacht.

UA 1110 Meldebehörde (002.101; R 301)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.111.760	1.278.889	15,0	1.159.051	10,3
Ausgaben	4.583.081	3.586.164	-21,8	3.675.232	-2,4
Differenz	-3.471.321	-2.307.275		-2.516.181	

Auf der Einnahmeseite konnte gegenüber dem Ansatz eine Verbesserung bei den Verwaltungsgebühren für Reisepässe und Personalausweise erzielt werden.

Auf der Ausgabenseite sind Einsparungen insbesondere bei den Personalkosten (./ 185.000 €) sowie bei den Leistungen der Nachrichtentechnik (./ 60.000 €) zu verzeichnen.

UA 1130 Veterinäraufgaben (002.101; R 302)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	117.000	124.604	6,5	129.658	-3,9
Ausgaben	488.265	458.378	-6,1	436.733	5,0
Differenz	-371.265	-333.774		-307.075	

Die Verschlechterung des Rechnungsergebnisses gegenüber dem Vorjahr ist durch erhöhte Kosten (+ 13.000 €) für die Unterbringung sichergestellter Hunde begründet.

Sowohl die Anzahl der Hunde als auch die Dauer der Unterbringung erhöhen sich kontinuierlich.

Für die Inanspruchnahme von Leistungen des Ressorts Vermessung, Katasteramt und Geodaten für die Erstellung von Dateien als Vorbereitung für den Fall des Ausbruchs einer Tierseuche wurden rund 16.000 € verausgabt.

UA 1300 Berufsfeuerwehr (002.101; SB 304)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	928.500	856.239	-7,8	335.000	155,6
Ausgaben	19.183.554	18.934.563	-1,3	18.259.889	3,7
Differenz	-18.255.054	-18.078.324		-17.924.889	

Die Zahlung der mit Kooperationsvertrag vereinbarten pauschalen Abgeltung der Übernahme der Aufgaben des abwehrenden Brandschutzes im Bayerwerk in Höhe von 500.000 € beeinflusst den Vergleich der Rechnungsergebnisse der Jahre 2005 und 2006 positiv.

Die Einnahmesteigerung gegenüber dem Jahr 2005 im Bereich der Gebühren und des Kostenersatzes für den Einsatz der Feuerwehr in Höhe von rund 50.000 € ist im Wesentlichen auf gestiegene Fallzahlen zurückzuführen.

Die Ausgaben liegen unter dem Haushaltsansatz, jedoch aufgrund gesteigener Personal- und Betriebskosten über dem Rechnungsergebnis des Jahres 2005.

UA 1310 Freiwillige Feuerwehr (002.101; SB 304)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	25.750	22.086	-14,2	36.069	-38,8
Ausgaben	2.468.372	2.346.448	-4,9	2.421.130	-3,1
Differenz	-2.442.622	-2.324.362		-2.385.061	

Die Zuwendung zur Förderung des Feuerschutzes durch das Land für den Ersatz von Aufwendungen bei der Teilnahme von ehrenamtlichen Angehörigen öffentlicher Feuerwehren an Lehrgängen ging – bedingt durch geringere Teilnehmerzahlen – um ca. 50 % zurück.

Die Ausgaben liegen rd. 121.000 € unter dem Haushaltsansatz und ca. 75.000 € unter dem Rechnungsergebnis des Vorjahres. Der Rückgang der Ausgaben ist im Wesentlichen auf gesunkene Personalkosten und geringere Mietzahlungen zurückzuführen.

UA 1400 Katastrophenschutz (002.101; SB 304)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	10.050	20.183	100,8	13.252	52,3
Ausgaben	434.010	348.321	-19,7	417.621	-16,6
Differenz	-423.960	-328.138		-404.369	

Die im Vergleich zum Ansatz erhöhten Einnahmen ergeben sich aus einer erhöhten Erstattung der Kosten für die Anmietung von Stellplätzen durch den Bund.

Die Ausgaben konnten im Bereich der Personalkosten (./. 33.000 €), der Miet- und Betriebskostenzahlungen (./. 7.000 €) sowie im Bereich des Betriebs und der Unterhaltung der Fahrzeuge (./. 13.000 €) reduziert werden.

UA 1600 Rettungsdienst (002.101; SB 304)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	8.449.750	9.722.865	15,1	6.892.279	41,1
Ausgaben	9.272.236	9.326.418	0,6	8.253.219	13,0
Differenz	-822.486	396.447		-1.360.940	

Im Bereich der Rettungsdienstgebühren konnten u.a. durch überplanmäßig eingesetztes Personal erhebliche Rückstände bearbeitet werden. Dies führte zu einer Einnahmesteigerung von rund 3 Mio. €.

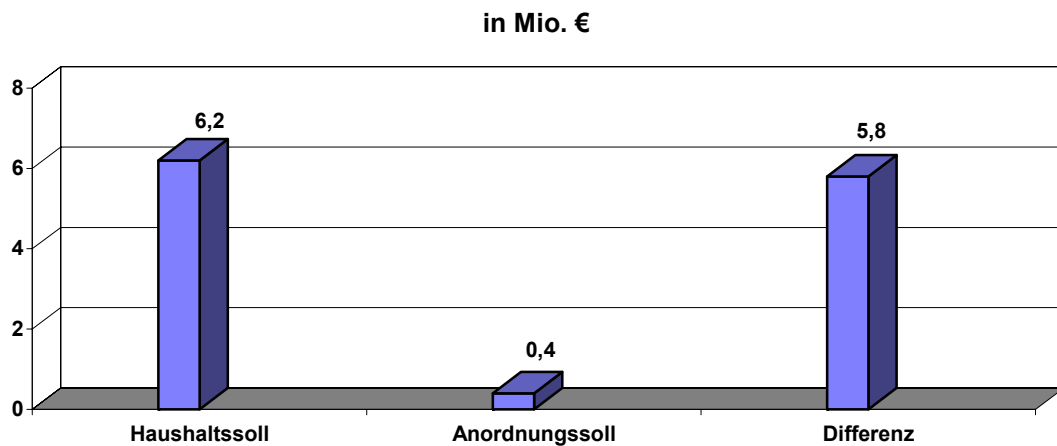
Gestiegene Personalkosten wurden im Wesentlichen durch Mehrdienstleistungen (u.a. während der Fußball-WM 2006) verursacht.

Die Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes ergab eine Steigerung des Betriebskostenersatzes an die Hilfsorganisationen von rd. 500.000 €.

5.1.2 Vermögenshaushalt (002.101)

Grafik zur Tabelle 1:

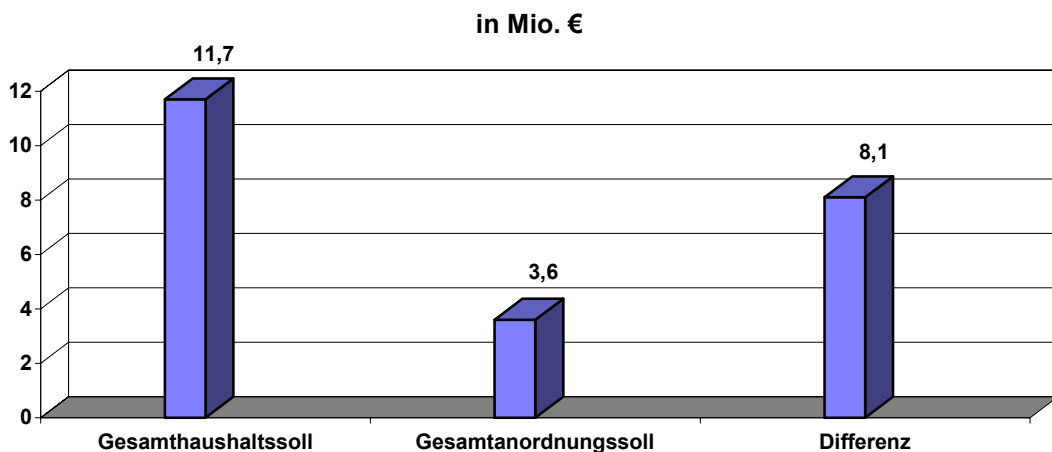
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 6,2 % (2005 = 23 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 31 % (2005 = 34 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
1100 Ordnungsaufgaben	270.650	164.640	106.010	60,8
1110 Meldebehörde	5.200	3.743	1.457	72,0
1200 Altlasten	2.426.700	129.801	2.296.899	5,3
1210 Umweltschutz	86.061	7.504	78.557	8,7
1300 Berufsfeuerwehr	2.245.621	34.253	2.211.368	1,5
1310 Freiwillige Feuerwehr	456.079	25.945	430.134	5,7
1400 Katastrophenschutz	139.300	0	139.300	0,0
1600 Rettungsdienst	583.000	16.602	566.398	2,8
Summe EP 1	6.212.611	382.488	5.830.123	6,2

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
1100 Ordnungsaufgaben	290.650	184.640	106.010	63,5
1110 Meldebehörde	28.004	10.734	17.270	38,3
1200 Altlasten	3.143.487	433.252	2.710.235	13,8
1210 Umweltschutz	602.076	102.507	499.569	17,0
1300 Berufsfeuerwehr	4.587.777	1.817.026	2.770.751	39,6
1310 Freiwillige Feuerwehr	1.356.795	542.821	813.974	40,0
1400 Katastrophenschutz	378.470	50.343	328.127	13,3
1600 Rettungsdienst	1.379.781	504.726	875.055	36,6
Summe EP 1	11.767.040	3.646.049	8.120.991	31,0

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 1200 Altlasten (002.201; R 106)**

Die Sanierungen der Deponien Industriestraße, Klippe und Eskesberg sowie des Gaswerkes Mohrenstraße sind noch nicht so weit wie ursprünglich geplant fortgeschritten.

Für die Sanierung Industriestr. konnte die Entwurfsplanung durch veränderte Rahmenbedingungen erst im Dezember des Berichtsjahres in Auftrag gegeben werden. Im Zusammenhang mit den Sanierungen Mohrenstr. und Giebel fehlen noch die Förderzusagen des Landes. Die Planung und der Bau der Entgasungsanlage Eskesberg befinden sich gegenwärtig in der Umsetzungsphase.

UA 1300 Berufsfeuerwehr (002.101; SB 304)

Die für die Erneuerung der Software für die Leittechnik der Gemeinsamen Integrierten Regionalleitstelle Wuppertal-Solingen veranschlagten Mittel werden in voller Höhe voraussichtlich im Jahr 2007 verausgabt.

UA 1400 Katastrophenschutz (002.101; SB 304)

Mittel, die für die Beschaffung eines Lastkraftwagens veranschlagt waren, werden voraussichtlich erst 2007 benötigt.

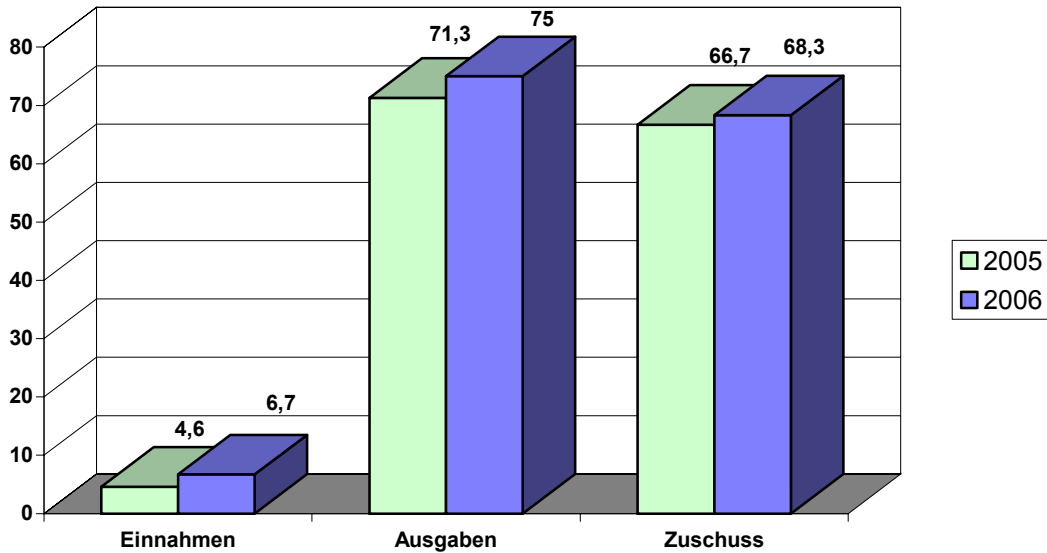
UA 1600 Rettungsdienst (002.101; SB 304)

Die Ausschreibung für vier Aufbauten für Rettungswagen ist mittlerweile abgeschlossen. Die Aufträge wurden im Januar 2007 vergeben.

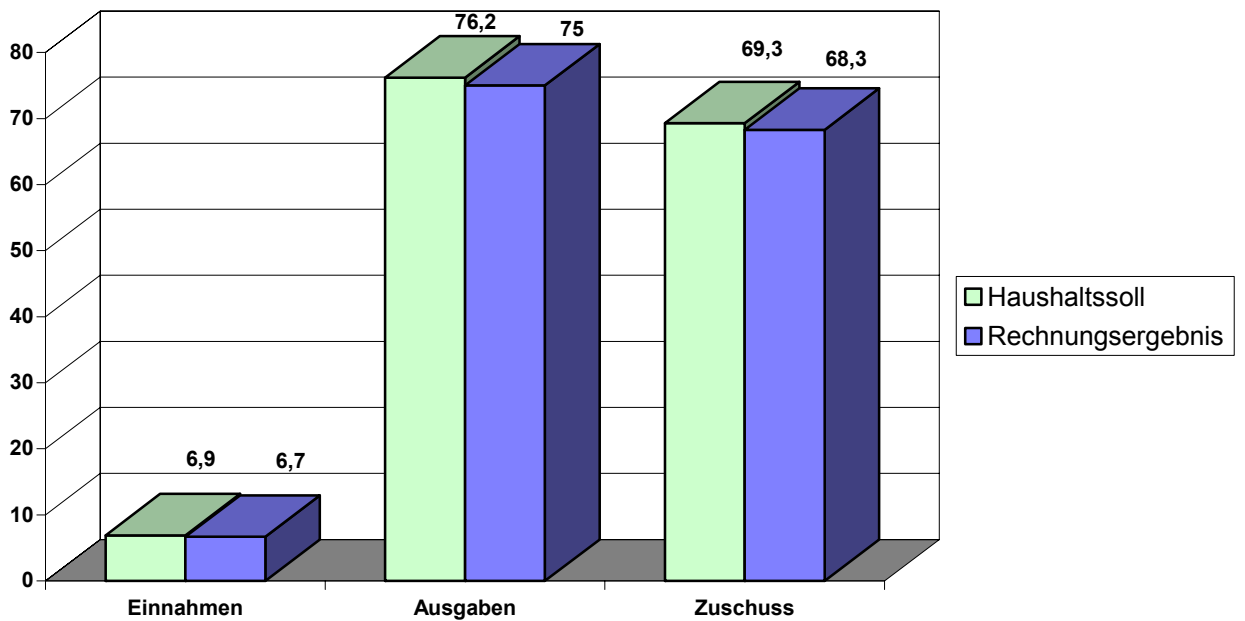
5.2 Einzelplan 2 - Schulen

5.2.1 Verwaltungshaushalt (002.116; SB 206)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2006 mit dem Rechnungsergebnis 2006 (in Mio. €)



Gegenüber 2005 ist der Zuschussbedarf im Jahr 2006 um rd. 1,6 Mio. € (rd. 2,4 %) gestiegen.

Im Jahr 2001 war der Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr um rd. 608 T-Euro (rd. 1,05 %) gestiegen. In fast allen Unterabschnitten des Einzelplans 2 wurde nach dem Wegfall der Einnahmepositionen für Miete im Vorjahr in 2001 die Position "Mietanteil Sekundärnutzer" veranschlagt, in der der 80 %ige Anteil der Mieteinnahmen, den das Gebäudemanagement weitergibt, vereinnahmt wird. Erstmals wurden hier auch Einnahmen von internen Nutzern veranschlagt. Dies führte in vielen Unterabschnitten zu einer Erhöhung der Gesamteinnahmen im Verhältnis zum Vorjahr. Die Mietzahlungen an das Gebäudemanagement erhöhten sich fast durchgehend.

Der Anstieg des Zuschussbedarfs im Jahr 2002 um rd. 2,7 Mio. € beruhte vor allem auf erhöhten Mietzahlungen an das Gebäudemanagement, die als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden geplant waren. Zudem stieg die zu zahlende Steuerungsumlage, da ab dem Doppelhaushalt 2002/2003 vier Steuerungsunterabschnitte zusätzlich auf die zu steuernden Unterabschnitte umgelegt wurden.

Auch 2003 erhöhten sich die Ausgaben im Einzelplan 2 durch gestiegene Mietzahlungen an das Gebäudemanagement, die als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden geplant waren. Im Übrigen wurde die Entwicklung durch verschiedene Positionen beeinflusst. Der Zuschussbedarf stieg um rd. 2 Mio. €.

Dem im Jahr 2004 nahezu unveränderten Zuschussbedarf lagen verschiedene Entwicklungen in den Einnahme- und Ausgabepositionen zugrunde. Die Mietzahlungen an das Gebäudemanagement erhöhten sich fast durchgehend, was als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden geplant war.

Im Jahr 2005 erhöhte sich der Zuschussbedarf durch verschiedene Entwicklungen in den Einnahme- und Ausgabepositionen um rd. 3 Mio. €.

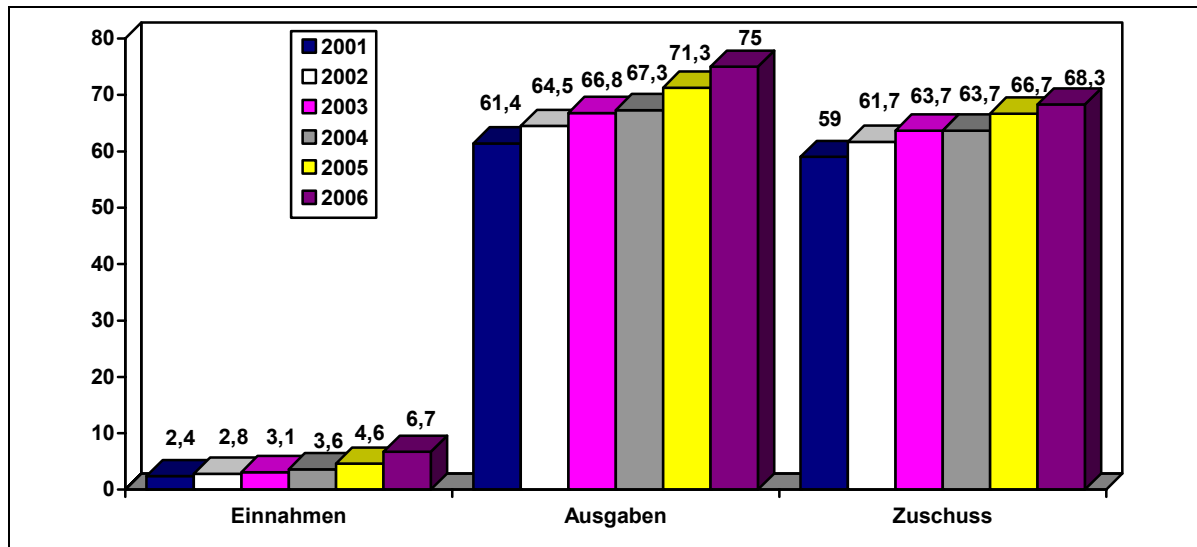
Allgemeine Bemerkungen zum Jahr 2006:

Im Jahr 2006 ergab sich in den Unterabschnitten, die Personalkosten enthalten und deshalb eine Steuerungsumlage zahlen müssen, durchgehend eine Erhöhung dieser Ausgaben. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die Erhöhung des Steuerzuschlags von 3 % im Jahr 2005 auf 3,5 % im Jahr 2006. Zusätzlich erhöht sich die zu zahlende Steuerungsumlage, wenn sich die Berechnungsbasis also die Personal- und Sachkosten des Unterabschnitts erhöhen, was z. B. durch Maßnahmen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Offenen Ganztagschule der Fall war.

Eine durchgehende Erhöhung der Einnahmen erfolgte in den Positionen für den Mietanteil von Sekundärnutzern, da der Stadtbetrieb Sport & Bäder einen im Vergleich zum Vorjahr um 10 % erhöhten Anteil an den Mietkosten für die Turnhallen trägt, der den Positionen des Stadtbetriebs Schulen gutgeschrieben wird.

Im Einzelplan 2 stellt sich die Entwicklung in den vergangenen Jahren folgendermaßen dar (in €):

RE	2006	2005	2004	2003	2002	2001
Einnahmen	6.712.133	4.586.370	3.576.611	3.105.252	2.762.861	2.366.356
Ausgaben	75.020.096	71.299.996	67.269.168	66.804.721	64.520.278	61.441.006
Zuschuss	68.307.963	66.713.626	63.692.557	63.699.469	61.757.417	59.074.650



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 2000 Schulverwaltung (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	78.450	49.576	-36,8	49.962	-0,8
Ausgaben	5.509.135	5.167.447	-6,2	5.256.087	-1,7
Differenz	-5.430.685	-5.117.871		-5.206.125	

Der Zuschussbedarf ist im UA 2000 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 88.000 € gesunken.

Diese Entwicklung beruht auf Veränderungen der Ausgaben in mehreren Positionen. Bei der Ausgabe position für die Pflege und Wartung des Programms Neue Medien hat sich das Rechnungsergebnis im Vergleich zum Vorjahr um rd. 200.000 € verringert, was darauf zurückzuführen ist, dass im Gegensatz zum Vorjahr kein Haushalts-

rest gebildet wurde. Die Ausgaben für die Dienstbezüge der Beamten sanken um rd. 125.000 €, da vier beamtete Mitarbeiter pensioniert wurden bzw. die Freistellungsphase der Altersteilzeit antraten. Ein Teil der Wiederbesetzungen führte zu höheren Entgelten für tariflich Beschäftigte im Umfang von rd. 85.000 € sowie um 15.000 € höheren Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte. Die zu zahlenden Versorgungsbezüge für Beamte sanken um rd. 42.000 €.

Ausgabenerhöhungen ergaben sich außerdem für die Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei um rd. 73.000 €, für die Steuerungsumlage um rd. 35.000 € (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“) und für die Prüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel in Schulen durch das GMW um rd. 28.000 €. Die Umlage zur gesetzlichen Unfallversicherung stieg um rd. 23.000 €.

UA 2100 Grundschulen einschließlich Schulkindergärten (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	5.188.450	4.436.548	-14,5	2.623.481	69,1
Ausgaben	22.642.130	22.049.873	-2,6	19.213.421	14,8
Differenz	-17.453.680	-17.613.325		-16.589.940	

Den um rd. 1,8 Mio. € gestiegenen Einnahmen stehen im UA 2100 um rd. 2,8 Mio. € gestiegene Ausgaben gegenüber, wodurch der Zuschussbedarf im Jahr 2005 um rd. 1 Mio. € gestiegen ist.

Die Einnahmeerhöhung im UA 2100 resultiert im Umfang von rd. 839.000 € aus höheren Einnahmen vom Land für die Offene Ganztagschule sowie in Höhe von rd. 398.000 € aus dem Anstieg hierfür vereinnahmter Elternbeiträge.

Diese Erhöhungen spiegeln die Entwicklung der Maßnahmen im Rahmen der Offenen Ganztagschule in Wuppertal mit einer vom Schuljahr 2005/2006 zum Schuljahr 2006/2007 verdoppelten Anzahl von Gruppen wieder.

Die Zahl der sonstigen Betreuungsmaßnahmen an Grundschulen war dementsprechend rückläufig, wodurch rd. 150.000 € weniger vom Land für diese Maßnahmen vereinnahmt wurden als im Vorjahr.

Im Umfang von rd. 496.000 € wurde erstmalig ein Deckungsbeitrag zu den Kosten der Offenen Ganztagschule aus den Mitteln der Grundsicherung nach dem SGB II vereinnahmt. Um rd. 109.000 € ist der vom Gebäudemanagement überwiesene Mietanteil von Sekundärnutzern gestiegen (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“). Erstmals gingen 100.000 € vom „Wuppertaler Förderverein Schulmittagessen e. V.“ für die Versorgung bedürftiger Kinder an Ganztagschulen mit einem Mittagessen ein.

Die Zahlungen an Träger / Vereine für die Offene Ganztagschule waren um rd. 1,6 Mio. € höher als im Vorjahr. Grund ist die oben beschriebene Ausweitung der Maßnahmen im Rahmen der Offenen Ganztagschule. Für die Bezuschussung der Mittagsverpflegung Bedürftiger an Ganztagschulen entsprechend dem Ratsbeschluss vom 27.06.05 wurden aus diesem Grund rd. 248.000 € mehr verausgabt als im Vorjahr.

Die Ausgaben für Betriebskosten an das Gebäudemanagement sind um rd. 895.000 € gestiegen, was zum Teil auf die allgemeinen Erhöhungen bei den Energiekosten zurückzuführen ist. Ausgewirkt hat sich jedoch auch die erfolgte Nebenkostenabrechnung 2005, die anteilig auch Abrechnungen für Vorjahre enthielt.

Für das Projekt „Verlässliche Grundschule“ wurden rd. 200.000 € weniger als im Vorjahr verausgabt, da die Zahl dieser Betreuungsmaßnahmen an Grundschulen aufgrund der Entwicklung der Maßnahmen im Rahmen der Offenen Ganztagschule in Wuppertal rückläufig war. Um rd. 44.000 € stieg die Mietzahlung an das Gebäudemanagement, um rd. 110.000 € die zu zahlende Steuerungsumlage (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“).

UA 2150 Hauptschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	222.300	279.147	25,6	276.000	1,1
Ausgaben	6.448.797	6.394.675	-0,8	6.222.765	2,8
Differenz	-6.226.497	-6.115.528		-5.946.765	

Der im UA 2150 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 169.000 € gestiegene Zuschussbedarf ist im Wesentlichen auf eine entsprechende Erhöhung der Ausgaben zurückzuführen.

Hierbei ist die Betriebskostenzahlung an das Gebäudemanagement im Vergleich zum Vorjahr um rd. 144.000 € gestiegen, was zum Teil auf die allgemeinen Erhöhungen bei den Energiekosten zurückzuführen ist. Die auf den UA 2150 entfallende Steuerungsumlage erhöhte sich um rd. 23.000 € (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“).

UA 2200 Realschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	129.800	185.810	43,2	146.455	26,9
Ausgaben	3.630.097	3.449.369	-5,0	3.304.336	4,4
Differenz	-3.500.297	-3.263.559		-3.157.881	

Der Zuschussbedarf im UA 2200 ist im Jahr 2006 um rd. 106.000 € gestiegen, wobei es sowohl in den Einnahmepositionen als auch in den Ausgabepositionen Erhöhungen gab.

Der vom Gebäudemanagement überwiesene Mietanteil von Sekundärnutzern stieg um rd. 35.000 € (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“).

Auf der Ausgabenseite waren rd. 15.000 € mehr an Miete und um rd. 34.000 € erhöhte Betriebskosten an das GMW zu zahlen. Für Schülerfahrten wurden rd. 51.000 € mehr als im Vorjahr verausgabt. Die Steuerungsumlage stieg um rd. 30.000 € (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“).

UA 2300 Gymnasien (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	449.300	757.620	68,6	645.896	17,3
Ausgaben	13.411.153	13.381.898	-0,2	13.033.226	2,7
Differenz	-12.961.853	-12.624.278		-12.387.330	

Der Zuschussbedarf ist im UA 2300 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 237.000 € gestiegen. Sowohl die Einnahmen sind dabei um rd. 112.000 € als auch die Ausgaben um rd. 349.000 € gestiegen.

Auf der Einnahmeseite erfolgte die Erhöhung im Wesentlichen bei dem vom Gebäudemanagement überwiesenen Mietanteil von Sekundärnutzern, der um rd. 106.000 € stieg (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“).

Für Betriebskosten wurden rd. 100.000 € mehr als im Vorjahr an das Gebäudemanagement gezahlt, was zum Teil auf die allgemeinen Erhöhungen bei den Energiekosten zurückzuführen ist. Ausgewirkt hat sich jedoch auch die erfolgte Nebenkostenabrechnung 2005, die anteilig auch Abrechnungen für Vorjahre enthielt. Das Rechnungsergebnis in der Ausgabe position „Schülerfahrten“ ist um rd. 101.000 € gestiegen. Die Steuerungsumlage erhöhte sich um rd. 78.000 € (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“). Die Entgelte für tariflich Beschäftigte stiegen um rd. 29.000 €.

UA 2410 Gewerbliche, hauswirtschaftliche und sozialpädagogische Berufs- und Berufsgrundschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	167.600	208.193	24,2	171.130	21,7
Ausgaben	6.433.688	6.399.090	-0,5	6.330.341	1,1
Differenz	-6.266.088	-6.190.897		-6.159.211	

Im UA 2410 sind die Einnahmen um rd. 37.000 € gestiegen und die Ausgaben um rd. 69.000 €. Der Zuschussbedarf hat sich also um rd. 32.000 € erhöht.

Aus der Herstellung von Mittagsverpflegung für andere Einrichtungen waren in 2005 keine Einnahmen erzielt worden, da die Zahlung des Berufskollegs Kohlstraße an den SB 206 aufgrund einer Vereinbarung ausgesetzt wurde. In 2006 sind nun wieder rd. 18.000 € eingegangen. Der Mietanteil von Sekundärnutzern stieg um rd. 19.000 € (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“).

Die Entgelte für tariflich Beschäftigte sind im UA 2410 um rd. 27.000 € gestiegen, im Gegenzug sanken aber die Ausgaben für Arbeiterlöhne um rd. 73.000 €, weil die Arbeiterlöhne mit den Angestelltenvergütungen zu den Entgelten für tariflich Beschäftigte verschmolzen sind. Insgesamt verbleibt ein Minus in Höhe von rd. 46.000 €. Für Betriebskosten wurden rd. 139.000 € mehr als im Vorjahr an das Gebäudemanagement gezahlt, was zum Teil auf die allgemeinen Erhöhungen bei den Energiekosten zurückzuführen ist. Ausgewirkt hat sich jedoch auch die erfolgte Nebenkostenabrechnung 2005, die anteilig auch Abrechnungen für Vorjahre enthielt. In der Ausgabebeziehung „Für die Schulentwicklungsplanung im Bereich der Berufskollegs“ entstand in 2006 kein Rechnungsergebnis. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Verringerung um rd. 56.000 €. Verausgabt wurden die Mittel allerdings tatsächlich in 2006 aus dem im Vorjahr gebildeten und daher auch in das Rechnungsergebnis eingegangenen Haushaltsrest. Die Steuerungsumlage erhöhte sich um rd. 41.000 € (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“).

UA 2411 Kaufmännische Berufsschulen und Berufsgrundschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	30.050	88.645	195,0	53.915	64,4
Ausgaben	3.363.876	3.361.171	-0,1	3.325.669	1,1
Differenz	-3.333.826	-3.272.526		-3.271.754	

Der Zuschussbedarf ist im UA 2411 im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Dem liegt allerdings eine Einnahmeerhöhung um rd. 35.000 € aus dem Mietanteil von Sekundärnutzern (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“) und eine Ausgabensteigerung in gleicher Höhe zugrunde. Bei den Ausgaben erhöhten sich die an tariflich Beschäftigte gezahlten Entgelte sowie die entsprechenden Beiträge zu Versorgungskassen und zur gesetzlichen Sozialversicherung um insgesamt rd. 24.000 €. In geringem Umfang stiegen die Betriebskostenzahlung an das GMW (+ 4.300 €) und die zu zahlende Steuerungsumlage (+ 7.600 €).

UA 2460 2470 2480

Bei den genannten Unterabschnitten ergeben sich keine Änderungen durch die Positionen Mieteinnahmen von Sekundärnutzern, Miete und Betriebskosten an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement oder durch Personalausgaben, da diese Einnah-

men und Ausgaben für die Unterabschnitte 2460, 2470 und 2480 im Unterabschnitt 2410 veranschlagt werden.

UA 2460 Gewerbliche, hauswirtschaftliche und sozialpädagogische Berufsfachschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	150	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	256.777	256.768	0,0	221.020	16,2
Differenz	-256.627	-256.768		-221.020	

Im UA 2460 ist der Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr um rd. 36.000 € gestiegen.

Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf einem Anstieg der Ausgaben für freie Lernmittel um rd. 18.000 € und für Schülerfahrten um rd. 20.000 €.

**UA 2461
2480**

Bei den genannten Unterabschnitten ergeben sich keine Änderungen durch die Positionen Mieteinnahmen von Sekundärnutzern, Miete und Betriebskosten an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement oder durch Personalausgaben, da diese Einnahmen und Ausgaben für die Unterabschnitte 2461 und 2480 im Unterabschnitt 2411 veranschlagt werden.

UA 2461 Kaufmännische Berufsfachschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	100	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	250.520	250.511	0,0	234.829	6,7
Differenz	-250.420	-250.511		-234.829	

Der Zuschussbedarf im UA 2461 ist im Jahr 2006 um rd. 16.000 € gestiegen.

Diese Entwicklung beruht auf im Umfang von rd. 21.000 € höheren Ausgaben für Schülerfahrten und um rd. 5.000 € geringeren Kosten für freie Lernmittel.

UA 2470 Fachschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	150	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	65.911	65.902	0,0	70.697	-6,8
Differenz	-65.761	-65.902		-70.697	

Die Verringerung des Zuschussbedarfs im UA 2470 um rd. 5.000 € beruht auf unwesentlichen Ausgabereduzierungen in verschiedenen Positionen.

UA 2480 Fachoberschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	100	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	108.489	108.479	0,0	109.453	-0,9
Differenz	-108.389	-108.479		-109.453	

Der Zuschussbedarf ist im UA 2480 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 1.000 € unwesentlich gesunken.

UA 2700 Sonderschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	127.150	177.451	39,6	182.747	-2,9
Ausgaben	4.338.171	4.287.106	-1,2	4.415.036	-2,9
Differenz	-4.211.021	-4.109.655		-4.232.289	

Im UA 2700 ist der Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr um rd. 123.000 € gesunken. Sowohl die Einnahmen verringerten sich hierbei um rd. 5.000 € als auch die Ausgaben um rd. 128.000 €.

Auf der Einnahmeseite sind von den Städten Solingen und Remscheid im Jahr 2006 keine Zahlungen für den Betrieb der Schule für Kranke eingegangen, wodurch gegenüber dem Vorjahr ein Minus in Höhe von rd. 18.500 € entsteht. Grund hierfür ist die zeitliche Verschiebung der Abrechnung über das Jahresende hinaus.

Der Mietanteil von Sekundärnutzern ist um rd. 11.000 € gestiegen (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“).

Höhere Ausgaben entstanden im Umfang von rd. 125.000 € für die Betriebskostenzahlung an das Gebäudemanagement, was zum Teil auf die allgemeinen Erhöhungen bei den Energiekosten zurückzuführen ist. Ausgewirkt hat sich jedoch auch die erfolgte Nebenkostenabrechnung 2005, die anteilig auch Abrechnungen für Vorjahre enthielt. Für Schülerfahrten wurden in 2005 rd. 225.000 € weniger verausgabt als im Vorjahr, da sich zeitliche Verschiebungen bei der Abrechnung auswirkten. Für den Betrieb von Schulen für Kranke in Remscheid und Solingen wurde in 2006 keine Ausgabe getätigt, wodurch im Vergleich zum Vorjahr eine Ausgabeverringerung in Höhe von rd. 19.500 € entstand. Auch hier ist der Grund die zeitliche Verschiebung der Abrechnung über das Jahresende hinaus.

UA 2800 Gesamtschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	229.200	319.627	39,5	259.079	23,4
Ausgaben	8.964.219	8.973.110	0,1	8.798.175	2,0
Differenz	-8.735.019	-8.653.483		-8.539.096	

Im UA 2800 hat sich der Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr um rd. 114.000 € erhöht.

Die Entwicklung geht auf Einnahmesteigerungen um rd. 61.000 € und Ausgabeerhöhungen um rd. 175.000 € zurück.

Die Einnahmen sind im Wesentlichen in der Position „Mietanteil Sekundärnutzer“ gestiegen, den das Gebäudemanagement weitergibt (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“).

Bei den Ausgaben erhöhten sich die Zahlungen für Verpflegung einschließlich Nebenkosten um rd. 40.000 €, da zusätzlich für Hartz IV-Empfänger gezahlt wurde, und für Schülerfahrten um rd. 66.000 €. Für die Steuerungsumlage waren rd. 45.000 € mehr zu entrichten als im Vorjahr (Begründung siehe „Allgemeine Bemerkungen“). Die Ausgaben für Leistungen der Nachrichtentechnik (an UA 0620) stiegen um rd. 16.000 €.

UA 2950 Medienzentrum (002.116; SB 206)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	308.730	209.517	-32,1	177.706	17,9
Ausgaben	795.046	874.698	10,0	764.941	14,3
Differenz	-486.316	-665.181		-587.235	

Im UA 2950 haben sich sowohl die Einnahmen um rd. 32.000 € als auch die Ausgaben um rd. 110.000 € erhöht. Der Zuschussbedarf ist dadurch um rd. 78.000 € gestiegen.

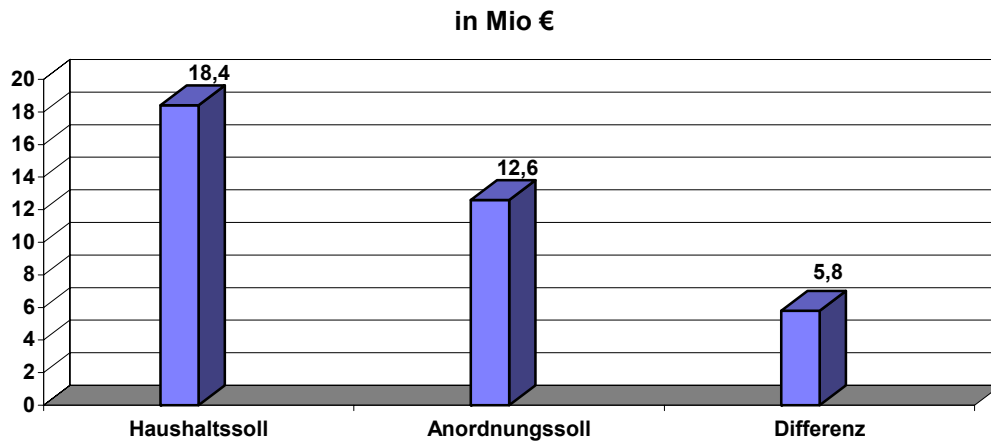
Bei den Einnahmen konnten die Leistungen an andere Unterabschnitte ausgeweitet werden, wodurch rd. 34.000 € mehr vereinnahmt wurden als im Vorjahr.

Auf der Ausgabenseite erhöhten sich die Dienstbezüge der Beamten um rd. 57.000 €, da dem Medienzentrum zwei Beamtenstellen zugeordnet wurden, die in 2006 erstmalig im ganzen Jahr aus dem UA 2950 bezahlt wurden. Dementsprechend sind die anteilig zugeordneten Versorgungsbezüge für Beamte im Umfang von rd. 20.000 € gestiegen. Das Entgelt für tariflich Beschäftigte lag 2006 um rd. 23.000 € über den Zahlungen des Vorjahres.

5.2.2 Vermögenshaushalt (002.116; SB 206)

Grafik zur Tabelle 1:

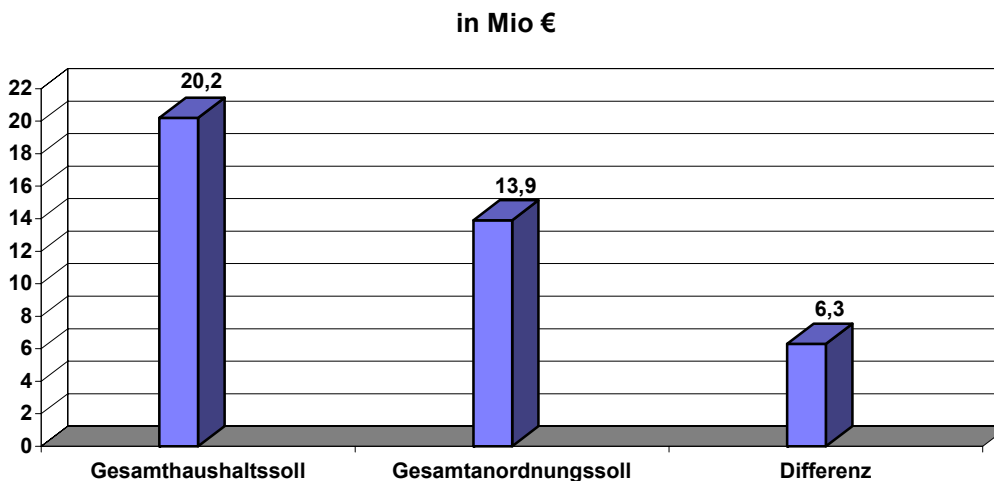
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 68,6 % (2005 = 81,3 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabe-
reste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen
auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. +
Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 69 % (2005 = 81,8 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
2000 Schulverwaltung	10.000	0	10.000	0,0
2100 Grundschulen einschl. Schulkindergärten	15.868.797	11.940.195	3.928.602	75,2
2150 Hauptschulen	250.000	11.856	238.144	4,7
2200 Realschulen	80.000	12.699	67.301	15,9
2300 Gymnasien	1.335.718	455.284	880.434	34,1
2410 Gewerbl., Hauswirtschaftl. und Sozialpädagogische Berufs- und Berufgrundschulen	355.000	97.044	257.956	27,3
2411 Kaufmännische Berufsschulen und Berufgrundschulen	60.000	34.759	25.241	57,9
2700 Sonderschulen	52.565	3.245	49.320	6,2
2800 Gesamtschulen	330.000	21.494	308.506	6,5
2950 Medienzentrum	40.000	37.178	2.822	92,9
Summe EP 2	18.382.080	12.613.754	5.768.326	68,6

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
2000 Schulverwaltung	22.328	5.336	16.992	23,9
2100 Grundschulen einschl. Schulkindergärten	16.690.945	12.566.292	4.124.653	75,3
2150 Hauptschulen	345.925	107.781	238.144	31,2
2200 Realschulen	262.838	145.905	116.933	55,5
2300 Gymnasien	1.484.411	583.346	901.065	39,3
2410 Gewerbl., Hauswirtschaftl. und Sozialpädagogische Berufs- und Berufgrundschulen	457.679	153.736	303.943	33,6
2411 Kaufmännische Berufsschulen und Berufgrundschulen	113.600	88.358	25.242	77,8
2700 Sonderschulen	186.560	130.178	56.382	69,8
2800 Gesamtschulen	560.876	79.500	481.376	14,2
2950 Medienzentrum	58.339	55.517	2.822	95,2
Summe EP 2	20.183.501	13.915.949	6.267.552	68,9

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 2150 Hauptschulen (002.116; SB 206)

Für die Beschaffung von großen Lehrmitteln und Schulinventar wurden zur Verfügung stehende Mittel in Höhe von rd. 88.000 € nicht verausgabt, was zum Teil auf der den Schulen eingeräumten Möglichkeit beruht, nicht verausgabte Mittel über das Jahr hinaus für größere Anschaffungen anzusparen, aber auch Folge des schwer einzuschätzenden Bedarfs ist. Im Umfang von rd. 150.000 € beruht die geringe Realisierungsquote auf nicht verausgabten Mitteln für Einrichtungsmaßnahmen an der Hauptschule Berghauser Str., die in Abhängigkeit von zeitlich verzögerten Baumaßnahmen und deren Abrechnung mit dem GMW noch nicht durchgeführt werden konnten.

UA 2300 Gymnasien (002.116; SB 206)

Die geringe Realisierungsquote im UA 2300 beruht vor allem auf eingeplanten Mitteln für den Bau der Aula im Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium, die in Abhängigkeit vom Baufortschritt und der Abrechnung der Maßnahme noch nicht an das GMW überwiesen wurden. Von den aus Spenden gedeckten 1 Mio. € wurden in 2006 erst rd. 313.000 € an das GMW überwiesen. Es wurde also über rd. 687.000 € noch nicht verfügt. Geplante Ausgaben für die Einrichtung der Aula im Umfang von 100.000 € wurden nicht realisiert, weil sich die Spender entschieden hatten, einen Teil der Einrichtung selbst durchzuführen. Für die Beschaffung von großen Lehrmitteln und Schulinventar wurden zur Verfügung stehende Mittel in Höhe von rd. 89.000 € nicht verausgabt, was zum Teil auf der den Schulen eingeräumten Möglichkeit beruht, nicht verausgabte Mittel über das Jahr hinaus für größere Anschaffungen anzusparen, aber auch Folge des schwer einzuschätzenden Bedarfs ist.

UA 2410 Gewerbliche, Hauswirtschaftliche und Sozialpädagogische Berufs- und Berufsgrundschulen (002.116; SB 206)

Im UA 2410 beruht die geringe Realisierungsquote vor allem auf nicht verausgabten Mitteln für den Ersatz von Einrichtungsgegenständen des Berufskollegs Kohlstraße, die in Abhängigkeit von den dortigen Baumaßnahmen noch nicht beschafft werden konnten. Von den vorhandenen Mitteln wurden rd. 166.000 € nicht verausgabt. Für Maßnahmen zur Integration behinderter Schüler am Berufskolleg Kohlstraße standen 35.000 € zur Verfügung, die aus dem gleichen Grund noch nicht eingesetzt werden konnten. Für die Beschaffung von großen Lehrmitteln und Schulinventar wurden zur Verfügung stehende Mittel in Höhe von rd. 93.000 € nicht verausgabt, was zum Teil auf der den Schulen eingeräumten Möglichkeit beruht, nicht verausgabte Mittel über das Jahr hinaus für größere Anschaffungen anzusparen, aber auch Folge des schwer einzuschätzenden Bedarfs ist.

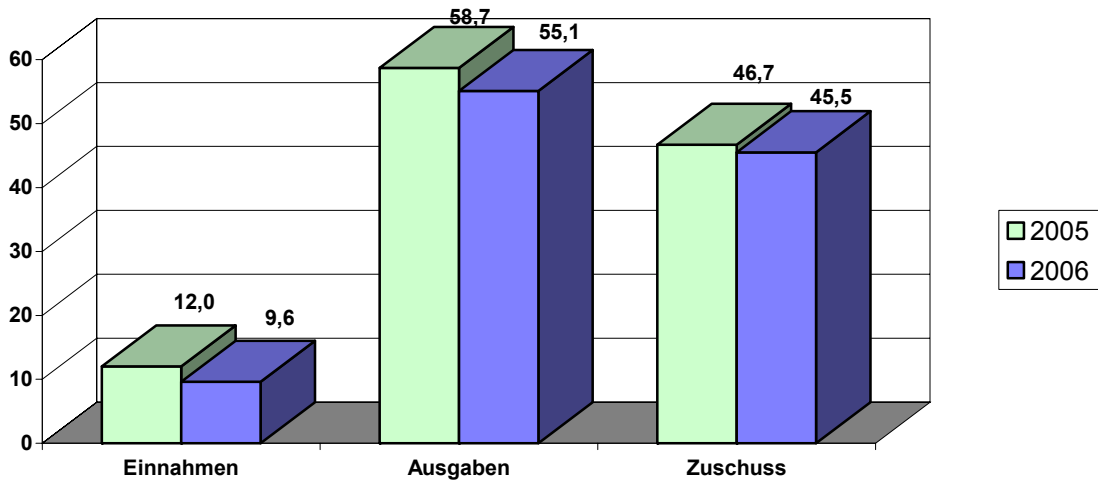
UA 2800 Gesamtschulen (002.116; SB 206)

Die geringe Realisierungsquote im UA 2800 beruht vor allem auf nicht verausgabten Mitteln für Einrichtungsmaßnahmen, die in Abhängigkeit von zeitlich verzögerten Baumaßnahmen noch nicht durchgeführt werden konnten. Im Umfang von rd. 302.000 € konnten Mittel für die Neueinrichtung von naturwissenschaftlichen Räumen in den Gesamtschulen Vohwinkel und Ronsdorf nicht verausgabt werden, für die Einrichtung der Erweiterung der Gesamtschule Langerfeld wurde über 70.000 € nicht verfügt. Für Maßnahmen zur Integration behinderter Schüler standen 40.000 € zur Verfügung, die für die Neuausstattung der Gesamtschule Vohwinkel als Integrationschule vorgesehen waren. Die Mittel konnten durch zeitliche Verzögerungen bei der entsprechenden Baumaßnahme noch nicht eingesetzt werden. Für die Beschaffung von großen Lehrmitteln und Schulinventar wurden zur Verfügung stehende Mittel in Höhe von rd. 39.000 € nicht verausgabt, was zum Teil auf der den Schulen eingeräumten Möglichkeit beruht, nicht verausgabte Mittel über das Jahr hinaus für größere Anschaffungen anzusparen, aber auch Folge des schwer einzuschätzenden Bedarfs ist.

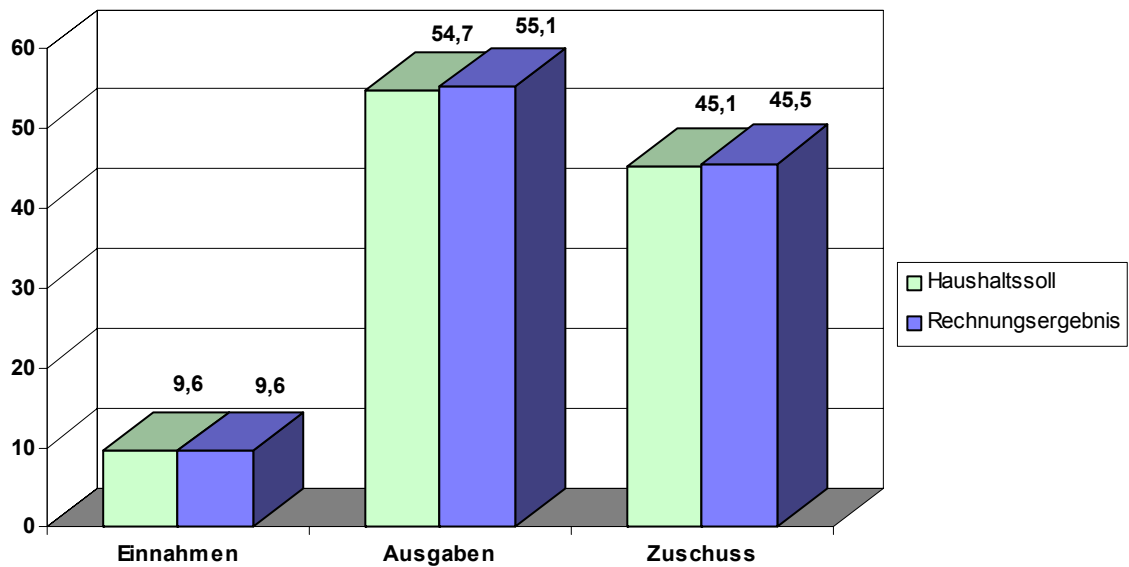
5.3 Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

5.3.1 Verwaltungshaushalt (002.117)

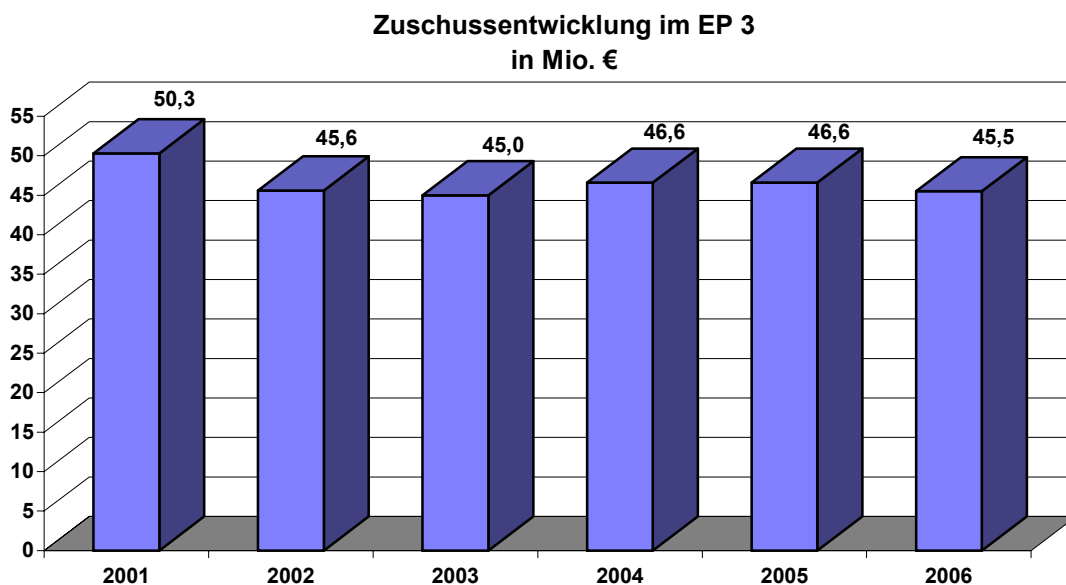
Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2006 mit dem Rechnungsergebnis 2006 (in Mio. €)



Zuschussentwicklung im Einzelplan 3



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur (002.117; Geschäftsstelle GB 2)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	229.423	229.423	0,0	104.078	120,4
Ausgaben	1.238.179	1.239.963	0,1	1.367.477	-9,3
Differenz	-1.008.756	-1.010.540		-1.263.399	

Die geplanten Einnahmen und Ausgaben sind mit dem Rechnungsergebnis nahezu identisch.

UA 3100 SB Von der Heydt-Museum (002.117; SB 216)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	917.671	917.671	0,0	883.085	3,9
Ausgaben	5.101.645	5.361.731	5,1	5.257.583	2,0
Differenz	-4.183.974	-4.444.060		-4.374.498	

Die Einnahmeplanung entspricht dem Rechnungsergebnis des Haushaltsjahres.

Mehrausgaben gegenüber der Planung i. H. v. rd. 400 T-Euro entstanden u. a. bei den Haushaltsstellen für die Durchführung von Wechselausstellungen (rd. 185 T-Euro) und die Herstellung von Bestandskatalogen (rd. 25 T-Euro).

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 78.069 Besucherinnen und Besucher im Von der Heydt-Museum gezählt. Darunter befanden sich 63.170 Personen, welche die Wechselausstellungen aufsuchten. Gegenüber dem Vorjahr sank das Besucheraufkommen (Gesamtbesucher in 2005 151.444). Die geringere Zahl hat verschiedene Ursachen. So wurde im Jahr 2006 die Erfassung der Besucherzahlen modifiziert. U. a. werden die „Tagesbesucher“, die die Museumsräume nicht besuchen, und auch die Besucher von Wanderausstellungen, z. B. Beckmann-Ausstellung in Spanien, nicht mehr mitgezählt (2005 ca. 35.000 Besucher).

UA 3101 SB Fuhlrott-Museum (002.117; SB 213)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	21.777	21.777	0,0	33.050	-34,1
Ausgaben	687.631	692.166	0,7	734.926	-5,8
Differenz	-665.854	-670.389		-701.876	

Das Fuhlrott-Museum hatte in 2006 Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber den Einnahmeerwartungen ergab sich keine Differenz.

In 2006 wurden aus dem Eintrittskartenverkauf 8.766 € erzielt. Der Erlös lag in 2005 bei 11.533 €, 2004 bei 11.430 €.

Nach der Besucherstatistik ist die Zahl der Besucher gegenüber dem Vorjahr rückläufig (2005 18.878, 2006 14.093 Besucher/innen). Die Zahlen haben verschiedene Ursachen. Zunächst resultieren sie aus dem fehlenden Angebot für Schulen, da der außerschulische Lernort seitens des Schulamtes nicht wieder besetzt wurde. Der Förderverein finanzierte zwar für einen Naturwissenschaftler diese Stelle, es wurden jedoch nur vier Veranstaltungen durchgeführt, da dieser aus beruflichen Gründen in ein anderes Bundesland wechselte. Die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der

defekten Heizungsanlage infolge zahlreicher Wassereinbrüche boten ein wenig ansprechendes Erscheinungsbild in den Räumen der Dauerausstellung. Trotz des außerordentlichen Engagements des Naturwissenschaftlichen Vereins sind Wechselausstellungen nur in großen zeitlichen Abständen zu realisieren, so dass neue Anreize für den Besuch des Museums fehlen. Mangels fachlicher Betreuung konnten nur sehr eingeschränkt Führungen durch das Fuhlrott-Museum angeboten werden.

Um diesem negativen Trend entgegen zu wirken, werden ab März 2007 zusätzliche Führungen und Aktionen durch einen jungen Naturwissenschaftler angeboten. Gleichzeitig werden allgemeine Führungen durch den Naturwissenschaftlichen Verein ergänzend in das Programm aufgenommen.

UA 3102 Historisches Zentrum (002.117; SB 213)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	36.853	36.853	0,0	46.169	-20,2
Ausgaben	1.027.737	1.031.673	0,4	818.261	26,1
Differenz	-990.884	-994.820		-772.092	

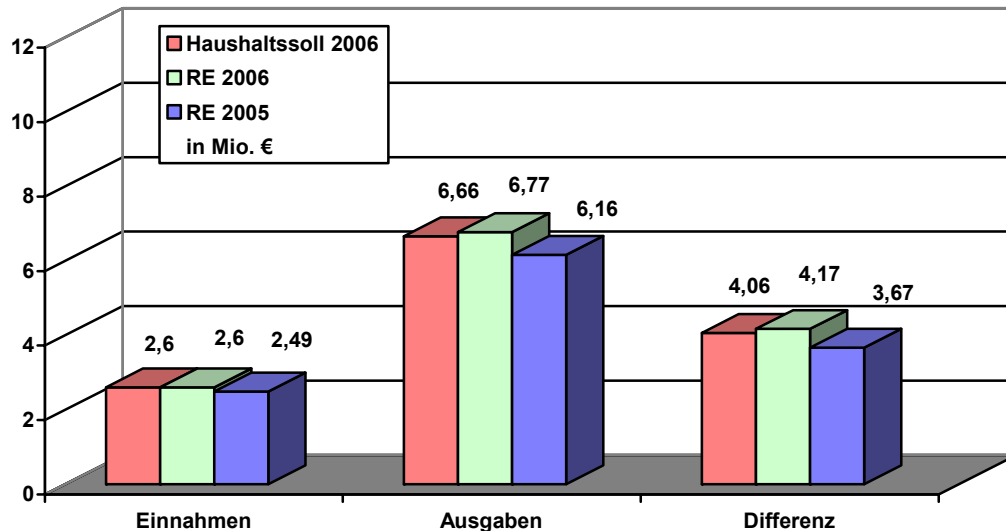
Einnahmeerwartung und Rechnungsergebnis des Haushaltsjahres 2006 sind identisch.

Auf der Ausgabenseite entspricht das Rechnungsergebnis ebenfalls den Planzahlen.

Im Jahr 2006 konnte für das Historische Zentrum eine Trendwende eingeleitet werden. Mit der „virtuellen Wupper“ wurde eine neue Attraktion im Museum für Frühindustrialisierung angeboten. Weiterhin wurde das Angebot an Führungen ausgeweitet. Durch das Geschichtsfest im September 2006 und weitere Veranstaltungen im Engels-Haus fanden zahlreiche Besucher ihren Weg ins Historische Zentrum. Die Besucherzahlen lagen im Berichtsjahr bei 27.343 (Vorjahr 15.875).

UA 3230 Zoologischer Garten (002.116; SB 215)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.606.050	2.607.339	0,0	2.487.806	4,8
Ausgaben	6.666.222	6.776.837	1,7	6.158.529	10,0
Differenz	-4.060.172	-4.169.498		-3.670.723	



Der Zuschussbedarf im UA 3230 ist im Jahr 2006 um rd. 499.000 € gestiegen.

Insgesamt resultiert diese Entwicklung aus einer Erhöhung der Einnahmen des gesamten Unterabschnitts im Vergleich zum Vorjahr um rd. 119.000 € sowie einer Erhöhung der Ausgaben um rd. 618.000 €.

Die Einnahmeerhöhung ergibt sich im Wesentlichen aus den folgenden Entwicklungen:

Die Einnahmen aus Eintrittsgeldern sind trotz eines Rückgangs der Besucherzahlen (siehe unter „Besucherzahlen“) um rd. 107.000 € gestiegen, da eine Entgelterhöhung zum 01.01.06 umgesetzt wurde, die die finanziellen Auswirkungen aufgefangen hat. Bei der in 2006 vereinnahmten Summe der Eintrittsgelder in Höhe von rd. 2,4 Mio. € handelt es sich um die höchste Einnahme der Zoogeschichte!

Aus Sonderveranstaltungen und -aktionen ergaben sich um rd. 33.000 € höhere Einnahmen als im Vorjahr, die vor allem aus den Aktivitäten während der Pinguinale resultieren. Die Einnahmen aus Spenden sind im Vergleich zu 2005 um rd. 24.000 € gesunken.

Die Ausgabenerhöhung um rd. 618.000 € ist ebenfalls auf verschiedene Entwicklungen zurückzuführen:

Die Energiekosten sind im Vergleich zum Jahr 2005 um rd. 186.000 € gestiegen, was zum Teil auf die allgemeinen Preiserhöhungen in diesem Bereich aber auch auf den langen Winter zurückzuführen ist.

Die Ausgabeposition „Entgelt für tariflich Beschäftigte“ enthält die im Vorjahr in den Ausgabepositionen „Angestelltenvergütungen“ und „Arbeiterlöhne“ verausgabten Leistungen. Die Ausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 134.000 € gestiegen. Entsprechend dieser Entwicklung sind die Beiträge zu Versorgungskassen und zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte um rd. 13.000 € bzw. rd. 25.000 € gestiegen.

Die Zahlungen für die Gebäudeunterhaltung an das Gebäudemanagement haben sich um rd. 55.000 € erhöht. Die Ausgaben werden vom Gebäudemanagement als Dienstleister aus seiner Rechnung vorgeleistet und dem Stadtbetrieb Zoologischer Garten dann in Rechnung gestellt. Durch dieses Verfahren kommt es zu zeitlichen Verschiebungen der abgerechneten Beträge über die Jahre. Zusätzlich musste der

Stadtbetrieb Zoologischer Garten im Jahr 2006 zum ersten Mal einen Zuschlag für die Serviceleistungen des GMW im Umfang von 150.000 € zahlen, der das Ergebnis dieser Position beeinflusst hat.

Für Futtermittel und sonstige Aufwendungen für die Tierpflege wurden rd. 57.000 € mehr verausgabt als im Vorjahr. Eine verstärkte Aktivität im Bereich der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, vor allem wegen des Zoo-Jubiläums, führte zu erhöhten Ausgaben im Umfang von rd. 64.000 €. Durch eine auf Empfehlung der Rechtsabteilung geleistete Vergleichszahlung in einer Nachlassangelegenheit stiegen die Ausgaben einmalig um rd. 65.000 €.

In der Ausgabebeziehung „Verwendung der Einnahmen aus Tierpatenschaften“ ergab sich ein um rd. 32.000 € höheres Rechnungsergebnis als in 2005, da in 2006 ein höherer Haushaltsrest gebildet wurde, der ins Rechnungsergebnis einging und im Vorjahr ein größerer Betrag in die Sonderrücklage Zooanlage überwiesen wurde.

Die zu zahlende Steuerungsumlage stieg um rd. 38.000 €. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die Erhöhung des Steuerzuschlags von 3 % im Jahr 2005 auf 3,5 % im Jahr 2006. Zusätzlich erhöht sich die zu zahlende Steuerungsumlage, wenn sich die Berechnungsbasis also die Personal- und Sachkosten des Unterabschnitts erhöhen, was im UA 3230 insgesamt der Fall war.

Im Gegenzug verringerten sich die Grundbesitzabgaben um rd. 53.000 €. Der Beitrag an den Wupperverband sank um rd. 25.000 €.

Besucherzahlen

Nach den statistischen Aufzeichnungen der Zooverwaltung sind die Besucherzahlen 2006 gegenüber 2005 um 61.392 auf 608.028 gesunken (- rd.9 %).

Die Gründe für diese Entwicklung sind wohl vor allem darin zu sehen, dass im Vorjahr aufsehenerregende Zuchterfolge erzielt werden konnten, hier besonders die Geburten der zwei afrikanischen Elefanten Bongi und Kibo im Juni bzw. Oktober 2005, die verbunden mit der darauf folgenden starken Medienpräsenz des Wuppertaler Zoos zu einem großen Besucherzulauf geführt hatten. Im Folgejahr 2006 ist das Besucherinteresse im Verhältnis dazu etwas zurückgegangen.

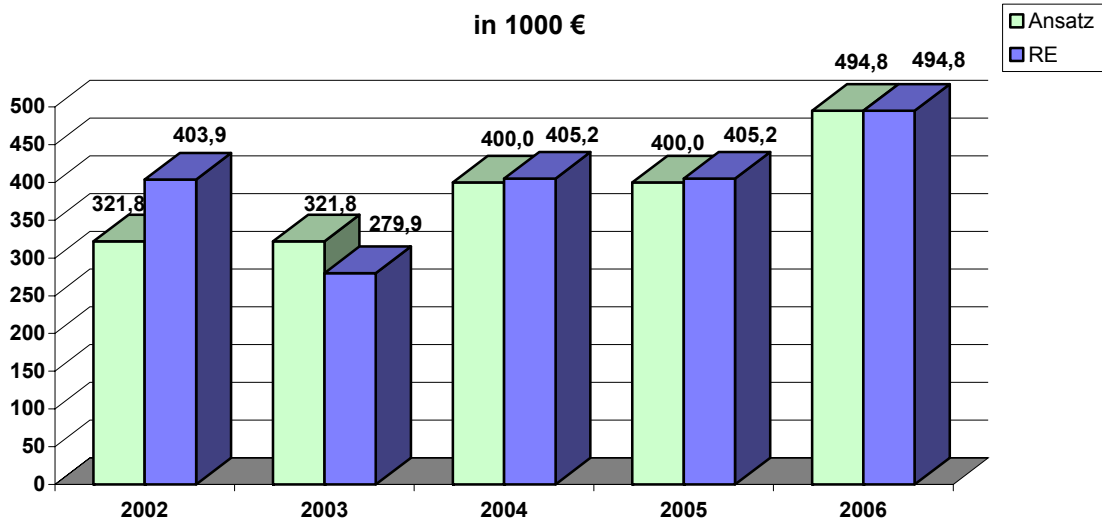
UA 3310 Wuppertaler Bühnen GmbH, Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH (002.117)

Im UA 3310 werden im Wesentlichen die von der Stadt zu zahlenden jährlichen Betriebskostenzuschüsse nachgewiesen. Die für das Jahr 2006 veranschlagten Betriebskostenzuschüsse für die Wuppertaler Bühnen GmbH in Höhe von 11.383 T-Euro, für die Tanztheater GmbH in Höhe von 2.067 T-Euro und für Energie und Grundabgaben in Höhe von 300 T-Euro wurden in voller Höhe ausbezahlt, zusammen mithin 13.750 T-Euro.

UA 3320 SB Orchester und Konzerte (002.117; SB 211)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	644.512	644.512	0,0	555.827	16,0
Ausgaben	7.123.650	7.153.588	0,4	6.827.336	4,8
Differenz	-6.479.138	-6.509.076		-6.271.509	

Das Sinfonieorchester konnte im Rechnungsjahr 2006 die Einnahmeerwartung realisieren. Bei den Ausgaben entstanden geringfügige Mehrausgaben. Im Ergebnis ist der Zuschussbedarf gegenüber der Rechnung 2005 angestiegen.

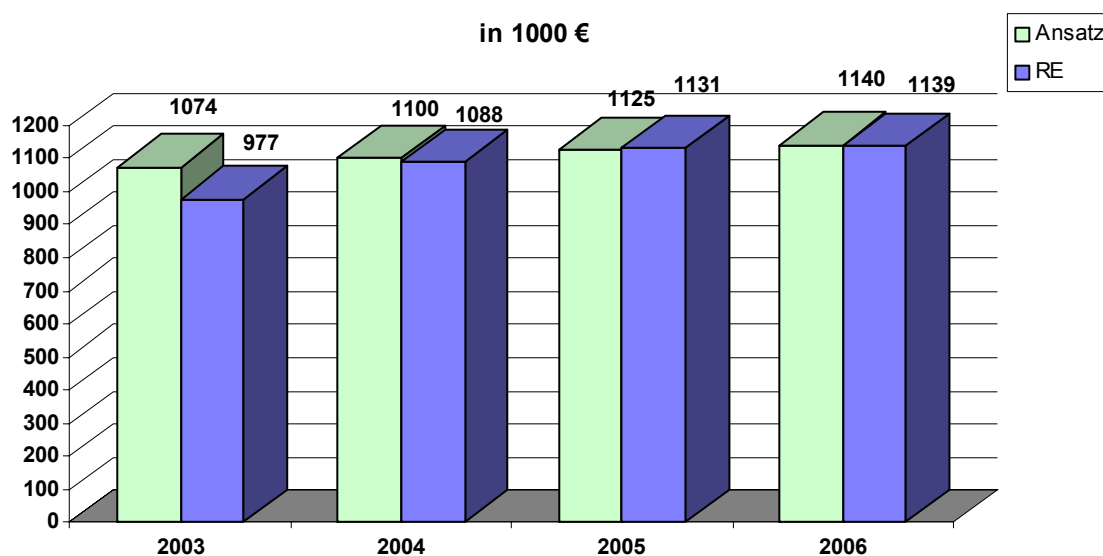
Einzelaspekte:
3320-116.0000 Konzerte und CD-Verkauf
Vergleich der Konzerteinnahmen mit dem Haushaltsansatz


Die Einnahmeerwartung aus der Haushaltsstelle „Konzerte und CD-Verkauf“ wurden im Berichtsjahr erfüllt.

UA 3330 SB Bergische Musikschule (002.117; SB 212)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.177.331	1.176.686	-0,1	1.172.450	0,4
Ausgaben	3.153.714	3.153.714	0,0	3.152.576	0,0
Differenz	-1.976.383	-1.977.028		-1.980.126	

Die Budgetvorgaben konnten für den Einnahme- als auch Ausgabenbereich eingehalten werden. Im Vergleich zum Vorjahr nahm der Zuschussbedarf ab.

Einzelaspekte:
3330-111.0000 Schulgeld
Vergleich der Schulgeldeinnahmen mit dem Haushaltsansatz


Gegenüber dem Vorjahr ist eine Einnahmesteigerung um 8 T-Euro festzustellen. Die Schulgeldeinnahmen konnten in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert werden. Die Einnahmeerwartung wurde im Berichtsjahr geringfügig unterschritten.

UA 3400 Kulturbüro/Kulturreferat (002.117; Geschäftsstelle GB 2.KB)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	290.200	290.200	0,0	495.374	-41,4
Ausgaben	1.872.214	1.896.164	1,3	1.954.929	-3,0
Differenz	-1.582.014	-1.605.964		-1.459.555	

Gegenüber dem Haushaltsansatz konnten bei den Einnahmen die Budgetvorgaben eingehalten werden. Bei den Ausgaben ergaben sich geringfügige Mehrausgaben. Der Zuschussbedarf für das Kulturbüro ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 146 T-Euro angestiegen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr waren u. a. bei den Haushaltsstellen Erstattung der Personalkosten für das Kultursekretariat (- 265 T-Euro) und Landeszuschuss (- 50 T-Euro) zu verzeichnen.

UA 3500 Allgemeine und berufliche Weiterbildung (VHS) (002.117; SB 207)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.268.662	1.268.527	0,0	1.820.076	-30,3
Ausgaben	3.279.674	3.278.411	0,0	3.493.322	-6,2
Differenz	-2.011.012	-2.009.884		-1.673.246	

Der Zweckverband Bergische Volkshochschule hat zum 01.07.2006 seinen operativen Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Eine Darstellung/Vergleichbarkeit in der Haushaltsrechnung 2006 ist aus diesem Grund für den Unterabschnitt obsolet.

UA 3510 Beschäftigung und Qualifizierung (002.117; SB 207)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	764.812	764.812	0,0	1.730.387	-55,8
Ausgaben	2.074.627	2.074.637	0,0	3.698.542	-43,9
Differenz	-1.309.815	-1.309.825		-1.968.155	

Dieser Unterabschnitt ist ebenfalls in den Zweckverband Bergische Volkshochschule eingeflossen.

UA 3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen (002.117; SB 207)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.282.480	1.282.480	0,0	2.979.657	-57,0
Ausgaben	1.565.886	1.563.751	-0,1	4.316.893	-63,8
Differenz	-283.406	-281.271		-	

Eine Darstellung / Vergleichbarkeit dieses UA ist durch die Zuordnung zum Zweckverband nicht mehr gegeben.

UA 3520 SB Stadtbibliothek (002.117; SB 214)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	285.483	285.483	0,0	289.225	-1,3
Ausgaben	5.463.461	5.477.610	0,3	5.464.650	0,2
Differenz	-5.177.978	-5.192.127		-5.175.425	

Auch im Jahr 2006 konnte die Stadtbibliothek die Budgetvorgaben nahezu einhalten. Gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres fällt der Zuschussbedarf um rd. 16,7 T-Euro höher aus. Die Einnahmen entsprachen dem Ansatz.

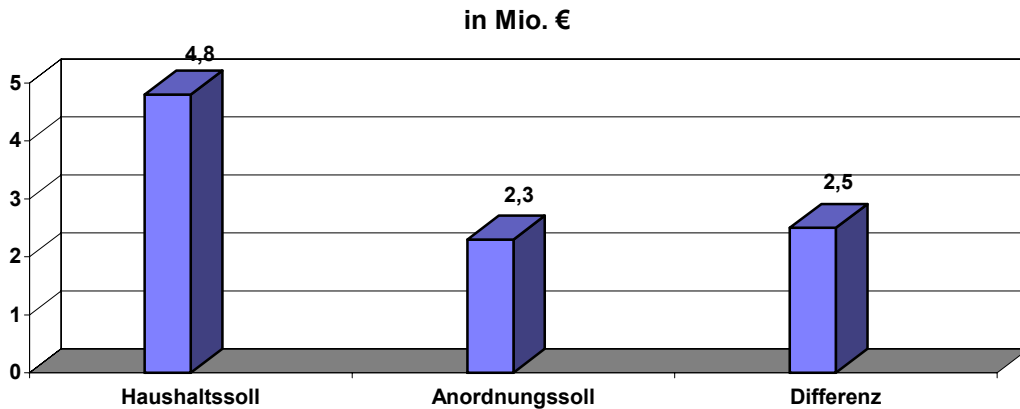
Im Jahr 2005 verzeichnete die Stadtbibliothek 1.249.313 Entleihungen. Gegenüber dem Vorjahr (1.242.161 Ausleihen) stieg die Anzahl der Entleihungen an. Die Erhöhung beruht u. a. auf der Steigerung der Kinder- und Jugendliteratur und der modernen Medien (CDs und DVDs).

Auf der Einnahmeseite konnte bei den Benutzungsentgelten mit rd. 247 T-Euro ca. 13 T-Euro mehr eingenommen werden als im Vorjahr.

5.3.2 Vermögenshaushalt (002.117)

Grafik zur Tabelle 1:

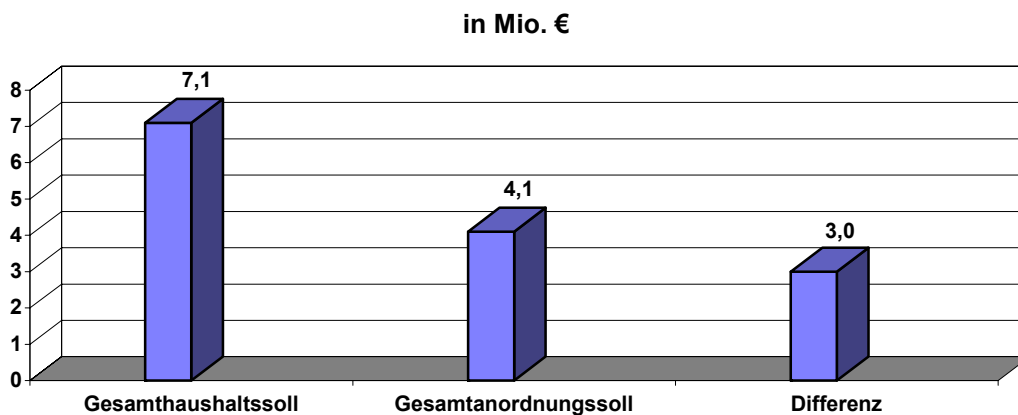
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 47 % (2003 = 48 %, 2004 = 40 % und 2005 = 57 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 58 % (2003 = 59 %, 2004 = 53 % und 2005 = 60 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur	893.616	804.000	89.616	90,0
3100 SB Von der Heydt-Museum	179.691	147.253	32.438	81,9
3101 SB Fuhlrott-Museum	1.900	0	1.900	0,0
3102 Historisches Zentrum	14.000	11.770	2.230	84,1
3210 Stadtarchiv	16.000	13.414	2.586	83,8
3230 SB Zoologischer Garten	546.073	440.202	105.871	80,6
3310 Wuppertaler Bühnen GmbH/ Tanztheater GmbH	1.875.000	75.000	1.800.000	4,0
3320 SB Orchester u. Konzerte	50.500	0	50.500	0,0
3330 SB Bergische Musikschule	13.100	5.803	7.297	44,3
3400 Kulturbüro/Kulturreferat	824.925	676.798	148.127	82,0
3500 SB Weiterbildung (VHS)	10.000	2.724	7.276	27,2
3510 Beschäftigung u. Qualifizier.	3.000	1.221	1.779	40,7
3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen	7.115	4.000	3.115	56,2
3520 SB Stadtbibliothek	121.463	108.600	12.863	89,4
3650 Denkmalschutz und -pflege	306.000	0	306.000	0,0
3700 Synagoge Barmen	3.362	3.362	0	100,0
Summe EP 3	4.865.745	2.294.147	2.571.598	47,1

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur	893.616	804.000	89.616	90,0
3100 Von der Heydt-Museum	237.295	197.857	39.438	83,4
3101 SB Fuhlrott-Museum	1.900	0	1.900	0,0
3102 Historisches Zentrum	34.280	32.050	2.230	93,5
3210 Stadtarchiv	16.000	13.414	2.586	83,8
3230 SB Zoologischer Garten	1.495.548	996.705	498.843	66,6
3310 Wuppertaler Bühnen GmbH/ Tanztheater GmbH	2.675.000	875.000	1.800.000	32,7
3320 SB Orchester u. Konzerte	66.728	7.849	58.879	11,8
3330 SB Bergische Musikschule	26.250	18.953	7.297	72,2
3400 Kulturbüro/Kulturreferat	1.118.997	970.870	148.127	86,8
3500 SB Weiterbildung (VHS)	10.000	2.724	7.276	27,2
3510 Beschäftigung u. Qualifizier.	3.000	1.222	1.778	40,7
3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen	4.000	7.115	-3.115	177,9
3520 SB Stadtbibliothek	147.600	142.463	5.137	96,5
3650 Denkmalschutz und -pflege	349.000	42.400	306.600	12,1
3700 Synagoge Barmen	3.362	3.362	0	100,0
Summe EP 3	7.082.576	4.115.984	2.966.592	58,1

Bei den vermögenswirksamen Ausgaben ist zu berücksichtigen, dass die Bauausgaben für Hochbaumaßnahmen mit Ausnahme der UA 3230 Zoologischer Garten und UA 3700 Synagoge Barmen ab dem Haushaltsjahr 2000 grundsätzlich im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs GMW veranschlagt werden. Im Vermögenshaushalt des Einzelplans 3 werden weiterhin die Landeszuweisungen, deren Weiterleitung an das Gebäudemanagement sowie Ausgaben für Einrichtungen, Kunstwerke usw. dargestellt.

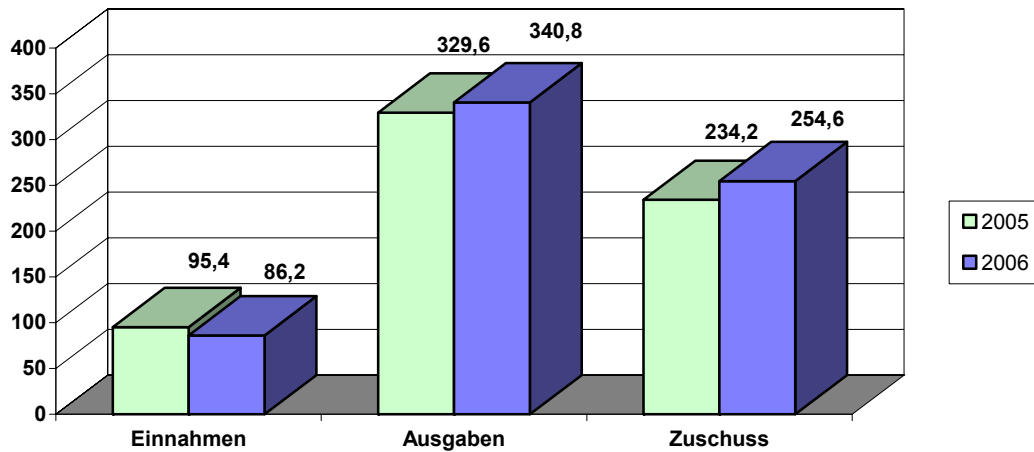
Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 3650 Denkmalschutz und -pflege (002.200; R 105)**

Zuschüsse für die Erhaltung denkmalwerter Bauten (Stadt-/ Landprogramm) werden in Höhe und Abhängigkeit der vom Land für den gleichen Zweck bewilligten Zuwendungen vergeben. Diese komplementäre Landesförderung lag im Berichtsjahr niedrig, so dass auch nur eine geringe städtische Zuschussquote zur Verfügung stand.

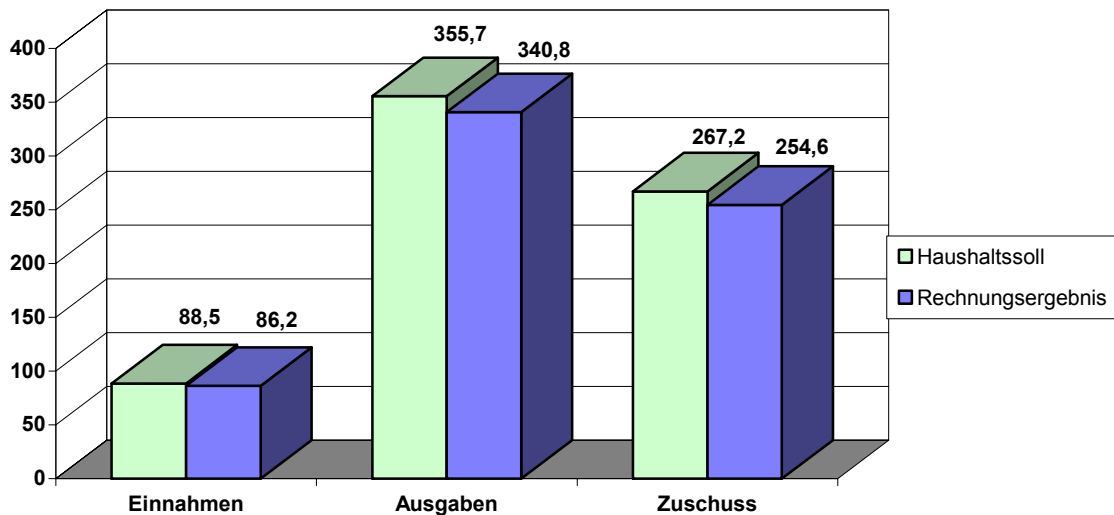
5.4 Einzelplan 4 – Soziale Sicherung

5.4.1 Verwaltungshaushalt (002.114)

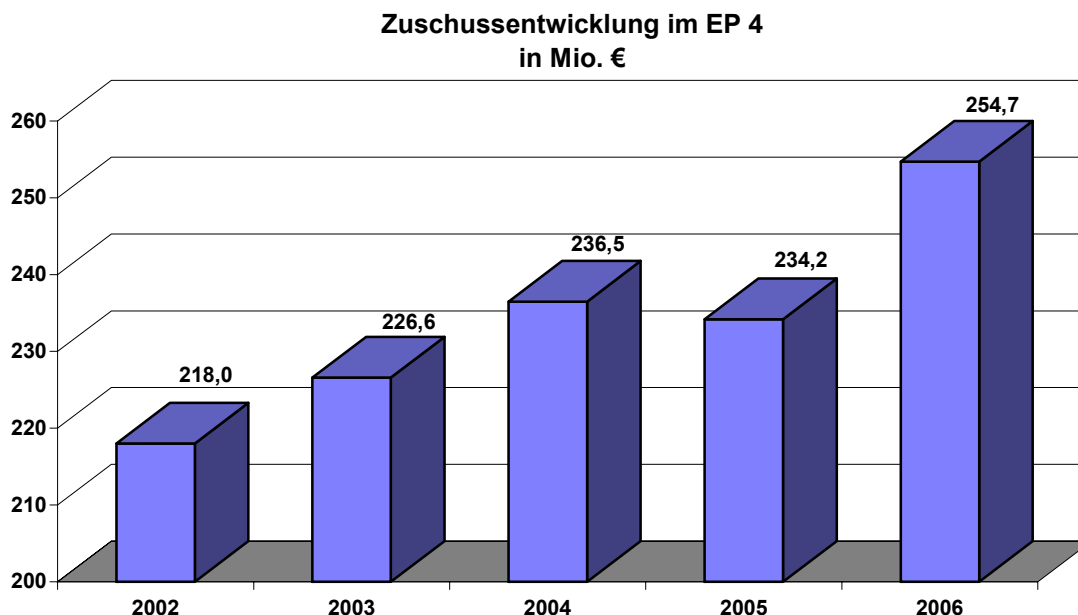
Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2006 mit dem Rechnungsergebnis 2006 (in Mio. €)



Zuschussentwicklung im Einzelplan 4



Der Zuschussbedarf im EP 4 ist im Vergleich zum Vorjahr um rd. 20,5 Mio. € bzw. 8,75 % gestiegen. Dabei waren neben einem Rückgang der Einnahmen i.H.v. rd. 9,25 Mio. € gleichzeitig Mehrausgaben i.H.v. rd. 11,25 Mio. € zu verzeichnen.

Höhere Fehlbedarfe gab es insbesondere bei den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (UA 4051, UA 4820) und der Sozialhilfe (UA 4100, UA 4850) sowie bei der Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (UA 4200) und den Hilfen zur Erziehung (UA 4550).

Eine Verbesserung der Rechnungsergebnisse ist dagegen in den UA 4130 (Krankenhilfe etc.) und UA 4700 (Förderung der freien Wohlfahrtspflege) erzielt worden. Einzelheiten zu den vorgenannten Zuschussentwicklungen können den Erläuterungen zu den jeweiligen Unterabschnitten entnommen werden.

Hinsichtlich des erheblichen Anstiegs des Zuschussbedarfes im EP 4 im Haushaltsjahr 2006 ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Stadt Wuppertal im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) eine Zuweisung des Landes aus der dortigen Ersparnis bei den Wohngeldausgaben i.H.v. rd. 8,5 Mio. € erhalten hat. Dieser Betrag wurde gemäß der kommunalen Haushaltssystematik jedoch nicht im EP 4, sondern als allgemeine Zuweisung im EP 9 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ vereinnahmt. Insoweit ist die eingangs erwähnte Erhöhung des Zuschussbedarfes im EP 4 im Berichtsjahr zu relativieren.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 4051 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (002.113; R 201)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	5.940.000	6.703.289	12,8	7.762.737	-13,6
Ausgaben	7.494.401	8.267.058	10,3	7.677.684	7,7
Differenz	-1.554.401	-1.563.769		85.053	

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist im Sozialgesetzbuch (SGB) II geregelt.

In Wuppertal werden die Leistungen nach dem SGB II von der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zwischen der Stadt Wuppertal und der Agentur für Arbeit Wuppertal wahrgenommen (vgl. UA 4820).

Die durch diese Aufgaben für die Stadt entstehenden Verwaltungsleistungen werden im UA 4051 abgewickelt. Dieser UA schließt mit einer Unterdeckung in Höhe von rd. 1,5 Mio. € ab. Dabei stehen den Einnahmen in Höhe von rd. 6,7 Mio. € Ausgaben in Höhe von rd. 8,3 Mio. € gegenüber.

Rd. 6 Mio. € (2005: rd. 5,3 Mio. €) der Einnahmen resultieren aus der Erstattung von Personalkosten seitens der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die ARGE verfügt über kein eigenes Personal, sondern setzt sich aus von der Stadt Wuppertal und der Agentur für Arbeit Wuppertal zur Verfügung gestellten Mitarbeitern/-innen zusammen. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus dem „Vertrag über die Gründung und Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft Wuppertal“. Dort ist u. a. geregelt, dass eine wechselseitige Erstattung der Kosten für die Erbringung von Leistungen, die dem anderen Vertragspartner obliegen, erfolgt. Weitere rd. 665.000,- € (2005: rd. 560.000,- €) stellen den Gemeinkostenanteil für Personal im Aufgabenbereich der BA dar. Dieser wird entsprechend den Werten des jeweils aktuellen Berichtes der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) „Kosten eines Arbeitsplatzes – hier: Personalkostentabelle/ Beamte bzw. Angestellte – Jahreswert“ ermittelt und erstattet. Ein deutlicher Einnahmerückgang (- 1,8 Mio. €) war hingegen bei der „Erstattung von vorgeleisteten Sachkosten“ erkennbar. Da in 2006 nur noch sehr begrenzt Sachkosten für die in die ARGE abgeordneten Mitarbeiter/-innen vorgeleistet wurden, fielen entsprechende Einnahmen nur noch in Höhe von rd. 14.000,- € an.

Auf der Ausgabenseite werden alle im Rahmen der Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende anfallenden Ausgaben (Personal- und Sachkosten) abgewickelt. Deutliche Mehrausgaben sind bei den Personalausgaben (+ rd. 570.000,- €) und der Erstattung des KdU-Personalkostenanteils an die BA (+ rd. 250.000,- €) zu verzeichnen. Darüber hinaus waren höhere Ausgaben (+ rd. 150.000,- €) für die „Steuerumlage“ erforderlich. Zu Minderausgaben kam es hingegen bei der „Miete an den Eigenbetrieb GMW für KdU-Anteile der ARGE“ (- rd. 200.000,- €). Da die ARGE

mittlerweile eigene Mietverträge abgeschlossen hat, fallen bei dieser Finanzposition nur noch nachträglich abgerechnete Ausgaben aus der Gründungsphase der ARGE an. Ebenso werden zu Lasten dieses UA u. a. „Leistungen der Nachrichtentechnik“ oder „Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei“ nicht mehr abgerechnet, was zu weiteren Minderausgaben von rd. 115.000,- € geführt hat. Auch bei der Finanzposition „Vorzuleistende Sachkosten für Mitarbeiter im Bereich der BA“ kam es - aus bereits o. g. Gründen - zu einer Ausgabeminderung von rd. 90.000,- €.

UA 4060 Verwaltung des Wohngeldes (002.200; R 105)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	10.000	8.423	-15,8	12.290	-31,5
Ausgaben	1.546.730	1.274.252	-17,6	1.370.222	-7,0
Differenz	-1.536.730	-1.265.829		-1.357.932	

Die Ausgaben für die Verwaltung des Wohngeldes als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung haben sich gegenüber den Vorjahren verringert. Es handelt sich vornehmlich um Personalausgaben für die Bearbeitung von Miet- und Lastenzuschüssen nach dem Wohngeldgesetz. Sie fielen gegenüber dem Jahr 2005 aufgrund eingesparter Stellen um weitere 7 % (Vorjahr: 22 %).

Die von Land und Bund anteilig finanzierten Wohngeldleistungen betragen im Jahr 2006 für Wuppertal rund 7 Mio. €. Durch die Änderung des Wohngeldgesetzes zum 01.01.2005 ist die Zahl der Wohngeldbearbeitungen deutlich gesunken. Sie fiel nach der Änderung um rund die Hälfte auf insgesamt 12.993 Berechnungsfälle. Maßgeblich dafür ist eine neue Regelung, nach der Empfänger von Transferleistungen wie z.B. Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Grundsicherung im Alter vom Wohngeldbezug ab 2005 ausgeschlossen sind.

Im Unterabschnitt Wohngeldverwaltung wurden erneut Einnahmen durch die Erhebung von Bußgeldern erzielt. Die Wohngeldstelle kam damit der allgemeinen Forderung des Landes zur Durchführung von Bußgeldverfahren weiterhin nach.

UA 4070 Verwaltung der Jugendhilfe – ohne eigene Einrichtungen (002.111; R 208)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	700	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	7.999.079	8.131.240	1,7	7.561.021	7,5
Differenz	-7.998.379	-8.131.240		-7.561.021	

Der Zuschussbedarf hat sich um 133 T-Euro (2 %) erhöht.

Für die Steuerungsumlage mussten im Rechnungsjahr 215 T-Euro (775 %) mehr aufgewendet werden. Die Kosten der Nachrichtentechnik erhöhten sich um 50 T-Euro (40 %). Die Mietaufwendungen wurden um 211 T-Euro (61 %) und die Mietbetriebskosten um 79 T-Euro (61 %) erhöht.

UA 4100 Hilfe zum Lebensunterhalt - Ressort 201 - (002.113 / 002.114; R 201)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.506.100	424.797	-83,0	6.241.913	-93,2
Ausgaben	5.817.646	5.113.536	-12,1	4.242.630	20,5
Differenz	-3.311.546	-4.688.738		1.999.284	

Bis zum Jahr 2004 einschließlich wurde die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in diesem UA abgewickelt. Das BSHG wurde zum 01.01.2005 aufgehoben. An seine Stelle sind das SGB XII (Sozialhilfe) und das SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) getreten.

Die haushaltssystematische Abwicklung der Leistungen nach dem SGB II erfolgt über den UA 4820.

Bei den Personen mit Anspruch auf laufende Leistungen nach dem SGB XII handelt es sich auf der einen Seite um Menschen ab der Vollendung des 65. Lebensjahres sowie um erwerbsunfähige Menschen unter 65 Jahren. Diese Regelungen waren bis zum 31.12.2004 im Grundsicherungsgesetz (GSiG) verankert und wurden ab 01.01.2005 in das SGB XII als dortiges viertes Kapitel überführt. Die Betreuung erfolgt – wie bisher – durch die Stadt Wuppertal. Die entsprechenden Leistungen werden im UA 4850 ausgewiesen.

Auf der anderen Seite beinhaltet das SGB XII in seinem dritten Kapitel die Hilfe zum Lebensunterhalt. Hierunter fallen z.B. bedürftige Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren, für die (nur) vorübergehend keine Erwerbstätigkeit möglich ist. Diese – nach dem dritten Kapitel – bewilligte Leistungen werden in diesem UA ausgewiesen.

Mindereinnahmen von rd. 5,8 Mio. € sowie Mehrausgaben von rd. 0,9 Mio. € führten zu einer Verschlechterung des Rechnungsergebnisses um rd. 6,7 Mio. €.

Bei den Einnahmen kam es allein bei der Position „Von anderen Trägern der Sozialhilfe (ohne Landschaftsverband Rheinland)“ zu einem deutlichen Rückgang von rd. 3 Mio. €, da hier aufgrund des Wegfalls der Kostenerstattung bei Umzügen (ehemals § 107 BSHG) nur noch Altfälle abgewickelt werden. Auch bei der Finanzposition „Von Unterhaltspflichtigen für Hilfen außerhalb von Einrichtungen“ sind die Einnahmen erheblich gesunken (- rd. 840.000 €). Verantwortlich ist zum einen die geänderte Personenkreiszuordnung in diesem UA; zum anderen wurde hier – im Gegensatz zum Vorjahr – eine pauschale Restebereinigung i.H.v. 600.000,- € durchgeführt, wel-

che sich zusätzlich negativ auf das Rechnungsergebnis 2006 auswirkt. Weitere relevante Mindereinnahmen in Höhe von rd. 720.000,- € sind bei der Position „Von Sozialleistungsträgern für Hilfen außerhalb von Einrichtungen“ zu verzeichnen. Grund ist die bereits angesprochene veränderte Zuordnung von (die Kostenerstattung betreffende) Personenkreisen auf andere UA.

Deutliche Mehrausgaben waren hingegen zu verzeichnen für „Laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen“ (rd. 465.000,- €), „Laufende Leistungen in Einrichtungen“ (rd. 560.000,- €) sowie „Laufende Leistungen des LV in Einrichtungen“ (rd. 200.000,- €). Im Dezember 2006 bezogen 504 Personen (von R 201 gewährte) Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. In Einrichtungen betrug die Anzahl der Personen, die Hilfe zum Lebensunterhalt bezog, zum gleichen Zeitpunkt 740. Rd. 600.000,- € fielen an für die „Abführung 2005 realisierter Einnahmen der ARGE an den Bund“. Hierbei handelt es sich um Rückforderungen und Unterhaltsansprüche, welche zunächst seitens der ARGE für den Bund vereinnahmt und an diesen weitergegeben wurden. Ausgabenminderungen gab es bei den Ausgaben für „Kostenerstattung an andere Träger der Sozialhilfe“ (rd. -300.000,- €), „Einmalige Leistungen in lfd. Fällen außerhalb von Einrichtungen“ (rd. -250.000,- €), „Hilfen außerhalb von Einrichtungen in Kostenerstattungsfällen des LV“ (rd. -240.000,- €) und „Leistungen an Hilfeempfänger in Altenheimen“ (rd. -120.000,- €). Auch hierfür sind die bereits genannten Gründe (Wegfall Kostenerstattung, neue Personenkreiszuordnung) verantwortlich.

UA 4101 Hilfe zum Lebensunterhalt - Ressort 105 - (002.200; R 105)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	25.550	15.510	-39,3	38.970	-60,2
Ausgaben	238.800	65.676	-72,5	99.187	-33,8
Differenz	-213.250	-50.166		-60.217	

Die Abteilung Wohnungswirtschaft des Ressorts 105 gewährt Hilfen verschiedener Art zur Wiedereingliederung Obdachloser in Wohnverhältnisse und zur Vermeidung drohender Wohnungsraumungen. Im Berichtsjahr wurden einmalige finanzielle Hilfen in Höhe von rund 60.000 € gewährt, was einer Reduzierung des Mitteleinsatzes um ein Drittel gegenüber den Vorjahren entspricht. Es handelte sich im Wesentlichen um die Leistung von Kautionen und Begleichung von Mietrückständen. Die Fachdienststelle setzte auch im Berichtsjahr weiterhin erfolgreich ihren Tätigkeitsschwerpunkt auf Beratungen und Anregungen zur Selbsthilfe, so dass der Haushaltsansatz für die Gewährung einmaliger Leistungen nur rund zu einem Viertel ausgeschöpft wurde.

Auf der Einnahmeseite entstanden aus der Darlehenstilgung durch die Vereinbarung von Ratenzahlungen kaum neue Kasseneinnahmereste. Der Bestand der Reste entspricht in etwa dem der Vorjahre. Es deutet einiges darauf hin, dass es sich um ältere Forderungen handelt, die auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen wären.

UA 4102 Hilfe zum Lebensunterhalt - Ressort 204 - (002.113; R 204)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	477.500	241.545	-49,4	475.785	-49,2
Ausgaben	1.361.750	994.816	-26,9	1.730.446	-42,5
Differenz	-884.250	-753.271		-1.254.661	

Der Zuschussbedarf in diesem Unterabschnitt ist um rd. 500.000,- € gesunken.

Auf der Einnahmeseite gibt es die beiden Finanzpositionen „Vom Land für Flüchtlinge mit Hilfen nach dem SGB“ und „Von sämtlichen Zahlungspflichtigen für Neuzuwanderer“. Diese haben sich um insgesamt rd. 234.000,- € verringert. Diese Entwicklung ist eine Folge der rückläufigen Zuweisungszahlen.

Auch bei den Ausgaben ist ein Rückgang von rd. 735.000 € zu verzeichnen. Zum einen waren aufgrund der eingangs angesprochenen Fallzahlentwicklung rd. 380.000,- € weniger für „Hilfen für Neuzuwanderer mit Leistungen nach dem SGB“ erforderlich, zum anderen kam es zu Minderausgaben bei den „Erstattungen der Aufwendungen der GKV für Neuzuwanderer“ in Höhe von rd. 355.000,- €. Auf diese Thematik wird in den Ausführungen zum UA 4130 noch näher eingegangen.

UA 4121 Eingliederungshilfe für Behinderte (002.113; R 201)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.335.400	144.874	-89,2	287.069	-49,5
Ausgaben	4.940.270	3.642.508	-26,3	2.624.112	38,8
Differenz	-3.604.870	-3.497.634		-2.337.043	

Der Zuschussbedarf hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Mio. € bzw. 49,7 % erhöht.

Zuschussrelevant waren insbesondere Mehrausgaben im Bereich „Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder“ in Höhe von rd. 333.000,- € und im Bereich „Sonstige Eingliederungshilfe“ in Höhe von 377.000,- €. Ein Grund für die Mehrausgaben im Bereich „Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder“ liegt in der weiterhin gestiegenen Fallzahl. Während in den Vorjahren noch 460 (2004) bzw. 605 Kinder (2005) betreut wurden, waren es im Jahr 2006 bereits 662 Kinder. Darüber hinaus beinhaltet diese Finanzposition ab 2006 auch Zuschüsse an das Kuratorium Behindertes Kind, welche zuvor im UA 4700 separat ausgewiesen wurden. Die Ausgabensteigerung im Bereich der „Sonstigen Eingliederungshilfe“ basiert laut Aussage des Fachbereiches u. a. auf Mehrausgaben für einzelne kostenintensive Fälle, beispielsweise im Rah-

men der Hilfen für gehörlose Kinder und deren Eltern oder im Rahmen der Hilfen zum Erwerb von praktischen Kenntnissen. Darüber hinaus wurde das Angebot des integrativen Unterrichts auf zwei weitere Schulen ausgeweitet.

Zu einer weiteren Mehrausgabe in Höhe von rd. 390.000,- € kam es, da im Jahr 2006 erstmalig die Ausgaben für Maßnahmen nach dem Betreuungsgesetz in diesem UA veranschlagt wurden. Bis 2005 wurde diese gesetzliche Aufgabe im UA 4700 abgewickelt.

**UA 4130 Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaften, Familienplanung
(002.113; R 201)**

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	103.350	14.770	-85,7	102.190	-85,5
Ausgaben	5.776.893	5.579.656	-3,4	7.561.875	-26,2
Differenz	-5.673.543	-5.564.886		-7.459.684	

Die Verringerung des Zuschussbedarfes gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres um rd. 1,9 Mio. € (rd. 25,4 %) beruht maßgeblich auf gesunkenen Ausgaben für Erstattungen der Aufwendungen der GKV für ambulante und stationäre Krankenhilfe.

Seit dem Jahr 2004 machen die gesetzlichen Krankenkassen infolge der zum 01.01.2004 in Kraft getretenen Neufassung des SGB V ihre Aufwendungen für Krankenhilfe (zzgl. einer Verwaltungskostenpauschale) gegenüber der Stadt Wuppertal in einem neuen Abrechnungsverfahren geltend. Im Jahr 2005 kam es im Vergleich zum Einführungsjahr 2004 zu einer deutlichen Ausgabensteigerung. Diese resultierte aus den - aufgrund des Umstellungsprozesses - verzögerten und gleichzeitig in höherer Zahl geltend gemachten Kostenersatzansprüchen. Im Jahr 2006, in dem dieser Prozess größtenteils abgeschlossen war und die Abrechnungen der Krankenkassen in einer gewissen Kontinuität erfolgten, sind die Ausgaben um rd. 2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gesunken.

UA 4141 Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen (002.101; SB 305)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	55.000	41.097	-25,3	59.471	-30,9
Ausgaben	59.500	48.863	-17,9	49.331	-0,9
Differenz	-4.500	-7.766		10.140	

In diesem Unterabschnitt sind Mittel für die Sprachbehindertenhilfe bereitgestellt.

Schwankungen der Rechnungsergebnisse zwischen den einzelnen Haushaltsjahren (Differenz Einnahmen Rechnungsergebnis 2004 zu Rechnungsergebnis 2005 = + 44,6 %) sind im Abrechnungsmodus mit den Krankenkassen begründet.

UA 4200 Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (002.113; R 204)

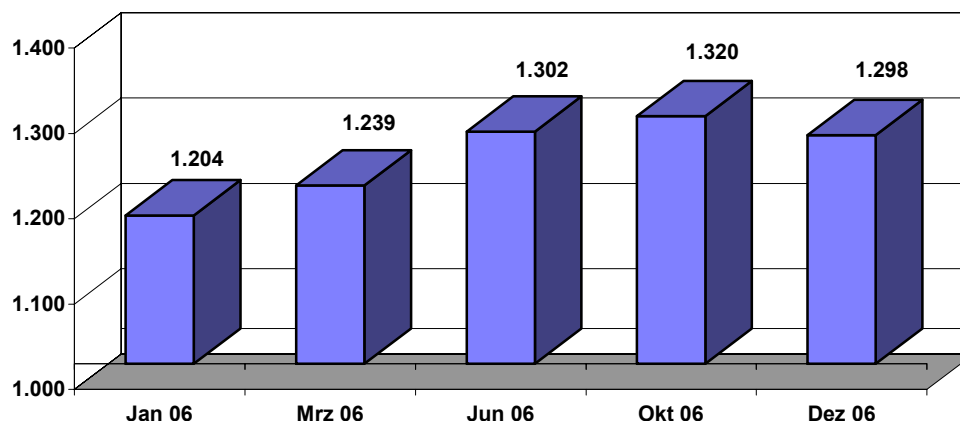
	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.569.500	999.752	-36,3	2.218.809	-54,9
Ausgaben	8.896.137	8.187.200	-8,0	7.121.424	15,0
Differenz	-7.326.637	-7.187.448		-4.902.614	

Bedingt durch Mindereinnahmen in Höhe von rd. 1,2 Mio. € und Mehrausgaben in Höhe von rd. 1 Mio. € hat sich der Zuschussbedarf um rd. 2,2 Mio. € bzw. 46,6 % erhöht.

Zu geringeren Einnahmen gegenüber dem Vorjahr kam es insbesondere bei der Finanzposition „Vom Land für Flüchtlinge mit Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ (- rd. 1,1 Mio. €). Dies ergibt sich zum einen aus der Reduzierung der pauschalierten Landeszuweisung gemäß § 4 Abs. 1 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG). Während das Land im Jahr 2005 noch insgesamt 120 Mio. € (entsprechend einem Zuweisungsschlüssel) auf alle Gemeinden verteilt hat, waren es im Jahr 2006 nur noch 84 Mio. €. Zum anderen beinhaltete das RE 2005 eine Einmalzahlung in Höhe von rd. 840.000,- €, welche im Rahmen einer nachträglichen Kostenerstattung aufgrund eines Urteils des OVG Münster aus dem Jahr 2004 für Angehörige ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo für die Jahre 2000 bis 2004 nachgezahlt wurde. Aus diesem Grund fielen die Einnahmen im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr bedeutend niedriger aus.

Mehrausgaben i. H. v. rd. 700.000,- € sind bei den „Hilfen an Flüchtlinge nach dem AsylbLG“ zu verzeichnen. Diese resultieren aus einem deutlichen Anstieg der Fallzahlen infolge gesetzlicher Änderungen. In der alten Fassung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) wurden Hilfen ausschließlich an Personen mit einem temporären Aufenthaltsstatus (Asylgestattung / Duldung) gewährt. Mit Erteilung des Aufenthaltstitels (Befugnis) wurden Leistungen nach dem BSHG gewährt und die entsprechenden Fälle an R 201 abgegeben. Nach Einführung des SGB II erfolgte die Leistungsgewährung für diesen Personenkreis durch die ARGE. Nach den neuen gesetzlichen Regelungen erhalten Personen mit bestimmtem Aufenthaltsstatus nur noch Leistungen nach dem AsylbLG. Hierunter fallen insbesondere Aufenthaltbefugte mit einer - nach der neuen Regelung im Aufenthaltsgesetz (AufenthG) erteilten - Aufenthaltserlaubnis. Da die ARGE diese Gegebenheit Ende 2005 erkannt hat, kam es im Jahr 2006 zu einer Fallzahlsteigerung. Während im Januar 2006 insgesamt 1204 Personen Hilfen nach dem AsylbLG bezogen, waren es im November 2006 1324 Personen. Erst im Dezember 2006 war bei 1298 Personen erstmalig wieder ein Rückgang festzustellen.

Anzahl der Personen im Bezug von Hilfen an Flüchtlinge nach dem AsylbLG



Bei rd. 300.000,- € der gesamten Ausgabenerhöhung handelt es sich um keine wirkliche Erhöhung, sondern um die Auswirkung einer im Jahr 2004 - zeitlich nicht korrekt - erfolgten Buchung auf einem Vorbuch und deren im Jahr 2005 vorgenommenen buchungstechnischen Korrektur. Im Jahr 2004 wurde das zum Jahresende aufzulösende Vorbuch nicht aufgelöst und schloss mit einem positiven RE von rd. 300.000,- € ab. Erst im Jahr 2005 erfolgte die entsprechende Auflösung und das Vorbuch schloss mit entsprechendem negativen RE (rd. - 300.000,- €) ab. In Konsequenz errechnet sich bei der im Berichtsjahr (zeitlich korrekt) zum Jahresende erfolgten Auflösung des Vorbuches und einem daraus resultierenden RE von 0,- € eine „Mehrausgabe“ in Höhe von rd. 300.000,- € gegenüber dem Vorjahr. Insofern wird der Zuschussbedarf dieses Unterabschnitts ungünstiger dargestellt als er tatsächlich ausgefallen ist.

UA 4350 Soziale Einrichtungen für Wohnungslose (002.200; R 105)

	Ansatz 2006 €	RE 2006 €	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006 %	RE 2005 €	Differenz RE 2005/ RE 2006 %
Einnahmen	163.900	88.550	-46,0	102.737	-13,8
Ausgaben	1.136.550	1.013.567	-10,8	1.117.664	-9,3
Differenz	-972.650	-925.017		-1.014.927	

Der Verwaltungs- und Unterhaltungsaufwand für die Obdachloseneinrichtungen der Stadt ist durch die zu einem großen Teil bereits realisierte Auflösung von Einrichtungen weiterhin rückläufig. Die Ausgaben sanken vor dem Hintergrund der erfolgten Aufgabe der Unterkünfte Brüderstraße und Bergstraße um ca. 100 T-Euro. Die Wohnungshilfe erstreckt sich nunmehr noch auf die Standorte Tiergartenstraße und Hermannstraße.

Ab 2003 führte die Fachverwaltung eine pauschale Restebereinigung für voraussichtlich nicht einbringliche Gebührenforderungen durch. Das Rechnungsergebnis des Berichtsjahres beinhaltet durch das gewählte Verfahren nur die in 2006 tatsächlich erzielten Einnahmen.

Die gebildeten Kasseneinnahmereste für teilweise langjährig ausstehende Mietgebühren sollten durch das Verfahren der pauschalen Restebereinigung und durch die Überprüfung der Forderungen hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit mittelfristig aufgelöst werden.

Es stellte sich schon in den Vorjahren bei einer Bestandsaufnahme der Fälle heraus, dass die Forderungen in der Regel uneinbringlich oder zum Teil verjährt sind oder ihre Beitreibung den Wiedereingliederungsprozess der Zahlungspflichtigen stört.

Aus der Jahresrechnung 2006 muss aufgrund der erneut durchgeführten pauschalen Restebereinigung in Höhe von 449.302 € (Vj: 486.810 €) der Schluss gezogen werden, dass die vom Ressort versicherte verstärkte Überprüfung, Beitreibung oder Niederschlagung der Einzelfälle nicht erfolgt ist.

B/2 W Die Fachdienststelle verfolgt ausstehende Gebührenforderungen nicht ordnungsgemäß

Das Rechnungsprüfungsamt beanstandete in der Vergangenheit wiederholt, dass die Verfolgung der ausstehenden Gebührenforderungen nicht mit der gebotenen Aufmerksamkeit betrieben wird. Die pauschale Restebereinigung wird zwar inzwischen zur Bereinigung des Rechnungsergebnisses für die Forderungen gemäß der Verwaltungsvorschriften zu § 41 GemHVO, Ziffer 4 durchgeführt. Die anfänglichen Bemühungen des Ressorts, die Forderungen hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit zu überprüfen und entweder beizutreiben oder niederzuschlagen, sind jedoch nicht fortgesetzt worden.

Es muss bezweifelt werden, dass sich die Situation grundlegend ändern wird.

Die Reste haben sich über einen nicht mehr nachvollziehbaren Zeitraum entwickelt. Ressort 105.3 räumte bereits vor Jahren ein, dass ihre Entwicklung, bedingt auch durch verschiedene Umstrukturierungsprozesse, nicht beachtet wurde. Die Forderungen wären in der Regel uneinbringlich oder ihre Beitreibung störe den Wiedereingliederungsprozess der Zahlungspflichtigen.

Das RPA wiederholt deshalb seine Auffassung, dass die komplette Bestandsaufnahme und Beurteilung der Forderungen, auch im Hinblick auf die anstehende Erstellung der Eröffnungsbilanz nach NKF, unabdingbar ist.

Die Fachdienststelle räumt ein, dass die Gebührenbereinigung wegen der Auflösung von Einrichtungen und einer renovierungsbedingten Umsetzung von Bewohnern nicht mit der geplanten Intensität durchgeführt werden konnte. 72 in 2006 in Angriff genommene Vorgänge wurden erst in 2007 mit einem Volumen von 110.872 € kassenwirksam abgeschlossen. Gegenwärtig stehen noch 144 Bereinigungen zur Disposition.

**UA 4370 Soziale Einrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge
(002.114; R 204)**

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.389.800	1.855.316	-22,4	2.582.816	-28,2
Ausgaben	4.244.889	4.089.526	-3,7	4.320.356	-5,3
Differenz	-1.855.089	-2.234.209		-1.737.540	

Der Zuschussbedarf ist im Vorjahresvergleich um rd. 500.000 € (28,6 %) gestiegen. Verantwortlich sind Mindereinnahmen i.H.v. rd. 730.000 € bei einem gleichzeitigen Rückgang der Ausgaben i.H.v. rd. 230.000 €.

Die geringeren Einnahmen resultieren nahezu ausschließlich aus der Finanzposition „Gebühren und Nutzungsentgelte“ (RE 2006: ca. 1,80 Mio. €, RE 2005: ca. 2,53 Mio. €). Grund sind die stetig sinkenden Bewohnerzahlen in den Einrichtungen, denen in 2006 durch die weitere Aufgabe von Übergangsheimen Rechnung getragen wurde.

Die Schließung von Übergangseinrichtungen spiegelt sich auch bei den Ausgaben wider. Bei den Positionen „Für Mieterrenovierungen“ sowie „Miete an den Eigenbetrieb GMW“ waren insgesamt Minderausgaben i.H.v. rd. 166.000 € zu verzeichnen. Die „Betriebskosten an den Eigenbetrieb GMW“ stiegen dagegen infolge einer zu leistenden Nachzahlung für die Vorjahre um rd. 86.000 €.

Weitere Ausgabenrückgänge i.H.v. insgesamt rd. 110.000 € sind bei den internen Leistungsverrechnungen festzustellen; jedoch handelt es sich hier lediglich um eine Verschiebung der Kosten in den UA 4040 „Allgemeine Aufgaben Zuwanderung und Integration“, in dem diese nunmehr miterfasst werden.

**UA 4480 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz
(002.113; R 201)**

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	640.000	684.528	7,0	533.282	28,4
Ausgaben	640.000	575.417	-10,1	813.535	-29,3
Differenz	0	109.111		-280.254	

B/3 Das Rechnungsergebnis ist nicht ausgeglichen

Das Integrationsamt leitet Ausgleichsabgaben an die Stadt Wuppertal als örtliche Fürsorgestelle weiter. Diese Zuweisungen sind zweckgebunden und dürfen nur für besondere Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am

Arbeitsleben verwendet werden. Nicht verausgabte Mittel sind an das Integrationsamt zurückzuzahlen.

Es handelt sich somit um Einnahme- und Ausgabepositionen, die den städtischen Haushalt weder be- noch entlasten. Das Rechnungsergebnis der Einnahmen betrug 684.528,00 €. Ausgegeben wurden jedoch nur 575.416,59 €. Der Differenzbetrag in Höhe von 109.111,41 € ist zum Vorteil des allgemeinen Haushalts untergegangen.

R 201 hat die Beanstandung anerkannt. Es wurde mitgeteilt, dass die Erstattung der Überzahlung aus Haushaltsmitteln des Jahres 2007 geleistet wurde.

UA 4510 Jugendarbeit (002.111; R 208)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	28.450	85.787	201,5	74.722	14,8
Ausgaben	1.792.037	1.889.868	5,5	1.762.958	7,2
Differenz	-1.763.587	-1.804.081		-1.688.235	

Der Zuschussbedarf hat sich um 116 T-Euro (7 %) im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2005 erhöht. Die Einnahmen insgesamt konnten um 57 T-Euro (201 %) vermehrt werden. Für Portokosten mussten 39 T-Euro (111 %) mehr aufgewendet werden. Die Aufwendungen für Leistungen der Datenverarbeitung und Druckerei stiegen um 112 T-Euro (77 %).

UA 4520 Jugendberufshilfe (002.111; R 208)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	129.950	135.155	4,0	127.280	6,2
Ausgaben	420.651	415.475	-1,2	397.230	4,6
Differenz	-290.701	-280.320		-269.950	

Die Sachkosten der Beratungsstelle stiegen um 5 T-Euro (50 %) in 2006 nach einer Absenkung von 5 T-Euro (38 %) in 2005.

Nach 0 Euro Mietkosten in 2005 wurden diese in 2006 mit 5 T-Euro abgerechnet. Die Mietbetriebskosten wurden nach einer Erstattung von 335 € in 2005 in 2006 mit 3 T-Euro berechnet.

UA 4521 Kinder- und Jugendschutz, politische Bildung (002.111; R 208)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.000	62.219	6121,9	51.722	20,3
Ausgaben	221.371	211.849	-4,3	185.778	14,0
Differenz	-220.371	-149.630		-134.056	

Für Maßnahmen im Bereich Kinder- und Jugendschutz mussten im Vergleich zu 2005 insgesamt 16 T-Euro (48 %) mehr aufgewendet werden.

Für die Leistungen der Datenverarbeitung und Druckerei brauchten 11 T-Euro (48 %) weniger aufgewendet werden.

UA 4540 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (002.111; R 208)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	631	/	0	/
Ausgaben	110.631	85.236	-23,0	108.283	-21,3
Differenz	-110.631	-84.605		-108.283	

Veränderung der Fallzahlen, keine weitere Erläuterung.

UA 4550 Hilfe zur Erziehung (002.111; R 208)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.634.050	2.419.528	-33,4	4.250.842	-43,1
Ausgaben	37.965.192	35.816.327	-5,7	34.416.338	4,1
Differenz	-34.331.142	-33.396.799		-30.165.497	

Ursächlich für die starken jährlichen Schwankungen innerhalb der einzelnen Finanzpositionen ist die Realisierung von zum Teil strittigen Ansprüchen und die damit verbundene lange Zeit von der Anmeldung des Anspruches bis zur Anerkennung durch die jeweiligen Kostenträger. Die Einnahmen aus der Erstattung des Landschaftsverbandes für Ausgaben nach § 89 KJHG sanken im Berichtsjahr um 964 T-Euro (124 %), die Erstattungen von anderen Trägern der Sozial- und Jugendhilfe verminderten sich um 383 T-Euro (43 %). Der Kostenersatz von Dritten für Maßnahmen im

Rahmen von INSPE konnte um 18 T-Euro (164 %) gesteigert werden. Der Kostensatz von Unterhaltspflichtigen für Hilfen in Einrichtungen wurde um 155 T-Euro (82 %) und der Kostensatz von Unterhaltspflichtigen und anderen für Hilfen gemäß § 32 KJHG um 4 T-Euro (67 %) gesteigert.

**UA 4570 Adoptionsvermittlung, Amtspflege, Amtsvormundschaft usw.,
Gerichtshilfe (002.111; R 208)**

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	6.000	2.400	-60,0	0	/
Ausgaben	1.211.529	497.361	-58,9	1.445.077	-65,6
Differenz	-1.205.529	-711.768		-1.445.077	

Für internationale Adoptionsvermittlungsverfahren konnten erstmals Gebühren in Höhe von 2 T-Euro realisiert werden. Die Personalkosten insgesamt konnten um 687 T-Euro (53 %) gemindert werden (teilweise Aufgabenverlagerung). Mietzahlungen wurden in 2006 nicht geleistet, so dass es zu einer Minderung von 37 T-Euro (100 %) kam. Bei den Mietbetriebskosten waren 3 T-Euro (29 %) weniger zu zahlen.

UA 4580 Sonstige Aufgaben der Jugendhilfe (002.111; R 208)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	89.600	177.600	98,2	0	/
Ausgaben	3.420.550	3.418.827	-0,1	3.330.274	2,7
Differenz	-3.330.950	-3.241.227		-3.330.274	

Für das Projekt Ostersbaum (Nachbarschaftsheim) wurden vom Land 88 T-Euro (98 %) mehr zur Verfügung gestellt als veranschlagt.

UA 4600 Einrichtungen der Jugendarbeit (002.111; R 208)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	862.800	1.231.809	42,8	1.224.152	0,6
Ausgaben	9.398.835	8.972.388	-4,5	9.191.215	-2,4
Differenz	-8.536.035	-7.740.579		-7.967.063	

Das Rechnungsergebnis 2006 hat sich im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2005 um 226 T-Euro (3 %) verbessert.

Für die Steuerungsumlage waren 36 T-Euro (18 %) mehr aufzuwenden.

Die Personalkosten verminderten sich um 142 T-Euro (5 %).

UA 4640 Tageseinrichtungen für Kinder (002.111; SB 202)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	28.981.750	27.178.225	-6,2	27.594.591	-1,5
Ausgaben	64.748.696	62.587.906	-3,3	62.823.804	-0,4
Differenz	-35.766.946	-35.409.681		-35.229.213	

Das Rechnungsergebnis 2006 hat sich im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2005 um 180 T-Euro (1 %) verschlechtert. Die Einnahmen verminderten sich im Rechnungsjahr 2006 im Vergleich zum Rechnungsjahr 2005 um 416 T-Euro (2 %).

UA 4650 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen (002.111; R 208)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	130.250	116.781	-10,3	128.455	-9,1
Ausgaben	1.479.074	1.340.488	-9,4	1.417.207	-5,4
Differenz	-1.348.824	-1.223.707		-1.288.752	

Das Rechnungsergebnis 2006 hat sich im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2005 bei den Einnahmen 12 T-Euro (9 %) verschlechtert und bei den Ausgaben um 77 T-Euro (5 %) verbessert.

UA 4700 Förderung der freien Wohlfahrtspflege (002.113 / 002.114; R 201)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	70.800	66.059	-6,7	71.607	-7,7
Ausgaben	2.224.942	2.209.637	-0,7	3.294.368	-32,9
Differenz	-2.154.142	-2.143.578		-3.222.761	

Das um rd. 1,1 Mio. € verbesserte Rechnungsergebnis resultiert beinahe ausschließlich aus einer geänderten Veranschlagung von Zuschüssen in anderen Unterabschnitten. So werden z.B. die bislang in diesem UA erfassten Zuschüsse zur Thematik Suchtberatung bzw. Suchtkrankenfürsorge ab dem Haushaltsjahr 2006 im neuen UA 4701 „Einrichtungen für Drogenproblematik“ dargestellt.

Eine Verbesserung des Rechnungsergebnisses für den gesamten EP 4 bzw. für den städtischen Haushalt ergibt sich hierdurch nicht.

UA 4820 Grundsicherung nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) (002.113; R 201)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	25.792.400	28.870.147	11,9	26.130.079	10,5
Ausgaben	103.857.931	103.755.569	-0,1	91.941.254	12,8
Differenz	-78.065.531	-74.885.422		-65.811.175	

Der Zuschussbedarf dieses Unterabschnitts beträgt rd. 75 Mio. € und liegt damit rd. 9 Mio. € höher gegenüber dem Vorjahr.

Dabei stehen den Einnahmen in Höhe von rd. 29 Mio. € (2005: 26 Mio. €) Ausgaben in Höhe von rd. 104 Mio. € (2005: 92 Mio. €) gegenüber.

Leistungen nach dem SGB II erhalten erwerbsfähige Hilfebedürftige. Dabei handelt es sich um Personen zwischen 15 und 65 Jahren, die dem Arbeitsmarkt mindestens 3 Stunden pro Tag zur Verfügung stehen können, hilfebedürftig sind und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben. Personen, die mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, haben ebenfalls einen Anspruch auf SGB II – Leistungen.

Die Einnahmen resultieren überwiegend (rd. 28.650.000,- €) aus der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende von Seiten des Bundes. Träger der neuen „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ sind die BA und die kommunalen Träger. Nach der zweigeteilten gesetzlichen Trägerschaft sind die kommunalen Träger für die Leistungen für Unterkunft und Heizung, für bestimmte einmalige Leistungen sowie für einige begleitende Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit zuständig.

Die BA ist verantwortlich für die übrigen Regelleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes, die Mehrbedarfzuschläge, die Krankenkassenbeiträge und für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. Des Weiteren beteiligt sich der Bund an den Leistungen für Unterkunft und Heizung. Die Beteiligung betrug, wie auch bereits im Vorjahr, 29,1 % der genannten Leistungen. Die Mehreinnahme von rd. 2,8 Mio. € begründet sich in der gestiegenen Fallzahl, auf die später noch näher eingegangen wird.

Auf der Ausgabeseite handelt es sich bei rd. 98,3 Mio. € um die Ausgaben für die Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung (2005: rd. 88,7 Mio. €). Rd. 4 Mio. € waren erforderlich für die o. g. einmaligen Leistungen (2005: rd. 3 Mio. €). Für die Leistungsbeteiligung bei den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit fielen Ausgaben in Höhe von rd. 700.000,- € (2005: 160.000,- €) an. Diese - im Vorjahresvergleich - deutlichen Mehrausgaben von insgesamt rd. 11,1 Mio. € beruhen auf erheblich gestiegenen Fallzahlen in der ersten Jahreshälfte. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften stieg von Dezember 2005 mit 22.991 Bedarfsgemeinschaften bis Juni 2006 auf 24.520 Bedarfsgemeinschaften. Erst zum Jahresende war mit 22.752 Bedarfsgemeinschaften wieder eine leicht rückläufige Tendenz festzustellen.

Für die Finanzposition „Kostenübernahme für Betreuungsleistungen gemäß § 16 Abs. 2 SGB II“ wurden im Berichtsjahr erstmalig rd. 500.000,- € aufgewandt. Diese an den UA 2100 entrichtete Zahlung dient der Finanzierung der Offenen Ganztagschule und begründet sich in der gesetzlichen Verpflichtung der Kommunen, Kinderbetreuungsmöglichkeiten für erwerbsfähige Hilfebedürftige zu fördern.

Weitere Ausgaben in Höhe von rd. 200.000,- € fielen an für Fördermaßnahmen für den Personenkreis der stark leistungsgeminderten Hilfeempfänger/-innen. Auch hier besteht eine gesetzliche Verpflichtung der Kommunen, die Betroffenen im Rahmen psychosozialer Leistungen zu aktivieren.

UA 4850 Vollzug des Grundsicherungsgesetzes (002.113; R 201)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.280.000	2.933.474	28,7	2.964.036	-1,0
Ausgaben	19.422.649	18.964.546	-2,4	16.478.237	15,1
Differenz	-17.142.649	-16.031.072		-13.514.201	

In diesem UA werden die Leistungen für Personen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) ausgewiesen. Diese Regelungen waren bis zum 31.12.2004 im Grundsicherungsgesetz (GSiG) verankert und wurden ab 01.01.2005 in das SGB XII überführt (vgl. UA 4100).

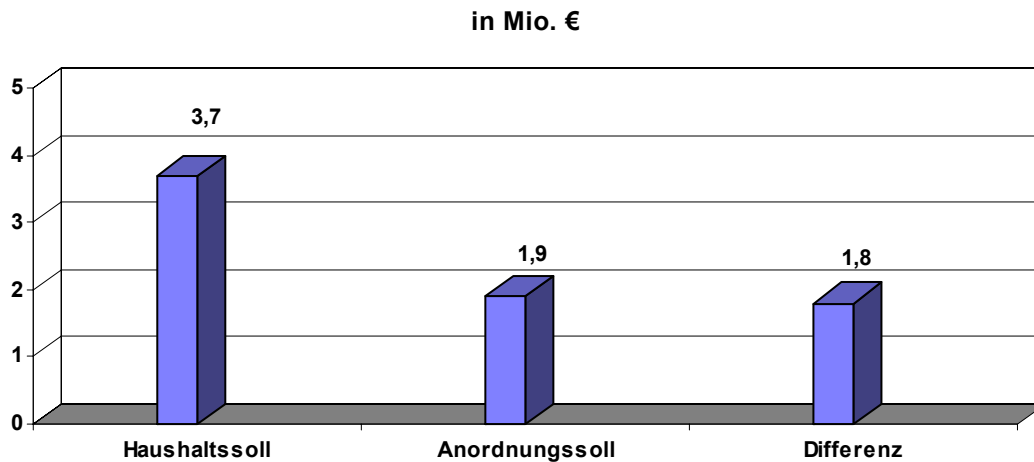
Der Zuschussbedarf hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,5 Mio. € bzw. 18,6 % erhöht. Dies ist beinahe ausschließlich auf die Mehrausgaben für „Laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen“ und für „Laufende Leistungen in Einrichtungen (ab 65 Jahre)“ zurückzuführen. Hervorgerufen wurden die Mehrausgaben durch erhöhte Fallzahlen. Während im Januar 2006 3.400 Personen Leistungen der Grundsiche-

rung und im Alter - außerhalb von Einrichtungen - bezogen, stieg diese Zahl kontinuierlich an. Im Dezember 2006 waren es bereits 3.757 Personen. Bei den Leistungen in Einrichtungen stieg die Personenzahl von 304 Personen im Januar 2006 auf 329 Personen im Dezember 2006.

5.4.2 Vermögenshaushalt (002.114)

Grafik zur Tabelle 1:

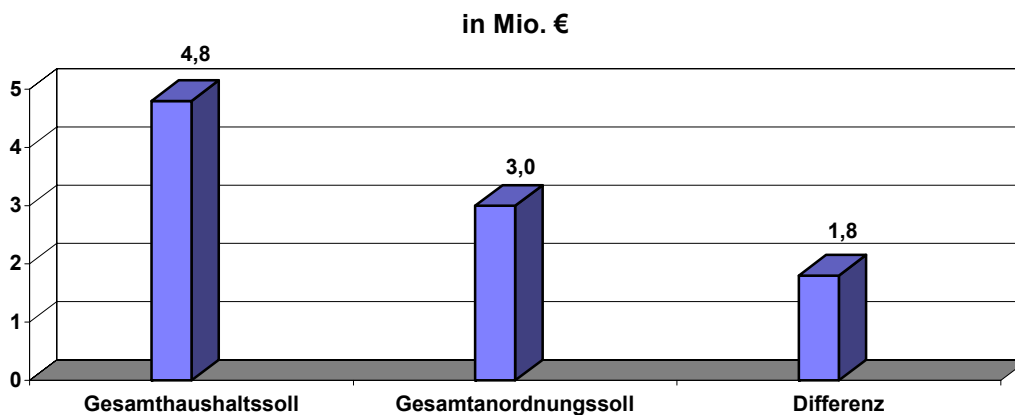
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 52,9 % (2005 = 53,6 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 62,6 % (2005 = 57,9 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll	Anordnungssoll	Differenz	Realisierung
	€	€	€	%
4000 Verwaltung der Sozialhilfe	0	0	0	0,0
4110 Hilfe zur Pflege	400.000	189.999	210.002	47,5
4121 Eingliederungshilfe für Behinderte	0	0	0	0,0
4311 Soziale Einrichtungen für Ältere (ohne Pflegeeinrichtungen)	0	0	0	0,0
4370 Soziale Einrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge	0	0	0	0,0
4400 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG (örtlicher Träger)	21.920	1.760	20.160	8,0
4480 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	-43.267	0	-43.267	0,0
4580 Sonstige Aufgaben der Jugendhilfe	7.500	0	7.500	0,0
4600 Einrichtungen der Jugendarbeit	1.116.475	125.898	990.577	11,3
4620 Einrichtungen der Familienförderung	2.000	0	2.000	0,0
4640 Tageseinrichtungen für Kinder	1.007.608	648.362	359.246	64,3
4650 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen	1.500	521	979	34,7
4680 Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe	0	0	0	0,0
4700 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	3.800	0	3.800	0,0
4710 Leistungen nach dem Landespflegegesetz	1.073.500	1.016.666	56.834	94,7
4980 Sonstige soziale Angelegenheiten (örtlicher Träger)	155.000	0	155.000	0,0
Summe EP 4	3.746.036	1.983.206	1.762.830	52,9

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
4000 Verwaltung der Sozialhilfe	0	0	0	0,0
4110 Hilfe zur Pflege	450.000	239.999	210.002	53,3
4121 Eingliederungshilfe für Behinderte	0	0	0	0,0
4311 Soziale Einrichtungen für Ältere (ohne Pflegeeinrichtungen)	0	0	0	0,0
4370 Soziale Einrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge	0	0	0	0,0
4400 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG (örtlicher Träger)	22.560	2.400	20.160	10,6
4480 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	0	0	0	0,0
4580 Sonstige Aufgaben der Jugendhilfe	7.500	0	7.500	0,0
4600 Einrichtungen der Jugendarbeit	1.857.750	867.173	990.577	46,7
4620 Einrichtungen der Familienförderung	2.000	0	2.000	0,0
4640 Tageseinrichtungen für Kinder	1.201.592	842.346	359.246	70,1
4650 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen	1.500	521	979	34,7
4680 Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe	5.875	5.875	0	100,0
4700 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	3.800	0	3.800	0,0
4710 Leistungen nach dem Landespflegegesetz	1.121.500	1.064.666	56.834	94,9
4980 Sonstige soziale Angelegen- heiten (örtlicher Träger)	155.000	0	155.000	0,0
Summe EP 4	4.829.077	3.022.980	1.806.097	62,6

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 4600 Einrichtungen der Jugendarbeit (002.111; R 208)**

Die in 2006 begonnenen Maßnahmen zur Anlage, Ausbau, Grundüberholung und Sanierung von Kinderspielplätzen konnten im Rechnungsjahr nicht vollständig abgeschlossen werden.

UA 4640 Tageseinrichtung für Kinder (002.111; SB 202)

Anträge freier Träger, Umbau-, Sanierungs- und sonstige zu fördernde Investitionsmaßnahmen waren nicht in dem veranschlagten Umfang entscheidungsreif.

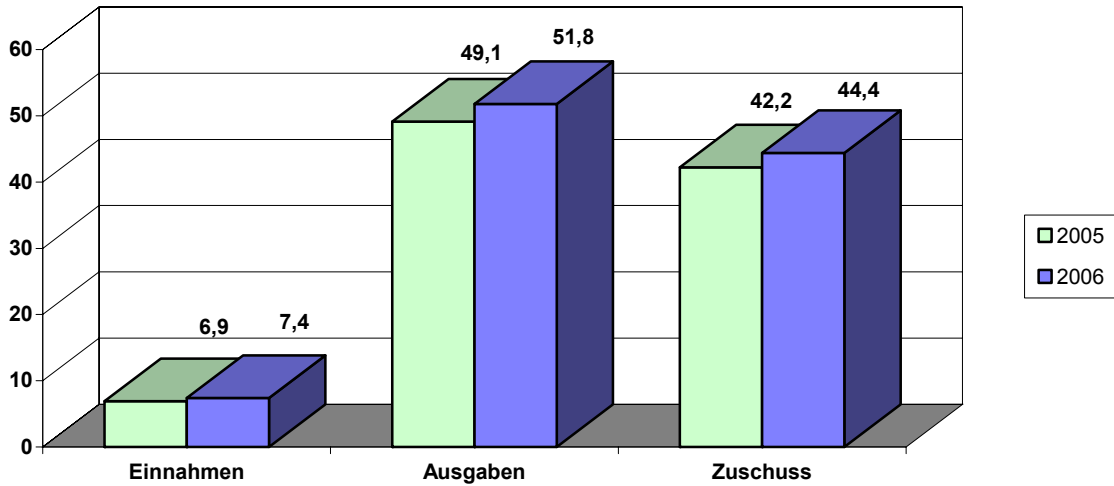
**UA 4980 Sonstige soziale Angelegenheiten (örtlicher Träger)
(002.113 / 002.114; R 201 / 403)**

Der UA 4980 besteht im Vermögenshaushalt lediglich aus einer Einnahme- und einer Ausgabehaushaltsstelle. Diese beiden Positionen wurden außerplanmäßig eingerichtet, um den Erlös aus einer Grundstücksveräußerung aus dem Vermögen der Stiftung Sozialfonds Wuppertal sowie dessen anschließende stiftungskonforme Verwendung (Ankauf von Fondsanteilen) abzubilden. Da der Verkauf letztlich nicht zustande kam und somit keine Einnahmen erzielt wurden, entfiel die Grundlage für die Realisierung der entsprechend veranschlagten Ausgaben (155.000 €).

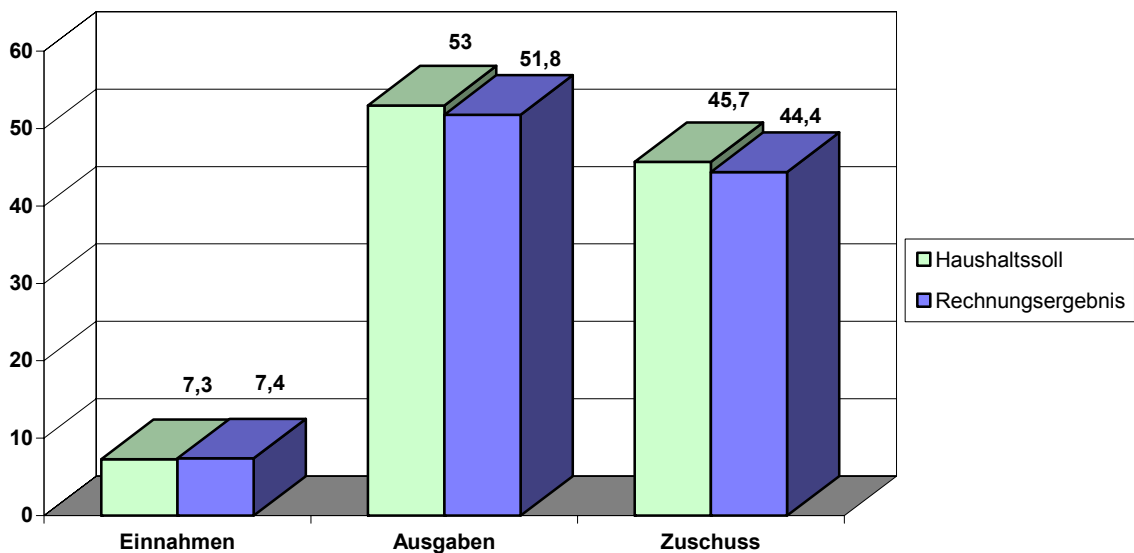
5.5 Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport, Erholung

5.5.1 Verwaltungshaushalt (002.112)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2006 mit dem Rechnungsergebnis 2006 (in Mio. €)



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 5000 Gesundheitsverwaltung (002.101; SB 305)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	356.750	316.135	-11,4	359.740	-12,1
Ausgaben	4.498.376	4.422.785	-1,7	4.269.352	3,6
Differenz	-4.141.626	-4.106.650		-3.909.612	

Einnahmeverluste haben sich im Wesentlichen im Bereich der Verwaltungsgebühren und im Bereich der Erstattung für die zahnärztliche Behandlung von Asylbewerbern ergeben.

Das Rechnungsergebnis wird auf der Ausgabenseite in Höhe von 140.000 € durch höhere Personalkosten, Labordienste und ärztliche Leistungen sowie für die Unterbringung von Tuberkulose-Patienten belastet.

UA 5460 Chemisches Untersuchungsinstitut (002.105; SB 303)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.096.950	2.207.002	5,2	1.938.110	13,9
Ausgaben	2.592.428	2.426.851	-6,4	2.589.792	-6,3
Differenz	-495.478	-219.849		-651.682	

Der kamerale Zuschussbedarf verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 432 T-Euro.

Diese positive Entwicklung resultiert aus höheren Einnahmen (rd. 269 T-Euro) - insbesondere für Zahlungen der amtlichen Lebensmittelüberwachung Wuppertal (rd. 180 T-Euro) - und geringeren Ausgaben (rd. 163 T-Euro) in zahlreichen Positionen.

Von erheblicher Bedeutung ist der am 08. Januar 2007 geschlossene öffentlich-rechtliche Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, den Städten Essen und Wuppertal sowie dem Kreis Wesel zur Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper“, der am 13. April 2007 in Kraft getreten ist.

In ihm wird detailliert geregelt, wie alle bisher von den Untersuchungseinrichtungen der Vertragspartner wahrgenommenen Aufgaben nunmehr in den Untersuchungseinrichtungen arbeitsteilig durchgeführt und in einer Arbeitsgemeinschaft koordiniert und gesteuert werden.

Ziel ist es, dadurch die Leistungsfähigkeit im Bereich des Verbraucherschutzes und der Tiergesundheit zu stärken, ggf. vorliegenden Defiziten in der amtlichen Untersuchung entgegenzutreten und dabei den Ressourcenverbrauch auf Dauer zu reduzieren.

Nach dem erklärten Willen der Vertragspartner ist aus der Arbeitsgemeinschaft **eine** integrierte Untersuchungseinrichtung an **einem** Standort im Regierungsbezirk Düsseldorf als rechtlich selbständige Institution, ggf. als Anstalt des öffentlichen Rechts, zu entwickeln.

UA 5500 Allgemeine Betreuung und Förderung des Sports (002.112; SB 209)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	75.250	109.067	44,9	118.468	-7,9
Ausgaben	1.515.232	1.465.136	-3,3	1.383.841	5,9
Differenz	-1.439.982	-1.356.069		-1.265.373	

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 90.696 € (7,2 %) geringfügig erhöht, resultierend aus Mindereinnahmen von 9.401 € (-7,9 %) und Mehrausgaben von 81.295 € (5,9 %).

Die Minderausgaben betreffen hauptsächlich Ausrüstungsgegenstände und Sportgeräte in Schulen und Turnhallen in Höhe von 33.989 € (-86,1 %). Lt. SB 209 wurden die Mittel wegen der Umstellung auf einen Rahmenvertrag in 2006 nicht verausgabt. Eine Inreststellung war wegen SAP-Pilotierung nicht möglich.

Dem gegenüber stehen die Mehrausgaben für die Steuerungsumlage von 17.000 € (+89,9 %) (aber ansatzentsprechend), für Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei (an UA 0610) in Höhe von 11.110 € (43 %), für Leistungen des Medienzentrums (an UA 2950) von 5.541 € (+75,2 %) sowie für die Beauftragung der Sportentwicklungsplanung in Höhe von 15.557 € (+350,2 %). Mit Vertrag vom 10.05.2006 wurde die Uni Wuppertal mit der Durchführung einer Sportentwicklungsplanung beauftragt. Die im Jahr 2006 verausgabten 20.000 € sind lt. § 3 des Vertrages die erste Honorarrate.

UA 5610 Sportplätze, Turnhallen usw. (002.112; SB 209)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	106.600	133.741	25,5	115.867	15,4
Ausgaben	5.706.732	5.617.950	-1,6	5.107.073	10,0
Differenz	-5.600.132	-5.484.209		-4.991.206	

Mehreinnahmen von 17.874 € und Mehrausgaben von 510.877 € führten im Vergleich zum Vorjahr zu einer Zuschusserhöhung von 493.003 € (9,9 %).

Verschiedene Gebäude sind nicht in das Eigentum des Eigenbetriebes GMW übergegangen, sondern werden auch weiter vom SB 209 über die bisherigen Haushaltspositionen bewirtschaftet. Das GMW wird bei Bedarf als Dienstleister tätig.

Die Mehreinnahmen beruhen hauptsächlich auf gestiegenen Einnahmen für Miete und Pacht in Höhe von 15.906 € (+23,4 %) (durch steigende private Anmietungen der Turnhallen für z.B. Kindergeburtstage). Ferner wurde eine Einnahme-Außerplanstelle für die Vereinnahmung der Kostenbeteiligung des Deutschen Alpenvereins (DAV) an den Baukosten für einen Ballfang- und Abgrenzungszaun am Sportplatz Rauental in Höhe von 10.000 € eingerichtet.

Die wesentlichen Abweichungen bei den Mehrausgaben beruhen auf höheren Ausgaben für Sekundärnutzungen in Höhe von 388.916 € (24,8 %). Seit 2004 zahlt SB 209 als Sekundärmieter der Schulsporthallen 40 % und ab 2006 50 % der Mieten. Der höhere Mietanteil hängt mit den mietrelevanten Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden zusammen.

Ferner sind 7.152 € (+126,1 %) Mehrausgaben aus der Benutzung privater Sportplätze und Turnhallen entstanden. Es handelt sich dabei um eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 8.000 € für die ersatzweise Anmietung eines Gemeindesaales für die aufgrund Schimmelbefalls geschlossene Turnhalle Am Hofe. Für Betriebskosten an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement wurden im Berichtsjahr Mehrausgaben in Höhe von 110.362 € (+31,4 %) getätigt (lt. Nebenkostenabrechnung 2005, die anteilig auch Abrechnungen für Vorjahre enthält).

Dem gegenüber stehen Minderausgaben für Sportgeräte, Einrichtungsgegenstände, Werkzeuge von 5.856 € (-49,2 %) sowie für die Unterhaltung der Sportplätze in Höhe von 62.340 € (26 %) (u.a. Umschichtung nach UA 5600 Stadion – Rasenerweiterung in Zusammenhang mit dem Bau der neuen Stehtribünen).

UA 5700 Bäder (002.112; SB 209)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.405.850	2.217.447	-7,8	2.008.625	10,4
Ausgaben	12.970.263	12.688.760	-2,2	11.235.727	12,9
Differenz	-10.564.413	-10.471.313		-9.227.102	

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.244.211 € (13,5 %) erhöht, resultierend aus Mehreinnahmen von 208.822 € (+10,4 %) und Mehrausgaben in Höhe von 1.453.033 € (+12,9 %).

Die Mehreinnahmen beruhen im Wesentlichen auf den Abweichungen bei den Einnahmen für Benutzungsgebühren von 64.451 € (+4,7 %). Der Ansatz 2006 wurde jedoch bei dieser Haushaltsposition um 252.756 € verfehlt. Dies ist hauptsächlich zurückzuführen auf die bis zum 15. Februar 2006 sanierungsbedingte Schließung des Gartenhallenbades Langerfeld, dreimonatige Schließung des Stadtbades Ronsdorf (Deckeneinbau nach dem Brandschaden im 2004) sowie Schließung des Kurbades Mitte des Jahres 2005. Ursächlich für die weiteren Mehreinnahmen sind die Abweichungen bei der Einnahmeposition Vorbuch Bäderamt in Höhe von 130.919 €. Lt. SB 209 handelt es sich hier um Einzahlungen der Bareinnahmen der einzelnen Bäder für den Monat Oktober 2006, die anhand des Feststellungsvermerkes der Stadtkasse von 209 geprüft wurden. Aus für den Stadtbetrieb unerklärlichen Gründen wurden jedoch die veranlassten Umbuchungen auf die verschiedenen Finanzpositionen der Bäder von der Stadtkasse nicht durchgeführt.

Die Minderausgaben betreffen hauptsächlich den Beitrag an den Wupperverband in Höhe von 95.229 € (-26,8 %) (Auswirkungen der Schließung der Bäder Langerfeld und Kurbad).

Die Mehrausgaben entfallen hauptsächlich auf die Ausgabepositionen Betriebskosten an den Eigenbetrieb GMW in Höhe von 440.451 € (+16 %) (aufgrund der Nebenkostenabrechnung 2005, die anteilig auch Abrechnungen für Vorjahre enthält) sowie Miete an den Eigenbetrieb GMW in Höhe von 766.917 € (+20,1 %). Der erhöhte Mehrbedarf bei den Mietzahlungen an das GMW resultiert aus der späteren als ursprünglich geplanten Schließung der Schwimmbäder. Ferner sind 118.866 € (+100 %) Mehrausgaben aus der Haushaltsposition Umsatzsteuer entstanden. Hier handelt es sich um eine Nachzahlung für die Jahre 2004 - 2006, da Zahlungen für die Vorjahre aus systemtechnischen Gründen nicht erfolgt waren.

Die Jahresstatistik des Stadtbetriebes Sport & Bäder 2006 verzeichnet in den Hallenbädern 47.507 Besucher weniger (-4,9 %) und in den Freibädern 18.817 Besucher mehr (+19,8 %) als im Vorjahr (= Mehrbareinnahmen in Höhe von 79.970 €). Die Besucherstatistik ist an den Verkauf der Eintrittskarten gekoppelt. Vermehrte Verkäufe zum Ende des Jahres 2005 aufgrund der Erhöhung der Eintrittspreise ab 01.01.2006 führten somit zum Teil zu fehlerhaften Ergebnissen, da z.B. beim Kauf einer Zehnerkarte 10 Besuche sowie die Einnahme am Verkaufstag statistisch berücksichtigt wurden.

In fast allen Hallenbädern ist ein Rückgang der Besucherzahlen zu verzeichnen: Cronenberg (-25,5 % = 54.544 weniger Besucher), Vohwinkel (-21,5 % = 23.596 weniger Besucher), Uellendahl (-15,1 % = 21.718 weniger Besucher), Stadtbad Johannisberg (-5,35 % = 10.075 weniger Besucher) und Ronsdorf (-37 % = 41.353 weniger Besucher wegen der Schließung des Bades vom 26.06 bis zum 18.09.2006 aufgrund des Deckeneinbaus / Folge des Brandschadens in 2004). Das Kurbad bleibt seit Mitte des Jahres 2005 geschlossen.

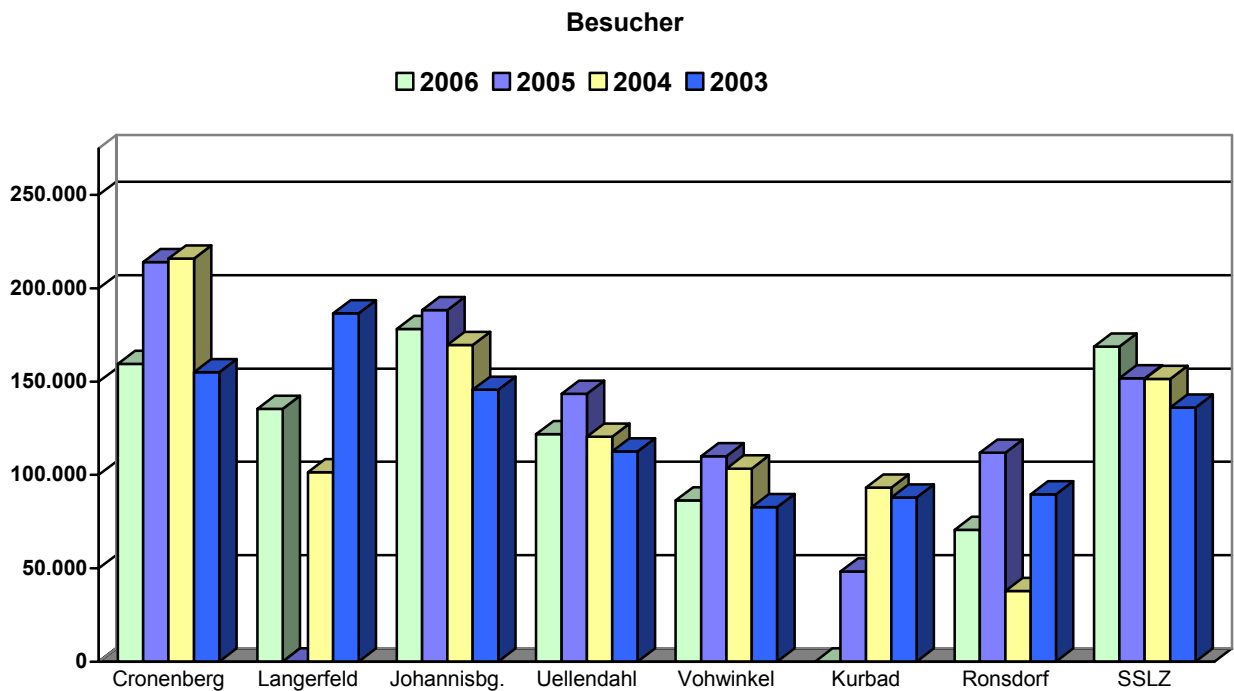
Nur das im Februar 2006 nach der Sanierung wieder geöffnete Gartenhallenbad Langerfeld mit 135.288 Besuchern (= 100 % mehr) und das SSLZ mit 16.837 mehr Besuchern als im Vorjahr (= +11,1 %) wiesen eine höhere Auslastung aus.

In allen Freibädern hingegen hat der Monat Juli für höhere Besucherzahlen als in den Jahren 2004 und 2005 gesorgt:

Eckbusch (+31,4 % = 4.773 mehr Besucher als im Vorjahr), Mählersbeck (+14,6 % = 7.606 mehr Besucher) und Mirke (+23,2 % = 6.438 mehr Besucher).

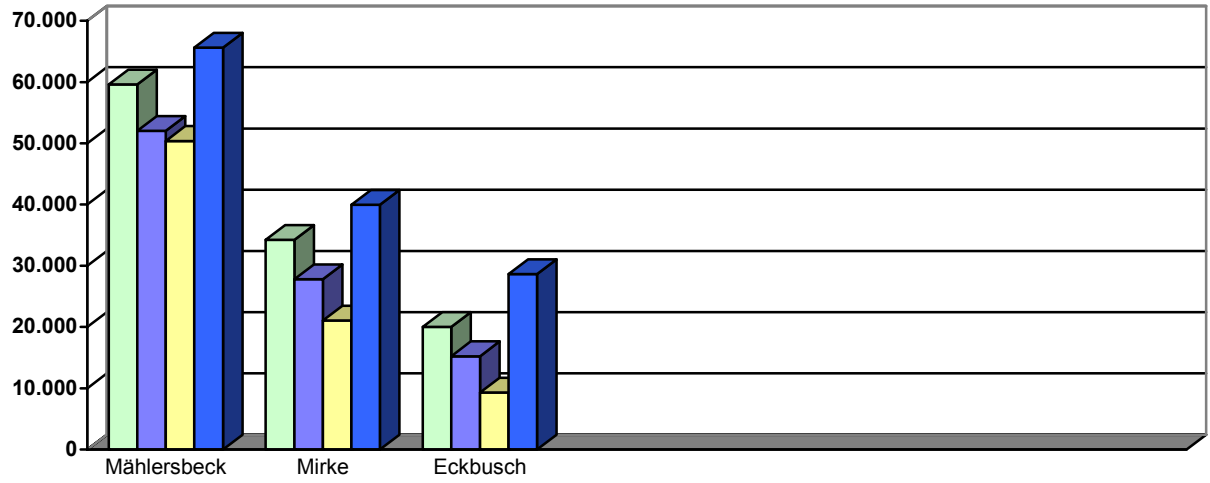
Wie sich die Besucherzahlen seit 2003 im Einzelnen entwickelt haben, ist nachstehend grafisch dargestellt.

Hallenbäder



Freibäder**Besucher**

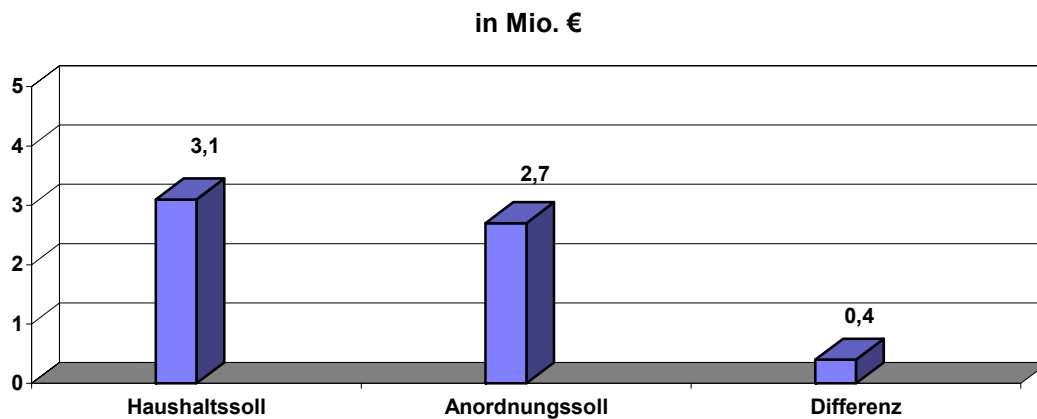
2006 2005 2004 2003



5.5.2 Vermögenshaushalt (002.112)

Grafik zur Tabelle 1:

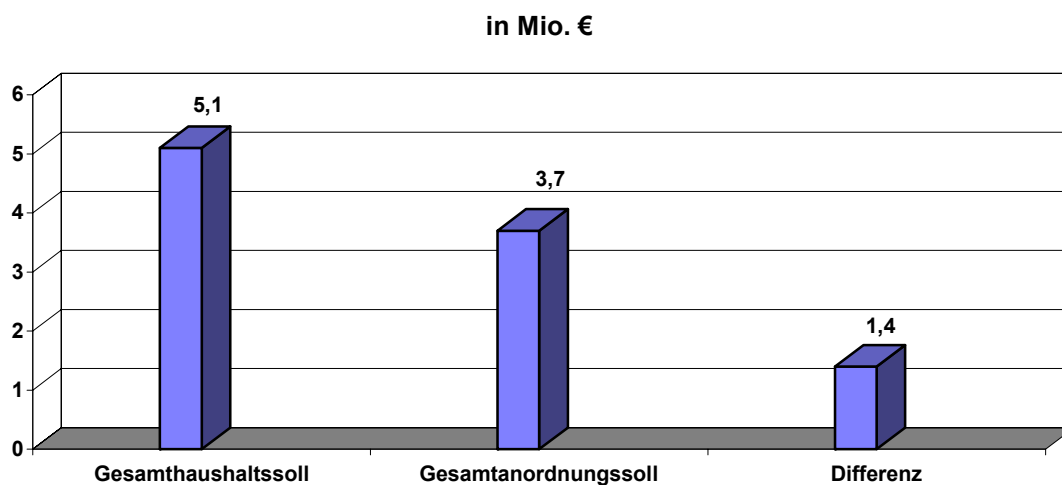
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz – Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 84,7 % (2005 = 61,7 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 68,2 % (2005 = 64,2 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
5000 Gesundheitsverwaltung	6.500	2.643	3.857	40,7
5100 Klinikum Wuppertal GmbH	2.000.000	1.998.719	1.281	99,9
5460 Chem. Untersuchungsinstitut	45.000	11.579	33.421	25,7
5500 Allgemeine Betreuung und Förderung des Sports	499.000	209.350	289.650	42,0
5600 Stadion	104.650	101.405	3.245	96,9
5610 Sportplätze, Turnhallen, usw.	281.064	113.011	168.053	40,2
5620 Uni-Halle	24.000	10.990	13.010	45,8
5700 Bäder	-370.384	22.267	-392.651	-6,0
5800 Grün- und Parkanlagen	315.906	113.601	202.305	36,0
5810 Freiraum, Landschaftspflege	146.644	23.656	122.988	16,1
5900 Kleingärten	95.300	57.806	37.494	60,7
Summe EP 5	3.147.680	2.665.027	482.653	84,7

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
5000 Gesundheitsverwaltung	6.500	2.643	3.857	40,7
5100 Klinikum Wuppertal GmbH	2.214.626	2.122.983	91.643	95,9
5460 Chem. Untersuchungsinstitut	122.580	89.159	33.421	72,7
5500 Allgemeine Betreuung und Förderung des Sports	698.800	409.150	289.650	58,6
5600 Stadion	104.650	101.405	3.245	96,9
5610 Sportplätze, Turnhallen, usw.	295.240	127.187	168.053	43,1
5620 Uni-Halle	26.700	13.690	13.010	51,3
5700 Bäder	842.954	288.047	554.907	34,2
5800 Grün- und Parkanlagen	544.560	225.872	318.688	41,5
5810 Freiraum, Landschaftspflege	148.480	25.492	122.988	17,2
5900 Kleingärten	139.300	101.806	37.494	73,1
Summe EP 5	5.144.390	3.507.434	1.636.956	68,2

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 5500 Allgemeine Betreuung und Förderung des Sports (002.112; SB 209)**

Die Zuschüsse an Sportvereine für investive Maßnahmen waren nicht in vollem Umfang abgerufen. Aufgrund der durch Bewilligungsbescheide gebundenen Zuschussmittel wurde ein Haushaltsrest über rd. 290.000 € (davon fast 250.000 € für das Bauvorhaben SV Jägerhaus Linde) gebildet.

UA 5610 Sportplätze, Turnhallen, usw. (002.112; SB 209)

Der Realisierungsgrad hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert und hängt mit der Übertragung von Mitteln, im Wesentlichen für die Sanierung des Sportplatzes Hardenberg (150.000 €), zusammen.

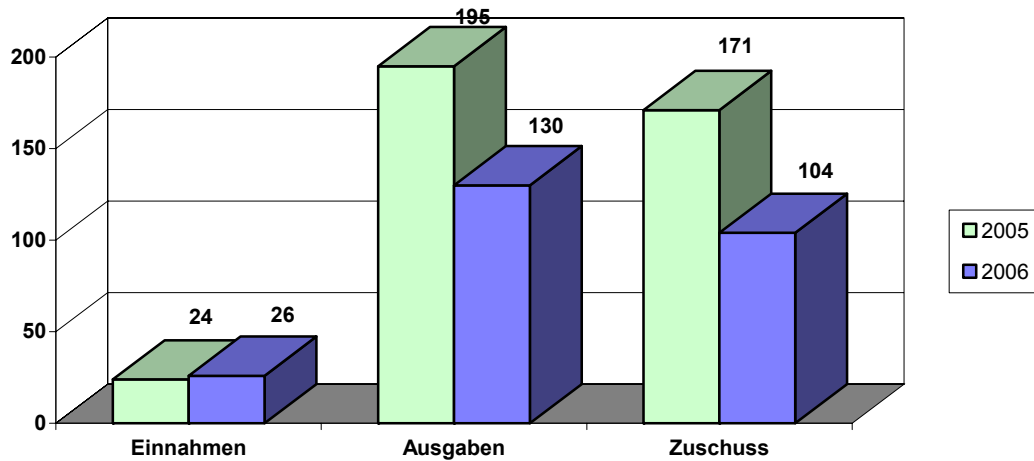
UA 5700 Bäder (002.112; SB 209)

Der geringe Realisierungsgrad in diesem UA ist nahezu ausschließlich auf den Kostensammler „Sanierung Schwimmbäder“ zurückzuführen. Durch die zeitlichen Verzögerungen konnte die Sanierung der Schwimmbäder nicht begonnen werden und somit wurden auch im Haushaltsjahr 2006 keine Ausgaben getätigt.

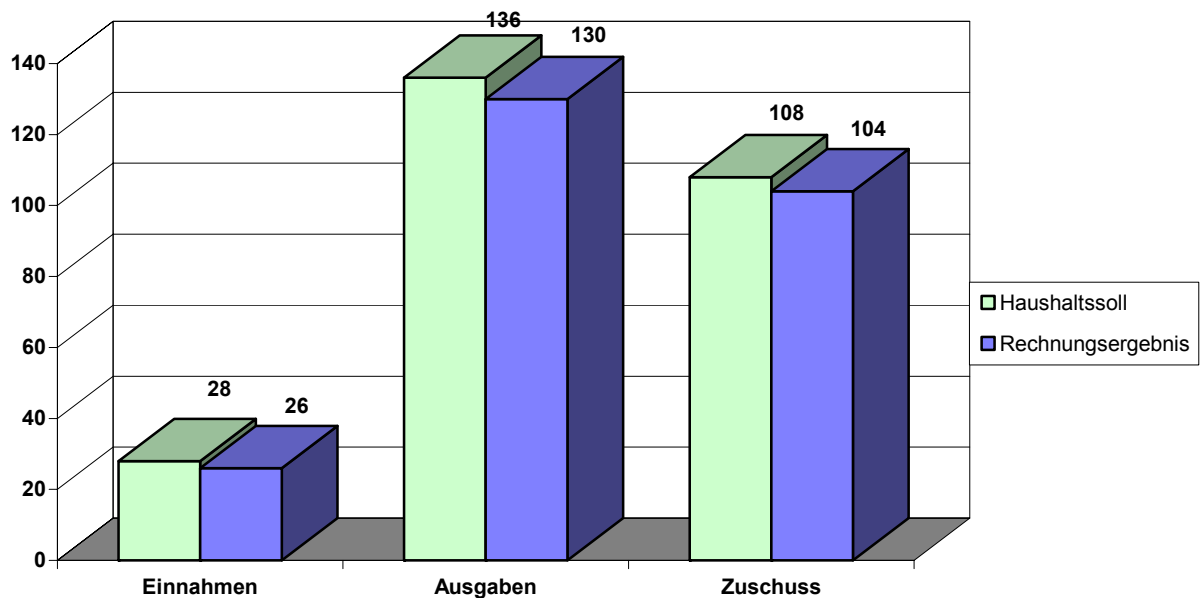
5.6 Einzelplan 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

5.6.1 Verwaltungshaushalt (002.200)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2006 mit dem Rechnungsergebnis 2006 (in Mio. €)



Der Zuschussbedarf im Einzelplan 6 des Verwaltungshaushaltes hat sich im Vergleich der Rechnungsergebnisse im Berichtsjahr drastisch um 67 Mio. € verringert. Er blieb um 4 Mio. € unter den Erwartungen der Haushaltsplanung. Das Ergebnis ist in erster Linie auf eine deutlich niedrigere Verzinsung und Abschreibung des Anlagevermögens für die kostenrechnende Einrichtung „Straßenbau“ zurückzuführen. Es handelt sich dabei nicht um (echte) Ausgabeneinsparungen. Diese kalkulatorischen Kosten werden beim Unterabschnitt 9101 als Einnahme verbucht.

Im Haushaltsplan 2006/2007 wurden die Ausgabeansätze für die Abschreibungen auf das Anlagevermögen und die Verzinsung des Anlagekapitals wegen des Ablaufs der Restlaufzeit vieler Straßen um rund 75 Mio. € gegenüber 2004/2005 reduziert.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 6002 Regionale 2006 (002.200; GF 100.2)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	4.041.850	3.510.215	-13,2	934.953	275,4
Ausgaben	4.678.350	4.232.795	-9,5	1.225.827	245,3
Differenz	-636.500	-722.580		-290.874	

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Regionale 2006 erfolgte im Verwaltungshaushalt hauptsächlich die Verbuchung der Einnahmen und Ausgaben für die Regionaleagentur sowie der Bergischen Expo einschließlich der Stadtschau, den kooperativen bzw. örtlichen Repräsentationsprojekten der Regionale.

Die Personal- und Sachkosten der Agentur werden durch einen Landeszuschuss von 80 % sowie gleichen Anteilen der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal finanziert. Die Kosten für die Bergische Expo werden durch einen Landeszuschuss von 70 % sowie gleichen Anteilen der Städte gedeckt.

Das Land und die an der Regionale beteiligten Städte erstatteten im Berichtsjahr rund 1.118.000 € für den aus dem Wuppertaler Haushalt vorgeleisteten Zuschuss an die Regionaleagentur.

UA 6010 Gebäudemanagement Wuppertal (002.200; R 403; GMW)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.360.000	1.678.424	23,4	1.360.000	23,4
Ausgaben	1.220.000	120.000	-90,2	0	/
Differenz	140.000	1.558.424		1.360.000	

Der Unterabschnitt dient der Verrechnung mit dem nach Eigenbetriebsrecht geführten GMW. Die Gewinnabführung des Betriebes an die Stadt fiel im Berichtsjahr aufgrund des positiven Jahresergebnisses um 318.424 € höher als im Vorjahr aus und betrug insgesamt 1.678.424 €.

Aus dem Jahresüberschuss des GMW werden zunächst die von der Stadt vorgeleisteten Tilgungsausgaben erstattet. Aus dem danach noch verbliebenen Gewinn wird ein Teilbetrag an die Stadt abgeführt und der Rest auf die neue Betriebsrechnung vorgetragen.

Ausgaben fielen lediglich als Energiekosten für Brunnenanlagen an. Weitere in der Ansatzplanung enthaltene Ausgabepositionen wurden nicht beansprucht, weil die Weiterberechnung mieterhöhender Maßnahmen durch das GMW nicht über diesen Unterabschnitt abgewickelt wurde. Das Problem in den Vorjahren, dass Betriebskosten den verursachenden städtischen Bereichen nicht zugeordnet werden konnten und deshalb zentral aus dem UA 6010 erstattet werden mussten, ist nicht mehr relevant.

Die Rechnungsergebnisse der Finanzpositionen im Haushalt für an das GMW zu entrichtende Mieten entsprechen meistens gerundet den Ansätzen. Abweichungen von den vereinbarten, ursprünglich bestimmten Mieten ergeben sich in den Fällen geänderter Nutzflächen, der Umlegung von Neubaumaßnahmen und Modernisierungen und in den Fällen von Mietminderungs beseitigungen. Das GMW kalkuliert die Mieterhöhungen nach verschiedenen Kriterien und Methoden, die vom Grundsatz her nachvollziehbar sind. Sie beziehen sich individuell auf das jeweilige Bauvorhaben und werden mit R 403 abgestimmt.

B/4 W Das RPA muss weiterhin beanstanden, dass Kennzahlen zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit des Gebäudemanagements insgesamt noch nicht vorhanden sind

Das RPA muss seine Beanstandungen aus den Vorjahren solange aufrecht erhalten, bis das zur Überprüfung der mit der Einrichtung des Gebäudemanagements erhofften Synergieeffekte, Kosteneinsparungen und Qualitätssteigerungen erforderliche Kennzahlensystem einsatzfähig ist.

Nach dem neu formulierten § 19 (3) der Eigenbetriebsverordnung NRW ist festgelegt, dass der Eigenbetrieb die für die Kostenrechnungen erforderlichen Unterlagen zu führen hat. Dazu soll eine Kosten- und Leistungsrechnung zur Unterstützung der

Steuerung und zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Aufgabenerfüllung geführt werden.

Der Bereich der Unternehmenssteuerung wurde im Betrieb weiter ausgebaut. Ein mit dem RPA abgestimmtes kostenorientiertes Kennzahlensystem orientiert sich an den Empfehlungen der KGSt. Das GMW prognostizierte in einer ausführlichen Präsentation im Betriebsausschuss Gebäudemanagement am 31.08.2006 die Inbetriebnahme des Kennzahlensystems zum Jahresende 2006. Aufgrund notwendiger Zuarbeiten für ein Kennzahlensystem der Gemeindeprüfungsanstalt verzögerte sich zwischenzeitlich diese Inbetriebnahme. Die ersten Kennzahlen können im September 2007 geliefert werden.

UA 6100 Stadtentwicklung und -planung (002.210; R 101)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005 / RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	15.000	33.607	124,0	0	/
Ausgaben	4.044.379	3.465.105	-14,3	3.347.796	3,5
Differenz	-4.029.379	-3.431.498		-3.347.796	

Die Einnahmesituation verbesserte sich durch den Fördermitteleingang vom Bund für das Modellvorhaben „Stadtquartiere im Umbruch“. Auf Grund der vollständig fehlenden Einnahmen im Jahr 2005 ist die Differenz zur Rechnung 2006 als Prozentzahl nicht darstellbar. Die Ausgaben entsprechen den Vorjahren.

Einzelaspekte:

6100-646.0000 Rente für einen entschädigungspflichtigen Eingriff

Zur Abgeltung aller Ansprüche, die sich aus dem Entzug eines Baurechtes ergaben, wurde im Jahr 1986 mit der Eigentümerin des betroffenen Grundstückes eine Entschädigung vertraglich festgelegt. Da statt einer Höchstbegrenzung der Rentenzahlungen auf die Entschädigungssumme von 126.952,24 € (248.297 DM) eine lebenslange monatliche Rente vereinbart wurde, summierten sich die monatlichen Zahlungen bis zum Ableben der Eigentümerin auf den Gesamtbetrag von 305.548,16 €. Diese Finanzposition kann zukünftig entfallen, die Entschädigte verstarb im Januar 2006.

6100-665.0000 Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Planung

Aus dieser Finanzposition wurden die Kosten einer von der LBS konzipierten Wanderausstellung „Stadthaus – im Zentrum zu Hause“ bezahlt. Dazu ergaben sich Honorarkosten von 1.055,50 € für einen Eröffnungsvortrag sowie 374,- € Bewirtungskosten. Das RPA vermag nicht zu erkennen, dass diese Kosten - auch wenn es sich

um eine planungspolitische Ausstellung handelt - der vorläufigen Haushaltsführung s. GO § 81 entsprechen sollen.

Das RPA regt an, dass, bevor Entscheidungen zu Ausstellungen oder ähnliche Maßnahmen entstehen, sämtliche möglichen Nebenkosten ermittelt werden, um nicht durch den späteren Anfall von Honoraren etc. überrascht zu werden.

6100-679.0610 Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei

Bedingt durch die Offenlage des Bebauungsplanes Kleine Höhe entstanden erhebliche Druckkosten der Unterlagen für das politische Bürgerinteresse.

UA 6110 Vermessungs- und Katasterverwaltung (002.202; R 102)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.748.500	2.865.050	4,2	3.107.325	-7,8
Ausgaben	9.513.190	9.074.644	-4,6	9.240.725	-1,8
Differenz	-6.764.690	-6.209.594		-6.133.400	

Im Haushaltsjahr 2006 ist der Kostendeckungsgrad (Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben) geringfügig auf 31,6 % gesunken. Im Jahr 2005 betrug er 33,6 %.

B/5 Bei der Verausgabung der Mittel aus der Finanzposition 6110-658.0300 „Aktualisierung Liegenschaftskarte / Deutsche Grundkarte“ wurde das Gebot der Wirtschaftlichkeit nicht beachtet

Nach Angaben des Ressorts 102 wurde diese Finanzposition eingerichtet, um zunächst die Liegenschaftskarte auf den gesetzlich geforderten Aktualisierungsstand zu bringen. Diese Aufgabe wurde vorher durch einen Mitarbeiter erledigt, der in den Ruhestand gegangen ist, und dessen Stelle eingespart wurde. Eine externe Vergabe war daher aus Sicht des Ressorts die einzige Möglichkeit, die geforderten Aufgaben zu erledigen.

Der Haushaltsansatz in dieser Finanzposition betrug im Jahr 2006 70.000 €. Ein Teilbetrag von 54.658 € wurde in 3 Aufträgen für die Beauftragung eines öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs verwandt. In den Diensträumen des Ressorts 102 übernahm einer seiner Mitarbeiter in seinem Auftrag Aufgaben bei der Fortführung des Automatisierten Liegenschaftsbuchs und der Automatisierten Liegenschaftskarte. Der Stundensatz für diese Tätigkeit betrug 53,36 €. Der Mitarbeiter war im Jahr 2006 insgesamt mit diesen Aufgaben rund 1000 Stunden beschäftigt.

Bei Aufgabenerledigung durch einen städtischen Mitarbeiter hätten die Kosten rund 44.300 € betragen. In einer anzunehmenden Entgeltgruppe 11 betrug der Stundensatz im Jahr 2006 44,31 €.

Die Stelleneinsparung und nachfolgende Aufgabenerledigung durch ein externes Unternehmen zu einem höheren Preis war daher eine unwirtschaftliche Lösung.

Auch in den Jahren 2004 und 2005 wurde ein Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel in der Finanzposition für diesen Zweck ausgegeben.

Da die Tätigkeiten, die zur Zeit über diese Finanzposition beglichen werden, im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS) stehen, werden sie voraussichtlich bis Ende 2008 abgeschlossen sein.

Auf Anregung des Rechnungsprüfungsamtes wird für die Restlaufzeit ein Rahmenvertrag ausgeschrieben, aus dem dann bei Bedarf die externen Leistungen abgerufen werden können.

Einzelaspekte:

6110-657.0100 Grundstücksteilungen und Gebäudeeinmessungen

Der Haushaltsansatz von 5.000 € wurde nicht verausgabt.

Diese Finanzposition wird dafür genutzt, um im Rahmen von Ersatzvornahmen durchgeführte Gebäudeeinmessungen zu bezahlen. Im Jahr 2006 waren keine Fälle zu verzeichnen, in denen diese ordnungsbehördliche Maßnahme angewandt wurde.

6110-657.0200 Fortschreibung der Realnutzung

Der Haushaltsansatz von 18.000 € wurde nicht verausgabt. 4.200 € wurden für bereits vergebene Aufträge übertragen. Der Rest wurde im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eingespart.

6110-659.0000 Für Kataster- u. Ingenieurleistungen der Fachinstitute

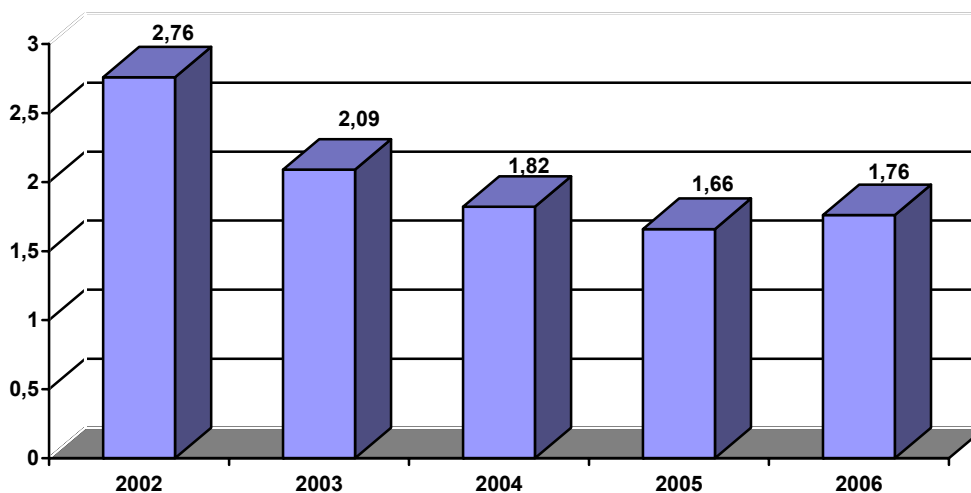
Von dem Haushaltsansatz in Höhe von 45.000 € wurden 43.057 € nicht verausgabt.

Die Finanzposition dient dazu, Aufträge, die durch eigenes Personal nicht zeitgerecht erledigt werden können, an externe Kräfte zu vergeben. Unter anderem werden aus dieser Finanzposition Aufträge für den Umbau des Döppersbergs beglichen. Da es in diesem Projekt zu Verzögerungen gekommen ist, wurden hier weniger Mittel verausgabt als geplant.

UA 6130 Bauordnungsamt (002.200; R 105)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.455.300	1.789.115	-48,2	1.663.474	7,6
Ausgaben	3.597.420	3.517.056	-2,2	3.598.080	-2,3
Differenz	-142.120	-1.727.941		-1.934.606	

Leicht gesunkene Personalkosten gegenüber 2005 und ein erstmals seit dem Jahr 2002 leicht erhöhtes Baugebührenaufkommen kennzeichnen das Rechnungsergebnis der Bauordnung.

Einzelaspekte:**6130-100.0000 Verwaltungsgebühren (002.200; R 105)**Baugebührenaufkommen in Mio. €

Die Bauordnungsbehörde registrierte in 2006 insgesamt 1.440 freigestellte, vereinfachte und volle Antragsverfahren sowie Bauvoranfragen. Das sind rund 18 % weniger Vorgänge als im Vorjahr und nur noch ungefähr die Hälfte der in 2003 registrierten Fälle. Die Gebühreneinnahmen aus der bauordnungsbehördlichen Tätigkeit stiegen um rund 6 %.

Die Zahl der von einer Genehmigung rechtlich freigestellten Bauvorhaben betrug 24 (Vorjahr 47). 1.113 Fälle (Vorjahr 1.297) wurden im sogenannten vereinfachten Genehmigungsverfahren und 198 Fälle (Vorjahr 180) im normalen Genehmigungsverfahren abgewickelt. Die Zahl der Bauvoranfragen belief sich auf 105 Fälle (Vorjahr 241). Der deutliche Rückgang der Bauvoranfragen lässt sich unter anderem durch den Fortfall der Eigenheimzulage zum Jahresende 2005 erklären.

Der Bearbeitungsschwerpunkt liegt seit der letzten umfassenden Änderung der Landesbauordnung mengenmäßig eindeutig auf den vereinfachten Genehmigungsverfahren.

Das Baugebürenaufkommen für den Haushalt 2007 wurde wiederum zu optimistisch geschätzt.

UA 6200 **Bauförderung und Wohnungswesen (002.200; R 105)**

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	497.550	432.201	-13,1	286.728	50,7
Ausgaben	2.908.902	2.689.715	-7,5	2.620.017	2,7
Differenz	-2.411.352	-2.257.514		-2.333.289	

Die Einnahmen unterliegen regelmäßigen Schwankungen, was primär auf einer differierenden Erstattung des Landes für die Erhebung der Ausgleichszahlung beruht.

Die Stadt erhält vom Land für die Erhebung der Ausgleichszahlung einen Verwaltungskostenbeitrag, der sich aus der Zahl der Erstbescheide und dem Wohnungsbestand der entsprechenden Jahrgangsguppe errechnet.

Zum 01.01.2006 entfiel die gesetzliche Grundlage für die Erhebung der Ausgleichszahlung. Es handelt sich insofern um Restabwicklungen.

Auf der Ausgabenseite blieb das Personalkostenergebnis durch Stelleneinsparungen ca. 125 T-Euro unter der Planung, während zusätzliche Zahlungen an das GMW und die Hotel AG für Renovierungsleistungen im Wuppertaler Hof von ungefähr 100 T-Euro das Budget belasteten.

UA 6750 **Straßenreinigung (002.118; R 403)**

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	11.489.600	11.142.488	-3,0	11.302.916	-1,4
Ausgaben	11.978.930	11.884.647	-0,8	10.892.949	9,1
Differenz	-489.330	-742.159		409.967	

Die Veranschlagung der Straßenreinigungsgebühren und die Weiterleitung an den Eigenbetrieb Straßenreinigung Wuppertal (ESW) wird über den UA 6750 abgewickelt. Ferner wird in diesem Unterabschnitt auch die Gewinnausschüttung des ESW veranschlagt.

Ausgelöst durch die Rechtsprechung zum Kommunalabgabengesetz wurden für das Haushaltsjahr 2006 erstmals getrennte Gebühren für Straßenreinigung und Winterdienst erhoben.

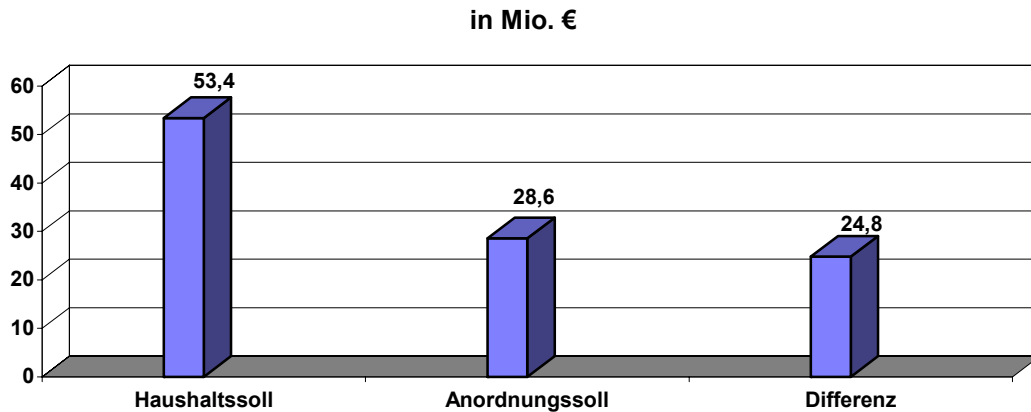
Bei der HHSt. 6750-679.0600 (Entgelt für den Eigenbetrieb ESW / allgemeine Deckungsmittel) wurde eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 681.530 € bewilligt. Es wurde darauf verzichtet, auch die Verrechnung der korrespondierenden Einnahmeposition 6750-169.6301 (Gebührenanteile des Straßenbaulastträgers / von UA 6301) mit dem Unterabschnitt 6301 anzupassen. Hieraus resultiert z.T. die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben im Unterabschnitt.

Am 15.12.06 hat der Rat der Stadt mit Drucksache VO/1148/06 zum Jahresabschluss 2005 des ESW u.a. eine Abführung an den städtischen Haushalt in Höhe von 291.415 € beschlossen. Die Buchung wurde parallel zur Prüfung der Jahresrechnung vorgenommen und wirkt sich auf das Rechnungsergebnis 2007 aus.

5.6.2 Vermögenshaushalt (002.200)

Grafik zur Tabelle 1:

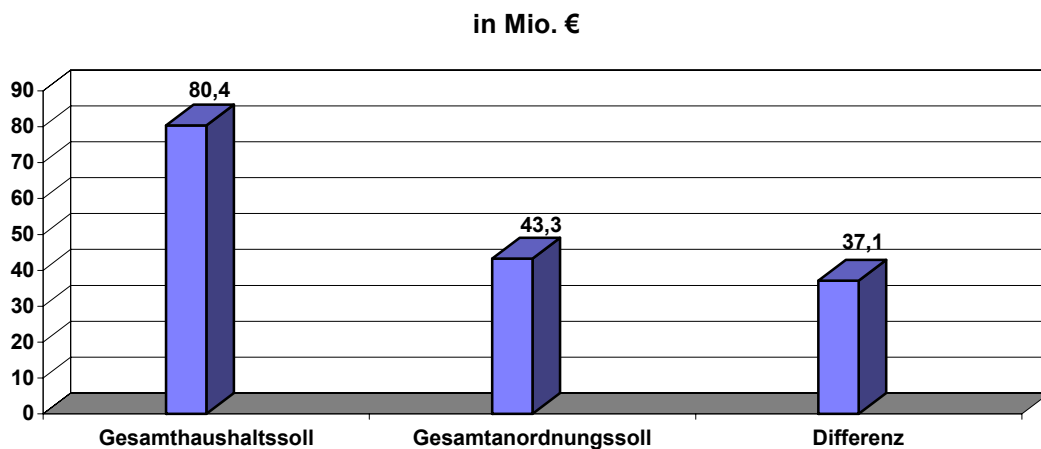
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 53,4 % (2005 = 9,5 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 53,9 % (2005 = 19,6 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
6002 Regionale 2006	36.042.754	20.682.543	15.360.211	57,4
6010 Gebäudemanagement	7.393.518	5.505.732	1.887.786	74,5
6110 Vermessungs- u. Katasterverwaltung	282.460	56.252	226.208	19,9
6130 Bauordnungsamt	1.090	0	1.090	0,0
6150 Städtebaul. Sanierungs- und Entwicklungsmaßn.	1.858.000	270.300	1.587.700	14,5
6301 Straßenunterhaltung	1.371.800	554.100	817.700	40,4
6303 Straßenbau	3.677.530	131.330	3.546.200	3,6
6304 Ingenieurbau	1.478.800	877.517	601.283	59,3
6305 Verkehrssteuerungs- technik	707.335	236.876	470.459	33,5
6600 Bundes- und Landesstraßen	18.000	0	18.000	0,0
6700 Straßenbeleuchtung	274.400	187.032	87.368	68,2
6800 Parkraumbewirtschaftung	344.800	66.620	278.180	19,3
6900 Wasserläufe, -bau u. Gewässerschutz	15.800	0	15.800	0,0
Summe EP 6	53.466.287	28.568.302	24.897.985	53,4

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
6002 Regionale 2006	37.069.241	21.628.662	15.440.579	58,3
6010 Gebäudemanagement	14.687.303	12.799.517	1.887.786	87,1
6100 Stadtentwicklung und Planung	670	0	670	0,0
6110 Vermessungs- u. Katasterverwaltung	636.474	392.666	243.808	61,7
6130 Bauordnungsamt	3.270	1.090	2.180	33,3
6150 Städtebaul. Sanierungs- und Entwicklungsmaßn.	2.188.599	600.899	1.587.700	27,5
6301 Straßenunterhaltung	2.337.277	1.377.715	959.562	58,9
6302 Verkehrslenkung	79.281	63.347	15.934	79,9
6303 Straßenbau	8.132.129	853.195	7.278.934	10,5
6304 Ingenieurbau	11.369.252	4.226.538	7.142.714	37,2
6305 Verkehrssteuerungs- technik	1.408.529	699.617	708.912	49,7
6600 Bundes-und Landesstraßen	1.508.853	235.253	1.273.600	15,6
6700 Straßenbeleuchtung	399.553	312.186	87.367	78,1
6800 Parkraumbewirtschaftung	460.414	125.789	334.625	27,3
6900 Wasserläufe, -bau u. Gewässerschutz	154.440	8.028	146.412	5,2
Summe EP 6	80.435.285	43.324.502	37.110.783	53,9

Die seit vielen Jahren aufgezeigte Situation bei einzelnen Unterabschnitten des Einzelplans 6 im Vermögenshaushalt, dass die in den Haushaltsplan eingestellten Ansätze zum überwiegenden Teil nicht oder nur in geringem Umfang in Anspruch genommen wurden, hat sich verbessert.

Der Realisierungsgrad lag im Berichtsjahr mit einer Quote von 53,4 % weit über dem Niveau der Vorjahre (9,5 % in 2005). Unter Berücksichtigung der Haushaltsrestbedienung lag er mit 53,9 % immerhin 34,3 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Dazu trug die teilweise Umsetzung der geplanten Regionaleprojekte und realisierte Bauvorhaben des GMW sowie eine etwas niedrigere Haushaltsplanung 2006 bei.

In der vergleichenden Betrachtung der letzten Haushaltsjahre lag das Haushaltssoll im Berichtsjahr zwar um knapp 13 Mio. € niedriger als im Vorjahr, die Ausgaben erhöhten sich aber um rund 22 Mio. € gegenüber 2005.

Die erste Tabelle weist rund 25 Mio. € aus, die für die vorgesehenen Projekte nicht eingesetzt werden konnten. Unter Berücksichtigung nicht in Anspruch genommener Haushaltsreste beläuft sich die Differenz auf rund 37 Mio. €, was einer Verminderung der nicht verwendeten Mittel um 24 Mio. € gegenüber 2005 entspricht.

Nicht ausgeschöpfte Mittel im Jahr 2006 sind hauptsächlich auf unbeeinflussbare Umstände zurückzuführen. Es handelt sich:

- um die Restriktionen, die sich auch nach der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2006/2007 aus der vorläufigen Haushaltsführung ergeben haben
- um ausstehende Zuwendungsbescheide des Landes, die den Beginn und Fortgang von Projekten erst erlauben
- um den Finanzierungsvorbehalt bei Regionaleprojekten
- um noch ausstehende Durchführungsbeschlüsse für Maßnahmen
- um den zuwendungssystematisch bedingten Umstand, dass zur Realisierung von geförderten Baumaßnahmen zunächst immer eine Darstellung in den Haushaltsplänen erforderlich ist

Aufgrund der genannten strukturellen Aspekte wird sich das Problem mangelnder Realisierung von Investitionsvorhaben auch in den nächsten Haushaltsperioden nicht ganz vermeiden lassen.

Die betragsmäßig größten Abweichungen zwischen den geplanten und den tatsächlich verausgabten Summen entstanden bei den Unterabschnitten: 6002, 6010, 6303 und 6304.

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 6002 Regionale 2006 (002.200; GF 100.2)**

Die Finanzierung des Umbaus Döppersberg war zwischenzeitlich nicht mehr rechtzeitig gesichert. Die verbindliche Zusage für den Baubeginn 2009 wurde durch den Bauminister zum Ende des Berichtsjahres erteilt.

Im Zusammenhang mit dem Projekt Leitlinie Wupper ergaben die Ausschreibungsergebnisse für die Baumaßnahmen über den Kostenberechnungen liegende Ansätze, die die Finanzierungsmöglichkeiten überstiegen. Es wurden deshalb teilweise zunächst erneute Ausschreibungen durchgeführt.

Zu Verzögerungen im Baufortschritt kam es witterungsbedingt bei der Umgestaltung der Historischen Parks und im Bereich Islandufer aufgrund verschärfter Sicherheitsanforderungen für die Wupperzugänge.

UA 6010 Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal (002.200; R 403; GMW)

Die Weiterleitung der Kredite an den Eigenbetrieb GMW stellt eine Sammelposition aus Maßnahmen des Investitionsplanes im Haushalt dar. Die darin berücksichtigten Projekte konnten in Höhe von rund 1,8 Mio. € im Hinblick auf den jeweiligen Baufortschritt oder noch offener Beschlusslagen nicht in Angriff genommen werden.

UA 6303 Straßenbau (002.200; R 104)

Die Gewerbeerschließung Kleine Höhe wurde wegen ausstehender Gutachten in der veranschlagten Höhe von 1,5 Mio. € noch nicht eingeleitet. Die Gewerbeerschließung Bahnstraße konnte wegen eines noch verhandelten Grundstücksgeschäftes in Höhe von 1 Mio. € im Berichtsjahr nicht realisiert werden. Für Begleitmaßnahmen des ÖPNV kamen aufgrund fehlender Durchführungsbeschlüsse 1 Mio. € weniger als geplant zur Ausführung.

UA 6304 Ingenieurbau (002.200; R 104)

Die Instandsetzung von gem. Eisenbahnkreuzungsgesetz übernommenen Brücken sowie die Brückensanierungen Emilienstraße, Buchenhofen und Völklinger Straße wurden kapazitäts- oder finanzierungsbedingt im Berichtsjahr noch nicht abschließend durchgeführt.

Unterabschnitte des Vermögenshaushaltes

UA 6002 Regionale 2006 (002.200; GF 100.2)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	12.449.600	8.666.844	-30,4	2.134.312	306,1
Ausgaben	36.042.754	20.742.434	-42,5	4.037.392	413,8
Differenz	-23.593.154	-12.075.590		-1.903.080	

Im Regionalebenejahr wurden die priorisierten Projekte in Angriff genommen und so weit wie möglich umgesetzt. Von den in 2006 veranschlagten Projektmitteln über 36 Mio. € wurden 42 % benötigt. Ein Teil der Restmittel ist bereits gebunden und wird in 2007 beansprucht. Den geleisteten Ausgaben stehen unter Berücksichtigung der Förderquoten und der Zeitdauer zwischen Leistung und anteiliger Zuwendung adäquate Einnahmen aus Städtebauförderungsmitteln, aus Mitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und von Dritten gegenüber.

Die Terminplanung sah für den Umbau des Döppersbergs in 2006 Abbruchmaßnahmen, vorlaufende Ver- bzw. Entsorgungsarbeiten sowie den ersten Spatenstich vor. Die Finanzierung nach dem GVFG war jedoch mit dem Landesregierungswechsel nicht mehr rechtzeitig gesichert. Die inzwischen verbindliche Zusage für den Baubeginn 2009 wurde durch den Bauminister erst im September 2006 erteilt.

Im Zusammenhang mit dem Projekt Leitlinie Wupper ergaben die Ausschreibungsergebnisse für die Baumaßnahmen über den Kostenberechnungen liegende Ansätze. Sie überstiegen damit die Finanzierungsmöglichkeiten. Auf der Basis kosten-senkender Planungskorrekturen bzw. mit vereinfachten Bauausführungen wurden deshalb teilweise erneute Ausschreibungen durchgeführt.

Zu Verzögerungen im Baufortschritt kam es witterungsbedingt bei der Umgestaltung der Historischen Parks und im Bereich Islandufer aufgrund verschärfter Sicherheitsanforderungen für die Wupperzugänge.

UA 6010 Gebäudemanagement Wuppertal (002.200; R 403; GMW)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.910.000	2.253.475	-22,6	1.279.203	76,2
Ausgaben	7.393.518	7.079.854	-4,2	6.157.786	15,0
Differenz	-4.483.518	-4.826.379		-4.878.583	

Investive Hochbaumaßnahmen des Gebäudemanagements werden vor allem über die Finanzposition 6010-925.0001 „Weiterleitung der Kredite an den Eigenbetrieb GMW“ abgewickelt.

Im Vermögenshaushalt 2006 standen am Anfang des Jahres Mittel zur Weiterleitung an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement über 14.423.785 € (Vj: 12.958.986 €) zur Verfügung. Es handelte sich um eine Sammelposition für in den Investitionsplan eingestellte Projekte des GMW. Das Budget wurde während der Haushaltsperiode um 263.518 € überplanmäßig erhöht.

Die Mittelinanspruchnahme des GMW belief sich auf 12.799.517 € (= rd. 87 %). Von den nicht verbrauchten Mitteln wurden rund 1,6 Mio. € in das Jahr 2007 übertragen. Mit einem vollständigen Abfluss dieser Mittel wird im Folgejahr gerechnet.

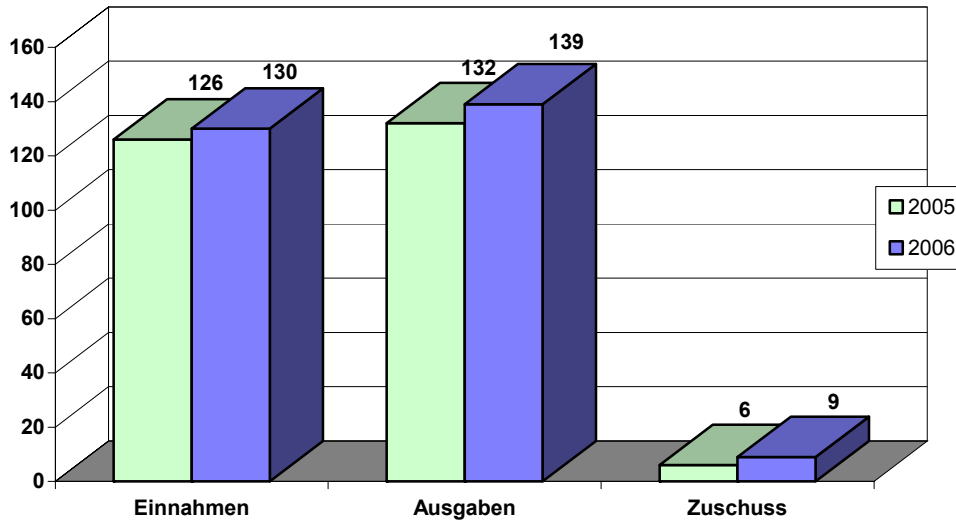
Die Positionen wurden im UA 6010 gebildet, um einerseits eine Bereinigung des Vermögenshaushaltes von Einzelmaßnahmen, die in die Zuständigkeit des GMW fallen, zu erwirken. Andererseits wurde damit der Forderung der Aufsichtsbehörde Rechnung getragen, den Finanzbedarf für das Gebäudemanagement im Haushalt darzustellen. Aus diesem Grund wird der Kreditbedarf des GMW auch in der Haushaltsatzung ausgewiesen. Die Stadt nimmt die Kredite auf und leitet sie an den Betrieb weiter. Das GMW erstattet den von der Stadt vorgeleisteten Schuldendienst (vgl. UA: 9100).

Wenige Investitionsmaßnahmen konnten wegen noch offener Beschlusslagen, wie z.B. für die Entscheidung entwickelter Ausführungsvarianten zu Schwimmooper und Opernhaus, nicht mehr in dem Haushaltsjahr planmäßig abgewickelt werden.

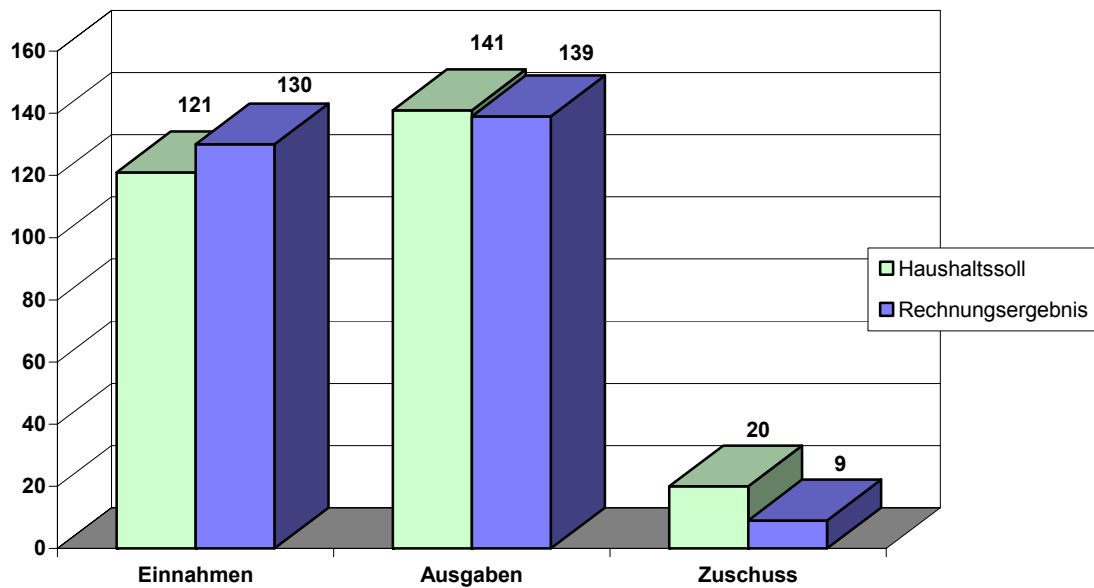
5.7 Einzelplan 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

5.7.1 Verwaltungshaushalt (002.201)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2006 mit dem Rechnungsergebnis 2006 (in Mio. €)



Die Entwicklung dieses Einzelplanes wurde primär durch die Abläufe im UA 7000 - Stadtentwässerung bestimmt.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 7000 Stadtentwässerung (002.201; R 106)

	Ansatz 2006 €	RE 2006 €	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006 %	RE 2005 €	Differenz RE 2005/ RE 2006 %
Einnahmen	95.102.000	102.859.451	8,2	99.007.624	3,9
Ausgaben	109.865.966	109.354.877	-0,5	101.648.699	7,6
Differenz	-14.763.966	-6.495.426		-2.641.075	

Die **Einnahmeseite** wird fast ausschließlich durch die Einnahmen aus den Schmutz- und Regenwassergebühren bestimmt. Sie sind gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegen. Dazu haben vor allem weitere Erst-/Nachveranlagungen zu Regenwassergebühren aufgrund von Erfassungsproblemen bei der Maßstabumstellung beigetragen.

Die seit 1997 verstärkt erkennbare Tendenz, dass die Regenwassergebühren deutlich schneller ansteigen als die Schmutzwassergebühren, hat sich 2006 nicht fortgesetzt, weil sich die nach dem Kommunalabgabengesetz erforderliche Berücksichtigung einer anteiligen Überdeckung aus Vorjahren gebührenmindernd auswirkte. In Wuppertal wurde dennoch nach Recherchen des Bundes der Steuerzahler NRW zum dritten Mal in Folge die höchsten Regenwassergebühren in NRW erhoben.

Der Geschäftsbereich weist darauf hin, dass die Stadt ab dem 01.01.2006 den Umgang mit der Kanalanschlusspflicht für Niederschlagswasser verändert hat. Hierdurch wurde die fortschreitende, sich ungünstig auf die Gebührenentwicklung auswirkende Abkoppelung von Grundstücken von der öffentlichen Kanalisation gestoppt. Außerdem schließen seitdem Grundstückseigentümerinnen und –eigentümer vermehrt an die öffentliche Regenwasserkanalisation an. So wurde die Verstetigung bzw. der Anstieg des für die Ermittlung des Gebührensatzes maßgeblichen Divisors erreicht.

Die **Ausgabenseite** wird fast ausschließlich durch die Entgeltzahlungen an die WSW AG aus dem Entsorgungsvertrag sowie die Beitragszahlungen an die Wasserverbände und die kalkulatorischen Kosten für das im städtischen Eigentum verbliebene Kanalvermögen geprägt. 2006 erhöhte die aus den Mehreinnahmen bei der Regenwassergebühr resultierende Rücklagenzuführung zusätzlich das Rechnungsergebnis bei den „Ausgaben“. Dabei handelt es sich um eine Umbuchung aus dem Unterabschnitt 7000 in den Unterabschnitt 9101.

Hauptursachen für die Ausgabensteigerungen gegenüber dem Vorjahr waren:

Position	Mio. €
Erhöhung der Entgeltzahlungen an die WSW AG (Entsorgungsvertrag)	+4,094
Rücklagenzuführung zum Ausgleich späterer Kostensteigerungen	+ 3,790

UA 7900 Stadtmarketing und Stadtwerbung (002.100; R 003)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	750.000	714.409	-4,7	563.651	26,7
Ausgaben	889.690	883.704	-0,7	1.152.052	-23,3
Differenz	-139.690	-169.295		-588.401	

Am 01.09.2005 wurde mit der Gründung der Wuppertal Marketing GmbH (Eintragung in das Handelsregister am 12.09.2006) die Aufgabe „Stadtmarketing und Wirtschaftskommunikation“ auf diese private Gesellschaft übertragen. Ein Vergleich der RE des Berichtsjahres mit denen des Vorjahres ist nicht möglich, da zum einen die RE 2005 wegen des Rumpfgeschäftsjahres bei der Mehrheit der Haushaltsstellen im UA 7900 kein vollständiges Jahr abbilden und zum anderen der UA 7900 nur noch die finanziellen Verknüpfungen der GmbH mit dem städtischen Haushalt enthält.

Die Einnahmen des UA 7900 setzen sich im Wesentlichen aus Steuerungsumlagen der Eigenbetriebe und der Verwaltung zusammen (ca. 714 T-Euro). Dass die geplanten Einnahmen nicht erreicht wurden, ist hauptsächlich auf Ausfälle bei der Haushaltsstelle 7900-178.0200 „von Dritten für die Aktion Lichtaktien“ zurückzuführen. Statt der ursprünglich geplanten 25 T-Euro wurden lediglich 856,- € verbucht.

Den größten Teil der Ausgaben bildet der städtische Betriebskostenzuschuss an die Wuppertal Marketing GmbH mit einem RE in Höhe von 754 T-Euro. Des Weiteren wurde über den UA 7900 eine Reihe von Ausgabepositionen der GmbH bedient. Für Mieten und Betriebskosten wurden zusammen 53 T-Euro bezahlt. Die Erhöhung um 15 T-Euro gegenüber dem Vorjahr ist auf die Unterbringung der Gesellschaft in anderen Räumlichkeiten zurückzuführen.

UA 7910 Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (002.105)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.000	211.659		681.153	-68,9
Ausgaben	2.721.000	1.547.533	-43,1	2.714.333	-43,0
Differenz	-2.720.000	-1.335.874	-50,9	-2.033.180	-34,3

In dem Unterabschnitt werden die Finanzvorfälle der Delphin Vermögensverwaltung GmbH & Co KG, der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Wuppertal mbH und des Technologiezentrums abgewickelt.

Gegenüber dem Vorjahr verminderte sich der Zuschuss des Unterabschnitts um rd. 697 T-Euro.

Die Einnahmen sanken gegenüber dem Vorjahr um rd. 469 T-Euro, da im Vorjahr ein Betriebskostenzuschuss (rd. 388 T-Euro) einmalig zurückzuzahlen war.

Ergebnis prägend wirkten sich die um insgesamt rd. 1,166 Mio. € geringeren Ausgaben aus.

Ursächlich hierfür war, dass ein zurückzuzahlender Landeszuschuss nicht mehr zu verzinsen war. Ein im letzten Jahr gebildeter HH-Rest für einen Projektzuschuss im Zusammenhang mit dem Masterplan zur Entwicklung der Wuppertaler Gewerbeparks wurde in Höhe von rd. 303 T-Euro „rückabgewickelt“, so dass sich die Ausgaben um diesen Betrag verminderten.

Die wirtschaftliche Entwicklung der o. g. Gesellschaften spiegelt sich nicht in der kameralen Darstellung dieses UA wider (z. B. wegen zeitlich versetzter Zahlungen), sondern in den kaufmännischen Jahresabschlüssen der Gesellschaften.

Die Berichte über die Prüfungen der Jahresabschlüsse 2005 durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften liegen vor und sind im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung beraten worden.

Die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Wuppertal mbH wird zum 01.01.2007 als Wirtschaftsförderung Wuppertal Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) geführt (s. hierzu Drucks.-Nr. VO/0932/06).

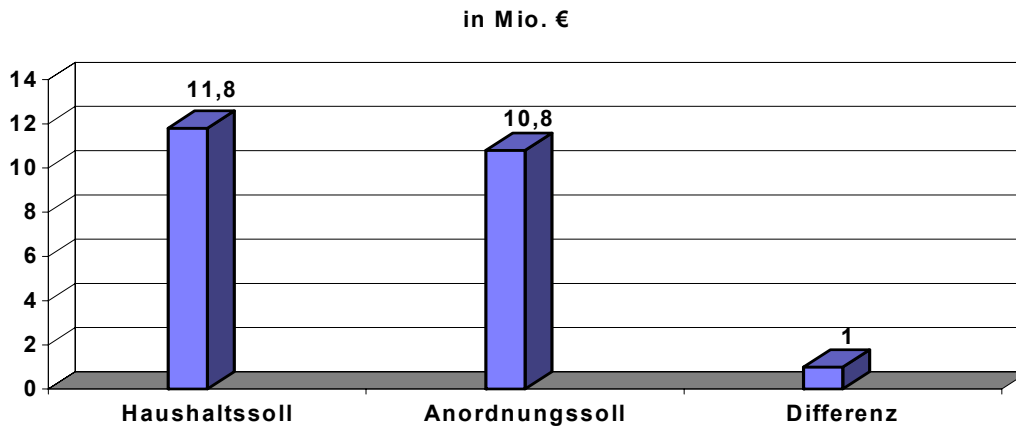
Die Wirtschaftsförderung ist eine öffentliche Aufgabe, die ausdrücklich in den vom Stadtrat beschlossenen strategisch-politischen Zielen der Stadt Wuppertal verankert ist. Um die Bedeutung dieser öffentlichen Aufgabe hervorzuheben und die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsförderung und Stadtverwaltung weiter zu stärken, ist die GmbH in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) umgewandelt und die Wirtschaftsförderung der AöR als hoheitliche Aufgabe übertragen worden.

Die AöR ist eine rechtsfähige juristische Person des öffentlichen Rechts, die selbst öffentliche Aufgaben an Stelle der Gemeinde wahrnehmen kann.

5.7.2 Vermögenshaushalt (002.201)

Grafik zur Tabelle 1:

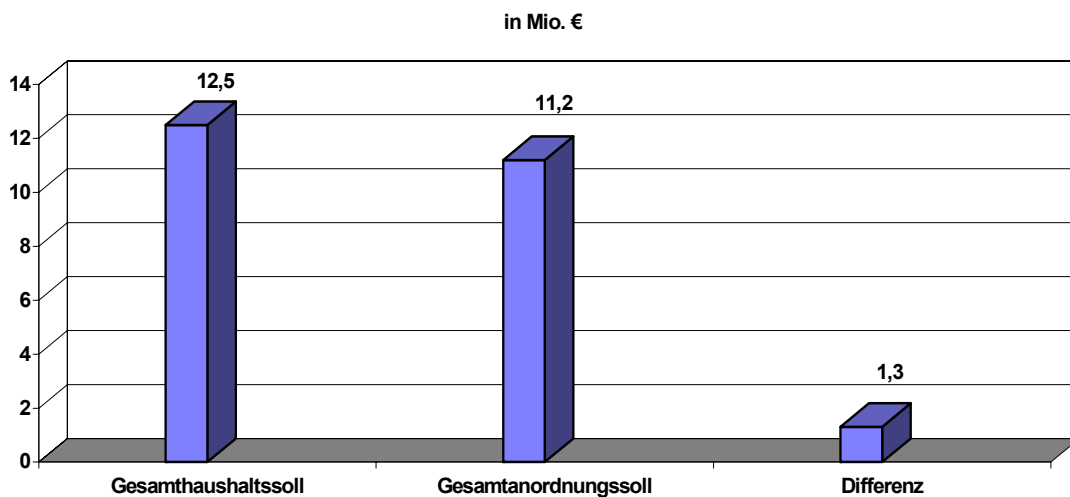
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz – Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 91,7 % (2005 = 92,3 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr+ Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 89,9 % (2005 = 89,7 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
7000 Stadtentwässerung	9.997.000	9.090.351	906.649	90,9
7200 Abfallwirtschaft	1.169.176	1.169.176	0	100,0
7500 Friedhöfe	1.000	760	240	76,0
7910 Wirtschafts- und Beschäftigungs- förderung	616.500	540.000	76.500	87,6
Summe EP 7	11.783.676	10.800.287	983.389	91,7

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
7000 Stadtentwässerung	10.287.000	9.380.351	906.649	91,2
7200 Abfallwirtschaft	1.288.227	1.288.227	0	100,0
7500 Friedhöfe	1.000	760	240	76,0
7910 Wirtschafts- und Beschäftigungs- förderung	905.529	547.500	358.029	60,5
Summe EP 7	12.481.756	11.216.838	1.264.918	89,9

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 7000 Stadtentwässerung (002.201; R 106)**

Die Situation im Einzelplan 7 wird fast ausschließlich durch die finanzielle Entwicklung in diesem UA bestimmt.

Die Aufgaben der Stadtentwässerung wurden – einschließlich wesentlicher Teile des Kanalvermögens - insgesamt auf die WSW AG übertragen. Daher haben die Investitionsmaßnahmen, die noch im Unterabschnitt 7000 des Vermögenshaushaltes abgewickelt werden, nur einen geringen Anteil am Gesamtinvestitionsvolumen. Zu diesen Maßnahmen gehören die Kanalbauprojekte in dem Teil des Netzes, der im städt. Eigentum verblieben ist sowie die Herstellung von Kanalhausanschlüssen. Ihre Realisierung wird jährlich von der WSW AG geplant und dem Rat der Stadt zur Abstimmung vorgelegt. Die Höhe des entsprechenden Ansatzes im städtischen Haushalt orientiert sich am Maßnahmenkatalog der WSW AG.

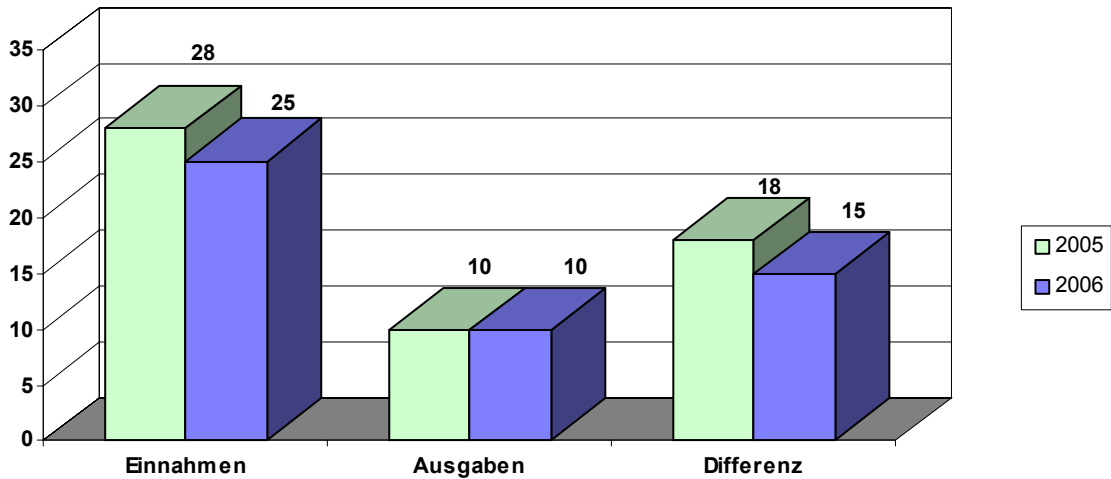
Die Entgeltzahlung der Stadt an die WSW AG entsprechend der Vorgaben des Entsorgungsvertrages erfolgt aus dem Verwaltungshaushalt.

Der Realisierungsgrad ist relativ hoch; der Mittelabfluss bei den einzelnen Kanalbauprojekten bis zur Erstellung und Übersendung der Rechnung wird federführend durch die WSW AG beeinflusst.

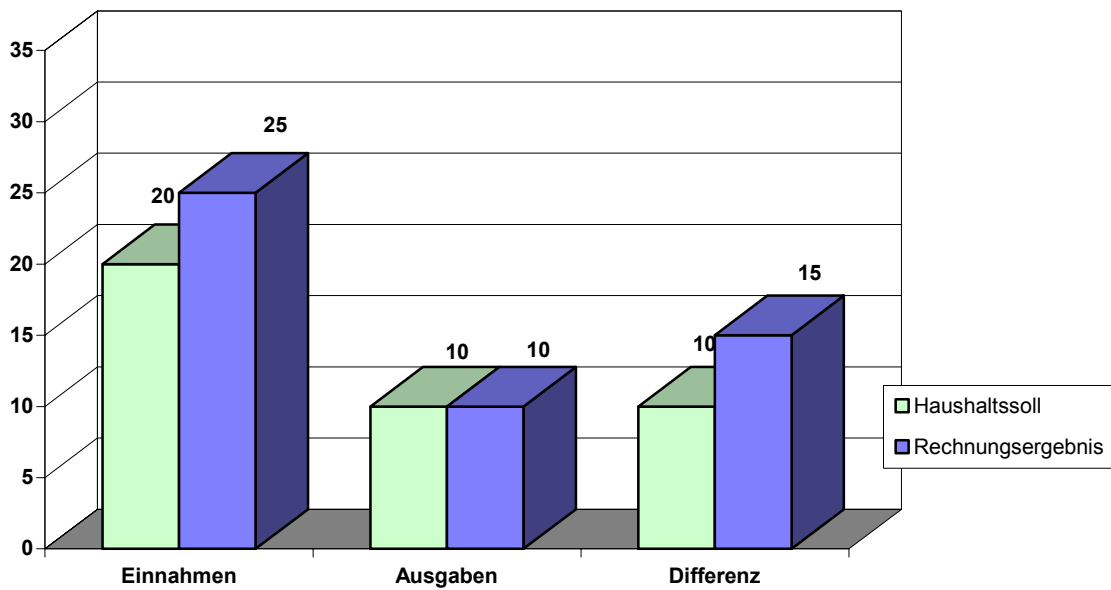
5.8 Einzelplan 8 – Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen

5.8.1 Verwaltungshaushalt (002.201)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2006 mit dem Rechnungsergebnis 2006 (in Mio. €)



Der Grund für das Absinken des Rechnungsergebnisses auf der Einnahmenseite gegenüber dem Vorjahr resultiert aus einmaligen Bürgschaftsprovisionen und Steuer-rückerstattungen in 2005, die im Vorjahr das Rechnungsergebnis erhöhten.

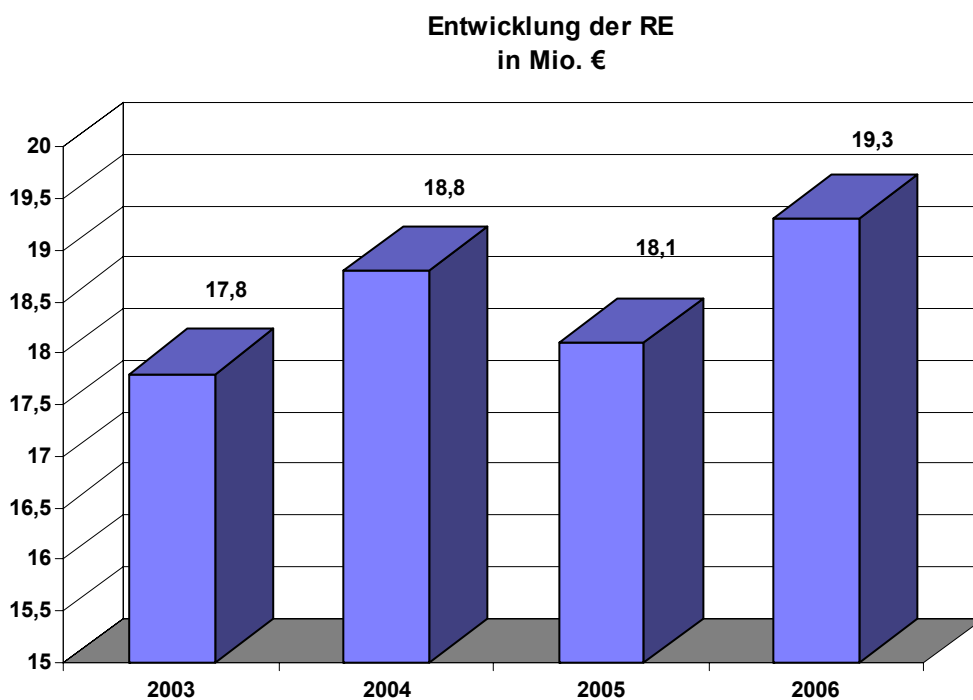
Die Einnahmeverbesserung gegenüber dem Haushaltssoll ist im Wesentlichen auf höher als geplant geleistete Konzessionsentgelte der WSW AG zurückzuführen.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 8300 Wuppertaler Stadtwerke AG (002.201; R 403)

Einzelaspekte:

8300-221.0000 Konzessionsentgelte



Die Haushaltsansätze der Einnahmen aus den Konzessionsabgaben der WSW AG für die Jahre 2006/07 wurden vorsichtig geschätzt (Hintergrund war u.a. Öffnung der Märkte durch die EU). Die tatsächliche Marktentwicklung war positiver als erwartet.

Es wurden Konzessionsentgelte in folgender Höhe abgerechnet:

Versorgungssparte	Abnehmer	KA-Satz ct / kWh	Haushaltsjahr 2005 (für 2004) T-Euro	Haushaltsjahr 2006 (für 2005) T-Euro
Strom	Tarifvertragskunden			
	- allgemein	1,99	12.606	12.935
	- Schwachlast	0,61	370	196
	- Durchleitung	1,99	404	642
	Sonderabnehmer			
	- allgemein	0,11	798	711
	- Durchleitung	0,11	82	154
	Tarifvertragskunden	0,77	362	331
Gas	Sonderabnehmer	0,03	678	630
	Tarifvertragskunden	6,25 %	3.094	2.958
Wasser	Sonderabnehmer	1,5 %	76	78
Summe			18.469	18.636

UA 8420 Stadthalle (002.112)

	Ansatz 2006 €	RE 2006 €	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006 %	RE 2005 €	Differenz RE 2005/ RE 2006 %
Einnahmen	1.869.650	2.513.115	34,4	7.413.074	-66,1
Ausgaben	4.583.235	4.374.396	-4,6	4.459.852	-1,9
Differenz	-2.713.585	-1.861.281		2.953.222	

Der Betrieb „Stadthalle“ wird seit Januar 1997 als Stadthalle Wuppertal Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung geführt. Er firmiert seit Juni 2004 als „Historische Stadthalle Wuppertal GmbH“.

Der Jahresabschluss der GmbH wird durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft. Für das Geschäftsjahr 2006 liegt der Bericht bisher noch nicht vor.

Betriebskostenzuschuss an die GmbH

2006 wurden aus der Haushaltsstelle 8420-715.0000 (Betriebskostenzuschuss) 885.000 € an die GmbH gezahlt. Dies entsprach dem Haushaltsansatz 2006. Außerdem werden von der Stadt die Kosten für technische Dienstleistungen (Hausmeister-tätigkeit) der Stadthallen-GmbH, die gemäß Pachtvertrag in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Wuppertal fallen, der GmbH erstattet. Diese Personalkosten betragen im Jahr 2006 34.045 € und wurden aus der Haushaltsstelle 8420-715.0100 „Für die Erstattung technischer Dienstleistungen“ an die Stadthallen-Betriebs-GmbH gezahlt.

Nach dem Gesellschaftsvertrag übernimmt die Stadt Wuppertal einen sich ergebenden Fehlbetrag bis zur Höhe von 1.500.000 DM (= 766.938 €). Über die Übernahme darüber hinausgehender Fehlbeträge entscheidet die Gesellschafterversammlung.

Durch Beschluss des Rates vom 09.11.1998 wurde die jährliche Zuschusshöhe ab 1998 auf 1,8 Mio. DM bzw. 920.325 € festgelegt. Diese Bezuschussung wurde seit dem nicht mehr erhöht. Gemäß Verwaltungsvorschlag beinhaltet der Zuschuss seit 2002 auch die Erstattung von Personalkosten für Hausmeisterstätigkeit der Stadthallen-GmbH für die Stadt.

Darüber hinaus hat die Stadt mit Beschluss des Rates der Stadt Wuppertal vom 19.06.2006 der Zuführung von 700.000 € in die Kapitalrücklage der Historischen Stadthalle Wuppertal GmbH zugestimmt. Diese wurde erforderlich, da durch das Jahresergebnis 2005 und den Wirtschaftsplan für das Jahr 2006 mit einer bilanziellen Überschuldung zu rechnen war. Mit der Zuführung zur Kapitalrücklage sollen die künftigen Fehlbeträge aufgefangen werden.

Die Geschäftsanteile der Stadt Wuppertal an der Historischen Stadthalle Wuppertal GmbH wurden mit Ratsbeschluss der Stadt Wuppertal vom 20.02.2006 um 2.000 € (rd. 0,98 %) erhöht. Somit hält die Stadt die Mehrheit der Anteile (rd. 50,98 %) an der Historischen Stadthalle Wuppertal GmbH.

UA 8700 Stadtparkasse Wuppertal (002.100; R 404)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	13.400	253	-98,1	26.520	-99,0
Ausgaben	13.453	13.453	0,0	13.320	1,0
Differenz	-53	-13.200		13.200	

Über diesen Unterabschnitt werden nur noch die Versorgungsbezüge für die bis zum 31. März 1958 eingetretenen Versorgungsfälle, die die Stadt zunächst vorfinanziert, abgewickelt.

Da die Versorgungskostenerstattung für das Jahr 2006 bereits am Ende des Vorjahres zum Soll gestellt worden ist, enthält das RE 2006 bei den Einnahmen lediglich einen Restbetrag.

UA 8710 Anschlagwesen und Plakatwerbung (002.118; R 403)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	631.000	1.185.116	87,8	645.228	83,7
Ausgaben	0	0		-54.856	
Differenz	631.000	1.185.116		700.084	

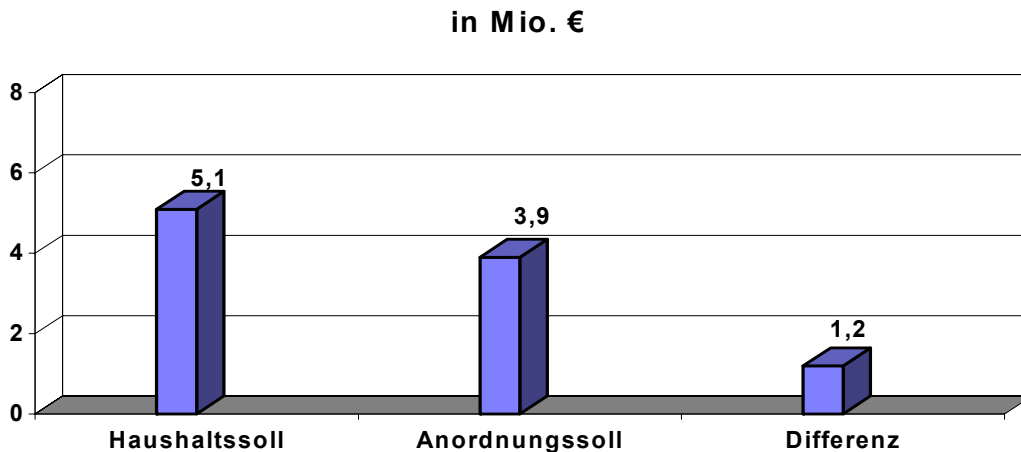
Die Werberechte in Wuppertal sind an die Fa. Ströer vergeben. Ausgenommen sind Wartehallen und Citylightboards, für die weiterhin ein Vertrag mit der Deutsche Städte-Medien GmbH (DSM) besteht.

Das o.a. Rechnungsergebnis für 2006 beinhaltet Zahlungen i.H.v. rd. 613 T-Euro, die wirtschaftlich dem Jahr 2005 zuzurechnen sind. Demgegenüber wurden in 2007 Zahlungen über insgesamt rd. 225 T-Euro verbucht, die dem Abrechnungszeitraum 2006 zugerechnet werden müssen.

5.8.2 Vermögenshaushalt (002.201)

Grafik zur Tabelle 1:

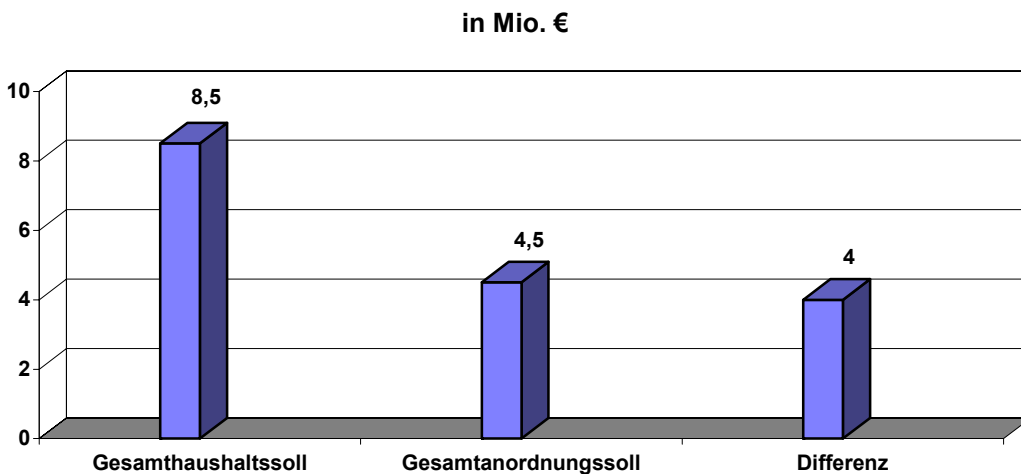
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz – Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 76,5 % (2005 = 94,8 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 52,6 % (2005 = 88,8 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
8300 WSW AG	2.954.000	2.874.000	80.000	97,3
8420 Stadthalle	752.000	702.000	50.000	93,4
8550 Forsten	109.283	42.411	66.872	38,8
8810 Grundstücks- bewirtschaftung	1.327.743	317.893	1.009.850	23,9
Summe EP 8	5.143.026	3.936.304	1.206.722	76,5

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
8300 WSW AG	2.954.000	2.874.000	80.000	97,3
8420 Stadthalle	777.000	702.000	75.000	90,3
8550 Forsten	629.921	277.620	352.301	44,1
8810 Grundstücks- bewirtschaftung	4.191.155	647.814	3.543.341	15,5
Summe EP 8	8.552.076	4.501.434	4.050.642	52,6

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 8810 Grundstücksbewirtschaftung**

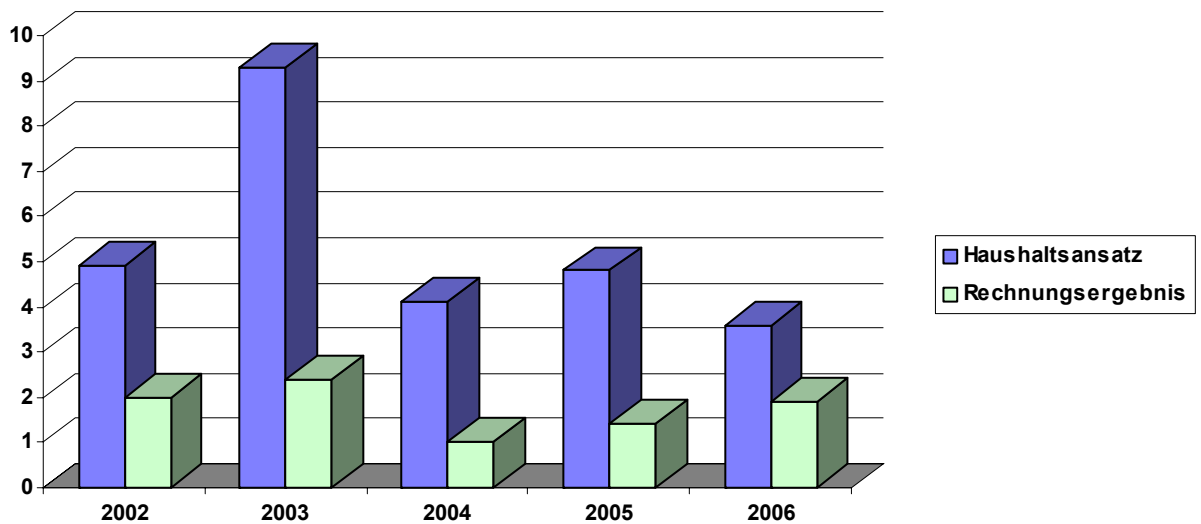
Die Haushaltsreste aus Vorjahren mussten für Grundstücksankäufe im Bereich des Güterbahnhofes Vohwinkel und für das Gewerbegebiet Bahnstraße wieder übertragen werden, weil die Flächenentwicklung durch die Immobilientöchter der Deutschen Bahn AG noch nicht so weit fortgeschritten war, dass eine Zahlung des vollen Kaufpreises durch die Stadt im Berichtsjahr gerechtfertigt gewesen wäre. Die für das laufende Haushaltsjahr zur Verfügung gestellten Mittel wurden überhaupt nicht benötigt.

Unterabschnitte des Vermögenshaushaltes

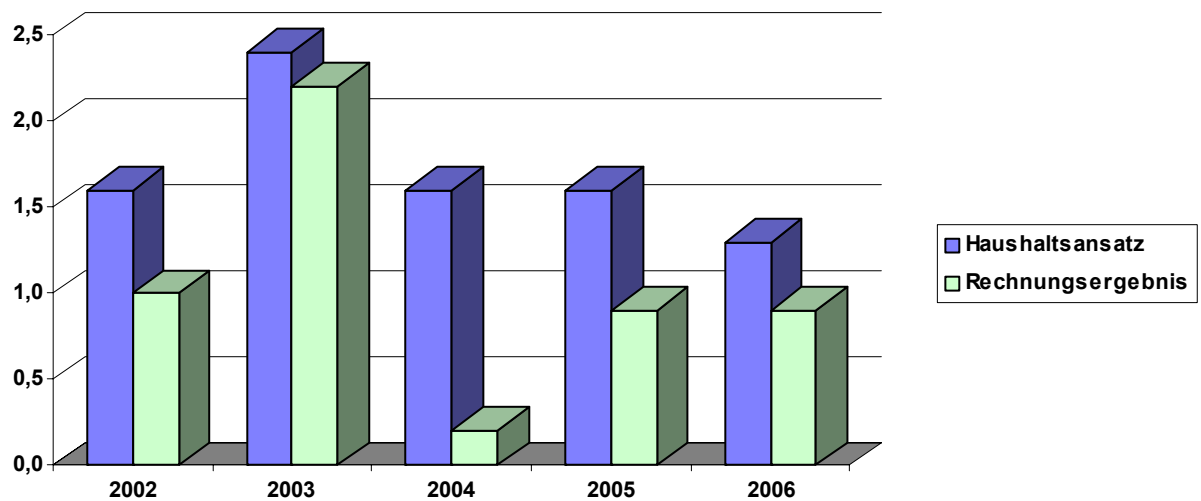
UA 8810 Grundstücksbewirtschaftung (002.200; R 403)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005 / RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.600.100	1.915.260	-46,8	1.366.548	40,2
Ausgaben	1.327.743	932.193	-29,8	912.216	2,2
Differenz	2.272.357	983.067		454.332	

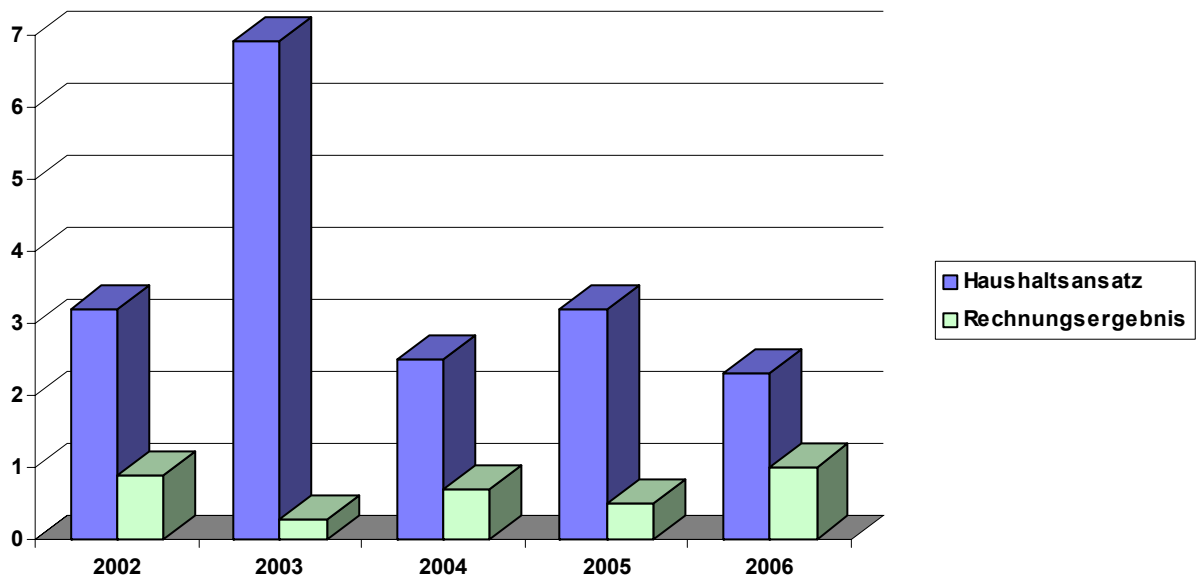
Entwicklung der Einnahmen
in Mio. €



Entwicklung der Ausgaben
in Mio. €



Entwicklung der Überschüsse in Mio. €



Die Erlöse aus Grundstücksveräußerungen sind im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Sie erreichen allerdings auch in 2006 nicht den Wert der Haushaltsplanung. Die tatsächlichen Einnahmen aus Verkäufen blieben um knapp die Hälfte unter dem Haushaltsansatz. Der Ansatz lag mit 3,6 Mio. € in 2006 bereits niedriger als in den vorangegangenen Haushaltsjahren.

Die Abweichung des Rechnungsergebnisses gegenüber dem Ansatz um rund 1,3 Mio. € war zwar auch auf die schwierige Erlöskalkulation und den Aspekt, dass bereits ein nicht unbeträchtlicher Teil lukrativer städtischer Flächen verkauft worden ist, zurückzuführen. Entscheidende Bedeutung lag aber in dem Umstand, dass sich beträchtliche Verkäufe aus Gewerbeerschließungsprojekten nicht mehr auf das Rechnungsergebnis 2006 ausgewirkt haben, weil zwar die Kaufverträge im Berichtsjahr abgeschlossen wurden, die Kaufpreiszahlungen jedoch erst in 2007 erfolgten.

Die allgemeine Nachfrage nach unbebauten Grundstücken auf dem Wuppertaler Immobilienmarkt war gemäß der Übersicht des Gutachterausschusses über den Grundstücksmarkt des Jahres 2006 leicht rückgängig. Im Stadtgebiet wurden 10 % weniger Kaufvorgänge und 18 % weniger Umsatz gegenüber 2005 registriert, was mit dem Wegfall der Eigenheimzulage zum Jahresende 2005 zusammenhängt.

Die Zahl der notariell beurkundeten Grundstücksgeschäfte der Liegenschaftsverwaltung verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 9 % auf 79 Fälle. Die Gesamtfläche der veräußerten Grundstücke erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich (im Berichtsjahr von 41.498 qm um rund das Vierfache auf 168.234 qm), was in erster Linie auf den Verkauf von Gewerbeflächen zurückzuführen war.

Es handelte sich vielfach um den Verkauf nicht hochwertiger Flächen und um subventionierten Gewerbeflächenverkauf, was sich in einer zur Verkaufsflächenerhöhung lediglich degressiven Steigerung des Rechnungsergebnisses niederschlägt.

59 % der Gesamtfläche wurde für Gewerbezwecke, 3 % wurde für Wohnbauzwecke, 16 % der Fläche für Arrondierungen und 22 % als Wald- bzw. Grünfläche und für landwirtschaftliche Zwecke verkauft.

Der durchschnittliche Verkaufserlös betrug für:

- Wohnungsbau: 146 €/ qm
- Gewerbe: 46 €/ qm
- Arrondierung: 11 €/ qm
- Sonstige Verkäufe: 2 €/ qm

H Die Verkaufserlöse für Grundstücke liegen im Mittel auf dem niedrigsten Niveau registrierter Preise

Es ist auffällig, dass, bis auf Erlöse für Waldflächen und landwirtschaftliche Zwecke, die erzielten Durchschnittspreise/ qm den untersten Wert der vom Gutachterausschuss vorgestellten Preisspannen für Flächen aus dem aktuellen Grundstücksmarktbericht repräsentieren.

Die systematische Aufwertung städtischer Flächen zu Vermarktungszwecken erfolgte in Einzelfällen gezielt über das Grundstücksmanagementteam.

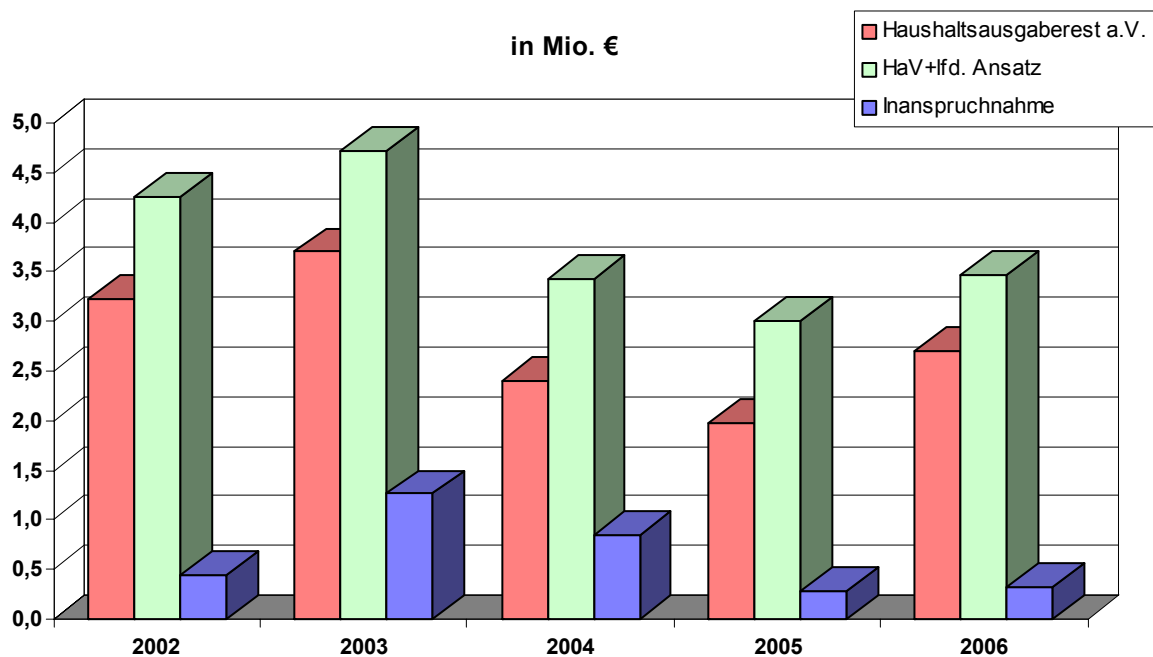
75 beurkundete An- und Verkaufsfälle waren aufgrund ihrer Werthöhe im Berichtsjahr als Geschäft der laufenden Verwaltung zu behandeln. Ein Ankauf und drei Verkäufe wurde dem zuständigen Fachausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

	2004		2005		2006	
	Anzahl	€	Anzahl	€	Anzahl	€
Ausschuss						
Verkäufe	0	0	0	0	3	4.223.235
Ankäufe	1	1.580.000	0	0	1	540.000
Verwaltung						
Verkäufe	40	1.878.038	59	2.052.782	48	1.412.480
Ankäufe	26	880.973	28	681.390	27	562.703
Verkäufe	40	1.878.038	59	2.052.782	51	5.635.715
Ankäufe	27	2.460.973	28	681.390	28	1.102.703

Bei den Ausgaben konnte der vom Rechnungsprüfungsamt seit einem Jahrzehnt in den Berichten über die Prüfung der Jahresrechnung geforderten Änderung der Veranschlagungspraxis wieder nicht entsprochen werden. Die Jahresrechnung wies nur eine geringe Inanspruchnahme des Haushaltsrestes aus. Die für das laufende Haushaltsjahr zur Verfügung gestellten Mittel wurden überhaupt nicht benötigt.

Ein Teil der alten Haushaltsreste musste wiederholt für Ankäufe im Bereich des Güterbahnhofes Vohwinkel und für das Gewerbegebiet Bahnstraße auch in das neue Haushaltsjahr übertragen werden, weil die Flächenentwicklung durch die Immobilientöchter der Deutschen Bahn AG noch nicht so weit fortgeschritten war, dass eine Zahlung des vollen Kaufpreises durch die Stadt im Berichtsjahr gerechtfertigt gewesen wäre.

Die nachstehende Tabelle verdeutlicht die Diskrepanz zwischen Haushaltsresten, laufenden Haushaltsmitteln und der tatsächlichen finanziellen Inanspruchnahme für Grundstücksankäufe aus den letzten 5 Jahren.

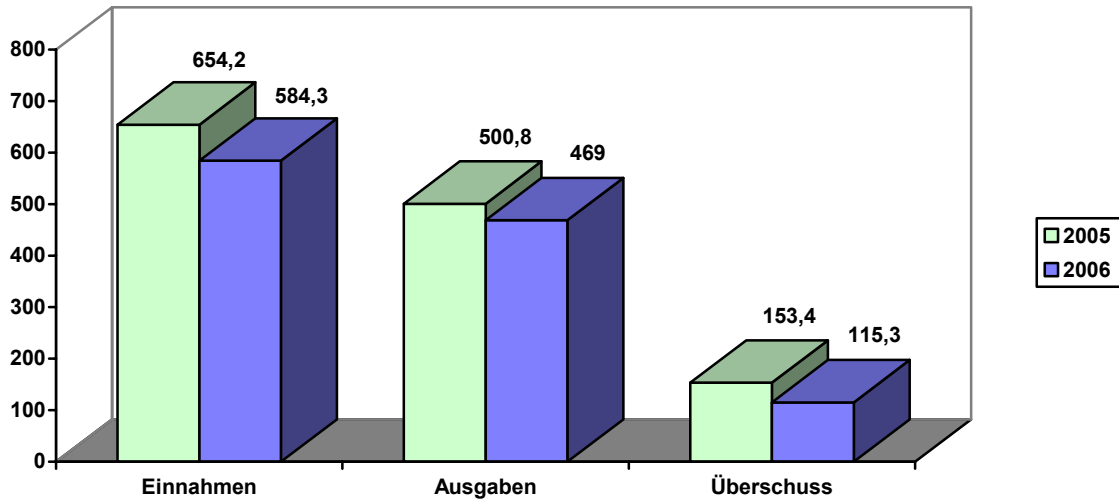


In nachschauender Betrachtung ist zu erkennen, dass die Haushaltsreste in der übertragenen Höhe in keinem Jahr erforderlich waren. Das Rechnungsergebnis ist nur deshalb viel höher als die tatsächliche Inanspruchnahme, weil neu gebildete Haushaltsreste in das RE einfließen.

5.9 Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft

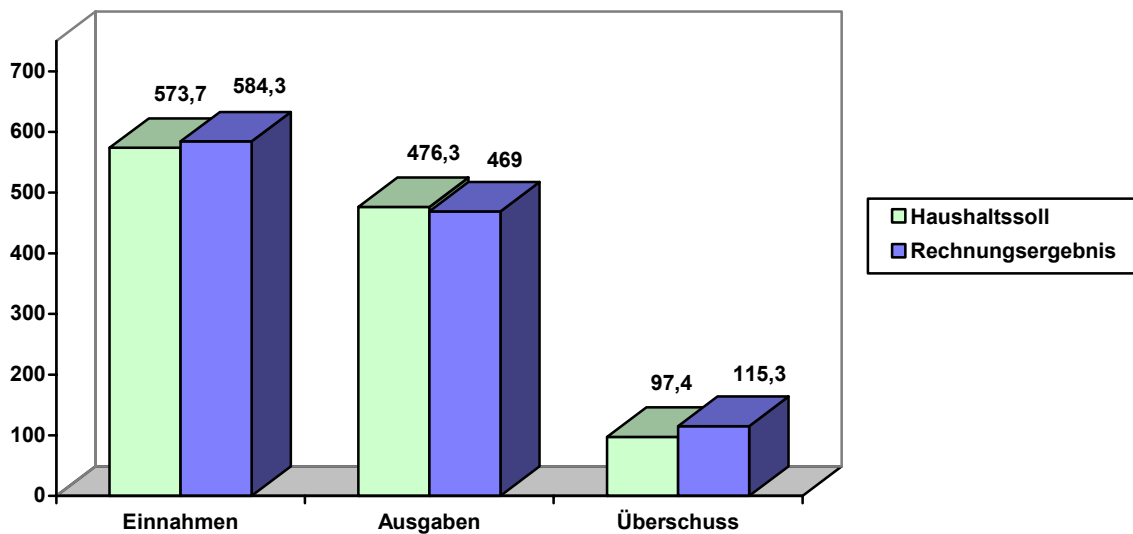
5.9.1 Verwaltungshaushalt (002.104; R 403)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Der Überschuss beim EP 9 hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 38 Mio. € vermindert.

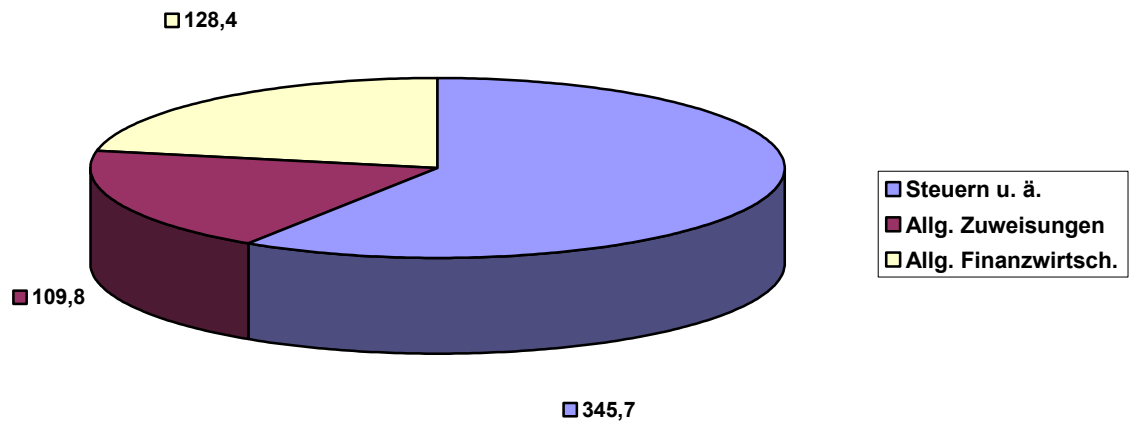
Vergleich des Haushaltssolls 2006 mit dem Rechnungsergebnis 2006 (in Mio. €)



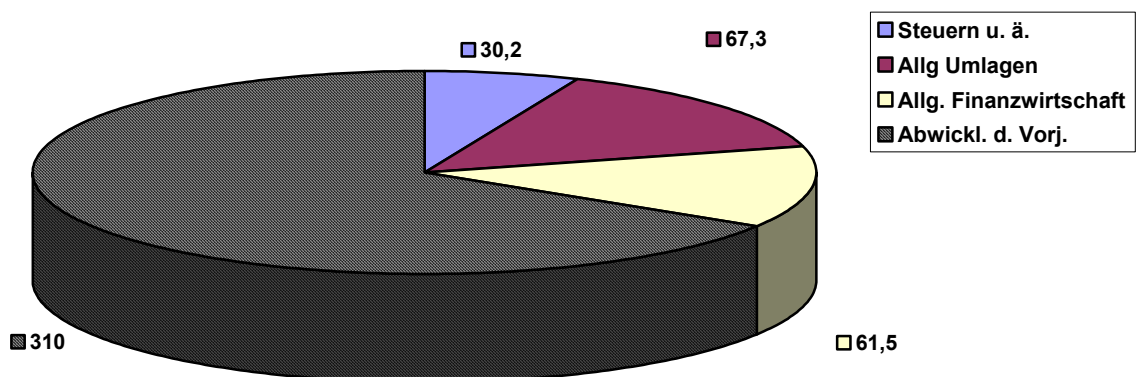
Gegenüber dem Haushaltssoll ist eine Verbesserung von rund 17,9 Mio. € eingetreten.

Die wichtigsten Einnahme- und Ausgabeblöcke des EP 9 zeigen folgende Grafiken:

**EP 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft - Einnahmen 2006 -
- Mio. € -**



**EP 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft - Ausgaben 2006 -
- Mio. € -**



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 9000 Steuern, Steueranteile und steuerähnliche Einnahmen (002.104; R 403)

	Ansatz 2006 €	RE 2006 €	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006 %	RE 2005 €	Differenz RE 2006/ RE 2005 %
Einnahmen	365.007.000	345.733.958	-5,3	364.208.379	-5,1
Ausgaben	30.688.000	30.193.507	-1,6	34.349.467	-12,1
Differenz	334.319.000	315.540.451		329.858.912	

Die **Haupteinnahmequellen** des UA 9000 entfallen auf die Gewerbesteuer, den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer einschließlich eines Umsatzsteueranteils und die Grundsteuer B.

Einzelaspekte:

9000-001.0000 Grundsteuer B (002.104; R 403)

Das Aufkommen betrug im Berichtsjahr rd. 54 Mio. € und lag damit annähernd beim Vorjahresergebnis.

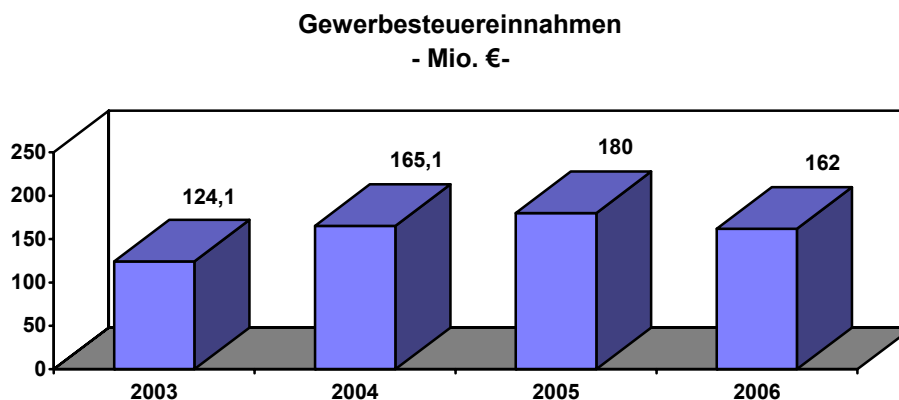
Mit dem Ergebnis konnten die Erwartungen gemäß Haushaltsplan nicht ganz erfüllt werden.

9000-003.0000 Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (002.104; R 403)

Nachdem in den letzten Jahren eine stetige Zunahme bei den Gewerbesteuereinnahmen zu verzeichnen war, ist das Rechnungsergebnis 2006 wieder auf das Niveau des Jahres 2004 gesunken.

Die Planung für 2006 wurde im Ergebnis um rund 18,5 Mio. € unterschritten.

Über die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen gibt die folgende Grafik Aufschluss:



**9000-010.0000 Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer
(002.104; R 403)**

Der auf die Gemeinden des Landes NRW entfallende Gemeindeanteil wird nach einem vom Land festgesetzten Schlüssel aufgeteilt. Diese Schlüsselzahlen, die jeweils für drei Jahre gelten, sind für Wuppertal geringer als in den Jahren zuvor ausgefallen.

Das Rechnungsergebnis 2006 liegt mit 105,8 Mio. € über dem Rechnungsergebnis des Vorjahres (104,4 Mio. €), aber dennoch mit 7,2 Mio. € unter dem Haushaltssoll (113,0 Mio. €).

9000-012.0000 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (002.104; R 403)

Durch den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sollen die Verluste durch den ab 1998 wirksamen Wegfall der Gewerbekapitalsteuer ausgeglichen werden. Das Haushaltssoll von 17,3 Mio. € wurde knapp überschritten. Der zugunsten der Stadt Wuppertal errechnete Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer für 2006 betrug rd. 17,8 Mio. €.

Sonstige Steuer-Einnahmen des UA 9000:

Steuerart	RE 2006 €	Ansatz 2006 €	RE 2005 €
Grundsteuer A	98.421	101.000	99.075
Vergnügungssteuer für Vorführung von Bildstreifen	77.000	105.000	117.702
Sonstige Vergnügungssteuer	271.235	2.306.000	1.997.289
Hundesteuer	1.761.559	1.728.000	1.780.232
Jagdsteuer	13.956	14.000	13.786
Zweitwohnungssteuer	104.794	300.000	0

Erläuterungen:

Der Hebesatz der **Grundsteuer A** wurde im Berichtsjahr nicht angehoben. Ein Einbruch konnte bei der sonstigen Vergnügungssteuer verzeichnet werden. Gegenüber dem Vorjahresergebnis hat sich das Ergebnis um rund 1,7 Mio. € verringert.

Erstmalig konnten Einnahmen durch die Zweitwohnungssteuer erzielt werden. Mit rund 0,1 Mio. € blieb das Ergebnis allerdings um ca 0,2 Mio. € hinter den Erwartungen zurück.

**9000-265.0000 Verzinsung von Steuernachforderungen
(002.104; R 403)**

Nach den Bestimmungen der Abgabenordnung sind Steuernachforderungen (im kommunalen Bereich bei der Gewerbesteuer) unter bestimmten Voraussetzungen zu verzinsen. Diese Regelung gilt im Übrigen auch für Steuererstattungen.

Bei den Nachforderungszinsen wurden Einnahmen von rd. 4,0 Mio. € erzielt.

Ausgaben:**9000-810.0000 Gewerbesteuerumlage (002.104; R 403)**

Die Gemeinden haben gemäß dem Gemeindefinanzreformgesetz eine Gewerbesteuerumlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens zu entrichten. Die Ausgaben für 2006 betragen rd. 14,5 Mio. € und sind deckungsgleich mit dem Ansatz 2006.

9000-811.0000 Fonds Deutsche Einheit (Anteil Gewerbesteuerumlage) (002.104; R 403)

Neben der Gewerbesteuerumlage müssen die Gemeinden einen Teil der Gewerbesteuereinnahmen an den Fonds Deutsche Einheit abführen. Gleichzeitig haben sich die Gemeinden ab 1995 an den Kosten aus der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs zu beteiligen. Das RE 2006 liegt bei rd. 13,8 Mio. €.

9000-845.0000 Verzinsung von Steuererstattungen (002.104; R 403)

Für die Verzinsung von Steuererstattungen (Bereich Gewerbesteuer) gemäß der Abgabenordnung mussten im Berichtsjahr rd. 1,9 Mio. € verausgabt werden. Damit liegt das RE 2006 rd. 53.000 € unter dem Ansatz.

UA 9010 Allgemeine Zuweisungen (002.104; R 403)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2006/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	103.883.000	109.780.245	+5,7	104.517.683	+5
Ausgaben	1.000.000	0	-100	0	0
Differenz	102.883.000	109.780.245		104.517.683	

Einzelaspekte:**9010-041.0000 Schlüsselzuweisungen (002.104; R 403)**

2005 erhielt die Stadt Wuppertal gemäß Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) rd. 93,5 Mio. € an Schlüsselzuweisungen. Für 2006 wurden 93,5 Mio. € veranschlagt und 90,0 Mio. € ausgezahlt.

Nach den Regelungen des GFG erhielten die Gemeinden 2006 wie bereits im Vorjahr 90 % des Unterschiedsbetrages zwischen der „Ausgangsmesszahl“ („Grundbetrag“ vervielfältigt mit dem „Gesamtansatz“, der sich wiederum aus Einwohnerzahl, Schülerzahl etc. errechnet) und der „Steuerkraftmesszahl“.

**9010-091.0000 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich
(002.104; R 403)**

Den Gemeinden wird ab 1996 zum Ausgleich ihrer Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ein Umsatzsteueranteil gezahlt (Kompensationsleistung).

2006 belief sich dieser Betrag für Wuppertal, geringfügig niedriger als im Vorjahr, auf rd. 9,4 Mio. €.

UA 9020 Allgemeine Umlagen (002.104; R 403)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2006/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Ausgaben	68.718.000	67.282.652	-1,4	65.857.471	+1,4

9020-832.0000 Landschaftsumlage (002.104; R 403)

Die einzige Haushaltsposition im UA 9020 ist die Landschaftsumlage. Der Haushaltsansatz 2006 betrug 68,7 Mio. €.

Die Umlage an den Landschaftsverband Rheinland ist gemäß den Bestimmungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes und der Landschaftsverbandsordnung zu zahlen.

UA 9100 Schuldendienst (002.104; R 403)

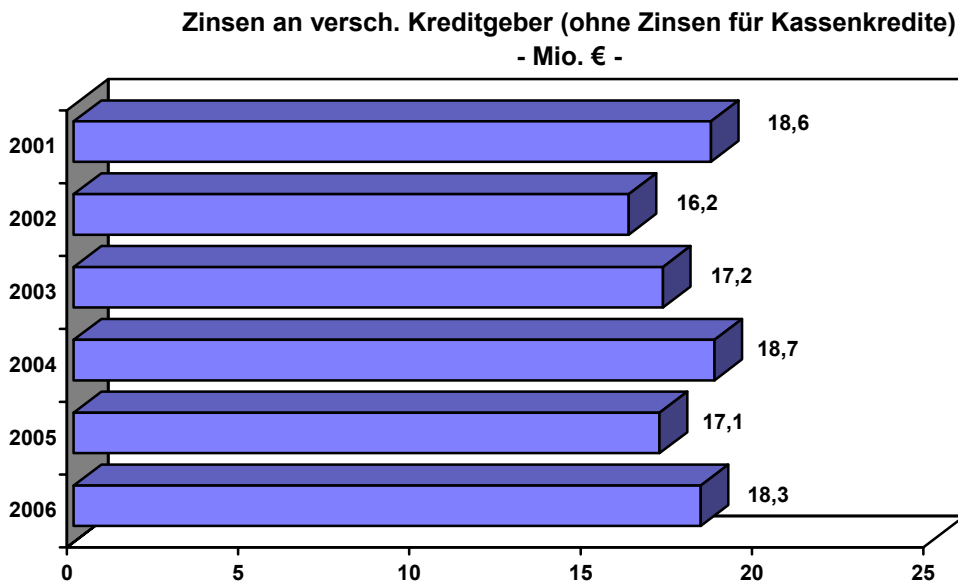
In diesem UA werden nur die den Schuldendienst tangierenden Einnahmen und Ausgaben dargestellt

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2006/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	14.854.850	15.343.787	+3,3	14.864.367	+3,2
Ausgaben	29.502.000	25.204.449	-14,6	22.212.567	+13,5
Differenz	-14.647.150	-9.860.662		-7.348.200	

Einzelaspekte:**9100-xxx.xxxx****Zinsen an verschiedene Kreditgeber (ohne Zinsen für Kassenkredite) (002.104; R 403)**

Im UA 9100 werden die Zinsausgaben für die einzelnen Eigenbetriebe durch entsprechende Erstattungen auf der Einnahmeseite gedeckt.

Die Entwicklung der gesamten Zinsausgaben macht die nachfolgende Grafik deutlich:



Die Zinsausgaben sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen und auf dem Niveau des Jahres 2004. Mit rd. 18,3 Mio. € bleibt das Ergebnis 3,7 Mio. € unter den Erwartungen gemäß dem Haushaltsplan 2006 (rd. 22 Mio. €).

Allein 10,6 Mio. € entfallen hiervon auf das GMW. Der städt. Anteil betrug 4,6 Mio. €, der Anteil des APH belief sich auf 227 T-Euro. Auf die ESW entfiel ein Anteil von 139 T-Euro. Weitere 1,7 Mio. € Zinsbelastung sind im Zusammenhang mit der Entschuldung der Klinikum Wuppertal GmbH angefallen.

9100-860.0000**Mindestzuführung an den Vermögenshaushalt (002.104; R 403)**

Im UA 9100 weist die Haushaltsrechnung für 2006 einen Betrag von rd. 6,9 Mio. € aus. Hierbei handelt es sich um die nach § 22 GemHVO erforderliche Mindestzuführung.

UA 9101 Allgemeine Finanzwirtschaft (002.104; R 403)

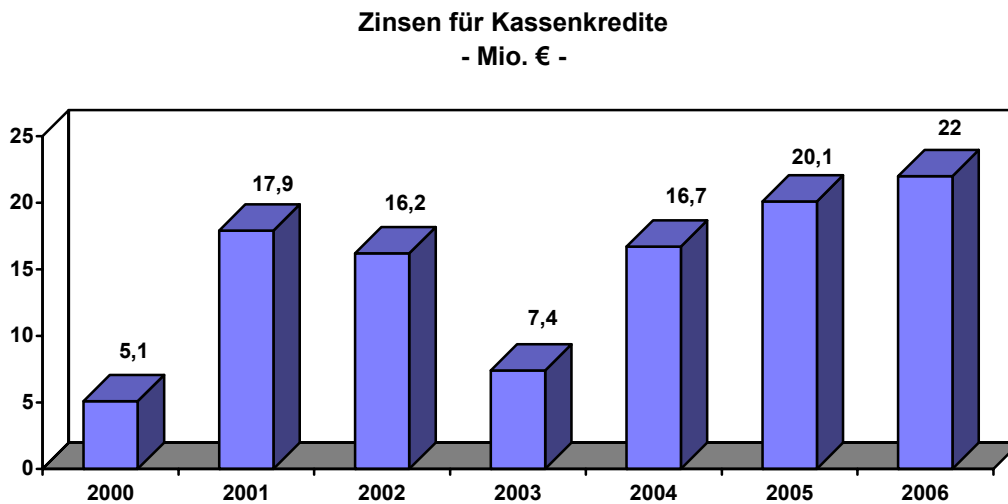
	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006 %	RE 2005	Differenz RE 2006/ RE 2005 %
	€	€		€	
Einnahmen	89.841.130	113.136.707	+25,9	170.423.597	-33,7
Ausgaben	36.351.492	36.346.492	+/- 0	31.721.775	+14,6
Differenz	53.489.638	76.790.215		170.189.857	

Einnahmen:

Die Höhe der Einnahmen resultiert im Wesentlichen aus den **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen in Höhe von rd. 39 Mio. € und durch die **Verzinsung** des Anlagekapitals in Höhe von 49 Mio. €.

Ausgaben:
9101-807.0100 Zinsen für Kassenkredite (002.104; R 403)

Die Zinsausgaben für Kassenkredite der letzten Jahre stellen sich grafisch wie folgt dar:



Nachdem die Zinsausgaben im Jahr 2003 ihren tiefsten Stand seit dem Jahr 2000 erreichten, setzt sich die Tendenz zu höheren Zinsbelastungen weiter fort. Im Vergleich zum RE 2005 stieg das Ergebnis um ca. 10 % auf 22 Mio. € an.

UA 9110 Rücklagen (002.104; R 403)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006 %	RE 2005	Differenz RE 2006/ RE 2005 %
	€	€		€	
Einnahmen	136.100	346.054	+154,3	194.686	+77,7

Bei diesem UA werden gemäß Haushaltssystematik die Zinsen aus der allgemeinen Rücklage und den Sonderrücklagen verbucht.

An Zinsen aus der allgemeinen Rücklage wurden im Berichtsjahr rd. 18.019 € erzielt (Vorjahr: rd. 14.156 €).

Die Zinseinnahmen bei den Sonderrücklagen betragen in 2006 insgesamt rund 296.982 € (Vorjahr: rd. 153.647 €). Dabei treten die Zinseinnahmen aus der Sonderrücklage Stadtentwässerung in Höhe von 177.304 € besonders hervor.

UA 9200 Abwicklung der Vorjahre (002.104; R 403)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006 %	RE 2005	Differenz RE 2006/ RE 2005 %
	€	€		€	
Ausgaben	310.008.500	310.008.500	0	346.560.163	-10,6

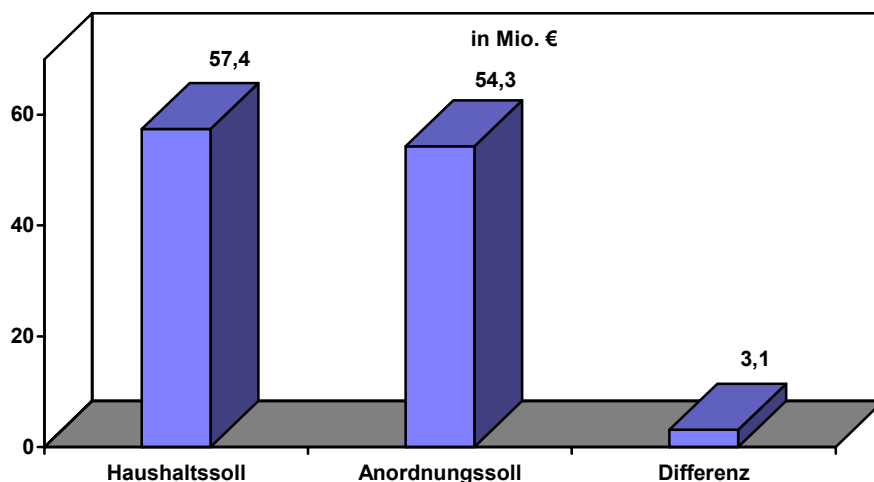
9200-892.0004 Abwicklung von Soll-Fehlbeträgen aus Vorjahren (002.104; R 403)

Der UA weist für das Berichtsjahr Ausgaben in Höhe von rd. 310,0 Mio. € aus. Dabei handelt es sich um den Fehlbetrag des Jahres 2004, der 2006 abgedeckt wurde.

5.9.2 Vermögenshaushalt (002.104; R 403)

Grafik zur Tabelle 1:

Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 94,6 % (2004 = 94,2 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
9100 Schuldendienst	31.862.800	28.767.533	-3.095.267	90,3
9101 Allg. Finanzwirtschaft	10.409.956	10.409.956	0	100
9110 Rücklagen	15.101.596	15.095.919	-5.677	100
Summe EP 9	57.374.352	54.273.408	-3.100.944	94,6

Der Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr) ist identisch mit dem in vorhergehender Tabelle dargestellten Ergebnis.

Unterabschnitte des Vermögenshaushaltes

UA 9010 Allgemeine Zuweisungen (002.104; R 403)

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
9010 Allgemeine Zuweisungen	6.866.000	5.739.521	-1.126.479	83,6

Einzelaspekte:

9010-361.0331 Investitionszuschuss gem. Gemeindefinanzierungs- gesetz (002.104; R 403)

Die Zuweisung betrug im Berichtsjahr rd. 4,8 Mio. €. 2005 belief sich diese noch auf 6,0 Mio. €.

Die Mindereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr sind auf die Festlegung der Investitionspauschale gemäß § 18 Abs. 2 GFG 2006 zurückzuführen.

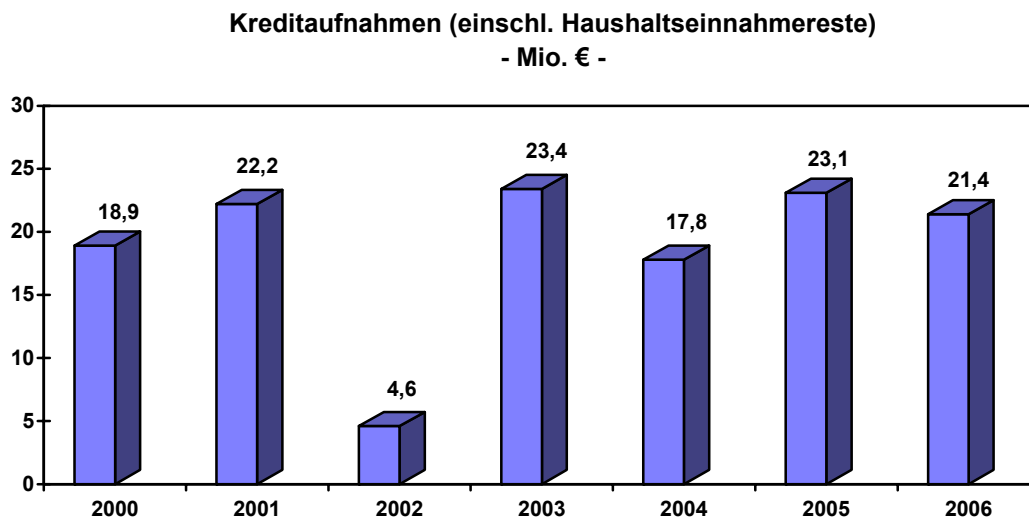
UA 9100 Schuldendienst (002.104; R 403)

	Ansatz 2006 €	RE 2006 €	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006 %	RE 2005 €	Differenz RE 2006/ RE 2005 %
Einnahmen	56.160.200	51.986.173	-7,4	45.692.436	+13,8
Ausgaben	31.862.800	28.767.533	-9,7	22.582.807	+27,4
Differenz	24.297.400	23.218.640		23.109.629	

Ausschlaggebend für das Ergebnis auf der Einnahmenseite ist die Position Kreditaufnahmen.

Das Rechnungsergebnis der Zuführung vom Verwaltungshaushalt beträgt rd. 6,9 Mio. € und entspricht der Mindestzuführung gemäß § 22 GemHVO.

Die Entwicklung der Kreditaufnahmen der letzten Jahre macht folgende Grafik deutlich:



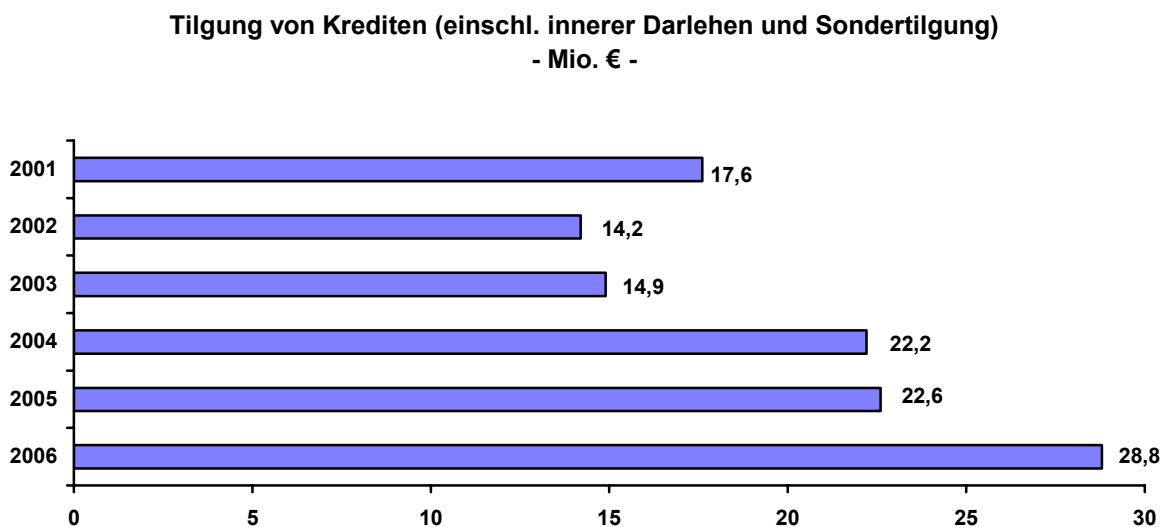
Nach dem Haushaltsplan waren für 2006 Kreditaufnahmen in Höhe von rd. 25,5 Mio. € vorgesehen.

Die Rechnungslegung weist ein Ergebnis von rd. 21,4 Mio. € aus.

Erläuterungen zu Abweichungen auf der Ausgabenseite:

9100-97x.xxxx Tilgung von Krediten am Kreditmarkt (002.104; R 403)

Über die Entwicklung der Kredittilgungen in den letzten Jahren gibt die folgende Grafik Aufschluss:



Nach der Haushaltsplanung für 2006 sollte für die Tilgung von Krediten ein Betrag in Höhe von rd. 31,9 Mio. € ausgegeben werden. Tatsächlich wurden nur rd. 28,8 Mio. € ausgezahlt. Dies führt zu Minderausgaben von rd. 3,1 Mio. €.

UA 9110 Rücklagen (002.104; R 403)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006 %	RE 2005	Differenz RE 2006/ RE 2005 %
	€	€		€	
Einnahmen	9.034.600	21.402.728	+136,9	34.450.451	-37,9
Ausgaben	15.101.596	15.095.919	+ -0	12.079.673	+25
Differenz	-6.066.996	6.306.809		22.370.778	

Im UA 9110 werden auf der Einnahmenseite gemäß Haushaltssystematik Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage und den verschiedenen Sonderrücklagen verbucht.

Auf der Ausgabenseite dieses UA werden die entsprechenden Zuführungen nachgewiesen.

Einnahmen:

Das RE 2006 in Höhe von insgesamt rd. 21,4 Mio. € resultiert insbesondere aus Entnahmen bei der Rücklage zur Finanzierung der Regionale 2006 in Höhe von 15,0 Mio. €, der Sonderrücklage „Schulpauschale“ mit 1,9 Mio. € sowie der Sonderrücklage „Stadtentwässerung“ mit 2,8 Mio. €.

Allgemeine Rücklage:

Die **allgemeine Rücklage** soll nach § 20 Abs. 2 GemHVO die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse). Zu diesem Zweck wird für den Regelfall ein Sockelbetrag in Höhe von „... mindestens 2 v. H. der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre...“ vorgeschrieben.

Wie bereits im Vorjahr konnte der allgemeinen Rücklage kein Betrag zugeführt werden.

Ausgaben:

Die Ausgaben von rd. 15 Mio. € sind nahezu deckungsgleich mit dem Haushaltsansatz.

5.10 Sonderhaushalt

UA 9420 Bergisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung e.V. (002.100)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006/ Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	773.891	/	753.890	2,7
Ausgaben	0	696.438	/	661.585	5,3
Differenz	0	77.453		92.305	

In den Einnahmen ist ein Ist-Überschuss aus Vorjahren in Höhe von rund 93 T-Euro enthalten. Am Ende des Rechnungsjahres 2006 betrug die Höhe des nach 2007 zu übertragenden Überschusses ca. 77 T-Euro. Das bereinigte AO-Soll bei den Instituteinnahmen belief sich im Jahr 2006 auf ca. 681 T-Euro. Im Vorjahresvergleich wurden (bereinigt) 10 T-Euro weniger vereinnahmt als 2005.

Die Ausgabenhöhe beträgt nach dem AO-Soll im Berichtsjahr 696 T-Euro, 35 T-Euro mehr als im Vorjahr. Zu dieser Erhöhung maßgeblich beigetragen hat eine nicht vorhersehbare Aufzugsanierung im Institutsgebäude, die einen Aufwand in Höhe von mehr als 20 T-Euro verursachte.

UA 9470 Gebäudemanagement (002.200; R 403; GMW)

	Ansatz 2006	RE 2006	Differenz RE 2006 / Ansatz 2006	RE 2005	Differenz RE 2005/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	166.321.217	/	140.671.895	18,2
Ausgaben	0	125.478.250	/	109.971.207	14,1
Differenz	0	40.842.967		30.700.688	

Die Leistungsverrechnungen zwischen dem Betrieb und der Stadt und die Sicherstellung der Liquidität erfolgen gesetzlich über den Sonderhaushalt Gebäudemanagement.

Ungefähr 96 % des Finanzbedarfs des GMW ist bei einem Rechnungsergebnis von rund 125 Mio. € (Vorjahr: 110 Mio. €) im Jahr 2006 über den Sonderhaushalt gedeckt und abgewickelt worden.

Auf der Einnahmenseite erfolgt die Verbuchung der an das GMW zu entrichtenden Mieten und Betriebskosten sowie der von der Stadt weitergeleiteten Kredite und Zuschüsse. Ebenso erfolgt dort eine Einbuchung des Überschusses der Einnahmen aus Vorjahren zu den Ausgaben aus Vorjahren.

Auf der Ausgabenseite erscheinen Tilgungs- und Zinsleistungen sowie Erstattungen des GMW an die Stadt für z.B. von dort vorgeleistete Löhne und Gehälter. Darüber

hinaus werden Entnahmen des GMW zur Sicherstellung seiner Betriebsliquidität auf der Ausgabenseite verbucht.

Die Ausgaben und damit von der Stadt korrespondierenden Einnahmen des GMW haben sich deutlich erhöht. Ob mit der Erhöhung des Transaktionsvolumens auch eine adäquat höhere Leistung des Betriebes korrespondierte, kann in Ermangelung eines Kennzahlensystems nicht näher festgestellt werden (vgl. auch Ausführungen zum Unterabschnitt 6010 im Verwaltungshaushalt).

Ende 2005 betrug der Bestand des Sonderhaushaltes rund 30 Mio. € (Differenz von Einnahmen zu Ausgaben). Ende 2006 war er um 10 Mio. € gestiegen, was auf eine gute Liquidität hinweist.

Für die nach dem Eigenbetriebsrecht vorgesehene Verzinsung der im Sonderhaushalt enthaltenen Bestände und Fehlbeträge wurde der von der Europäischen Zentralbank festgelegte Tageszinssatz EONIA zugrunde gelegt.

Die Verzinsung variierte im Berichtsjahr in der Bandbreite von 2,21 % und 3,69 %.

5.11 Betätigungsprüfung

Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafter, Aktionär oder Mitglied in Gesellschaften und anderen Vereinigungen des privaten Rechts

Das Beteiligungsmanagement bereitet die die Gesellschaften, Eigenbetriebe und Beteiligungen betreffenden Beschlüsse des „Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung“ regelmäßig vor.

So wird u. a. in Form von Quartalsberichten über die wirtschaftliche Entwicklung der städtischen Beteiligungen berichtet.

Das Beteiligungsmanagement fertigt Stellungnahmen, die den Vorlagen zur erforderlichen Beschlussfassung in den zuständigen Gremien beigelegt werden und der Vorbereitung der Beschlüsse dienen.

Zu den Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2006 der folgenden Gesellschaften wurden vom Beteiligungsmanagement Beschlüsse herbeigeführt:

- Wuppertaler Bühnen GmbH
- Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH
- APH Service GmbH
- Wuppertal Marketing GmbH
- Hotel AG
- AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal
- WVV Wertstoffverwertung
- Helios Klinikum Wuppertal GmbH
- WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH
- WSW AG
- WSW Mobil GmbH
- VSG Verkehrs-Service GmbH
- Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Wuppertal mbH

Die Wuppertaler Bühnen GmbH und die Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH haben ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr; dies reicht jeweils vom 01.08. eines Jahres bis zum 31.07. des Folgejahres. Insoweit betreffen die Beschlüsse zum Jahresabschluss beider Gesellschaften jeweils das Geschäftsjahr 2005/2006.

Die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen mit der Prüfung der Jahresabschlüsse beauftragten Wirtschaftsprüfer bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften haben den im Berichtsjahr vorgelegten Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2006 bzw. 2005/2006 der genannten Gesellschaften den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB erteilt.

Den Mitgliedern der geschäftsführenden Organe (Vorstände bzw. Geschäftsführer) und der Aufsichtsräte wurde durch die jeweilige Haupt- bzw. Gesellschafterversammlung regelmäßig Entlastung erteilt.

Zusätzlich wurden die Wirtschaftspläne der folgenden Gesellschaften vom „Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung“ genehmigt:

- Wirtschaftsplan 2007 der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Wuppertal mbH
- Wirtschaftsplan 2007 APH
- Wirtschaftsplan 2007 der Regionale 2006 Agentur GmbH
- Wirtschaftsplan 2006/2007 der Wuppertaler Bühnen GmbH
- Wirtschaftsplan 2006/2007 der Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH
- Wirtschaftsplan 2007 der Delphin Vermögensverwaltung GmbH & Co KG
- Wirtschaftsplan 2007 der Helios Klinikum Wuppertal GmbH
- Wirtschaftsplan 2007 der Wuppertal Marketing GmbH
- Wirtschaftsplan 2007/2008 der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH

Das RPA nimmt an allen Sitzungen des „Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung“ teil und bezieht – soweit erforderlich – zu einzelnen Vorlagen Stellung.

In Ausnahmefällen wird auch an Aufsichtsratsitzungen teilgenommen.

Bei der eigenen Prüftätigkeit werden u.a. die Einladungen, Drucksachen und Protokolle der Aufsichtsratsitzungen, die Abschlussunterlagen der Gesellschaften, die Prüfberichte der Abschlussprüfer sowie die Vorlagen des Beteiligungsmanagements ausgewertet.

Der Beteiligungsbericht, der gem. § 112 GO NRW jährlich fortzuschreiben ist, wurde letztmalig für das Jahr 2002 am 19.07.2004 vom Rat der Stadt zur Kenntnis genommen. Weitere Beteiligungsberichte liegen bisher nicht vor.

6. Mitarbeit in Projekten

Die Mitarbeit in Projekten durch die begleitende Prüfung / Beratung des RPA ist auch im Rahmen von Prävention ein nicht zu unterschätzender Faktor. Anstatt der traditionellen Schwerpunktprüfung zur Schlussrechnung wird es durch die begleitende, aktuelle Prüfung / Beratung möglich, im nachhinein nur selten rekonstruierbare Zusammenhänge im Bedarfsfall sofort offen zu legen und zu bearbeiten.

Die nachfolgenden Berichte geben Aufschluss über die Mitarbeit in besonderen Projekten der Stadt.

6.1 Neues Kommunales Finanzmanagement (002.105)

Ausgangslage

Nach dem Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Finanzmanagementgesetz NRW – NKFG NRW) haben die Gemeinden und Gemeindeverbände spätestens ab dem Haushaltsjahr 2009 ihre Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung in ihrer Finanzbuchhaltung zu erfassen und bis zum Stichtag 1. Januar 2009 eine Eröffnungsbilanz aufzustellen.

Maßnahmen zur Einführung des NKF

Bereits seit 2003 hat das RPA an den Maßnahmen zur Einführung des NKF regelmäßig begleitend beratend mitgewirkt.

Hierzu zählen neben der Erarbeitung einer generellen Einführungsstrategie die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in Pilotbereichen sowie die Einrichtung einer zentralen Anlagebuchhaltung.

Aufgrund der vielschichtigen neuen Aufgabenstellungen erfolgt der Einführungsprozess NKF und gleichzeitig die Einführung einer neuen Version des Zentralen Finanzverfahrens SAP, in der die Vorschriften des NKF umgesetzt sind, ab dem 01.09.2005 mit externer Beratung.

Bereits im Juli 2006 wurde die Planungskomponente dieses neuen SAP-Verfahrens in 6 ausgesuchten Pilotbereichen eingeführt. Sie wurde vom RPA geprüft. Gegen eine Produktivsetzung bestanden keine Bedenken.

Ab dem 01.01.2007 werden alle Finanzvorfälle in den Pilotbereichen nach den Regeln des NKF gebucht. Zum 01.01.2008 wird dies verwaltungsweit geschehen. Das RPA führt die in der Gemeindeordnung vorgeschriebene Verfahrensprüfung seit August 2007 im Rahmen eines Projektes mit 5 Mitarbeitern/-innen durch.

Von Beginn an war das RPA sowohl im Projektintegrationsteam als auch in allen vier Teilprojekten (Planung und Steuerung, Kasse, Basis und Qualifizierung) vertreten und hat die verschiedenen Arbeitsgruppen beraten.

Die zukünftige Rolle der Rechnungsprüfung

Neben der Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns sieht die neue Gemeindeordnung vor, dass die Eröffnungsbilanz und die NKF-Jahresabschlüsse durch die örtliche Rechnungsprüfung geprüft werden. Diese kann sich mit Zustimmung des Rechnungsprüfungsausschusses Dritter als Prüfer bedienen.

Das Rechnungsprüfungsamt wird nach entsprechender Information des Rechnungsprüfungsausschusses von dieser Option keinen Gebrauch machen und beabsichtigt, die vorgenannten Prüfungen selbst vorzunehmen. Bei Bedarf soll die Beratung durch einen Wirtschaftsprüfer in Anspruch genommen werden.

Das RPA hat sich auf die neuen Aufgaben vorbereitet.

Am Bergischen Studieninstitut für Kommunale Verwaltung wurden drei Prüfer/-innen im Hinblick auf die Prüfung der Eröffnungsbilanz und der Jahresabschlüsse speziell geschult; die Schulungsmaßnahme haben sie erfolgreich mit einem Zertifikat abgeschlossen.

Darüber hinaus sind alle betroffenen Prüfer/-innen umfangreich im neuen Rechnungswesen geschult worden.

Durch das neue Rechnungswesen sind auch die Strukturen und Abläufe im RPA anzupassen.

Aus diesem Grund wurden RPA-intern zwei Projekte zu den Themen

1. „Umstrukturierung des Rechnungsprüfungsamtes aufgrund der geänderten Anforderungen an die Prüfung durch die Einführung des NKF“
und
2. „Arbeitsabläufe im Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung der Eröffnungsbilanz und der Jahresabschlüsse unter NKF und damit zusammenhängende Regelungsbedarfe“

abgewickelt.

Die Arbeitsergebnisse bilden die Grundlage für die künftige Ausrichtung.

Die bisherigen Vorbereitungen und Vorstellungen über die künftigen Prüftätigkeiten sind dem Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 30.08.2007 vorgestellt worden.

6.2 Planung und Einführung eines Service-Centers bei der Stadt Wuppertal (002.100 / 002.202)

Im Berichtsjahr wurden die Vorarbeiten zum Projekt „Planung und Einführung eines Service-Centers bei der Stadt Wuppertal“ fortgeführt. Der Lenkungsausschuss Prozessoptimierung/Aufgabenkritik beauftragte eine zentrale Arbeitsgruppe, die sich aus Fachleuten verschiedener Ämter und unter Beteiligung z.B. des Personalrates und der Rechnungsprüfung zusammensetzt, mit der Durchführung des Projekts.

Angesichts der gesamtstädtischen Bedeutung, des erheblichen Aufwands und der einschneidenden Auswirkungen wurden für die weitere Bearbeitung der Themenbereiche „Personal“, „Technik“, „Arbeitsprozesse und Beziehungen zu den Nutzerinnen und Nutzern“ sowie „Räume und Ausstattung“ vier besondere Arbeitskreise geschaffen.

An Ausgaben fielen im Rechnungsjahr 2006 vor allem Beratungskosten an (siehe Erläuterungen zum UA 0203).

Mit der Einrichtung eines zentralen Service-Centers sollen u.a. die telefonische Erreichbarkeit der Stadtverwaltung verbessert, der Vollzug standardisierter Verwaltungstätigkeiten optimiert und ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erreicht werden. Gemäß Projektauftrag zielt dieses Projekt nicht auf eine Optimierung der bestehenden Telefonzentrale. Vielmehr ist an eine quantitativ und qualitativ völlige Umorientierung der Stadtverwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gedacht. Basierend auf einer Frontoffice-/Backoffice-Struktur soll das Service-Center die Beantwortung von geeigneten Anfragen und Anträgen und deren weitere Bearbeitung aus allen Themenfeldern der Verwaltung (als Frontoffice) möglichst weitgehend selbst übernehmen. Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sollen direkt beim ersten Kontakt erfolgreich erledigt werden. Die Fachverwaltungen werden um die vom Frontoffice erledigten Geschäfte entlastet und können sich (als Backoffice) auf die verbleibende qualifizierte Sachbearbeitung konzentrieren.

6.3 Regionale 2006 (002.210)

Die Fortführung der begleitenden Prüfung für Regionaleprojekte bezog sich im Berichtsjahr 2006 auf:

- Mitarbeit Projektkonferenz
- Mitarbeit Projektteam Döppersberg
- Mitarbeit Projektteam Kulturachse Barmen
- Allgemein für alle Regionaleprojekte:
 - Beauftragung von Planungen, Untersuchungen und Gutachten
 - Honorarermittlungen
 - Auftragserhöhungen, Ergänzungsleistungen
 - Abrechnungen von Planungsleistungen und Projektsteuerung
 - Vergaberechtliche Beratungen

6.4 Einführung einer CAFM – Software (002.212)

Seit Oktober 2002 prüft das RPA begleitend den Einführungsprozess für das CAFM (Computer Aided Facility Management) – Verfahren beim Gebäudemanagement (GMW). Das informationstechnische Werkzeug CAFM (Programm BuiSy) unterstützt die Durchführung der Bewirtschaftung von Gebäuden durch zentrale Informationsaufbereitung und – bereitstellung, Prozessoptimierung und Prozessablaufunterstützung. Im Ergebnis werden vollständige Informationen, zur Bearbeitung von Planungsalternativen, über Bewirtschaftungsprozesse, über den Lebenszyklus und zum gemeinsamen Nutzen von einmal erfassten Daten, über das System bereitgestellt.

Im Rahmen dieser Prüfung wurden Informationen über die jeweiligen Stände der Prozessabläufe und deren Aufbaustrukturen in regelmäßigen Abständen und ab September 2005 nach Bedarf abgefragt bzw. dargelegt. Die Einführung der CAFM-Software sollte voraussichtlich bis Ende 2006 abgeschlossen sein. Bis auf den Bereich Energiemanagement ist die Einführung auch abgeschlossen worden.

Im Hinblick auf die begleitende Prüfung, bei gleichzeitiger Wahrung der eigenständigen und uneingeschränkten Entscheidungsbefugnis des GMW, wurden durch das RPA Hinweise zu Prozessen / Programmabbildungen meist erst nach deren programmtechnischer Umsetzung gegeben. Nur bei einigen wenigen Prozessen fand eine Absprache vor deren Programmabbildung statt. Hierbei wurden die Beteiligungen des RPA in der Programmstruktur aufgrund von Dienstanweisungen und Verordnungen dargelegt.

Es wurden folgende Sachstände detaillierter untersucht:

- Aktualisierungen und Vollständigkeit von im Programm BuiSy eingepflegten bzw. einzufügenden Daten
- Berücksichtigung von Sicherheitseinhalten bei losweisen Vergaben und Nachzahlungen auf eine Schlussrechnung
- Einbindung eines Rechnungseingangsbuches
- Dateninhalte der aus BuiSy abrufbaren Rotationslisten
- Programmdokumentationen des Programms BuiSy
- Zugriffszeiten von Datenfiltern
- Skonto- und Nachlassberücksichtigung bei der Abrechnung von Aufträgen
- Vertrags- und Dokumentenmanagement
- Auswertungen zu Rahmenzeitverträgen
- Spezielle Auswertungen über Reports

An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass bei der Ausschreibung für die CAFM-Software nur ein Grundkonzept inhaltlich in dem Leistungsverzeichnis erfasst werden konnte. Ein Programm, welches den Belangen des GMW bzw. den öffentlichen Verwaltungen genügen würde, gab es bislang nicht. Erst durch die Mitarbeiter/innen des GMW konnten die vielen Prozesse und Gliederungen des GMW definiert und somit durch die Programmierer entsprechend im Programm BuiSy umgesetzt werden. Als Folge konnten stetige Verbesserungen in der Ablaufabbildung und dem Handling des Programms erzielt werden. Unvermeidbare Probleme durch „Learning by doing“ konnten größtenteils bereits beseitigt werden. Die Mitarbeiter des GMW waren von den Problemen besonders betroffen, da durch die Vielzahl von notwendigen Nutzungsanweisungen (Übergangslösungen) ein Arbeiten mit dem Programm erschwert wurde.

Auf die bei der begleitenden Prüfung des RPAs aufgeworfenen Sachverhalte ist seitens des GMW eingegangen worden. Eine Beseitigung von Problemen/Missständen oder die Berücksichtigung der Hinweise/Anregungen konnte jedoch nicht immer oder zeitnah erfolgen. Gründe hierfür waren einerseits in der programmtechnischen Umsetzbarkeit, andererseits bei den Mitarbeiterkapazitäten zu suchen. Zudem sind einige Sachstände aufgrund der Abarbeitung einer Prioritätsliste des GMW zeitlich zurückgestellt worden. Die vom RPA benannten Sachverhalte wurden bis auf einzelne Ausnahmen entsprechend umgesetzt.

Die begleitende Prüfung konzentrierte sich überwiegend auf grundlegende Prozesse, wobei auch einige Detailpunkte untersucht wurden.

7. Schlussbemerkung und Entlastungsvorschlag

Das Rechnungsprüfungsamt hat gemäß § 103 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW a. F.* seine ihm gesetzlich übertragene Aufgabe, die Prüfung der Rechnung (§ 101 GO NRW a. F.), mit dem vorliegenden Bericht erfüllt.

Auf die einzelnen Prüfungskriterien des § 101 GO NRW a. F. bezogen ist festzuhalten, dass

- der Haushaltsplan eingehalten wurde,
- die Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch begründet und belegt sind,
- bei den Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich nach den geltenden Vorschriften verfahren wurde und
- das Vermögen und die Schulden in der vorgeschriebenen Form nachgewiesen wurden.

Die Prüfung der Jahresrechnung hat keine Tatsachen ergeben, die einer Entlastung des Oberbürgermeisters entgegenstehen.

Das Rechnungsprüfungsamt schlägt dem Rechnungsprüfungsausschuss vor,

- den Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2006 als Schlussbericht gemäß § 101 Abs. 3 GO NRW a. F. zu übernehmen,
- dem Rat der Stadt zu empfehlen, die geprüfte Jahresrechnung zu beschließen und dem Oberbürgermeister die Entlastung zu erteilen.

Wuppertal, den 15. Oktober 2007

Peter Kobelt
Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

* Gemäß § 9 NKFEFG NRW findet die GO in der bis zum 31.12.2004 gültigen Fassung Anwendung

8. Abkürzungsverzeichnis

a.F.	alte Fassung
a.V.	aus Vorjahren
ADV	Automatisierte Datenverarbeitung
AG	Aktiengesellschaft
ALKIS	Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem
AO	Anordnung
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
APH	Alten- und Pflegeheim(e)
apl.	außerplanmäßig(e)
ARGE	Arbeitsgemeinschaft (hier: Arbeitsgemeinschaft der Stadt Wuppertal und der Agentur für Arbeit Wuppertal)
AsSH	Arbeit statt Sozialhilfe
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AWG	Abfallwirtschaftsgesellschaft
BA	Bundesagentur für Arbeit
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BgA	Betrieb(e) gewerblicher Art
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BV	Bezirksvertretung(en)
BVG	Bundesversorgungsgesetz
CAFM	Computer Aided Facility Management (= Informationstechnische Unterstützung des Immobilienmanagements)
CCC	Customer Competence Center
CD	Compact Disc
DAV	Deutscher Alpenverein
DM	Deutsche Mark
DSM	Deutsche Städte-Medien GmbH
e.V.	eingetragener Verein
EFoG	Gesetz zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen
EONIA	Euro Overnight Index Average
EP	Einzelplan
ESW	Eigenbetrieb Straßenreinigung Wuppertal
EU	Europäische Union
FlüAG	Flüchtlingsaufnahmegesetz
GB	Geschäftsbereich(e)
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GF	Geschäftsführung
GFG	Gemeindefinanzierungsgesetz
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GMW	Gebäudemanagement Wuppertal
GO	Gemeindeordnung
GSiG	Grundsicherungsgesetz
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HaV	Haushaltsrest(e) aus Vorjahren
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Haushalt
HHSt.	Haushaltsstelle
HSK	Haushaltssicherungskonzept
INSPE	Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
IuK	Informations- und Kommunikationssystem(e)
KA	Konzessionsabgabe(n)
KB	Kulturbüro
KdU	Kosten der Unterkunft
KER	Kasseneinnahmerest(e)
KG	Kommanditgesellschaft
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KIJU	Kinder und Jugendwohngruppen
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KoFo	Kommunale Fortbildung
kWh	Kilowattstunde(n)
LBS	Landesbausparkasse
LE	Leistungseinheit(en)
LV	Landschaftsverband
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
n.F.	neue Fassung
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
NKFEG	Gesetz zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden
NKFG	Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden
NRW	Nordrhein-Westfalen
OB	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OVG	Oberverwaltungsgericht
R	Ressort
RE	Rechnungsergebnis
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RPO	Rechnungsprüfungsordnung
RWE	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk

SAP	Finanzsoftware der Firma SAP AG
SB	Stadtbetrieb(e)
SGB	Sozialgesetzbuch
SSLZ	Schwimmsportleistungszentrum
SV	Sportverein
T-Euro	Tausend Euro
TransSpuK	Projekt „Transfer von Sprache und Kultur in der Gesundheits- und Sozialversorgung“
TUI	Technikunterstützte Informationsverarbeitung
UA	Unterabschnitt(e)
üpl.	überplanmäßig(e)
VHS	Volkshochschule
Vj.	Vorjahr(e)
VSG	Verkehrs-Service GmbH
WMG	Wuppertal Marketing GmbH
WSW	Wuppertaler Stadtwerke
WWV	Wertstoffverwertung
ZVK	Zusatzversorgungskasse